

MONATSBERICHT

**JULI
2009**

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

61. Jahrgang
Nr. 7

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
17. Juli 2009, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte 5

Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	9
Wertpapiermärkte	11
Zahlungsbilanz	12

**Unternehmensgewinne
und Aktienkurse** 15

<i>Gewinne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht</i>	17
<i>Welche Determinanten beeinflussen die Güte der Gewinnschätzungen von Wertpapieranalysten?</i>	22

**Demographischer Wandel und
langfristige Tragfähigkeit der
Staatsfinanzen in Deutschland** 31

<i>Zu den Vorausberechnungen der altersabhängigen Ausgaben im Euro-Raum</i>	36
<i>Die Bedeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise für die langfristige Tragfähigkeit</i>	41
<i>Berichte zur langfristigen Entwick- lung der öffentlichen Finanzen</i>	46

**Neuere Entwicklungen im deutschen
und europäischen Massenzahlungs-
verkehr** 49

Statistischer Teil 1*

Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank 77*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Im zweiten Quartal 2009 hat sich die rezessive Grundtendenz, die im Winterhalbjahr 2008/2009 ein ausgesprochen hohes Tempo angenommen hatte, deutlich abgeschwächt. Den vorliegenden Indikatoren zufolge dürfte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im Frühjahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal nur noch leicht zurückgegangen sein. Wenngleich die außenwirtschaftlichen Bremseffekte spürbar nachgelassen haben und der massive Vertrauenschock weltweit allmählich an Wirkung verliert, hat das Exportgeschäft hierzulande nochmals einen Dämpfer erhalten. Dennoch könnte der Außenhandel erstmals seit Zuspitzung der Finanzkrise rein rechnerisch einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geleistet haben, da die Importe von Waren und Dienstleistungen – soweit derzeit erkennbar – diesmal noch stärker eingeschränkt wurden. Die gewerbliche Investitionstätigkeit hingegen war angesichts des ausgesprochen niedrigen Nutzungsgrades der Produktionskapazitäten weiter abwärtsgerichtet. Auch die Lagerhaltung der Unternehmen dürfte wie bereits im Vorquartal nach unten angepasst worden sein. Den Bauinvestitionen haben witterungsbedingte Aufhol-effekte und Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand im zweiten Quartal zu einem Plus verholfen, auch wenn die in den Konjunkturpaketen für diese Zwecke bereitgestellten investiven Mittel erst zu einem kleineren Teil nachfragewirksam geworden sind. Im Gegensatz dazu haben sich die in den fiska-

*Einschätzung
der gesamtwirt-
schaftlichen
Lage im
zweiten Quartal*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Auftragseingang (Volumen); 2005=100				
Zeit	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2008 3. Vj.	112,2	110,0	114,1	102,0
4. Vj.	93,1	92,5	93,5	94,0
2009 1. Vj.	79,7	82,7	77,1	92,0
März	80,8	82,1	79,7	91,7
April	80,9	83,0	79,0	97,5
Mai	84,5	86,2	83,1	...
Produktion; 2005 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2008 3. Vj.	114,6	116,4	117,7	104,7
4. Vj.	106,2	103,8	110,2	106,4
2009 1. Vj.	91,8	90,1	90,2	105,7
März	91,1	88,7	90,7	110,5
April	88,3	87,8	84,4	110,5
Mai	92,8	91,6	91,4	107,0
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
Ausfuhr	Einfuhr	Saldo		
2008 3. Vj.	252,84	212,83	40,01	40,43
4. Vj.	231,44	193,48	37,96	33,74
2009 1. Vj.	198,89	174,47	24,42	17,52
März	66,16	57,26	8,90	7,37
April	62,85	53,85	9,00	6,13
Mai	63,03	52,71	10,32	7,88
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbs- tätige	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2008 4. Vj.	40 392	554	3 195	7,6
2009 1. Vj.	40 269	516	3 337	8,0
2. Vj.	...	478	3 472	8,3
April	40 170	485	3 457	8,3
Mai	40 158	481	3 464	8,2
Juni	...	469	3 495	8,3
Zeit	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte	Bau- preise 1)	Ver- braucher- preise
		2005 = 100		
2008 4. Vj.	106,0	114,1	114,0	106,9
2009 1. Vj.	101,9	110,5	114,4	106,8
2. Vj.	114,2	106,9
April	100,3	108,0	.	106,8
Mai	100,0	108,0	.	106,7
Juni	107,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. — 1 Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

lischen Stabilisierungsprogrammen enthaltenen Steuerentlastungen und Transferleistungen bereits spürbar im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte niedergeschlagen. Im Zusammenspiel mit der nach wie vor starken Inanspruchnahme der staatlichen Umweltprämie für die Verschrottung alter Kraftfahrzeuge und dem günstigen Preisklima dürfte dies den privaten Konsum wohl weiter belebt haben.

Industrie

Nach der rasanten Talfahrt der Industrieproduktion während des Winterhalbjahres 2008/2009 hat sich die Lage in den Frühjahrsmonaten deutlich aufgehellt. Im Mai legte die industrielle Erzeugung mit 5,1% gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt recht kräftig zu. Dabei ist aber in Rechnung zu stellen, dass die Fertigung im April aufgrund verlängerter Produktionsunterbrechungen während der Osterferien vergleichsweise niedrig ausgefallen war. Der Ausstoß erreichte im Durchschnitt der Monate April und Mai fast das Niveau des Zweimonatsabschnitts davor. Gegenüber dem ersten Quartal insgesamt betrug der Rückstand aber noch 1½%. Die Produzenten von Vorleistungsgütern konnten ihre Ausbringung nahezu auf dem Stand des Winterquartals halten, die Hersteller von Investitionsgütern verringerten die Produktion mit 2½% aber nochmals erheblich. Darunter war der Maschinenbau mit einem Minus von 9½% besonders stark betroffen, wohingegen die Fertigung von Kraftfahrzeugen und deren Teilen um 8½% zulegen konnte. Die Konsumgüterhersteller verzeichneten einen Rückgang um 1¼%. Im Vergleich zum Vorjahr wurden

Produktion

im Mai insgesamt fast ein Fünftel weniger Industriegüter hergestellt.

*Inlandsabsatz
und
Außenhandel*

Die Umsätze der Industrie haben sich im Durchschnitt April/Mai gegenüber dem ersten Quartal saisonbereinigt nochmals leicht verringert. Während der Inlandsabsatz unverändert blieb, fiel das Auslandsgeschäft der Industrie erneut schwächer aus. Der Wert der Warenexporte konnte im Mai die kräftigen Einbußen vom April nur in geringem Maße ausgleichen. Im Durchschnitt beider Monate liegen die Ausfuhren damit in nominaler Rechnung um gut 5 % unter dem Vorquartalsniveau. Die Einfuhren reduzierten sich im Vergleichszeitraum sogar um 8½ %. Der Außenhandelsüberschuss steigerte sich im Mai auf 10,3 Mrd €, nach 9,0 Mrd € im April.

*Auftrags-
eingang*

Der Auftragseingang ist im Mai saisonbereinigt mit 4,4 % gegenüber dem Vormonat sehr kräftig gestiegen, nachdem er im April das erhöhte Märzergebnis gehalten hatte. Die Bestellungen der Monate April und Mai übertrafen den Vorquartalsstand durchschnittlich um 3¾ %. Insbesondere belebte sich der Orderfluss aus Ländern außerhalb des Euro-Raums. Das Inlandsgeschäft legte mit 2¼ % – für sich betrachtet – aber ebenfalls vergleichsweise deutlich zu. Im Frühjahr waren vor allem Vorleistungsgüter gefragt, auch die Bestellungen von Konsumgütern nahmen spürbar zu. Die Aufträge der Investitionsgüterbranche stiegen um 2 %. Dies ist jedoch ausschließlich auf eine höhere Pkw-Nachfrage zurückzuführen, die statistisch in diesem Bereich erfasst wird.

Bauhauptgewerbe

Die Produktion des Bauhauptgewerbes war im Mai verglichen mit dem erhöhten Niveau von März und April in saisonbereinigter Rechnung deutlich niedriger. Im Durchschnitt der Monate April/Mai ergab sich gegenüber dem Winterquartal jedoch insbesondere aufgrund zahlreicher öffentlicher Projekte ein Anstieg der Bauleistung um 2,9 %. Die Baunachfrage hat im April – neuere Angaben liegen derzeit nicht vor – gegenüber dem Vormonat kräftig angezogen. Im Vergleich zum schwachen ersten Quartal haben die Bestellungen saisonbereinigt um 6,0 % zugenommen. Ausschlaggebend hierfür waren die erneut verstärkte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, vor allem im Straßenbau, sowie die Nachfragebelebung im Wohnungsbau. Die gewerblichen Bauaufträge gingen hingegen weiter zurück.

*Bautätigkeit
und
Auftragslage*

Arbeitsmarkt

Das niedrige Produktionsniveau belastet in zunehmendem Maß den Arbeitsmarkt. Den Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit zufolge ist die Zahl der Arbeitslosen – auf vergleichbarer Basis zu der bis April verwendeten Abgrenzung – im Juni saisonbereinigt um 50 000 gestiegen, nach einer Zunahme um rund 30 000 Personen im Mai und 60 000 im April. Die relativ moderate Verschlechterung der Arbeitsmarktnachfrage lässt sich darauf zurückführen, dass sich die jahreszeitübliche Belegung diesmal auf diesen Monat konzentrierte. Die registrierte Arbeitslosigkeit, die seit Mai ohne die Zahl der Neueintritte in die Vermittlung durch Dritte berechnet wird, stieg im Juni saisonbereinigt um 31 000 auf

Arbeitslosigkeit

3,49 Millionen Personen. Die entsprechende Quote nahm um 0,1 Prozentpunkte auf 8,3 % zu. Wie bereits in den letzten Monaten war hiervon der Personenkreis im Versicherungssystem stärker betroffen als derjenige in der Grundsicherung.

*Erwerbs-
tätigkeit*

Spiegelbildlich zum geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit hat die Beschäftigung im Mai nach einem deutlichen Rückgang im April saisonbereinigt nur wenig nachgelassen. Im Durchschnitt der beiden Monate betrug das Minus 36 000 Personen. Hochgerechnet auf ein Jahr entspräche dies einer Abnahme um 1,1%. Der tatsächliche Vorjahrsabstand belief sich demgegenüber erst auf – 0,4%. Der im Vergleich zum Minus bei der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung moderate Rückgang der Beschäftigung ist auch im Zusammenhang mit der steigenden Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit zu sehen. Nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit dürfte ihr Bestand bis Mai auf 1,3 bis 1,4 Millionen Kurzarbeiter zugenommen haben, ausgehend von 1,1 Millionen im März. Die Zahl der Anmeldungen von Kurzarbeit ist im Frühjahr zwar erheblich gesunken, sie übertraf das Niveau der Vorjahre aber weiterhin deutlich. Die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen schwächte sich im Juni weiter ab. Der BA-Stellenindex zeigt eine weitere Verschlechterung an, und das ifo Beschäftigungsbarometer verweilt trotz eines leichten Anstiegs im kontraktiven Bereich.

Preise

*Internationale
Rohölpreise*

Die Rohölnotierungen legten Anfang Juni zunächst abermals zu und stabilisierten sich im

weiteren Monatsverlauf. Der Kassakurs für die Sorte Brent notierte im Monatsdurchschnitt mit 69 ½ US-\$ je Fass um 19% über dem Stand vom Mai. Die Notierungen reagierten damit auf Anzeichen einer Erholung der chinesischen Wirtschaft und ein Nachlassen der US-Rezession. Nachdem um die Jahresmitte veröffentlichte Daten zur US-Konjunkturlage hinter den Markterwartungen zurückgeblieben waren, ist der Kassapreis zunächst deutlich gesunken. In den letzten Tagen hat er sich aber wieder erhöht, und zwar bis auf 63 ½ US-\$. An den Terminmärkten notierte Rohöl der Sorte Brent weiterhin mit deutlichen Aufschlägen, die bei Lieferung in sechs Monaten 4 US-\$ und in 18 Monaten 9 ½ US-\$ ausmachten.

Auf der Einfuhrseite verbilligten sich die Waren im Mai saisonbereinigt um 0,3%. Besonders ausgeprägt war der Preisrückgang bei Industrieerzeugnissen mit 0,5%. Energie verteuerte sich dagegen um 0,9%. Im Vorjahrsvergleich reduzierten sich die Importpreise insgesamt um 10,4%. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im Inlandsabsatz blieben im Mai unverändert. Zum Vorjahr ergab sich eine Ermäßigung um 3,6%.

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise*

Die Preise auf der Verbraucherstufe sind im Juni nach einem leichten Rückgang im Mai saisonbereinigt mit 0,4% recht kräftig gestiegen. Vor allem Kraftstoffe und Heizöl verteuerten sich erheblich. Einen Preissprung nach oben gab es auch bei Tabakwaren und stark saisonabhängigen Lebensmitteln. Bei den anderen Gütergruppen verlief die Preisentwicklung in ruhigen Bahnen. Der Vorjahrsabstand der Verbraucherpreise belief sich

*Verbraucher-
preise*

– auch basisbedingt – nur auf 0,1%, während der Harmonisierte Verbraucherpreisindex unverändert blieb.

Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

*Kräftiger
Defizitanstieg
im ersten
Quartal 2009
auf deutlich
rückläufige
Einnahmen...*

Nach vorläufigen, teilweise geschätzten Kassenergebnissen des Statistischen Bundesamtes weisen die Gemeindehaushalte für das erste Quartal 2009 ein Defizit von 3 Mrd € aus, nach einem annähernd ausgeglichenen Ergebnis vor Jahresfrist. Erstmals seit fünf Jahren unterschritten die Einnahmen ihren Vorjahrswert und gingen mit einer Minusrate von 4% (1½ Mrd €) deutlich zurück. Maßgebenden Einfluss hatte die starke Verringerung der Steuereinnahmen (– 6½% bzw. knapp 1 Mrd €). Dabei setzte sich offenbar der bereits Ende 2008 zu beobachtende starke Rückgang des Aufkommens bei der Gewerbesteuer fort. Nach einem stetigen Anstieg in den letzten Jahren waren nun auch die grundsätzlich an das Steueraufkommen der Länder gekoppelten Schlüsselzuweisungen leicht rückläufig (– 2½% bzw. – ¼ Mrd €). Ausschlaggebend hierfür war allerdings eine entfallene Nachzahlung von ½ Mrd € Anfang 2008 nach einem Verfassungsgerichtsurteil in Nordrhein-Westfalen. Die investiven Landeszuweisungen sanken beschleunigt um 16% (– ¼ Mrd €), und die Erlöse aus Gebühren stagnierten weiter.

*... und deutlich
höhere
Ausgaben
zurückzuführen*

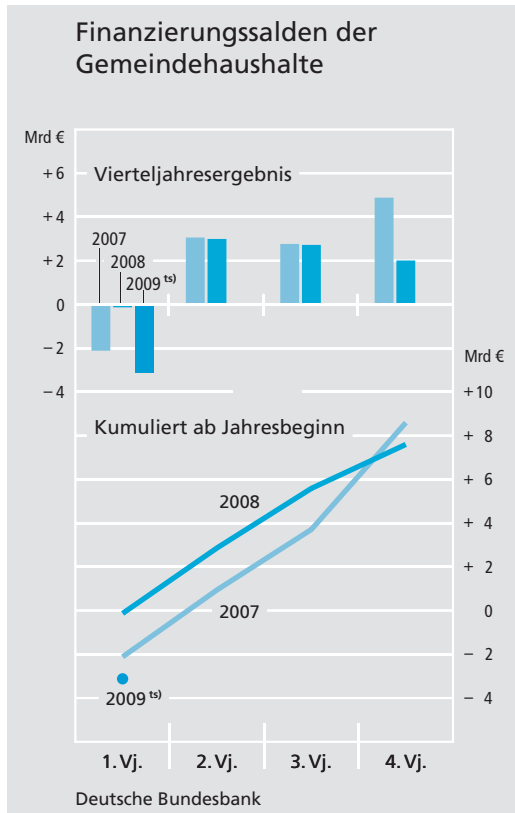
Die Gesamtausgaben übertrafen ihr Vorjahrsniveau deutlich um 4% (1½ Mrd €). Beträchtliche Zuwächse wurden bei den Personalauf-

wendungen (+ 9% bzw. 1 Mrd €) und dem laufenden Sachaufwand (+ 6% bzw. ½ Mrd €) verzeichnet. Bei ersteren schlugen sich dabei die beiden Stufen der letzten Tarifierhebung, die rückwirkend im zweiten Quartal 2008 und Anfang 2009 zahlungswirksam wurden, und eine Einmalzahlung im Januar nieder. Demgegenüber blieben die Sozialleistungen nahezu unverändert, und die Sachinvestitionen entwickelten sich stark rückläufig (– 6%). Die sich nun spürbar verschlechternde Finanzlage dürfte hier erste Spuren hinterlassen haben, während das mit Bundes- und Landesmitteln geförderte Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpakets II noch kaum ausgabenwirksam werden konnte. Trotz des Defizits haben die Gemeinden am Kreditmarkt weiter per saldo Haushaltskredite im Umfang von fast 1 Mrd € getilgt. Neben dem Abbau von Rücklagen wurden zum Schließen der Lücke auch die Bestände an eigentlich nur kurzfristigen Kassenkrediten weiter deutlich um 1½ Mrd € auf 31½ Mrd € ausgeweitet.

Nach kräftigen Überschüssen in den letzten drei Jahren werden die Gemeindehaushalte das laufende Jahr voraussichtlich mit einem merklichen Defizit abschließen. Zwar dürften die Einnahmen aus den grundsätzlich an das Steueraufkommen gekoppelten Schlüsselzuweisungen der Länder erst zeitverzögert spürbar sinken. Nach der Steuerschätzung

*Für Gesamtjahr
2009
merkliches
Defizit bei
hoher
Unsicherheit
erwartet*

¹ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.



vom Mai dieses Jahres wird aber allein bei der Gewerbesteuer ein Rückgang des Nettoaufkommens um 4 ½ Mrd € erwartet, und auch die Einkommensteueranteile sollen infolge der anhaltenden Konjunkturschwäche und der beschlossenen steuerlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen 2 ½ Mrd € weniger erbringen. Ausgabenseitige Belastungen resultieren insbesondere aus der zweiten Stufe des Tarifabschlusses, dem weiter wachsenden laufenden Sachaufwand und der Zunahme der Sozialleistungen infolge einer erwarteten steigenden Anzahl von Empfängern der Grundsicherungsleistungen. Weiterhin bestehen finanzielle Risiken bezüglich der von zahlreichen Gemeinden eingegangenen Cross-Border-Leasing-Geschäfte. Dagegen dürften die ab dem Sommer in spürbarem Umfang anlaufenden Investitionen im Rah-

men des Konjunkturpakets II nur begrenzt zu einer Ausweitung der Defizite führen, da in zahlreichen Fällen die Länder einen Teil der Kofinanzierung übernehmen. Darüber hinaus wurde teilweise auch eine Vorfinanzierung der verbleibenden Kommunalanteile zugesichert.

Das Statistische Bundesamt weist bei der Veröffentlichung von Kassenergebnissen für die Gemeindehaushalte regelmäßig darauf hin, dass die finanzstatistischen Angaben sowohl zu den Ausgaben und Einnahmen als auch zum Schuldenstand teilweise nur geschätzt werden können und ein Vorjahrsvergleich aufgrund der Einführung der kaufmännischen Buchführung in einigen Ländern stark beeinträchtigt ist.²⁾ Die in den nächsten Jahren fortschreitende Umstellung könnte eine Besserung bei der Datenlage noch erheblich verzögern. Um ein genaueres Bild von der kommunalen Finanzlage zu erhalten und insbesondere auch den Anforderungen im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens zu genügen, kommt der Bereitstellung aussagekräftiger auch unterjähriger Kassenstatistiken jedoch eine wesentliche Rolle zu. Insofern sind zur Ableitung der erforderlichen finanzstatistischen Angaben sowohl verstärkte Anstrengungen seitens der von der Umstellung auf die doppelte Buchführung betroffenen Gemeinden als auch zweckmäßige gesetzliche Vorgaben der Länder für das kommunale Rechnungswesen sehr wünschenswert.

Qualitätsprobleme bezüglich der Kassenstatistik bestehen fort

² Vgl. zuletzt Pressemitteilung Nr. 241 vom 30. Juni 2009.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Absatz von Rentenpapieren

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt lag im Mai 2009 mit brutto 144,2 Mrd € zwar unter dem Vormonatswert (152,9 Mrd €). Aufgrund der niedrigeren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten erreichte der Nettoabsatz inländischer Schuldverschreibungen aber 38,0 Mrd €, verglichen mit 3,8 Mrd € im April. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen, die ausschließlich auf Euro denominiert waren, belief sich per saldo auf 14,8 Mrd €. Insgesamt erhöhte sich der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland im Berichtsmonat um 52,8 Mrd € und erreichte damit den höchsten Wert seit Januar 2007.

Öffentliche Anleihen

Unter den deutschen Schuldnern nahm die öffentliche Hand den Rentenmarkt im Mai mit 29,1 Mrd € am stärksten in Anspruch. An erster Stelle stand der Bund mit einem Nettoabsatz von 29,6 Mrd €. Wie in den Vormonaten begab er zum großen Teil kürzerlaufende Papiere. Bubills und zweijährige Schatzanweisungen wurden per saldo für 11,7 Mrd € beziehungsweise 7,1 Mrd € emittiert. Des Weiteren brachte er zehnjährige Anleihen und fünfjährige Obligationen im Nettobetrag von 6,4 Mrd € und 5,1 Mrd € unter. Der Umlauf 30-jähriger Anleihen reduzierte sich hingegen um 0,5 Mrd €. Die Länder tilgten im Berichtsmonat per saldo Schuldverschreibungen (0,5 Mrd €). Im April hatten sie noch für 5,9 Mrd € Papiere begeben.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2008	2009	
	Mai	April	Mai
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	14,6	3,8	38,0
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	4,0	- 15,8	7,7
Anleihen der öffentlichen Hand	9,5	15,1	29,1
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	26,9	6,0	14,8
Erwerb			
Inländer	20,9	10,4	18,0
Kreditinstitute ³⁾	18,6	- 0,3	7,4
Nichtbanken ⁴⁾	2,3	10,8	10,7
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 11,2	2,2	- 3,6
Ausländer ²⁾	20,6	- 0,6	34,8
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	41,5	9,9	52,8

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Die heimischen Kreditinstitute platzierten im Mai zum ersten Mal seit einem halben Jahr mehr Anleihen am deutschen Kapitalmarkt als sie tilgten (7,7 Mrd €). Im Vordergrund standen dabei Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten (8,5 Mrd €). Hypothekendarlehen wurden für 0,9 Mrd € abgesetzt. Der Umlauf sonstiger Bankschuldverschreibungen und öffentlicher Pfandbriefe reduzierte sich um 1,3 Mrd € beziehungsweise 0,4 Mrd €.

Bankschuldverschreibungen

Inländische Unternehmen nahmen den Rentenmarkt im Berichtsmonat mit 1,1 Mrd € deutlich weniger in Anspruch als im Vormonat (4,5 Mrd €). Dabei handelte es sich per saldo ausschließlich um Anleihen mit Ursprungslaufzeiten von über einem Jahr.

Unternehmensanleihen

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

Die stärkste Erwerbergruppe waren im Mai ausländische Anleger. Sie investierten 34,8 Mrd € am deutschen Rentenmarkt, darunter weit überwiegend in öffentliche Schuldtitel (25,4 Mrd €). Inländische Nichtbanken engagierten sich im Umfang von 10,7 Mrd €, wobei es sich im Ergebnis ausschließlich um ausländische Rentenwerte handelte (14,3 Mrd €). Heimische Kreditinstitute nahmen Schuldverschreibungen in Höhe von netto 7,4 Mrd € in ihren Bestand, verglichen mit Veräußerungen in Höhe von 0,3 Mrd € im Vormonat.

Aktienmarkt

*Aktienabsatz
und -erwerb*

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Mai junge Aktien für 0,1 Mrd € begeben. Der Umlauf ausländischer Dividentitel am deutschen Markt erhöhte sich um 3,3 Mrd €. Erworben wurden Aktien fast ausschließlich von ausländischen Anlegern (11,2 Mrd €). Zudem kauften gebietsansässige Nichtbanken Aktien für 1,7 Mrd €, während deutsche Kreditinstitute ihre Aktienbestände um 9,5 Mrd € reduzierten. Beide inländischen Anlegergruppen trennten sich dabei von deutschen Dividendenwerten.

Investmentzertifikate

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Berichtsmonat einen Mittelzufluss in Höhe von netto 1,0 Mrd € (April: 2,0 Mrd €). Die zusätzlichen Gelder kamen im Ergebnis ausschließlich den Publikumsfonds zugute (2,5 Mrd €). Spezialfonds, die institutionellen Anlegern vorbehalten sind, mussten dagegen erneut Abzüge hinnehmen (1,5 Mrd €). Bei den Publikumsfonds flossen bei sich erholenden

den Aktienkursen im Mai 1,8 Mrd € in Aktienfonds. Offene Immobilienfonds (0,7 Mrd €), Rentenfonds (0,2 Mrd €) und Gemischte Wertpapierfonds (0,1 Mrd €) verkauften ebenfalls Anteilscheine. Demgegenüber verzeichneten Geldmarktfonds leichte Mittelabflüsse (0,4 Mrd €). Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds konnten im Mai Investmentzertifikate für 0,1 Mrd € unterbringen, nachdem von ihnen in den vergangenen Monaten Geld abgezogen worden war.

Unter den Erwerbern von Investmentfonds dominierten die heimischen Kreditinstitute, die Anteile in Höhe von 3,0 Mrd € in den Bestand nahmen. Inländische Nichtbanken und ausländische Investoren trennten sich dagegen per saldo von Investmentzertifikaten in Höhe von 1,5 Mrd € beziehungsweise 0,4 Mrd €.

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Mai 2009 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 3,7 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 1,8 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend dafür war ein größeres Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welche Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen. Demgegenüber nahm der Aktivsaldo in der Handelsbilanz geringfügig zu.

Leistungsbilanz

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich der Über-

Außenhandel

schuss im Außenhandel im Mai gegenüber dem Vormonat um 0,2 Mrd € auf 9,6 Mrd €. Bereinigt um Saison- und Kalendereinflüsse wurde er von 9,0 Mrd € auf 10,3 Mrd € ausgedehnt. Dabei nahmen die wertmäßigen Ausfuhren leicht um 0,3 % zu, während die Einfuhren um 2,1 % nachgaben. Im April/Mai zusammen genommen unterschritten die nominalen Exporte den Durchschnitt des ersten Quartals 2009 saisonbereinigt um 5,1 %, wobei auf die Ausfuhrpreise 0,6 Prozentpunkte entfielen. Die Importe lagen sogar um 8,4 % niedriger. Von diesem Rückgang waren 1,7 Prozentpunkte preisbedingt.

„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen

Der negative Saldo bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen stieg von 3,3 Mrd € im April auf 4,8 Mrd € im Mai. Dahinter standen größere Defizite in der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie bei den Dienstleistungen. Dabei expandierten die Netto-Ausgaben bei den grenzüberschreitenden Faktorentgelten – vor allem aufgrund höherer Dividendenzahlungen an das Ausland – um 2,7 Mrd € auf 3,0 Mrd €, und das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wuchs um 0,2 Mrd € auf 0,9 Mrd €. Dagegen verminderte sich der Passivsaldo bei den laufenden Übertragungen auf 0,9 Mrd €, ausgehend von 2,3 Mrd € im Vormonat.

Wertpapier-
verkehr

Der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr führte im Mai zu Netto-Kapitalimporten (29,0 Mrd €), nach Mittelabflüssen im April (17,6 Mrd €). Ausschlaggebend für den Umschwung war, dass ausländische Portfolioinvestoren deutsche Wertpapiere erwarben (45,7 Mrd €), nachdem sie im Vormonat inländische Titel abgegeben hatten. Dabei frag-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2009		
	2008	2009	2009
Position	Mai 1)	April 1)	Mai
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel 1)			
Ausfuhr (fob)	80,5	63,7	60,7
Einfuhr (cif)	66,0	54,3	51,1
Saldo	+ 14,5	+ 9,4	+ 9,6
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	82,7	62,9	63,0
Einfuhr (cif)	67,6	53,9	52,7
2. Ergänzungen zum Außenhandel 2)	- 1,1	- 0,7	- 1,2
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	13,0	12,8	12,8
Ausgaben	15,2	13,5	13,6
Saldo	- 2,3	- 0,7	- 0,9
4. Erwerbs- und Vermögens- einkommen (Saldo)	- 2,8	- 0,3	- 3,0
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	3,1	2,0	2,5
Eigene Leistungen	3,4	4,3	3,4
Saldo	- 0,3	- 2,3	- 0,9
Saldo der Leistungsbilanz	+ 8,1	+ 5,5	+ 3,7
II. Vermögensübertragungen (Saldo) 3)	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	- 4,5	- 6,4	- 2,2
Deutsche Anlagen im Ausland	- 6,4	- 7,4	- 9,5
Ausländische Anlagen im Inland	+ 2,0	+ 1,0	+ 7,3
2. Wertpapiere	- 16,5	- 17,6	+ 29,0
Deutsche Anlagen im Ausland	- 27,3	- 2,8	- 16,7
darunter:			
Aktien	+ 5,3	+ 1,2	- 1,8
Anleihen 4)	- 19,0	- 4,9	- 17,3
Ausländische Anlagen im Inland	+ 10,9	- 14,8	+ 45,7
darunter:			
Aktien	- 10,1	- 16,1	+ 11,3
Anleihen 4)	+ 17,6	- 13,8	+ 18,7
3. Finanzderivate	- 6,7	- 0,3	- 4,5
4. Übriger Kapitalverkehr 5)	- 10,3	+ 10,2	- 36,3
Monetäre Finanz- institute 6)	- 3,3	+ 0,6	- 33,3
darunter: kurzfristig	+ 3,7	+ 1,3	- 31,1
Unternehmen und Privatpersonen	+ 3,5	+ 0,5	- 1,9
Staat	- 7,3	+ 8,2	- 13,9
Bundesbank	- 3,2	+ 0,9	+ 12,8
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 7)	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3
Saldo der Kapitalbilanz	- 37,0	- 14,8	- 13,7
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Trans- aktionen (Restposten)	+ 28,5	+ 9,0	+ 9,9

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 6 Ohne Bundesbank. — 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

ten sie vor allem Anleihen (18,7 Mrd €) und Geldmarktpapiere (16,1 Mrd €) nach. Darüber hinaus kauften sie hiesige Aktien (11,3 Mrd €), die sie noch im April – wie üblich im Zusammenhang mit Dividendenterminen – verkauft hatten. Deutsche Anleger engagierten sich im Mai mit 16,7 Mrd € in ausländischen Wertpapieren. Während sie Anleihen (17,3 Mrd €) und Aktien (1,8 Mrd €) ausländischer Provenienz kauften, trennten sie sich von Geldmarktpapieren (2,5 Mrd €).

*Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Mai zu Netto-Kapitalexporten, die mit 2,2 Mrd € aber unter dem Niveau der Vormonate lagen. Ausschlaggebend für den Rückgang war, dass ausländische Eigner sich deutlich kräftiger als zuvor in Deutschland engagierten. Sie stellten ihren hiesigen Niederlassungen im Berichtsmonat 7,3 Mrd € zur Verfügung, nahezu ausschließlich mittels konzerninterner Kredite. Inländische Unternehmen statteten ihre Auslandstöchter mit Mitteln im Umfang von 9,5 Mrd € aus. Auch hier erfolgte dies in erster Linie durch den konzerninternen Kreditverkehr (5,4 Mrd €), aber auch

in Form von Beteiligungskapital und reinvestierten Gewinnen (zusammen 4,1 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, flossen im Mai Gelder aus Deutschland ab (36,3 Mrd €). Davon entfielen 13,9 Mrd € auf die Dispositionen staatlicher Stellen, die ihre Bankguthaben im Ausland aufstockten und kurzfristige Auslandsverbindlichkeiten zurückführten. Kapitalexporte von 1,9 Mrd € waren den Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen zuzuschreiben. Bei den Kreditinstituten flossen 33,3 Mrd € in das Ausland ab, wobei diese in nennenswertem Umfang kurzfristige Verbindlichkeiten zurückgeführt haben. Bei der Bundesbank kamen hingegen Mittel auf (12,8 Mrd €), vor allem im Zusammenhang mit TARGET2.

*Übriger Kapital-
verkehr der
Nichtbanken
und...*

*... des Banken-
systems*

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im Mai – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,3 Mrd € abgenommen.

*Währungs-
reserven*

Unternehmens- gewinne und Aktienkurse

Die Aktienkurse in Deutschland waren in den letzten beiden Jahrzehnten – vor dem Hintergrund eines positiven Trends – erheblichen Schwankungen unterworfen. Die Gewinne der deutschen Aktiengesellschaften weisen ein ähnliches Verlaufsprofil auf. Dies stützt theoretische Überlegungen, die in den (diskontierten zukünftigen) Unternehmensgewinnen einen wichtigen „fundamentalen“ Bestimmungsfaktor der Aktienkurse sehen. Auffällig ist aber auch, dass es im Rückblick immer wieder massive Abweichungen zwischen der Aktienkurs- und der Gewinnentwicklung gegeben hat. Hier fällt insbesondere der New-Economy-Boom zur Jahrtausendwende auf. Fehleinschätzungen erwarteter Gewinne aufgrund von Herdenverhalten oder einer asymmetrischen Informationsverteilung sowie Überreaktionen der Anleger auf neue Nachrichten können zur Erklärung derartiger Aktienkursbewegungen beitragen. Der folgende Aufsatz untersucht die Zusammenhänge zwischen Unternehmensgewinnen und Aktienkursen näher. Er geht dabei auch auf gebräuchliche Kenngrößen für das Bewertungsniveau am Aktienmarkt ein. Eine wichtige Rolle bei deren Ermittlung spielen die Gewinn-schätzungen von Aktienanalysten. Diese Schätzungen erweisen sich allerdings als relativ träge und systematisch verzerrt, was bei der Interpretation berücksichtigt werden sollte.

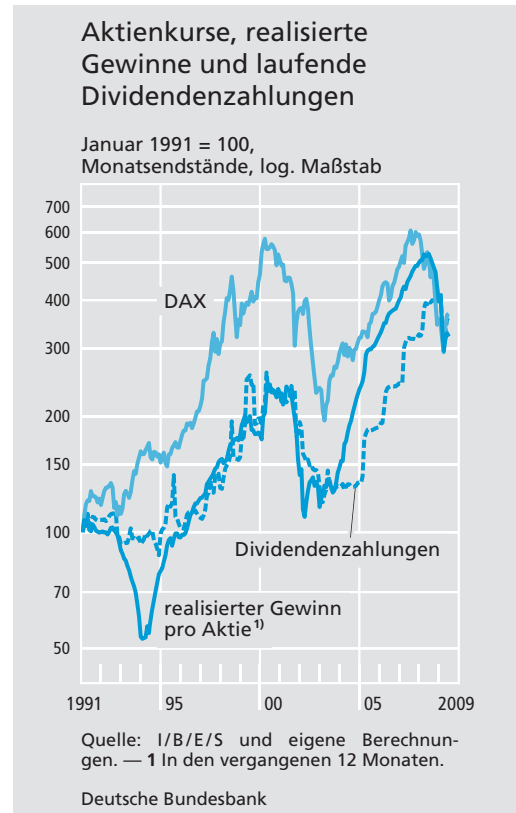
Entwicklung von Aktienkursen, Unternehmensgewinnen und Dividendenzahlungen seit 1991

Empirischer
Verlauf von
Aktien-
kursen, ...

Die Kurse deutscher Aktien sind – gemessen am Deutschen Aktienindex DAX – von Anfang 1991 bis Mitte 2009 um das knapp 2,5-fache gestiegen.¹⁾ Allerdings ist die Entwicklung nicht kontinuierlich verlaufen: Einem steilen Anstieg insbesondere Ende der neunziger Jahre im Zuge des New-Economy-Booms auf einen Höchststand von über 8 000 Indexpunkten im März 2000 folgte ein massiver Rückgang: Bis zum Frühjahr 2003 verlor der DAX über 70 % an Wert. Mit der konjunkturellen Belebung der Weltwirtschaft und nachfolgend auch in Deutschland stiegen die Notierungen anschließend wieder an und erreichten im Sommer 2007 einen neuen Spitzenwert. Im Zuge der vom US-Immobilienmarkt ausgehenden Finanzkrise und den damit verbundenen Befürchtungen über die Solidität einiger Finanzinstitute sowie über das Ausmaß der erforderlichen Wertberichtigungen kam es erneut zu kräftigen Wertverlusten. Diese erreichten im März dieses Jahres mit rund 55 % gegenüber Sommer 2007 ihr Maximum, nachdem sich abgezeichnet hatte, dass die Finanzkrise zunehmend auf die Realwirtschaft übergreifen und auch eine deutliche Abkühlung der Weltkonjunktur nach sich ziehen würde. Vor dem Hintergrund der zuletzt beobachteten Stabilisierung im Finanzsektor und positiver Gewinnmeldungen einzelner Finanzinstitute kam es seitdem zu einer leichten Kurserholung.

... Gewinnen
und Dividenden

Die Unternehmensgewinne der DAX-Unternehmen entwickelten sich abgesehen von



einer kurzen Phase Mitte der neunziger Jahre grundsätzlich ähnlich wie die Aktienkurse, blieben aber hinter dem Kursanstieg während des New-Economy-Booms zurück und weisen auch generell deutlich geringere Ausschläge auf.²⁾ Der ebenfalls relativ stete Verlauf der Dividenden deutet auf eine Politik der Dividendenkontinuität der Unternehmen hin, die Dividendenkürzungen offensichtlich zu vermeiden versuchen und die Ausschüttungen daher möglichst nur an permanente Gewinn-

¹ Dabei sind die Dividendenzahlungen eingerechnet (Performanceindex). Legt man die reinen Kurssteigerungen zugrunde, so beträgt der Anstieg des DAX seit 1991 knapp 130 %.

² Die hier verwendeten Gewinne und Dividenden beziehen sich jeweils auf den DAX-Performanceindex.

Gewinne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

Die Unternehmensgewinne sind eine entscheidende Erfolgsgröße in einer Marktwirtschaft. Perspektivisch kommt ihnen eine wesentliche Signal- und Steuerungsfunktion für Produktions- und Investitionsentscheidungen zu; außerdem sind sie eine wichtige Quelle der Eigenfinanzierung, und sie können den Unternehmen als Puffer dienen, um kurzfristige externe Preis- und Kostenschocks aufzufangen.

Die Ermittlung der Gewinne auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene wird dadurch erschwert, dass sie sich im Allgemeinen als Restgröße errechnen. Erfassungs- und Bewertungsprobleme der Erlöse und Kosten sowie (bilanzielle) Gestaltungsspielräume können zu gravierenden Unterschieden in den ausgewiesenen Gewinnen führen. Gleichwohl sind sie eine wichtige Determinante der Kursentwicklung am Aktienmarkt, und sie spielen bei der Beurteilung des Bewertungsniveaus von Aktien eine zentrale Rolle.

Im Vordergrund dieses Berichts stehen daher die Gewinne der Aktiengesellschaften, und hier insbesondere die Gewinne der 30 Unternehmen, die im Deutschen Aktienindex DAX zusammengefasst sind. Ihr Gewinn lag im Jahr 2008 bei insgesamt rund 29 Mrd € (nach Steuern).

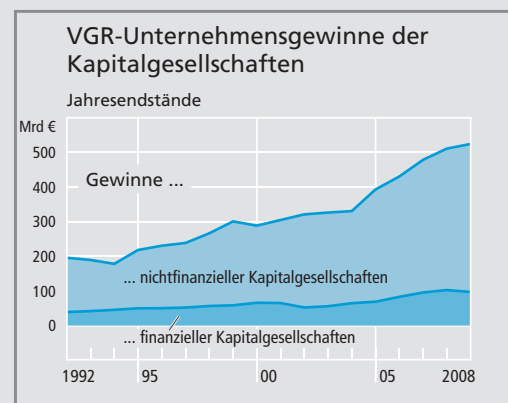
Die betrachteten DAX-Unternehmen bilden allerdings die heimische Wirtschaft angesichts ihrer Größe, sektoralen Zusammensetzung und internationalen Ausrichtung nur unvollständig ab. Um ein umfassenderes Bild von der Gewinnentwicklung heimischer Unternehmen zu erhalten, bietet es sich daher an, auf Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zurückzugreifen.

Im System der VGR erhält man den Unternehmensgewinn (vor Steuern) der Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften (inklusive der Selbständigeneinkommen) im Sinne eines operativen Ergebnisses in einer bestimmten Periode aus der laufenden Produktionstätigkeit. Dabei wird der Betriebsüberschuss der Unternehmen noch korrigiert durch das Hinzurechnen (bzw. den Abzug) der empfangenen (geleisteten) Vermögenseinkommen im Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit.¹⁾ Insgesamt betrug er 2008 rund 517 Mrd €; er hat sich damit seit Ende 1991 mehr als verdoppelt (siehe nebenstehende Abbildung). Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften trugen hierzu zuletzt etwa vier Fünftel bei.

1 Zu den empfangenen Vermögenseinkommen zählen vor allem Zinsen aus Einlagen und anderen Geldanlagen sowie Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen; geleistete Vermögenseinkommen sind insbesondere Zinszahlungen. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Gesamtwirtschaftliche Ertrags- und Kostenentwicklung seit Anfang der neunziger Jahre, Monatsbericht, Dezember 2002, S. 39 ff. — 2 Vgl.: N. Schwarz, Einkommensentwicklung in Deutschland – Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik 3/2008, S. 197–206. — 3 Der

Die Entwicklung der Unternehmensgewinne reflektiert, dass zu Beginn dieses Jahrzehnts für viele Unternehmen die Konsolidierung ihrer Bilanzen im Vordergrund stand. Das (bis 2007) günstige weltwirtschaftliche Umfeld und die konjunkturelle Erholung in Deutschland haben sich – bei relativ moderaten Lohnsteigerungen – in einem kräftigen gesamtwirtschaftlichen Gewinnanstieg niedergeschlagen. Außerdem dürfte auch die gestiegene Bedeutung der Unternehmen in den Rechtsformen von Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften zu dem Gewinnwachstum beigetragen haben.²⁾ Der Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 sowie die anschließende kräftige gesamtwirtschaftliche Kontraktion weltweit und in Deutschland führten dann aber sowohl zu einem Rückgang der Gewinne finanzieller Kapitalgesellschaften als auch zu einer spürbar abgebremsten allgemeinen Gewinnentwicklung.

Die VGR-Sektoren „nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ und „finanzielle Kapitalgesellschaften“ umfassen nicht nur Kapitalgesellschaften im engeren Sinne wie Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), sondern auch Quasi-Kapitalgesellschaften (z.B. Offene Handelsgesellschaften (OHG) und Kommanditgesellschaften (KG)). AGs werden in der VGR nicht gesondert erfasst. Einen Richtwert für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gewinne von AGs liefert die Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank, die auf Jahresabschlüssen nichtfinanzieller Unternehmen basiert.³⁾ Danach betrug der Gewinnanteil vor Steuern der AGs an allen Kapitalgesellschaften zuletzt knapp über 25%.⁴⁾



Bundesbank stehen hierzu jährlich mehr als 100000 Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen für Auswertungen zur Verfügung. Gemessen an den Umsätzen der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes repräsentieren die im Datenpool erfassten Unternehmen etwa zwei Drittel der Geschäftstätigkeit der deutschen Firmen außerhalb des Finanzsektors. — 4 Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2006, in dem 56009 Kapitalgesellschaften in die Untersuchung eingeflossen sind. Davon handelte es sich bei 2220 Unternehmen um AGs.

änderungen anpassen.³⁾ Zum einen zeigt sich dies Mitte der neunziger Jahre sowie in jüngster Zeit, als die Dividenden bei rückläufigen Gewinnen weitgehend stabil blieben beziehungsweise in geringerem Maße sanken. Zum anderen fielen die Ausschüttungen nach 2003 hinter die Gewinne zurück, als die Unternehmen den Gewinnanstieg zunächst offensichtlich vor allem für höhere Thesaurierungen und eine „Sanierung“ ihrer Bilanzen nutzten (zur Gewinnentwicklung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht siehe auch die Erläuterungen auf S. 17).

Trotz dieser Unterschiede im Detail sind die realisierten Gewinne und die laufenden Dividenden im Beobachtungszeitraum im Durchschnitt mit ähnlichen Raten gewachsen wie die Aktienkurse. Alles in allem lagen die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten seit 1991 zwischen 6 % und 7 % pro Jahr. Dieser Befund steht im Einklang mit theoretischen Überlegungen zum Zusammenhang der genannten Größen.

Zusammenhang zwischen Gewinnen und Aktienkursen: theoretische Überlegungen

Aktienkurse nicht ausschließlich von Fundamentalfaktoren abhängig

Der Kurs einer rational bewerteten Aktie sollte in einem vollkommenen Markt dem Barwert der künftig erwarteten Dividenden entsprechen. Dabei setzt sich der Diskontierungsfaktor aus dem risikofreien Zinssatz und einer Risikoprämie zusammen, die Anleger als Kompensation für die Unsicherheit der Dividendenströme verlangen. Die Erfahrung zeigt aber, dass Aktienkurse mitunter Werte an-

nehmen, die zumindest im Nachhinein nicht im Einklang mit einer rationalen Bewertung stehen. Hierzu zählen sogenannte Vermögenspreisblasen, die sich als eine starke Abweichung von der fundamental gerechtfertigten Bewertung identifizieren lassen. Bei der Entstehung von Vermögenspreisblasen können unter anderem Herdenverhalten und eine asymmetrische Informationsverteilung unter den Anlegern sowie Überreaktionen auf veränderte Gewinnerwartungen eine Rolle spielen. Auch psychologisch bedingte Verhaltensweisen auf Seiten der Anleger, deren Auswirkungen im Rahmen der Behavioural Finance untersucht werden, können zur Erklärung nicht fundamental begründeter Aktienkursbewegungen beitragen.

Für die Beurteilung des fundamental gerechtfertigten Bewertungsniveaus von Aktien sind im Rahmen des Dividendendiskontierungsansatzes Unternehmensgewinne eine wichtige Größe. Andere einfache Messgrößen für eine Bewertung des Aktienkursniveaus sind das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) und die Dividendenrendite, die den laufenden oder erwarteten Gewinn beziehungsweise die Dividende in Relation zum Aktienkurs abbilden. Ein verwandter Indikator ist das sogenannte Fed-Modell, das der Differenz zwischen dem inversen KGV – der Gewinnrendite – und einem sicheren Zinssatz entspricht und sich als Risikoaufschlag gegenüber einer sicheren Anlage interpretieren lässt.

Messgrößen auf der Grundlage von Gewinnen und Dividenden

³ Mögliche Gründe für eine Politik der Dividendenglättung sind Marktfriktionen (z. B. asymmetrische Informationsverteilung). Bei einem vollkommenen Kapitalmarkt erweist sich dagegen die Ausschüttungspolitik als irrelevant. Vgl.: M. H. Miller und F. Modigliani (1961), Dividend Policy Growth and the Valuation of Shares, in: Journal of Business 34, S. 411–433.

Während der Vergleich solcher Messgrößen über verschiedene Marktsegmente oder nationale Aktienmärkte aufgrund von Unterschieden zwischen den Risikoprämien, der Rechnungslegung und den Realzinsen als problematisch gilt, ist ihre Interpretation im Vergleich mit einem als fundamental gerechtfertigt erachteten langfristigen Durchschnitt weit verbreitet. Hierbei werden aus Abweichungen von diesem Durchschnitt Rückschlüsse auf die Angemessenheit der Bewertung gezogen. Überschreitet (unterschreitet) beispielsweise das aktuelle KGV seinen langfristigen Durchschnittswert, dann erscheinen die Aktien – gemessen an den tatsächlichen beziehungsweise erwarteten Gewinnen – als hoch (niedrig) bewertet. Dieses Vorgehen hat den Vorteil der Komplexitätsreduktion, lässt sich aber auch empirisch rechtfertigen (vgl. S. 24). Eine Schwachstelle bei der üblichen Berechnungsweise ist, dass nur der Gewinn beziehungsweise die Dividende einer Periode als Bewertungsgrundlage verwendet und als repräsentativ für die gesamte Zukunft angesehen wird; bei Verwendung durchschnittlicher Größen wird der Barwerteffekt der zeitlich näheren Überschüsse beziehungsweise Ausschüttungen vernachlässigt.

Dividendenbarwertmodelle

Dividendenbarwertmodelle vermeiden diese Nachteile. Sie basieren auf der Diskontierung aller zukünftigen Dividenden mit der erwarteten realen Aktienrendite – also der Summe aus sicherem Zins und Aktienrisikoprämie – als Diskontfaktor. In der einfachen Variante des Modells werden die zukünftigen Dividendenzahlungen ermittelt, indem die aktuelle Dividende zugrunde gelegt und eine konstante Dividendenwachstumsrate unterstellt

wird. Im dreistufigen Dividendenbarwertmodell, das auch von der Bundesbank verwendet wird, werden drei Phasen des Dividendenwachstums unterschieden. Während in der ersten Phase von einem konstanten Dividendenwachstum ausgegangen wird, nähert sich die Wachstumsrate in der zweiten Phase annahmegemäß linear ihrem langfristigen Gleichgewichtswert an, der in der dritten Phase erreicht wird.⁴⁾ In der Praxis wird das Modell häufig nach der Aktienrisikoprämie aufgelöst, deren Vergleich mit einem langfristigen Durchschnittswert eine Abschätzung des Bewertungsniveaus ermöglicht. Eine hohe Aktienrisikoprämie deutet auf eine vergleichsweise große Zurückhaltung der Anleger und demzufolge eine relativ niedrige Kursbewertung hin.

Im Dividendenbarwertmodell haben Änderungen der Dividendenwachstumsraten insbesondere dann einen erheblichen Einfluss auf das Kursniveau, wenn die unterstellte langfristige Dividendenwachstumsrate nahe bei der erwarteten Aktienrendite liegt.⁵⁾ Für

⁴ Zu Einzelheiten vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2003, S. 36 ff.

⁵ Im dreistufigen Dividendenbarwertmodell, das eine Weiterentwicklung des einfachen Gordon-Wachstumsmodells darstellt, gilt für das Kursniveau P_t näherungsweise:

$$P_t = \frac{D_t \left[(1+g) + (A + \frac{B}{2})(g_t^* - g) \right]}{(ERP_t + r_t) - g},$$

wobei D_t die erwartete Dividende zum Zeitpunkt t , g_t^* die auf Analystenschätzungen basierende reale Dividendenwachstumsrate und A sowie B die Dauer der ersten bzw. zweiten Dividendenwachstumsphase in Jahren wiedergeben. Die unterstellte langfristige reale Dividendenwachstumsrate g hat einen hohen Einfluss auf den Barwert. Je näher g bei der erwarteten Aktienrendite (Aktienrisikoprämie ERP_t plus Realzins r_t) liegt und je geringer damit der Nenner des Bruchs ausfällt, desto stärker wirken sich Änderungen der verwendeten Variablen auf das Kursniveau aus. Das Modell ist nicht lösbar, wenn g der erwarteten Aktienrendite entspricht oder diese übertrifft.

die Aussagekraft und Interpretation des Modells ist es daher von zentraler Bedeutung, dass die angenommenen Dividendenwachstumsraten die tatsächlichen Erwartungen der Anleger korrekt wiedergeben und gute Schätzwerte für die tatsächliche Dividendenentwicklung sind.

Analystenschätzungen als Messgröße für erwartete Unternehmensgewinne

Datenquellen

Aus Analystenschätzungen ermittelte erwartete Gewinne

Ein gebräuchliches Maß für die erwarteten Unternehmensgewinne sind Analystenschätzungen. Im Zusammenhang mit Untersuchungen zu Analystenprognosen stellt die I/B/E/S-Datenbank (Institutional Brokers Estimate System) die am häufigsten verwendete Datenquelle dar.⁶⁾ Diese Datenbank enthält Schätzungen des Bilanzgewinns über unterschiedliche Zeithorizonte zwischen 12 Monaten und fünf Jahren. Der Fokus der Marktteilnehmer richtet sich überwiegend auf die nächsten 12 Monate, weshalb sich auch der Großteil der Prognosen auf das laufende und das nächste Geschäftsjahr bezieht. Für die Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX stehen seit 1991 im Durchschnitt monatlich knapp 30 Vorhersagen pro Unternehmen für den 12-monatigen Ausblick zur Verfügung. Diese vergleichsweise hohe Prognosedichte zeigt, dass Analysten vor allem große Unternehmen im Blickpunkt ihrer Tätigkeit haben.⁷⁾ Für die beobachteten Unternehmen bedeutet eine höhere Analystenabdeckung ein verbessertes Informationsumfeld, das sich

letztlich in einer qualitativ besseren Konsensprognose niederschlagen sollte.⁸⁾

Die auf Einzelunternehmensebene ermittelte durchschnittliche Prognose der Analysten wird gemäß der Marktkapitalisierung des jeweiligen Unternehmens gewichtet und zu einer Gesamtzahl für den Index aufaddiert. Allerdings erneuern die Analysten ihre Prognosen in der Regel nicht in monatlicher Frequenz. Für die DAX-Unternehmen zeigt sich, dass bei monatlicher Betrachtung seit 1991 nur ungefähr jede vierte Schätzung revidiert wird.⁹⁾ Auch wenn sich dieses Verhältnis seit dem Jahr 2000 auf durchschnittlich knapp ein Drittel (32 %) erhöht hat, bedeutet dies immer noch, dass die überwiegende Anzahl der in den Gesamtindex einfließenden Prognosen denjenigen des Vormonats entspricht. Dies führt – wie unten näher ausgeführt wird – unter anderem dazu, dass sich die (durchschnittlichen) Gewinnprognosen nur zögerlich an abrupt eintretende neue Entwicklungen anpassen.

6 Dabei handelt es sich um Vorhersagen sog. Sell-Side-Analysten, deren Berichte sich nicht primär an den eigenen Arbeitgeber, sondern an externe Adressaten richten. Demgegenüber sind Buy-Side-Analysten in der Regel Angestellte von institutionellen Anlegern. Sie haben zum Ziel, den eigenen Managern fundierte Entscheidungshilfen für den Ankauf von Wertpapieren zu liefern, die aber nicht veröffentlicht werden. Aufgrund dieser unterschiedlichen Ausrichtung und dadurch abgeleiteter unterschiedlicher Zielfunktionen werden die beiden Gruppen in der Literatur oft gesondert behandelt.

7 Zum Vergleich: Beim breiter gefassten Dow Jones EuroStoxx entfallen seit seiner Auflegung im Jahr 1999 im Monatsdurchschnitt knapp 18 Analystenprognosen auf ein Unternehmen. Quelle: I/B/E/S, eigene Berechnungen.

8 Vgl. z.B.: R. Frankel, S. P. Kothari und J. Weber (2006), Determinants of the Informativeness of Analyst Research, in: Journal of Accounting and Economics 41, S. 29–54.

9 Im Falle unveränderter Schätzungen liegen keine Informationen vor, inwieweit sie aktualisiert worden sind.

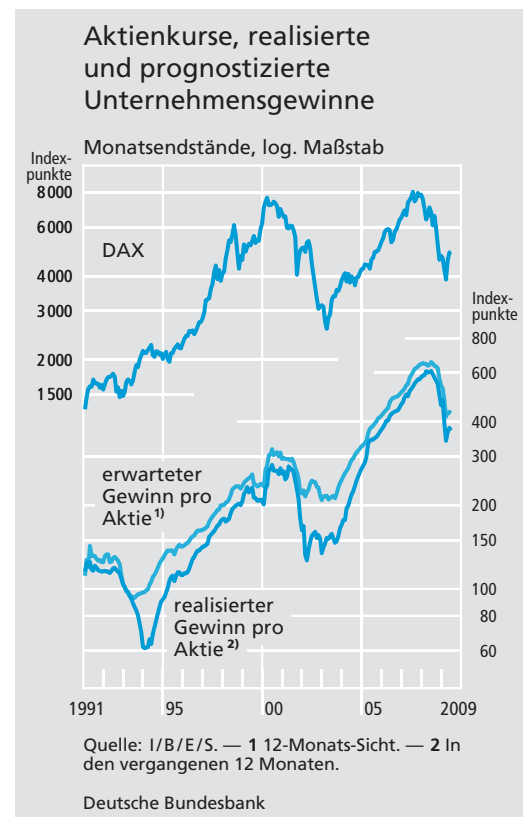
Analyse der Gewinnentwicklung

Seit 1991
überwiegend
Gewinn-
steigerungen
erwartet

Seit 1991 erwarteten die Analysten von wenigen Ausnahmen abgesehen ein (positives) Gewinnwachstum für deutsche Unternehmen. Die für die jeweils folgenden 12 Monate prognostizierten Gewinne lagen fast immer über den realisierten Gewinnen der vorangegangenen 12 Monate (vgl. nebenstehendes Schaubild). Trotz eingebrochener Gewinnerwartungen im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise gehen die Analysten auch derzeit von einem Gewinnanstieg in den nächsten 12 Monaten aus (+ 15 %).

New-Economy-
Blase versus
Finanzkrise

Bezüglich der Gewinnentwicklung sind zwischen dem Aktienboom Ende der neunziger Jahre und der aktuellen Finanzkrise deutliche Unterschiede erkennbar. So stiegen die Kurse der 30 wichtigsten deutschen Aktien während der Entstehung der High-Tech-Blase deutlich stärker als die erwarteten Gewinne, und auch der anschließende Kursrutsch übertraf die Korrektur bei den erwarteten Gewinnen merklich. Dagegen verliefen sowohl der bis 2007 folgende Kursaufschwung als auch der nachfolgende kräftige Kurseinbruch weitgehend im Einklang mit den erwarteten Gewinnen. Diese unterschiedliche Entwicklung manifestiert sich in einer tieferen Untersuchung der Analystenrevisionen. Während des Booms um die Jahrtausendwende überstieg bereits Anfang 1999 die Anzahl der nach unten revidierten Gewinnschätzungen die der Revisionen nach oben. Zu diesem vergleichsweise frühen Zeitpunkt überwog bei den zu den DAX-Unternehmen befragten Analysten also bereits die Skepsis, ob die bis dahin erwarteten Gewinne auch tatsächlich realisiert



werden würden. Der sich trotzdem bis in das Jahr 2000 fortsetzende Kursanstieg führte somit zu einer zunehmenden Abkopplung der Kurse von den erwarteten Gewinnen. In dem der aktuellen Krise vorangehenden Aufschwung, der im Vergleich zum New-Economy-Boom sektoral wesentlich breiter fundiert war, übertraf die Anzahl der nach unten revidierten Gewinnschätzungen die der Revisionen nach oben erst im Oktober 2007 – und damit nach Überschreiten des Höhepunkts am Aktienmarkt. Offenbar wurden die Aktienanalysten von der Krise überrascht, zumal die realwirtschaftlichen Prognosen zu dem damaligen Zeitpunkt keinen abrupten konjunkturellen Einbruch signalisierten.

Der 2007 beobachtete Rückkopplungseffekt von den Aktienkursen auf die Gewinnschät-

Welche Determinanten beeinflussen die Güte der Gewinnschätzungen von Wertpapieranalysten?

Wertpapieranalysten fungieren in gewisser Weise als Bindeglied zwischen den von ihnen beobachteten Unternehmen und potenziellen Investoren beziehungsweise Marktbeobachtern, sodass sie auch als Informationsintermediäre angesehen werden können. Ihre Aufgabe besteht darin, eine Vielzahl von Informationen unterschiedlicher Qualität zu sammeln, auszuwerten und – im Fall einer Gewinnschätzung – zu einer einzigen Zahl zu verdichten. Das Ergebnis ihrer Analyse wird in der Regel prominent veröffentlicht, wohingegen zu dem vorangegangenen Entscheidungsfindungsprozess keine Informationen bekannt gegeben werden. Allerdings ermöglicht erst die Kenntnis der die Entscheidung beeinflussenden Faktoren, fundierte Aussagen über die Qualität und Rationalität der gemachten Prognosen zu treffen. Im Folgenden werden verschiedene Determinanten analysiert, die auf den Entscheidungsprozess und die Prognosegüte eines Wertpapieranalysten einen Einfluss haben können. Dabei wird unterschieden, inwieweit einerseits das individuelle Umfeld die Vorhersagequalität bestimmt und andererseits öffentlich verfügbare Informationen ihren Niederschlag in den Prognosen finden.¹⁾

Unabhängig von den zu überprüfenden Determinanten muss im Rahmen einer empirischen Untersuchung zur Prognosequalität grundsätzlich für den Vorhersagehorizont kontrolliert werden, der als zeitliche Differenz (in der Regel in Monaten) zwischen der Prognoseerstellung und dem Ende des prognostizierten Geschäftsjahres definiert wird. Erwartungsgemäß ergibt sich hier ein negativer Zusammenhang: Mit zunehmendem Prognosehorizont nimmt die Qualität der Vorhersagen ab. Ebenso kann auch das jeweilige Geschäftsjahr einen spezifischen Einfluss ausüben, was in einer Analyse entsprechend berücksichtigt werden muss.

Analysten- und brokerspezifische Faktoren

Unterschiede in der Prognosequalität einzelner Analysten lassen sich zum Teil mit dem individuellen Umfeld beziehungsweise analytenspezifischen Eigenschaften erklären.²⁾ Verschiedene Studien zeigen etwa, dass eine lange Berufserfahrung die Prognosequalität signifikant positiv beeinflusst. Begründet wird dies zum einen mit einem Learning-by-doing-Effekt: Eine längere Ausübung der Analyistentätigkeit trägt zu einer größeren Erfahrung in diesem Berufsfeld bei, was entsprechend zu besseren Vorhersageergebnissen führt. Darüber hinaus führen Hong und

Kubik (2003) für in den USA tätige Analysten an, dass eine Weiterbeschäftigung in dieser Branche eng an die Qualität der Prognosen geknüpft sei.³⁾ Das bedeutet, dass Analysten mit vergleichsweise vielen Berufsjahren bereits einen Selektionsprozess durchlaufen haben, in dem sie sich gegen andere Konkurrenten durchgesetzt haben. Allerdings hat sich die positive Korrelation von Berufserfahrung und Prognosequalität insbesondere für europäische Analysten als schwach oder gar nicht vorhanden herausgestellt, wofür als Begründung unter anderem eine andere Anreizstruktur angeführt wird.⁴⁾ Die Literatur differenziert daher noch einmal zwischen allgemeiner und unternehmensspezifischer Berufserfahrung. Letztere bezieht sich ausschließlich auf den Zeitraum, über den ein einzelner Analyst ein bestimmtes Unternehmen beobachtet. Der dabei gefundene positive Zusammenhang erweist sich in der empirischen Analyse in der Regel als robust, was unter anderem auf eine mit zunehmenden Berufsjahren immer besser etablierte Kommunikationsstruktur des Analysten zum Management des beobachteten Unternehmens zurückgeführt werden kann.

Eine weitere analytenspezifische Determinante, die in empirischen Studien auf einen potenziellen Effekt hin untersucht wird, ist die Anzahl der Prognosen, die ein Analyst in einem Geschäftsjahr für ein Unternehmen erstellt. Wenn eine große Anzahl von Revisionen notwendig ist, deutet dies auf Schwierigkeiten einer adäquaten Einschätzung hin, was gerade zu Beginn des Geschäftsjahres zu einem entsprechenden negativen Zusammenhang zwischen dieser Variable und der Prognosegüte führt. Dagegen sollte zum Ende des Geschäftsjahres die entsprechende Anzahl der Revisionen für die notwendigen Angleichungen gesorgt haben, sodass kein statistisch signifikanter Unterschied mehr feststellbar ist.

Zu der Gruppe der brokerspezifischen Faktoren zählt etwa die Größe des Portfolios, das ein einzelner Analyst zu betreuen hat. Hier geht die Theorie von einem negativen Zusammenhang aus: Je mehr Unternehmen beziehungsweise Sektoren ein Analyst zu beobachten hat, desto weniger Zeit bleibt ihm für die Analyse eines bestimmten Unternehmens, was sich entsprechend an einem signifikant größeren Prognosefehler ablesen lässt.

Auch die Größe des Arbeitgebers, bei dem der Analyst beschäftigt ist, erweist sich in verschiedenen Studien als statistisch signi-

1 Für einen aktuellen Forschungsüberblick zu Analystenschätzungen vgl.: S. Ramnath, S. Rock und P. Shane (2008), The Financial Analyst Forecasting Literature: A Taxonomy with Suggestions for Future Research, in: International Journal of Forecasting 24, S. 34–75. — 2 Vgl. z. B.: M. B. Clement (1999), Analyst Forecast Accuracy: Do Ability, Resources, and Portfolio Complexity Matter?, in: Journal of Accounting and Economics 27, S. 285–303. — 3 Vgl.: H. Hong und J. D. Kubik (2003), Analyzing the Analysts: Career Concerns and Biased

Forecasts, in: Journal of Finance 58, S. 313–351. — 4 Vgl.: G. Bolliger (2004), The Characteristics of Individual Analysts' Forecasts in Europe, in: Journal of Banking and Finance 28, S. 2283–2309. Demnach ist die Leistungsbeurteilung eines einzelnen Analysten in Europa nicht so eng wie in den USA an den individuellen Vorhersagefehler geknüpft. — 5 Vgl.: G. Bolliger (2004), a. a. O. — 6 Vgl.: L. D. Brown (2001), How Important is Past Analyst Forecast Accuracy?, in: Financial

fikant. Insbesondere US-amerikanische Studien zeigen, dass Analysten, die bei größeren Analysehäusern beschäftigt sind, bessere Prognosen erstellen als ihre Kollegen aus kleineren Häusern. Eine mögliche Begründung dafür könnte zum einen darin liegen, dass die Analysten großer Brokerhäuser einen leichteren Zugang zum Unternehmensmanagement haben. Auch könnte ihnen eine bessere Ressourcenausstattung zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt auf Grund der zuvor genannten Gründe gelten die größeren Analystenhäuser als die attraktiveren Arbeitgeber, so dass möglicherweise auch die besseren Analysten dort beschäftigt sind. Allerdings lässt sich dieses Argument nicht ohne Weiteres auf den europäischen Markt übertragen, da die Analystenhäuser bei der Auswahl ihrer zukünftigen Mitarbeiter nicht in derselben Ausschließlichkeit wie in den USA auf die vergangene individuelle Prognosequalität setzen.⁹⁾

Auch wenn mit Hilfe der zuvor genannten Variablen versucht wird, einen möglichst großen Teil der unterschiedlichen Prognosequalität mit analysten- und brokerspezifischem Verhalten zu erklären, bleibt doch ein großer unerklärter Rest, der dazu führt, dass sich in der Regel neben den genannten Determinanten auch die vergangene analysten-spezifische Prognosequalität als hoch signifikant herausstellt. So zeigt Brown (2001), dass ein einfaches Modell, in dem ausschließlich die individuelle vergangene Prognosequalität als erklärende Variable enthalten ist, einen genauso guten Erklärungsgehalt liefert wie ein Modell mit den zuvor beschriebenen Charakteristika des Analysten.⁹⁾

Verarbeitung allgemein verfügbarer Informationen

Wie bereits erwähnt besteht die eigentliche Leistung eines Finanzanalysten darin, vorhandene Informationen zu sammeln, zu gewichten und zu komprimieren. Eine wichtige und in der Literatur intensiv diskutierte Informationsquelle stellt fraglos die aktuelle Durchschnittsprognose der anderen Analysten-Kollegen dar. Dabei befindet sich der einzelne Analyst zunächst in der gleichen Situation wie die anderen, unbeteiligten Marktteilnehmer. Auf der einen Seite kennt er zwar das Ergebnis der vorliegenden Konsens-Schätzung, auf der anderen Seite weiß er nicht, welche Faktoren bei seinen Kollegen im Entscheidungsprozess eine Rolle gespielt haben. Im Gegensatz zu anderen Marktteilnehmern hat der Analyst auf Grund seiner eigenen Prognose

allerdings eine Vorstellung davon, wie sich die Konsensschätzung ändern könnte.

Nach der Definition von Banerjee (1992) wird das Verhalten des einzelnen Analysten genau dann als nicht rationales Herdenverhalten klassifiziert, wenn sich seine Prognose ausschließlich aus der Konsensschätzung der anderen Analysten speist und er eigene Informationen entsprechend vernachlässigt.⁷⁾ Empirisch ist ein Verhalten nach dieser Definition allerdings schwer nachzuweisen. Da verschiedene Analysten normalerweise auf ähnliche Informationssignale reagieren, ist es wahrscheinlich, dass sie auch zu ähnlichen Empfehlungen kommen. In diesem Fall ist es also nicht eindeutig, ob Parallelbewegungen bei den Gewinnrevisionen der Analysten auf Herdenverhalten oder lediglich auf die gleiche Informationsgrundlage zurückzuführen sind. Clement, Hales und Xue (2007) weisen für die USA nach, dass die Konsensprognose durchaus auf rationale Weise verwertet wird. Danach bezieht ein einzelner Analyst die Informationen aus der Gemeinschaftsvorhersage umso stärker in die eigene Prognose ein, je größer die Anzahl der Analysten ist, die an der entsprechenden Prognose beteiligt waren.⁸⁾ In diesem Fall – wenn der Analyst die Konsensprognose als eine von mehreren Informationsquellen benutzt – kann sie zu einer Verbesserung der eigenen Prognosequalität führen.⁹⁾ Insofern wäre es zu voreilig, den Nachweis eines Einflusses der Konsensprognose auf die Analystenentscheidung als nicht rationales Verhalten zu charakterisieren. Für Deutschland weisen Naujoks et al. (2009) sogar nach, dass die Analysten sich in ihren Prognosen systematisch von der Konsensprognose absetzen, um besser wahrgenommen zu werden („Anti-Herding“).¹⁰⁾

Ähnlich wie bei der Konsensprognose verhält es sich mit der vergangenen Aktienkursentwicklung. Auch wenn es sich um öffentlich bekannte und verfügbare Informationen handelt, kann die Berücksichtigung der Aktienkurse durchaus zur Verbesserung der Qualität von Gewinnprognosen beitragen.¹¹⁾

Eine weitere Informationsquelle, bei der man ein ähnliches Analystenverhalten erwarten würde, ist der makroökonomische Ausblick. Sowohl unerwartete Veränderungen als auch eine gestiegene Unsicherheit bezüglich der zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sollten die analysten-spezifische Gewinnprognose entsprechend beeinflussen.

Analysts Journal 57, S. 44–49. — 7 Vgl.: A.V. Banerjee (1992), A Simple Model of Herd Behavior, in: Quarterly Journal of Economics 57, S. 797–817. — 8 Vgl.: M.B. Clement, J. Hales und Y. Xue (2007), When Do Financial Analysts Look to Others for Answers?, Working Paper. — 9 D. Bernhardt, M. Campello und E. Kutsoati (2006), Who herds?, in: Journal of Financial Economics 80, S. 657–675 zeigen, dass Veränderungen in der Konsensprognose durchaus relevante und

wertvolle Informationen enthalten, die von dem einzelnen Analysten nicht ignoriert werden dürfen. — 10 Vgl.: M. Naujoks, K. Aretz, A. Kerl und A. Walter (2009), Do German Security Analysts Herd?, in: Financial Markets and Portfolio Management 23, S. 3–29. — 11 Vgl.: T. Lys und S. Sohn (1990), The Association Between Revisions of Financial Analysts Earnings Forecasts and Security-Price Changes, in: Journal of Accounting and Economics 13, S. 341–363.

zungen lässt sich generell nachweisen. Analysten beziehen die vergangenen Kursbewegungen der Aktie des betrachteten Unternehmens durchaus in ihre Schätzung ein. Mit Hilfe eines Granger-Kausalitäts-Tests kann die Hypothese, dass vergangene Aktienkurse keinen Einfluss auf die Gewinnerwartungen haben, im Beobachtungszeitraum von 1991 bis 2009 auf dem 1%-Niveau abgelehnt werden.¹⁰ Dieser empirische Befund legt eine vorsichtige Verwendung der Barwertmodelle nahe, da diese annehmen, dass die Gewinnprognosen unabhängig von den vergangenen Kursentwicklungen geschätzt werden. Um diese Interpretation zu untermauern, müssen Einzelschätzungen der Analysten und ihre Anpassung im Zeitverlauf jedoch genauer untersucht werden, da bisher nicht berücksichtigt wurde, von wann die einzelnen in die Konsensprognose einfließenden Schätzungen stammen (vgl. Erläuterungen auf S. 22 f.). Als ein zweites Resultat ergibt sich aus dem auf monatlicher Frequenz beruhenden Granger-Kausalitäts-Test kein marktrelevanter Einfluss der Gewinnschätzungen auf zukünftige Aktienkurse. Dies widerspricht jedoch nicht notwendigerweise dem Dividendenbarwertmodell, da man bei informations-effizienten Märkten eine mögliche Reaktion der Aktienkurse auf veränderte Gewinnerwartungen deutlich eher erwarten würde. Die sich aus dem VAR-Modell ergebenden Impuls-Antwort-Folgen bestätigen eine entsprechende unmittelbare Reaktion der Aktienrenditen auf eine Veränderung der Gewinnerwartungen.

Kenngrößen auf der Grundlage von Analystenschätzungen

Der Zusammenhang von Aktienkursen und Gewinnerwartungen liegt auch anderen populären Bewertungsmaßstäben für den Aktienmarkt zugrunde.¹¹ Die Analystenschätzungen bilden in der Praxis häufig die Grundlage für die Ermittlung von KGV, Dividendenrenditen oder Aktienrisikoprämien aus Dividendenbarwertmodellen. Zur Beurteilung des fundamental gerechtfertigten Bewertungsniveaus werden diese – wie oben erläutert – mit ihrem langjährigen Durchschnitt verglichen. Dahinter steht die Annahme, dass die Gewinnschätzungen repräsentativ für die zukünftige Entwicklung der Gewinne beziehungsweise Dividenden sind und der historische Durchschnitt der Kennzahlen einem Gleichgewichtswert ähnelt, von dem die laufenden Werte nur vorübergehend – zum Beispiel wenn nichtfundamentale Einflüsse die Kursentwicklung temporär dominieren – abweichen, zu dem sie aber langfristig zurückkehren („mean reversion“). Im Fall des KGV erscheint dies plausibel und lässt sich auch empirisch anhand von einschlägigen ökonometrischen Tests (Einheitswurzeltests) bestätigen.

*Beurteilung des
Bewertungs-
niveaus*

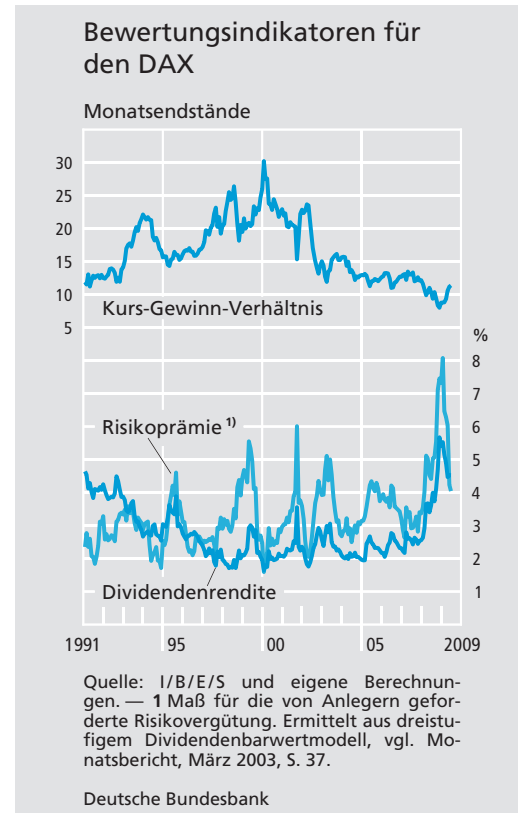
¹⁰ Zwischen den beiden Zeitreihen kann keine ökonomische Gleichgewichtsbeziehung (Kointegration) nachgewiesen werden. Daher werden für die ökonometrische Analyse die beiden Variablen in ihren ersten (logarithmierten) Differenzen in einem vektorautoregressiven (VAR-)Modell untersucht. Mit dessen Hilfe lassen sich Aussagen über den dynamischen Zusammenhang zwischen den darin abgebildeten (endogenen) Größen treffen. Hierauf zielt insbesondere das Konzept der Granger-Kausalität ab, bei dem auf einen möglichen Einfluss der verzögerten Werte der einen Variable auf den aktuellen Wert der anderen Variable getestet wird.

¹¹ Vgl.: J. Y. Campbell und R. J. Shiller (2001), Valuation Ratios and the Long-run Stock Market Outlook: An Update, NBER Working Paper 8221.

Beim KGV zeigt sich allerdings auch, dass der über den gesamten Beobachtungszeitraum ex post ermittelte Durchschnitt von zu früheren Zeitpunkten ermittelten Durchschnitten erheblich abweichen kann und der „Gleichgewichtswert“ daher mit Unsicherheit behaftet ist. Zudem weisen die Zeitintervalle zwischen zwei Schnittpunkten des KGV mit seinem Durchschnitt sehr unterschiedliche Längen auf, die zwischen einem Monat (im Jahr 2001) bis knapp sieben Jahren betragen.

*KGV,
Dividenden-
rendite und
Aktienrisiko-
prämie*

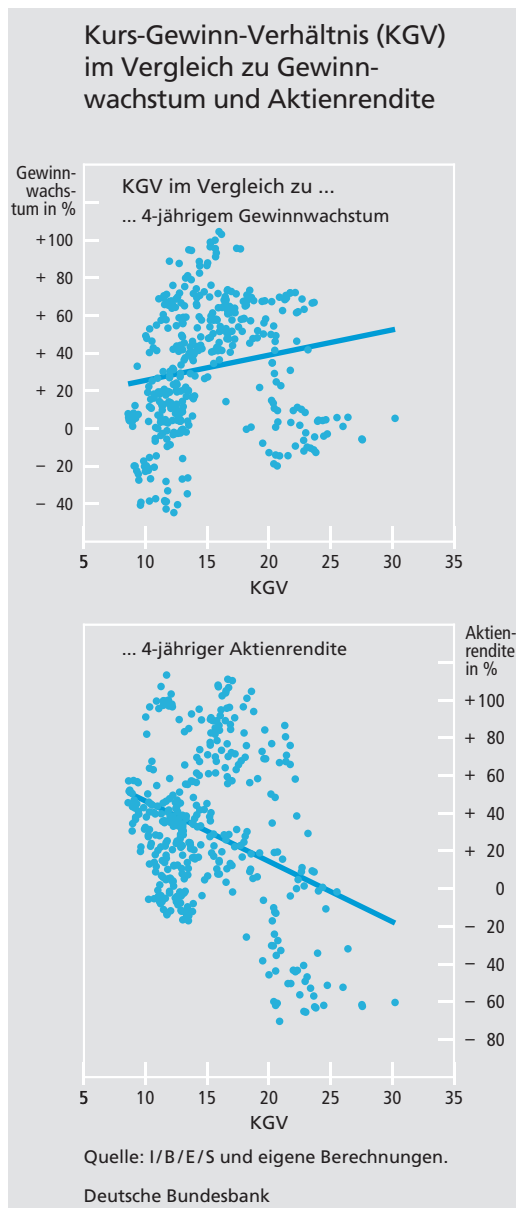
Die Entwicklung der Kennzahlen KGV, Dividendenrendite und Aktienrisikoprämie unterstreicht die erwähnten Unterschiede zwischen der New-Economy-Blase und der Finanzkrise. Um die Jahrtausendwende erreichte das KGV mit 30 seinen Spitzenwert im Beobachtungszeitraum, und zugleich lagen die Dividendenrendite und Aktienrisikoprämie (mit jeweils 1,6 %) auf ihrem niedrigsten Stand seit 1991. Dies spiegelt die damals offensichtlich besonders ausgeprägte Bereitschaft der Anleger wider, trotz relativ geringer erwarteter Gewinne und Dividenden in Aktien zu investieren, und deutet damit auf eine Abkopplung des Aktienmarkts von den Fundamentaldaten hin. Im Gegensatz dazu lagen die Kennzahlen bei Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 näher bei ihren langjährigen Durchschnitten. Nachdem das KGV nach kräftigen Kursverlusten am Aktienmarkt zum Jahreswechsel 2008/2009 einen Tiefstand (Dividendenrendite und Aktienrisikoprämie: Höchststand) erreicht hat, ist in den letzten Monaten bei allen Messgrößen aufgrund steigender Kurse und nach unten revidierter Gewinnschätzun-



gen eine gewisse Normalisierung zu beobachten; gleichwohl unterscheiden sie sich noch immer deutlich von ihren langfristigen Durchschnitten.

Für das KGV bedeutet die Tendenz, zu einem Gleichgewichtswert zurückzukehren, dass es mindestens einen treibenden Faktor gibt, der das Verhältnismaß wieder zu seinem langfristigen Durchschnitt zurückführt. Diese Anpassung kann grundsätzlich von den Aktienkursen (Zähler), von den Gewinnen (Nenner) oder von beiden Größen getrieben werden. So sollte zum Beispiel ein überdurchschnittlich hohes KGV entweder einen Gewinnanstieg, rückläufige Aktienkurse oder beides nach sich

*Determinanten
der Anpassung
des KGV*



ziehen.¹²⁾ Ökonomisch lassen sich diese Anpassungen zum einen damit begründen, dass ein vergleichsweise hohes KGV Anleger von einem Engagement am Aktienmarkt zurückhalten dürfte, da sie – bei den unterstellten Gewinnerwartungen – nicht mit der üblichen Rendite rechnen können. Zum anderen könnten die Gewinnerwartungen der Investoren – beispielsweise aufgrund besserer oder aktuellerer Informationen – auch günstiger sein

als diejenigen der Analysten. Damit nimmt der beobachtete Kursanstieg die Gewinnrevisionen der Analysten bereits vorweg. Dies würde auch den empirischen Befund erklären können, dass vergangene Kursbewegungen einen eigenständigen Informationsgehalt für die Gewinnschätzungen der Analysten aufweisen. Das nebenstehende Schaubild stützt beide Hypothesen.¹³⁾ Die linearen Trendlinien zeigen, dass über einen längeren Zeitraum (vier Jahre) sowohl die Aktienkurse als auch die erwarteten Gewinne einen Impuls für die Rückkehr des KGV zum langfristigen Mittelwert geben.

Eine Regressionsanalyse bestätigt den zunächst nur visuell erlangten Eindruck (vgl. Tabelle auf S. 27). Sowohl für die zukünftige vierjährige Aktienrendite als auch für die Veränderung der zukünftigen Gewinnerwartungen über die nächsten vier Jahre erweist sich das KGV als statistisch signifikant. Allerdings ist seine Erklärungskraft quantitativ jeweils vergleichsweise gering: 9% der Varianz zukünftiger Aktienrenditen und 11% der Veränderung der erwarteten Gewinne können durch das aktuelle KGV erklärt werden. Offenbar wirken eine Vielzahl anderer Faktoren ebenfalls auf die Aktienrendite und die Unternehmensgewinne ein, die vor allem kurzfristige Anpassungen auslösen. Es fällt nämlich auf, dass die Erklärungskraft der Schätzungen

Regressionsanalyse

¹² Vgl. auch die Argumentation von: J.Y. Campbell und R.J. Shiller (2001), a.a.O., die eine ähnliche Untersuchung für die USA durchführen.

¹³ Aktienkurse und Gewinnerwartungen werden nicht preisbereinigt, da angenommen wird, dass beide Größen dem gleichen allgemeinen Preisindex unterliegen.

Regression von Aktienrenditen und erwartetem Gewinnwachstum auf das Kurs-Gewinn-Verhältnis ^{o)}

Werte logarithmiert

Abhängige Variable	Prognosehorizont in Monaten (N)					
	1	3	12	24	36	48
Aktienrendite über N Monate						
KG (N)	-0,01	-0,03	-0,18*	-0,27*	-0,37*	-0,46**
R ² (N)	0,00	0,01	0,04	0,05	0,07	0,09
Erwartetes Gewinnwachstum über N Monate						
KG (N)	0,03***	0,09***	0,15**	0,24**	0,32***	0,35***
R ² (N)	0,03	0,06	0,05	0,07	0,10	0,11

o) ***/**/* bezeichnen Signifikanz auf dem 1%/5%/10%-Niveau; bei den Fehlerwerten handelt es sich um Newey-West-Standardfehler, die sowohl gegenüber Heteroske-

dastie als auch gegenüber serieller Korrelation robust sind.

Deutsche Bundesbank

deutlich abnimmt, je kürzer der prognostizierte Zeithorizont wird. ¹⁴⁾

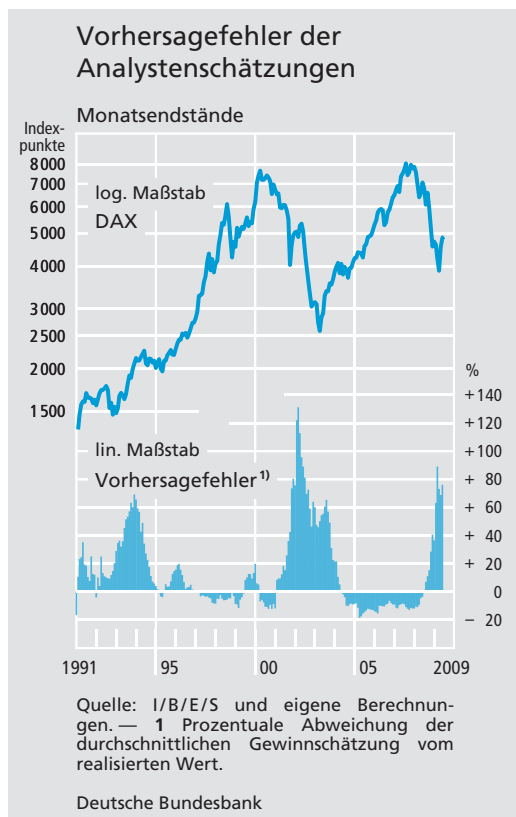
Prognosegüte von Gewinnerwartungen

Abweichungen des KGV von seinem langjährigen Durchschnitt können mit einem fundamental gerechtfertigten Aktienkursniveau im Einklang stehen, wenn die Anleger – wie erwähnt – die kurzfristigen Gewinnerwartungen der Analysten als nicht repräsentativ für die Zukunft ansehen. Eine Voraussetzung für eine sinnvolle Verwendung der Analystenschätzungen ist daher, dass sie in einem engen Zusammenhang mit den später tatsächlich realisierten Gewinnen stehen. Bei der Beurteilung der Qualität der Analystenschätzungen gilt der Vorhersagefehler als entscheidendes Kriterium. Dabei wird die Prognose-

abweichung des einzelnen Analysten vom tatsächlichen Wert gemessen. Es steht also nicht unmittelbar die Qualität der von den Analysten benutzten Prognosemodelle und den darin eingeflossenen Informationen auf dem Prüfstand, sondern allein die Genauigkeit des Ergebnisses. ¹⁵⁾ Naturgemäß handelt es sich dabei um eine Ex-post-Bewertung.

¹⁴ Die Aktienrenditen erlangen erst nach 36 Monaten einen statistisch signifikanten Einfluss. Bei den erwarteten Gewinnen ist dagegen schon die einmonatige Vorhersage durch das KGV statistisch signifikant, auch wenn sie mit einem angepassten R² von 3% eine geringere Erklärungskraft aufweist als bei den längeren Horizonten. Vgl. hierzu auch: J. Y. Campbell, A. W. Lo und A. C. MacKinlay (1997), *The Econometrics of Financial Markets*, Princeton University Press, S. 267 ff. Darin führen die Autoren eine Studie zur Erklärungskraft der Dividendenrendite für den US-Markt durch. Auch hier zeigt sich, dass das Bestimmtheitsmaß mit zunehmendem Prognosehorizont größer wird.

¹⁵ Zu den Determinanten, die die Qualität der Gewinnerwartungen des einzelnen Analysten beeinflussen, vgl. die Erläuterungen auf S. 22f.



Der aggregierte Vorhersagefehler berechnet sich aus dem Vergleich der realisierten Gewinne der vergangenen 12 Monate mit den vor 12 Monaten erwarteten Gewinnen für die nächsten 12 Monate (vgl. oben stehendes Schaubild).¹⁶⁾ Im Durchschnitt der betrachteten fast 20 Jahre erwarteten die Analysten einen Gewinnanstieg auf Jahresfrist von 21%; tatsächlich lag dieser jedoch nur bei 11%.¹⁷⁾ Der Vorhersagefehler ist also signifikant nach oben verzerrt, was auf einen Überoptimismus der Analysten hinweist. Im Beobachtungszeitraum fällt überdies auf, dass in Phasen stark sinkender Aktienkurse die durchschnittliche Gewinnerwartung systematisch stärker von den tatsächlichen Werten abweicht, als in vergleichbaren Aufwärtswegungen. Die Vorhersagefehler der Analystenschätzungen betragen in den drei nach

1990 beobachteten konjunkturellen Einbrüchen und den damit einhergehenden starken Aktienkursrückgängen mehr als 50%.¹⁸⁾ Dagegen nahm der Vorhersagefehler in den Kursaufschwungphasen deutlich geringere und oft sogar negative Werte an.

Ein Grund für die Abweichungen könnte in einer gewissen Trägheit der Schätzungen liegen. Da die Analysten nicht jeden Monat für die von ihnen beobachteten Unternehmen eine neue Gewinnprognose abgeben, stammt ein Großteil der in die Konsensschätzung einfließenden Einzelwerte von früheren Zeitpunkten. Dies erklärt lediglich ein gewisses „Nachlaufen“ der Gewinne, aber noch keine Asymmetrie. Als Begründung für die deutlich stärkeren Abweichungen in Abschwungphasen beruft sich die Forschungsliteratur auf einen möglichen Interessenkonflikt. Danach versuchen einige Analysten bewusst, negative Gewinnprognosen zu vermeiden, um bestehende gute Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen nicht zu gefährden.¹⁹⁾

*Mögliche
Gründe für
asymmetri-
schen Vorher-
sagefehler*

¹⁶ Der Vorhersagefehler wird als prozentuale Abweichung der realisierten von den erwarteten Gewinnen angegeben: $VF_t = \frac{G_{t,t-1} - G_t}{G_t}$, wobei VF_t dem Vorhersagefehler in t entspricht, $G_{t,t-1}^*$ den für t erwarteten Gewinnen in $t-1$ und G_t den realisierten Gewinnen in t .

¹⁷ Vgl.: W. F. M. DeBondt und R. H. Thaler (1990), Do Security Analysts Overreact?, in: American Economic Review 80, S. 52–57. Die Studie weist als eine der ersten eine positive Verzerrung der Analystenschätzungen für den US-Markt nach, wodurch sie Ausgangspunkt für eine Vielzahl weiterer Untersuchungen wurde.

¹⁸ Dabei handelte es sich um die Rezession in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nach dem Wiedervereinigungsboom, den Abschwung nach dem Platzen der New-Economy-Blase um die Jahrtausendwende und um die aktuelle Finanzkrise.

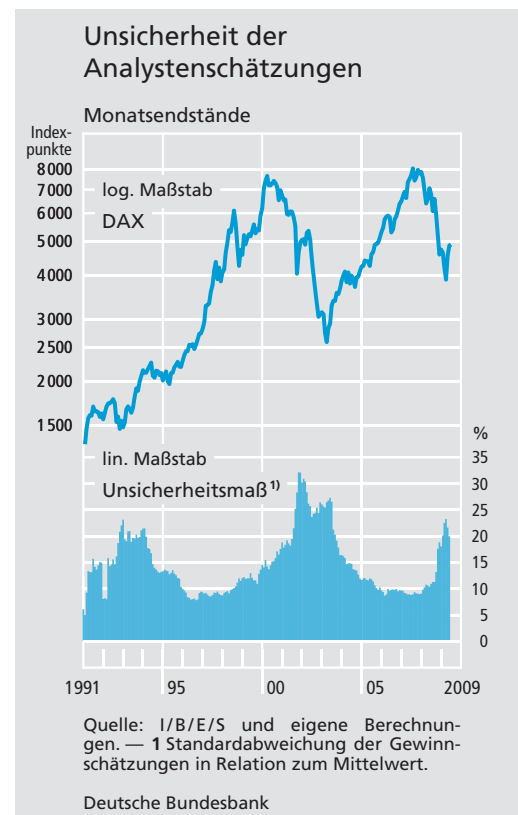
¹⁹ Vgl. z. B.: L. K. C. Chan, J. Karceski und J. Lakonishok (2003), Analysts' Conflict of Interest and Biases in Earnings Forecasts, NBER Working Paper 9544, sowie A. R. Jackson (2005), Trade Generation, Reputation, and Sell-Side Analysts, in: Journal of Finance 60 (2), S. 673–717.

Variations-
koeffizient

Bei der Interpretation des Vorhersagefehlers gilt es zu beachten, dass bei dieser Messgröße positive und negative Abweichungen vom tatsächlichen Wert saldiert werden. Für eine genauere Prüfung der Prognosequalität müssen daher weitere Indikatoren, die die Streuung der Schätzungen berücksichtigen, analysiert werden. Eine solche Messgröße ist der Variationskoeffizient, der die Standardabweichung der Analystenprognosen in Relation zum erwarteten Gewinn abbildet. Im Beobachtungszeitraum nimmt die Streuung der Analystenschätzungen ähnlich wie der Vorhersagefehler vor allem in den Abschwungphasen am Aktienmarkt zu (vgl. nebenstehendes Schaubild). Eine größere Streuung an Analystenschätzungen geht mit einem größeren absoluten Vorhersagefehler einher. So liegt die Korrelation zwischen beiden Maßen bei über 0,8. Dies legt nahe, die Schätzungen umso vorsichtiger zu interpretieren, je höher die Streuung der Prognosen ausfällt.

Fazit

Der theoretisch zu erwartende langfristige Zusammenhang zwischen Unternehmensgewinnen und Aktienkursen kann anhand der DAX-Unternehmen für Deutschland auch empirisch nachgewiesen werden. So lässt sich für das KGV eine „mean reversion“-Eigenschaft zeigen, die besagt, dass das KGV bei entsprechend langfristiger Betrachtung immer wieder zu seinem „Gleichgewichtswert“ zurückkehrt. Um das KGV als eine Kenngröße für die Beurteilung eines „angemessenen“ Bewertungsniveaus am Aktienmarkt anwenden zu können, sind allerdings verlässliche



Gewinnvorhersagen erforderlich. Diese basieren in der Regel auf Analystenschätzungen, die mit einem gewissen Prognosefehler behaftet sind. Es ergibt sich für die 30 DAX-Unternehmen, dass auch bei einer durchschnittlichen Betrachtung aller Analystenschätzungen eine systematische Abweichung vom realisierten Wert zu beobachten ist. So sind die Schätzungen insbesondere in Abschwungphasen einseitig nach oben verzerrt, was bei der Interpretation einschlägiger Kenngrößen entsprechend berücksichtigt werden muss. Daher ist es empfehlenswert, sich insbesondere in Abschwungphasen nicht nur auf die aggregierte Gewinnschätzung zu verlassen, sondern beispielsweise auch das Verhältnis der positiven zu den negativen Revisionen sowie die Streuung der Analystenschätzungen in die Analyse einzubeziehen.

Demographischer Wandel und langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in Deutschland

Deutschland steht aufgrund demographischer Veränderungen vor großen finanzpolitischen Herausforderungen. So ist abzusehen, dass sich ohne weitere Reformen oder Verhaltensänderungen die Finanzierungsbasis der Staatsfinanzen deutlich schwächer entwickeln wird als die altersabhängigen Aufwendungen. Gemäß neueren Berechnungen für die EU-Mitgliedstaaten könnten die diesbezüglichen Ausgaben in Deutschland bis 2060 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt um etwa fünf Prozentpunkte zunehmen. Dies würde unter anderem einen Anstieg der Sozialbeitragsätze von derzeit knapp 40 % auf insgesamt fast 50 % erforderlich machen.

Die öffentlichen Finanzen werden perspektivisch sowohl von den Auswirkungen des derzeitigen drastischen Schuldenanstiegs als auch des demographischen Wandels belastet. Es besteht daher weiterhin Anpassungsbedarf, wohingegen die Rücknahme bereits beschlossener Reformen die Probleme vergrößern würde. Besondere Bedeutung kommt einer Erhöhung und Verlängerung der Erwerbsbeteiligung der Älteren zu. Stark steigende Belastungen künftiger Generationen können außerdem dadurch abgemildert werden, dass Anpassungen auf die nähere Zukunft vorverlagert werden. Hierzu trägt nicht zuletzt eine zeitnahe Konsolidierung der Staatsfinanzen bei, sobald sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stabilisiert hat.

Demographie und Staatsfinanzen

Demographische Entwicklung erschwert Finanzierung der öffentlichen Haushalte

Infolge der absehbaren demographischen Veränderungen wird sich bei unverändertem Renteneintrittsalter die Zahl der wirtschaftlich Aktiven und deren Verhältnis zu den nicht mehr Aktiven deutlich verringern. Die Wertschöpfung je Einwohner wird sich dadurch erheblich schwächer entwickeln als die Wertschöpfung je Erwerbstätigen, und die Wohlstandszuwächse gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner werden spürbar gedämpft. Da einerseits die Personen im Erwerbsalter den Großteil der Finanzierungslast des Staates durch Steuern und Sozialabgaben tragen und andererseits Personen im Rentenalter im Regelfall Nettoempfänger staatlicher Leistungen sind, werden die Staatsfinanzen zunehmend unter Druck geraten und sind ohne Anpassungen nicht tragfähig.

Finanzpolitischer Anpassungsbedarf zur Gewährleistung der Tragfähigkeit

Die öffentlichen Finanzen sind dann als tragfähig zu bezeichnen, wenn die künftigen Ausgaben (einschl. Zinsen) durch Einnahmen gedeckt sind. Dies schließt eine Verschuldung des Staates nicht aus, solange die Finanzierung des Schuldendienstes langfristig gesichert ist. Mit der Entscheidung für eine Finanzierung aus laufenden Einnahmen oder durch Verschuldung wird aber – ohne entsprechenden Ausgleich auf privater Ebene – insbesondere die Lastverteilung zwischen den Generationen beeinflusst. Praktisch lassen sich Tragfähigkeitslücken als Indikatoren für die Nachhaltigkeit berechnen, die angeben, um wie viele Prozentpunkte die Abgabenquote unmittelbar und permanent erhöht beziehungsweise die Ausgabenquote anhal-

tend gegenüber der Basislinie vermindert werden müsste, um die erwarteten künftigen Mehrbelastungen auszugleichen. Dabei werden aber in der Regel gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen ausgeblendet. Solche Berechnungen für lange Zeiträume sind daher stets in besonderem Maße von den zugrunde liegenden Annahmen abhängig und insofern in ihren Aussagen eingeschränkt.¹⁾ Zwar hat der Staat neben einer Verminderung der Ausgaben grundsätzlich die Möglichkeit, Finanzierungslücken durch Erhöhung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu schließen. Dabei sind jedoch nicht zuletzt ökonomische Folgewirkungen zu beachten. So behindert eine steigende Abgabenlast die wirtschaftlichen Aktivitäten zunehmend, und vor dem Hintergrund erhöhter internationaler Mobilität droht dann die Abwanderung sowohl von Kapital als auch von Erwerbstätigen.

Entwicklung der altersabhängigen Staatsausgaben in den Projektionen der „Ageing Working Group“ (AWG)

Im Jahr 2001 betonte der Europäische Rat (Stockholm) die Notwendigkeit, sich regelmäßig mit den langfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen und insbesondere den Belastungen aufgrund der demographischen Entwicklung zu befassen. Mit der Einberufung der AWG, die sich neben Mitarbeitern

Neuer Bericht zur Entwicklung der altersabhängigen Ausgaben vorgelegt

¹ Vgl.: European Commission, The long-term sustainability of public finances in the European Union, European Economy 4/2006, sowie Deutsche Bundesbank, Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, Monatsbericht, Dezember 2001, S. 29–44.

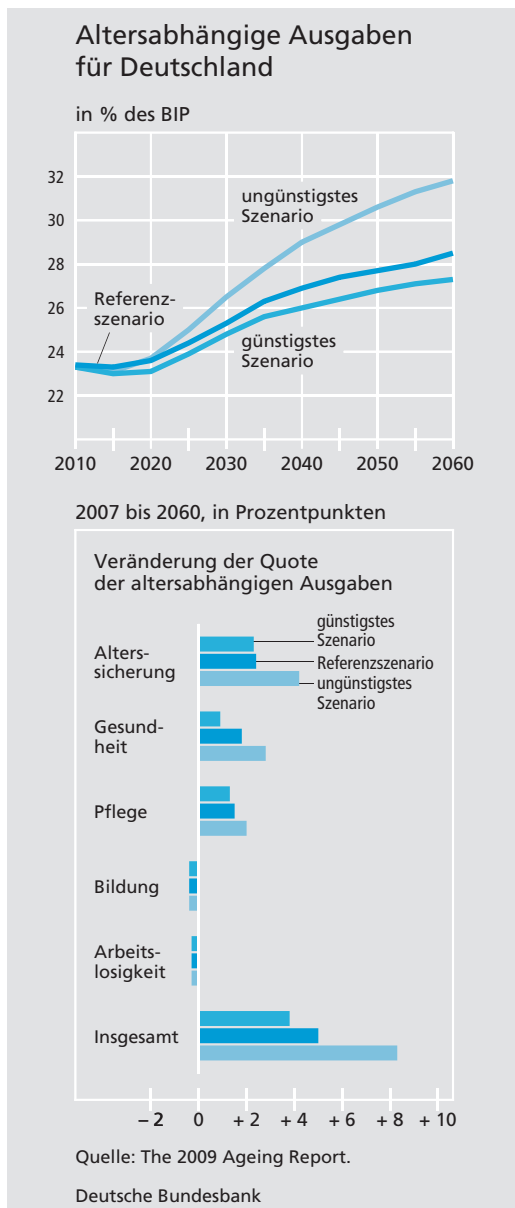
Altersabhängige Staatsausgaben, 2007 bis 2060

(Referenzszenarien)

Land	Alterssicherung		Gesundheit		Pflege		Arbeitslosigkeit		Bildung		Insgesamt	
	2007	2007 bis 2060	2007	2007 bis 2060	2007	2007 bis 2060	2007	2007 bis 2060	2007	2007 bis 2060	2007	2007 bis 2060
	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten	in % des BIP	Veränderung in Prozentpunkten
BE	10,0	4,8	7,6	1,2	1,5	1,4	1,9	- 0,4	5,5	0,0	26,5	6,9
BG	8,3	3,0	4,7	0,7	0,2	0,2	0,1	0,0	3,3	- 0,2	16,6	3,7
CZ	7,8	3,3	6,2	2,2	0,2	0,4	0,1	0,0	3,5	- 0,3	17,9	5,5
DK	9,1	0,1	5,9	1,0	1,7	1,5	1,0	- 0,2	7,1	0,2	24,8	2,6
DE	10,4	2,3	7,4	1,8	0,9	1,4	0,9	- 0,3	3,9	- 0,4	23,6	4,8
EE	5,6	- 0,7	4,9	1,2	0,1	0,1	0,1	0,0	3,7	- 0,2	14,3	0,4
IE	5,2	6,1	5,8	1,8	0,8	1,3	0,8	0,1	4,5	- 0,3	17,2	8,9
EL	11,7	12,4	5,0	1,4	1,4	2,2	0,3	- 0,1	3,7	0,0	22,1	15,9
ES	8,4	6,7	5,5	1,6	0,5	0,9	1,3	- 0,4	3,5	0,1	19,3	9,0
FR	13,0	1,0	8,1	1,2	1,4	0,8	1,2	- 0,3	4,7	0,0	28,4	2,7
IT	14,0	- 0,4	5,9	1,1	1,7	1,3	0,4	0,0	4,1	- 0,3	26,0	1,6
CY	6,3	11,4	2,7	0,6	0,0	0,0	0,3	- 0,1	6,1	- 1,2	15,4	10,8
LV	5,4	- 0,4	3,5	0,6	0,4	0,5	0,2	0,0	3,7	- 0,3	13,2	0,4
LT	6,8	4,6	4,5	1,1	0,5	0,6	0,1	0,0	4,0	- 0,9	15,8	5,4
LU	8,7	15,2	5,8	1,2	1,4	2,0	0,4	0,0	3,8	- 0,5	20,0	18,0
HU	10,9	3,0	5,8	1,3	0,3	0,4	0,3	- 0,1	4,4	- 0,4	21,6	4,1
MT	7,2	6,2	4,7	3,3	1,0	1,6	0,4	0,0	5,0	- 1,0	18,2	10,2
NL	6,6	4,0	4,8	1,0	3,4	4,7	1,1	- 0,1	4,6	- 0,2	20,5	9,4
AT	12,8	0,9	6,5	1,5	1,3	1,2	0,7	0,0	4,8	- 0,5	26,0	3,1
PL	11,6	- 2,8	4,0	1,0	0,4	0,7	0,1	- 0,1	4,4	- 1,2	20,5	- 2,4
PT	11,4	2,1	7,2	1,9	0,1	0,1	1,2	- 0,4	4,6	- 0,3	24,5	3,4
RO	6,6	9,2	3,5	1,4	0,0	0,0	0,2	0,0	2,8	- 0,5	13,1	10,1
SI	9,9	8,8	6,6	1,9	1,1	1,8	0,2	0,0	5,1	0,4	22,9	12,8
SK	6,8	3,4	5,0	2,3	0,2	0,4	0,1	- 0,1	3,1	- 0,8	15,2	5,2
FI	10,0	3,3	5,5	1,0	1,8	2,6	1,2	- 0,2	5,7	- 0,3	24,2	6,3
SE	9,5	- 0,1	7,2	0,8	3,5	2,3	0,9	- 0,1	6,0	- 0,3	27,2	2,6
UK	6,6	2,7	7,5	1,9	0,8	0,5	0,2	0,0	3,8	- 0,1	18,9	5,1
EU 27	10,2	2,4	6,7	1,5	1,2	1,1	0,8	- 0,2	4,3	- 0,2	23,1	4,7
EA 16	11,1	2,8	6,7	1,4	1,3	1,4	1,0	- 0,2	4,2	- 0,2	24,3	5,2

Quelle: European Commission (DG ECFIN) and the Economic Policy Committee (AWG), The 2009 Ageing Report: Economic and

budgetary projections for the EU-27 Member States (2008–2060), European Economy 2/2009.



internationaler Institutionen insbesondere aus Vertretern der nationalen Finanz- und Sozialministerien zusammensetzt, wurde dieser Aufgabe nachgekommen. Die AWG hat im April 2009 neue, bis zum Jahr 2060 reichende Vorausberechnungen zu den altersabhängigen staatlichen Ausgabenentwicklungen in den Mitgliedstaaten der EU vorgelegt auf die im Folgenden zurückgegriffen wird (vgl. auch Tabelle auf S. 33).²⁾

Unter den fünf betrachteten Ausgabenbereichen ist demnach in der Alterssicherung sowie der Kranken- und der Pflegeversicherung gemessen an der Zunahme des BIP mit überproportionalem Ausgabenwachstum zu rechnen. Eine gewisse Kompensation wird in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt erwartet.

Nicht explizit berücksichtigt wurden die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die staatlichen Einnahmen. Wird die Einnahmenquote als konstant angenommen, zeigt sich das langfristige Finanzierungsproblem daher vollständig im Anstieg der Ausgabenquote. Damit wurde beispielsweise auf eine Gegenrechnung der staatlichen Mehreinnahmen in Form von Steuern und Sozialbeiträgen, die beim Bezug staatlicher Einkommensleistungen zu entrichten sind, aber auch auf eine Berücksichtigung von Mindereinnahmen aufgrund der – in Deutschland zuletzt nochmals deutlich ausweiteten – Abzugsfähigkeit von Versicherungsbeiträgen im Rahmen der Einkommensbesteuerung verzichtet.

Einnahm-entwicklung nicht explizit berücksichtigt

Die Vorausberechnungen der AWG gehen davon aus, dass sich der Altenquotient (hier: Relation der Zahl von Personen über 64 Jahre zu der von Personen im unterstellten Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren) in Deutschland bis zum Jahr 2060 auf knapp 60 % ver-

Deutlicher Rückgang der Erwerbsbevölkerung in Deutschland

²⁾ Vgl.: European Commission (DG ECFIN) and the Economic Policy Committee (AWG), The 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008–2060), European Economy 2/2009.

doppelt.³⁾ Die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen und der älteren Personen soll im Betrachtungszeitraum steigen und die Arbeitslosigkeit sinken. So wird bis 2060 ein Rückgang der Personen im Erwerbsalter um 28 ½ % (– 15 ½ Millionen) angenommen, während die Zahl der Erwerbspersonen mit knapp 25 ½ % (– 10 ½ Millionen) und die der Beschäftigten mit 23 ½ % (– 9 Millionen) weniger stark zurückgehen sollen.

*Starker Anstieg
der alters-
abhängigen
Ausgaben
prognostiziert*

Für die altersabhängigen Ausgaben wird in Deutschland bis 2060 – wie im EU-Durchschnitt – ein Anstieg um fast fünf Prozentpunkte auf dann 28 ½ % des BIP ausgewiesen. Umgerechnet auf den Gesamtbeitragsatz der Sozialversicherungen wäre damit ohne politische Gegenmaßnahmen ein allmählicher Anstieg von heute knapp 40 % auf fast 50 % bis 2060 verbunden – zuzüglich Steuererhöhungen zur Finanzierung der verschiedenen Bundeszuschüsse. Um diese zusätzliche alterungsbedingte Belastung zu vermeiden, wäre – unter der Annahme, dass die Ausgabenquote nach 2060 auf dem dann erreichten Niveau stabil bleibt – eine unmittelbare und anhaltende Verringerung der Primärdefizitquote um gut drei Prozentpunkte notwendig.⁴⁾

*Große
Spannbreite der
Ergebnisse zu
beachten*

Da Prognosen über einen so langen Zeitraum sehr unsicher sind, wurden verschiedene Szenarien für die Ausgabenentwicklung berechnet. Danach würde die Ausgabenquote im günstigsten Fall allerdings nur wenig schwächer (+ 4 ½ Prozentpunkte), im ungünstigsten Fall, für den zur Bebilderung eine Variante ohne Netto-Zuwanderung⁵⁾ unterstellt wurde,

aber deutlich stärker (+ 8 ½ Prozentpunkte) steigen.

Alterssicherung

Zur staatlichen Alterssicherung werden in Deutschland die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung und die Beamtenversorgung gezählt. Im Ausgangsjahr 2007 wurden für diese Bereiche 10 ½ % des BIP aufgewendet, und bis 2060 wird im Referenzszenario der AWG ein Anstieg um 2 ½ Prozentpunkte ausgewiesen.⁶⁾ Umgerechnet wäre es damit nach dem heute geltenden Rechtsstand erforderlich, dass der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung von derzeit

*Deutlicher
Anstieg der
Ausgaben für
die Alters-
sicherung*

³ Als einheitliche Bevölkerungsvorausberechnung wurde die Eurostat-Projektion vom April 2008 (EUROPOP2008) zugrunde gelegt. Für Deutschland wird darin mit einem Anstieg der ferneren Lebenserwartung 65-jähriger Frauen von heute 20,2 auf 25,1 Jahre bis 2060 gerechnet. Für Männer ist ein Anstieg von 16,9 auf 22,0 Jahre unterstellt. Im Durchschnitt soll diese Lebenserwartung – mit sich leicht abschwächender Tendenz – um gut einen Monat pro Jahr steigen. Die Ergebnisse stimmen weitgehend mit der mittleren Variante (1-W2) der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für Deutschland aus dem Jahr 2006 überein.

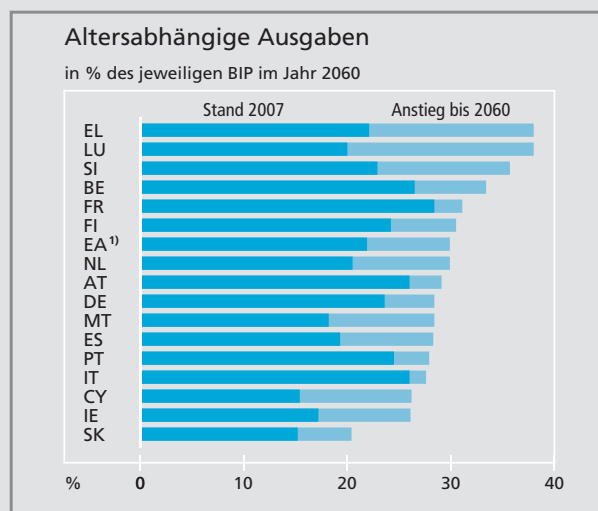
⁴ Mit einer unmittelbaren Verringerung der Primärdefizitquote um drei Prozentpunkte würden zunächst Einsparungen generiert, die unter Berücksichtigung des Zinseffektes ausreichen würden, um den Anstieg der Ausgabenquote um schließlich fünf Prozentpunkte dauerhaft auszugleichen.

⁵ Die Netto-Zuwanderung nach Deutschland belief sich im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2007 auf 128 000 Personen pro Jahr. Für die Vorausberechnung wurde grundsätzlich ein positiver Migrationssaldo von durchschnittlich rd. 160 000 Personen pro Jahr angesetzt. Im jüngsten Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung (2008) wurden zwei Varianten mit einer Netto-Zuwanderung von 100 000 bzw. 200 000 Personen pro Jahr berechnet. Im letzten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung (2008) wurde bis zum Endjahr des Berichts im Jahr 2022 eine jährliche Zuwanderung von 200 000 Personen unterstellt.

⁶ Allerdings kommt es in den nächsten Jahren den Berechnungen zufolge noch zu einem vorübergehenden leichten Rückgang der Ausgabenquote, der durch die zwischenzeitlich noch vergleichsweise günstige demographische Entwicklung und darüber hinaus dadurch bedingt ist, dass die volle Wirkung der Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel unterstellt wurde.

Zu den Vorausberechnungen der altersabhängigen Ausgaben im Euro-Raum

Die Vorausberechnungen der AWG weisen in den mittleren Szenarien für die EU bis 2060 einen Anstieg der altersabhängigen Staatsausgaben in Relation zum BIP um gut 4½ Prozentpunkte (PP) aus. Für den Euro-Raum (EA) beläuft sich der Anstieg auf gut 5 PP. Der ungewogene Durchschnitt der Euro-Länder liegt mit gut 8 PP allerdings deutlich darüber, weil vor allem für zahlreiche kleinere Mitgliedstaaten hohe Zuwächse ausgewiesen werden. Deutschland liegt in diesem Vergleich mit knapp +5 PP eher im unteren Mittelfeld.



Demographie

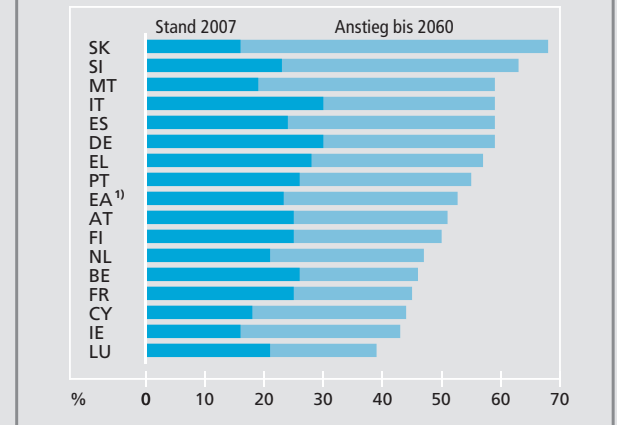
Entscheidend für die zunehmende Belastung der öffentlichen Haushalte sind die demographischen Veränderungen. Ebenso wie für den Durchschnitt des Euro-Raums wird auch für Deutschland bis 2060 eine Verdopplung des Verhältnisses der über 64-Jährigen zu den 15- bis 64-Jährigen unterstellt. Auf zehn Personen im Ruhestandsalter würden dann nur noch 17 Personen im Erwerbsalter kommen (derzeit noch 33 Personen). Die gravierendsten Veränderungen dürften sich in der Slowakei mit einer Vervielfachung des Altenquotienten ergeben. Günstiger schneidet Frankreich insbesondere aufgrund seiner höheren Geburtenziffer von knapp zwei Kindern je Frau ab. In Deutschland liegt der Wert bei knapp 1,4 und soll bis 2060 auf gut 1,5 ansteigen. Im Durchschnitt des Euro-Raums wird ein Anstieg der Geburtenziffer von derzeit gut 1,5 bis 2060 auf gut 1,6 erwartet. Für die Lebenserwartung wird ein kontinuierlicher, beinahe linearer Anstieg unterstellt, wobei die Länder mit niedrigeren Ausgangswerten allmählich zu den übrigen aufschließen. Mit einer fernerer Lebenserwartung der 65-Jährigen von 22 Jahren (Männer) beziehungsweise 25,1 Jahren (Frauen) liegen die für 2060 unterstellten Werte für Deutschland nur geringfügig über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Hinsichtlich der Migration wird für den Euro-Raum eine jährliche Netto-Zuwanderung von durchschnittlich 0,25% der Bevölkerung (Deutschland: 0,2%) unterstellt.

Quelle: European Commission (DG ECFIN) and the Economic Policy Committee (AWG); The 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008 – 2060), European

Deutsche Bundesbank

Altenquotienten

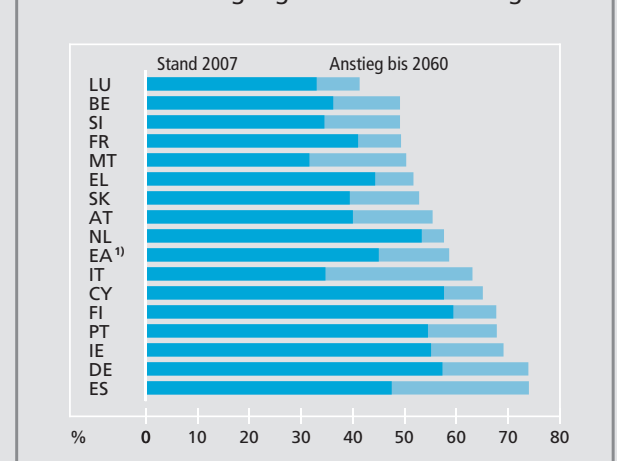
über 64-Jährige zu 15- bis 64-Jährigen



Erwerbsbeteiligung

Für die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung kommt es nicht auf das zahlenmäßige Verhältnis bestimmter Altersgruppen zueinander an, sondern letztlich auf die Relation der wirtschaftlich Aktiven zu den nicht mehr Erwerbstätigen. Diese kann sich anders als der Altenquotient entwickeln, wenn sich die Erwerbsbeteiligung verändert. Für den Euro-Raum wird ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung (von 71% auf 74½%) unterstellt, der bei den Frauen (von 63% auf 69½%) und der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen (von 45½% auf 63%) besonders kräftig ausfällt. Für

Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen



Economy 2/2009. — 1 Ungewogener Durchschnitt des Euro-Raums. — 2 BIP-gewichteter Durchschnitt des Euro-Raums.

Deutschland wird insgesamt mit 3½ PP nur eine durchschnittliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung angenommen, die allerdings vor dem Hintergrund des bereits hohen Ausgangsniveaus von 76% zu sehen ist. Sollten diese Zuwächse nicht realisiert werden, fiel das BIP niedriger und die Ausgabenquote – nur leicht gedämpft durch weniger stark steigende Rentenansprüche – höher aus. Die Arbeitslosenquoten sollen bis 2020 auf niedrige strukturelle Niveaus sinken und werden für die Folgejahre konstant gesetzt. In Deutschland liegt der Wert dabei leicht über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Insgesamt soll sich die Relation der tatsächlich inaktiven über 64-Jährigen zu den tatsächlich aktiven 15- bis 64-Jährigen weniger stark erhöhen als der Altenquotient. Für den Euro-Raum wird ein Anstieg dieses Verhältnisses um 34 PP auf 73% erwartet. In Deutschland ist der Anstieg mit 32 PP auf ebenfalls 73% etwas geringer.

Arbeitsproduktivität

Hinsichtlich der Arbeitsproduktivität wird angenommen, dass ihr Wachstum im Euro-Raum wie auch in der gesamten EU bis 2060 auf einheitlich 1,7% konvergiert. Für Deutschland ist bis 2020 ein leichter Anstieg vom Startwert 1,5% aus unterstellt. Insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten wird ein wirtschaftlicher Aufholprozess mit deutlich höheren Wachstumsraten in den nächsten zwei Jahrzehnten unterstellt.

Berechnungsergebnisse im Einzelnen

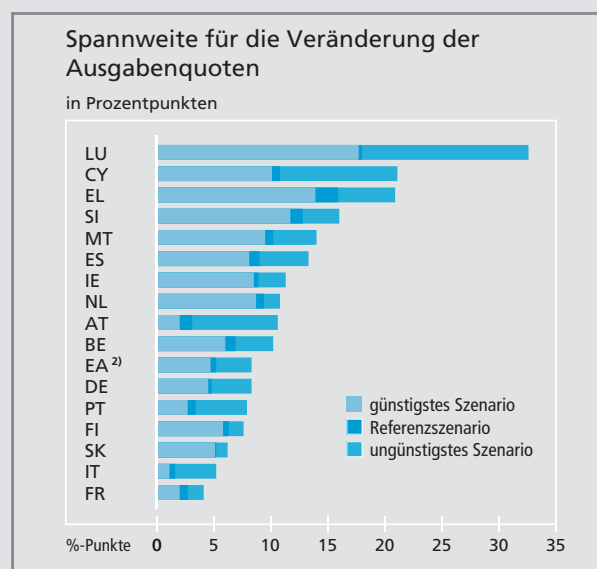
Der größte Ausgabendruck geht im Euro-Raum von den Alterssicherungsleistungen aus. Mit einem Anstieg der Quote um knapp 3 PP sind sie per Saldo für mehr als die Hälfte der künftigen fiskalischen Mehrbelastungen verantwortlich. Die Ausgabenquoten

für die Gesundheits- und Pflegeleistungen steigen bis 2060 um jeweils knapp 1½ PP. Die Entlastungen im Bildungsbereich und bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung halten sich in engen Grenzen.

Die Spannweite der Ergebnisse ist beachtlich. Während der Anstieg der Ausgabenquote für Griechenland auf 16 PP und für Luxemburg sogar auf 18 PP beziffert wird, würde er nach den AWG-Berechnungen in Italien unter 2 PP und in Frankreich unter 3 PP bleiben. Während Frankreich aufgrund seiner hohen Geburtenrate die Finanzierungsgrundlage der Sozialsysteme vergleichsweise stabil halten kann, wirkt in Italien – neben dem angenommenen starken Anstieg der Erwerbsbeteiligung – entlastend, dass die Rentenversicherung auf ein System umgestellt werden soll, in dem sich die Leistungen unter Berücksichtigung der Lebenserwartung an den zuvor gezahlten Beiträgen orientieren. Auch in Deutschland wird die Umsetzung der Rentenreformen der vergangenen Jahre den Ausgabenanstieg begrenzen.

Beim Vergleich verschiedener Szenarien wird der niedrigste Zuwachs der Ausgabenquoten entweder bei einem stärkeren Produktivitätswachstum oder einer höheren Beschäftigung erzielt. Am ungünstigsten sind die Szenarien ohne jegliche Netto-Zuwanderung. Hier wurden gravierende Mehrbelastungen ermittelt, die in den Ländern am schwächsten ausfallen, die von vornherein per Saldo mit vergleichsweise wenig Immigration rechnen (wie die Niederlande, die Slowakei und Frankreich).

Insgesamt liefern die Ergebnisse der AWG wichtige Orientierungshilfen für eine langfristig ausgerichtete Reformpolitik, die auch das Verhalten der beteiligten Akteure beeinflussen kann.



19,9 % bis 2060 auf rund 24 % steigt. Hinzu kommen steigende Versorgungsausgaben für die Beamten, wobei die Vorausberechnungen auf dem geltenden Recht basieren und deshalb die beabsichtigte wirkungsgleiche Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenversicherung noch nicht berücksichtigen. Eine Konkretisierung im Versorgungsrecht steht noch aus.

Demographie für Ausgabenzuwachs entscheidend

Die treibende Kraft für den Anstieg der Ausgabenquote über den gesamten Betrachtungszeitraum ist die Zunahme der über 65-Jährigen in Relation zu den Personen im Erwerbsalter. Quotendämpfend wirken soll dagegen, dass die Betroffenen zunehmend später in Rente gehen, das Verhältnis von Durchschnittsrente zu durchschnittlichem Arbeitsentgelt sinkt und die Erwerbsbeteiligung steigt. Hierzu tragen sowohl die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre als auch die Anpassungsregeln bei, die über die „Riester-Treppe“ und den Nachhaltigkeitsfaktor dafür sorgen sollen, dass die Renten langsamer steigen als die Arbeitsentgelte. Die geringe Spannbreite der Ergebnisse für alternative Szenarien deutet darauf hin, dass die Berechnungen recht robust sind. Allerdings würde beispielsweise ohne Netto-Zuwanderung die Ausgabenquote nicht um 2 ½ Prozentpunkte, sondern um gut vier Prozentpunkte ansteigen.

Gesundheitsversorgung

Im Vergleich zur Alterssicherung sind Vorausberechnungen für die staatliche Gesundheitsversorgung (und auch für die Pflegedienstleistungen) von wesentlich mehr Einflussgrößen

Vielfältige Einflussfaktoren erschweren Schätzung der Gesundheitsausgaben

abhängig. Zusätzlich zu Altersstruktur und Erwerbsbeteiligung kommt es hier auf die Gesundheitsentwicklung, den Umfang der zu finanzierenden Gesundheitsleistungen (unter Berücksichtigung möglicher Eigenbeteiligungen), deren tatsächliche Inanspruchnahme sowie die Preisentwicklung in diesem Bereich an. Entsprechend größer ist die Spannweite der denkbaren Szenarien.

Zu den wichtigsten Einflussfaktoren gehören die Altersstruktur der potenziellen Nachfrager staatlicher Gesundheitsleistungen sowie deren Gesundheitszustand. Weitgehend ungeklärt ist dabei, wie stark sich die verschiedenen und zum Teil gegenläufigen Einflüsse tatsächlich auswirken. Dass künftig immer weniger Jüngere (zumindest relativ) immer mehr Älteren gegenüberstehen und für Letztere die Kosten im Gesundheitswesen höher sind, treibt für sich genommen die Ausgaben. Dem wirkt jedoch entgegen, dass die Altersprofile für die Gesundheitsausgaben vermutlich nicht konstant bleiben werden. So dürften beispielsweise heutige 65-Jährige durchschnittlich weniger Gesundheitsprobleme als 65-Jährige vor 50 Jahren haben.⁷⁾ Ausgaben-treibend ist wiederum, dass Gesundheitsleistungen mit zunehmendem Einkommen überproportional nachgefragt werden. Über die daraus resultierenden Konsequenzen für die staatlichen Gesundheitsausgaben ist letztlich politisch zu entscheiden. Schließlich hängen die staatlichen Gesundheitsausgaben auch

Ausmaß des Anstiegs der Ausgabenquote von gegenläufigen Faktoren abhängig, ...

⁷ Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Koordination und Integration – Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens, Sondergutachten 2009, S. 108 ff., sowie C. Safilou-Rothschild, Are Older People Responsible for High Healthcare Costs?, in: CESifo Forum 1/2009, S. 57–64.

von der Aufnahme medizinisch-technologischer Neuerungen in den Leistungskatalog sowie von möglichen Regulierungen des Gesundheitsmarktes – und somit ebenfalls maßgeblich von künftigen politischen Entscheidungen – ab.⁸⁾

*... daher
Berechnung
unter-
schiedlicher
Varianten
besonders
relevant*

Um der hohen Unsicherheit Rechnung zu tragen, hat die AWG verschiedene Szenarien kalkuliert. Im Referenzszenario steigen die staatlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland von derzeit 7 ½ % des BIP bis 2060 auf gut 9 %. Bezogen auf den Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung entspricht dies einem Anstieg von derzeit etwa 15 % auf rund 18 %. Diese Variante unterstellt einerseits, dass die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben zunächst überproportional zum Einkommen zunehmen,⁹⁾ und andererseits, dass die Hälfte der durch die steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre bei guter Gesundheit verbracht wird. Mit einem stärkeren Anstieg der Aufwendungen auf gut 10 % des BIP wäre dann zu rechnen, wenn die Ausgaben nicht in Abhängigkeit vom BIP je Einwohner, sondern vom deutlich schneller wachsenden BIP je Erwerbstätigen zunehmen würden. Diese Variante könnte insofern realistisch sein, als der Gesundheitsbereich vergleichsweise personalintensiv ist und kostensparende Effizienzpotenziale nicht leicht zu erzielen sein werden. Noch ungünstigere Szenarien ergäben sich, wenn zusätzlich ein kostentreibender medizinisch-technischer Fortschritt unterstellt würde.¹⁰⁾ Im günstigsten berechneten Fall würden sämtliche hinzugekommenen Lebensjahre bei guter Gesundheit verbracht. In diesem Fall stiege die Ausga-

benquote aber immer noch auf annähernd 8 ½ %.

Pflegedienstleistungen

Die Ausgaben für Pflegeleistungen sind noch stärker als im Gesundheitsbereich auf das höhere Alter konzentriert. Von zentraler Bedeutung ist hier die altersspezifische Pflegebedürftigkeit. Blicke sie konstant, würde der demographische Wandel vollständig auf die Pflegeausgaben durchwirken. Tritt die Pflegebedürftigkeit aber erst mit zunehmend höherem Alter ein, so steigen die Ausgaben deutlich langsamer. Weiterhin ist es von Bedeutung, inwieweit Pflege künftig von Familienangehörigen erbracht oder eher in für die Sozialversicherung mit höheren Kosten verbundenen Pflegeheimen geleistet wird. Die erwartete Änderung der Familienstrukturen und die unterstellte höhere Erwerbsbeteiligung könnten dazu führen, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die durch Familienangehörige versorgt werden, zurückgeht. Für Deutschland wird im Referenzszenario¹¹⁾ ein Anstieg der staatlichen Pflegeausgaben von anfänglich knapp 1 % des BIP auf 2 ½ % ausgewiesen. Umgerechnet entspricht dies

*Konzentration
der Pflege-
ausgaben auf
Personen im
hohen Alter*

⁸ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung, Monatsbericht, Juli 2004, S. 15–32.

⁹ Anfangs beträgt die Einkommenselastizität 1,1. Bis 2050 sinkt sie auf 1,0, d.h., der Ausgabenzuwachs ist nur noch proportional zum Einkommen.

¹⁰ Vgl.: J. Oliveira Martins und C. de la Maisonneuve, The Drivers of Public Expenditures on Health and Long-Term Care: An Integrated Approach, in: OECD Economic Studies, No 43, 2006/2, S. 121 f.

¹¹ Im Referenzszenario wird angenommen, dass etwa die Hälfte der durch die steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre bei guter Gesundheit, d.h. ohne Pflegebedürftigkeit, verbracht wird. Für die Geldleistungen wird ein Anstieg entsprechend dem BIP je Einwohner, für die Pflegesachleistungen dagegen ein stärkerer Zuwachs entsprechend dem BIP je Erwerbstätigen unterstellt.

einem Anstieg des Beitragssatzes von derzeit knapp 2 % auf etwa 4 ½ % (jeweils ohne den Zusatzbeitrag von Kinderlosen).

Dynamisierung der Pflegeleistungen entscheidend für Ausgabenanstieg

Die Berechnungen zu den Pflegeausgaben reagieren besonders sensibel auf Variationen in der Dynamik der Pflegesätze. Werden diese nicht mit dem BIP je Einwohner oder je Erwerbstätigen, sondern – entsprechend der aktuellen Rechtslage in Deutschland – in der Regel höchstens mit der Inflationsrate angepasst, so würde sich in den AWG-Berechnungen eine nahezu konstante Ausgabenquote ergeben. Damit ließen sich im besonders personalintensiven Pflegebereich allerdings nur dann reale Entgeltsteigerungen finanzieren, wenn beträchtliche Rationalisierungspotenziale realisiert würden. Andernfalls würde eine weniger stark steigende Ausgabenquote bedeuten, dass die gewährten Pflegesätze langsamer als die Einkommen wachsen und real an Wert verlieren. Ein zunehmend größerer Teil der Pflegekosten wäre damit privat oder durch die hier nicht berücksichtigte bedürftigkeitsabhängige Grundsicherung zu tragen.

Bildung

Bildungsausgaben dürften in Relation zum BIP zurückgehen

Die AWG prognostiziert für Deutschland im Referenzszenario bis 2060 einen Rückgang der öffentlichen Bildungsausgaben um knapp einen halben Prozentpunkt auf 3 ½ % des BIP. Im Rahmen eines Alternativszenarios wird der Effekt eines Anstiegs des Lehrer-Schüler-Verhältnisses um 20 % bis 2020 berechnet. Dies ist insofern naheliegend, als bei sinkenden Schülerzahlen nicht immer automatisch mit einer entsprechenden Anpassung der Bildungsausgaben zu rechnen ist, zumal eine

bessere Betreuung politisch gewünscht sein kann. Dabei wird deutlich, dass die Erhöhung des Betreuungsverhältnisses recht stark ausgabensteigernd wirkt und die Bildungsausgaben in diesem Fall um einen halben Prozentpunkt höher ausfallen.

Arbeitslosigkeit

Basierend auf den Annahmen zur Arbeitsmarktentwicklung, die auch den Berechnungen für die übrigen Bereiche zugrunde liegen, projiziert die AWG schließlich noch die arbeitsmarktbedingten Ausgaben, soweit diese in der Arbeitslosenversicherung anfallen (Arbeitslosengeld I). Dazu wird angenommen, dass das Leistungsniveau pro Empfänger im Verhältnis zum BIP pro Erwerbstätigem konstant bleibt und sich im Übrigen die Arbeitsmarktausgaben im Verhältnis zum BIP entsprechend dem unterstellten Rückgang der Arbeitslosenquote (von etwa 9 % auf gut 6 %) vermindern. Im Ergebnis wird eine Abnahme der arbeitsmarktbedingten Ausgaben im Verhältnis zum BIP um etwa ein Drittel ausgewiesen (von knapp 1 % auf gut ½ %). Dabei werden das niedrigere Niveau der Arbeitslosenquote und die damit verbundene Ausgabenentlastung bereits bis 2020 erreicht. Sollten sich die Annahmen zur Entwicklung der strukturellen Arbeitslosenquote als zu optimistisch erweisen, würden die Ausgaben ohne weitere Arbeitsmarktreforemen entsprechend höher ausfallen.

Entlastung durch Annahme sinkender Arbeitslosigkeit

Demographische Entwicklung und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte

Starke demographisch bedingte Verschlechterung der Staatsfinanzen

Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hängt davon ab, ob die künftigen staatlichen Einnahmen – ohne weitere Politikänderungen – ausreichen, um die erwarteten Ausgaben (einschl. Zinsen) zu decken. Wird unterstellt, dass sich die staatlichen Einnahmen und diejenigen Ausgaben, die als nicht altersabhängig angesehen werden, proportional zum BIP entwickeln, wird die staatliche Defizitquote allein durch den von der AWG prognostizierten Ausgabenanstieg und die Zinsausgaben getrieben. Die gesamte fiskalische Mehrbelastung würde somit kreditfinanziert. Für Deutschland ergäbe sich danach im Rahmen einer mechanistischen Fortschreibung im Jahr 2040 eine staatliche Defizitquote von fast 6 % und eine Schuldenquote von nahezu 85 %.¹²⁾ Als Ausgangspunkt dient dabei allerdings die vergleichsweise günstige Lage der Staatsfinanzen im Jahr 2008, für das die strukturelle Defizitquote auf 1,2 % beziffert wird und die Schuldenquote bei 65,9 % lag.¹³⁾ Würden als Startpunkt der Berechnungen dagegen die nunmehr wesentlich ungünstigeren Haushaltsperspektiven gewählt und damit die zu erwartende drastische Verschlechterung der strukturellen Haushaltsslage berücksichtigt, ergäben sich erheblich höhere

12 Dabei werden analog zum Bericht der AWG von 1,9 % auf 1,0 % abnehmende reale BIP-Wachstumsraten und ein nominaler Zins von 5 % zugrunde gelegt. Die Entwicklung des nominalen Schuldenstandes ergibt sich annahmegemäß ausschließlich aus den zu finanzierenden Defiziten. In dem zugrunde liegenden partialanalytischen Rahmen sind gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen ausgeblendet.

13 Vgl. Frühjahrsprognose 2009 der Europäischen Kommission.

Die Bedeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise für die langfristige Tragfähigkeit

Die durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigte gesamtwirtschaftliche Abschwächung hat die Ausgangsbasis für Vorausberechnungen deutlich verschlechtert. Dies konnte in den detaillierten Projektionen der AWG bezüglich der alterungsbedingten Ausgaben nicht mehr berücksichtigt werden. Um die diesbezüglichen Effekte dennoch abzugreifen, wurden ergänzend drei Szenarien betrachtet. In der günstigsten Variante wird die aktuelle wirtschaftliche Schrumpfung sehr rasch durch ein vorübergehend ebenso deutlich über das Potenzial hinausgehendes Wirtschaftswachstum vollständig ausgeglichen, sodass das BIP-Niveau des Referenzszenarios ohne Krise schon Anfang der 2020er Jahre wieder erreicht wird („Rebound“-Szenario). In einem mittleren Szenario würde das ursprünglich unterstellte BIP-Wachstum ab etwa 2022 wieder erreicht, die zwischenzeitliche Wachstumsschwäche aber nicht wieder ausgeglichen („Lost Decade“-Szenario). Das BIP-Niveau wäre damit dauerhaft niedriger. In der ungünstigsten Variante ist schließlich das Potenzialwachstum dauerhaft niedriger, und die Abweichung zum Referenzpfad nimmt immer weiter zu („Permanent Shock“-Szenario).

Für den Euro-Raum errechnet die AWG im ungünstigsten Szenario einer permanenten Wachstumsverlangsamung einen um fast zwei Prozentpunkte stärkeren Anstieg der Ausgabenquote. In der EU insgesamt läge die Quote 2060 um gut 1½ Prozentpunkte höher. Für Deutschland würde sich allerdings lediglich eine um knapp einen halben Prozentpunkt höhere Ausgabenquote ergeben. Hierin schlägt sich insbesondere die vergleichsweise enge Anknüpfung der Alterssicherungs- und anderer Transferleistungen an die Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie – bei annähernd konstanter Lohnquote – auch des BIP nieder. In Deutschland werden Bezieher staatlicher Transferleistungen daher direkter als in vielen anderen europäischen Staaten an einem verlangsamten Einkommensanstieg beteiligt – und spiegelbildlich an einer günstigeren Entwicklung. Außerdem sind auch die Beschäftigten im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich von den niedrigeren Einkommen betroffen. Insgesamt ist die Wirkung einer Wachstumsabschwächung auf die Ausgabenquote durch diese Faktoren begrenzt, sofern ein niedrigerer Wachstumspfad nicht auch eine dauerhaft geringere Beschäftigung zur Folge hat.

Deutsche Bundesbank

Werte für die zukünftigen Defizit- und Schuldenquoten.

Szenarien vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

Um die Wirkung der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Wachstumsabschwächung zu berücksichtigen, hat die AWG beispielhaft weitere Berechnungen vorgenommen (vgl. die Übersicht auf S. 41). Für Deutschland würde sich danach aufgrund der relativ strikten Lohnindexierung der gesetzlichen Renten und der großen Bedeutung der Lohnkosten für die Dienstleistungen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich die Quote der altersabhängigen Ausgaben nur wenig erhöhen. Ein größerer Effekt würde sich nur dann ergeben, wenn die Wachstumsabschwächung auch mit dauerhaft niedrigeren Beschäftigungsniveaus verbunden wäre.

Erheblicher Konsolidierungsbedarf...

Bei aller Unsicherheit, mit denen solche langfristigen und schematischen Berechnungen verbunden sind, verdeutlichen sie doch, dass erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sind, um die Staatsfinanzen nachhaltig zu stabilisieren. Der erforderliche Umfang dieser Maßnahmen lässt sich mit Hilfe von Tragfähigkeitsindikatoren abschätzen. Aus theoretischer Sicht gut fundiert und im europäischen Kontext gebräuchlich ist der sogenannte S2-Indikator.¹⁴⁾ Er gibt an, um wie viele Prozentpunkte der Primärsaldo in Relation zum BIP in jedem zukünftigen Jahr höher ausfallen muss, um die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen. Selbst wenn die vergleichsweise günstigen Ausgangswerte von 2008 zugrunde gelegt werden, besteht für Deutschland demnach ein anhaltender Konsolidierungsbedarf von etwa 3 % des BIP. Die strukturelle Haushaltsposition im Jahr

... durch erwarteten drastischen Anstieg struktureller Defizite noch verschärft

2008 würde ohne den alterungsbedingten Ausgabenanstieg zwar ausreichen, um die Schuldenquote zu senken. Sie reicht aber nicht aus, um die demographisch bedingten Belastungen aufzufangen. Wenn anstelle der Werte von 2008 die von der Europäischen Kommission für 2010 prognostizierte strukturelle Defizitquote und Schuldenquote als Startpunkt gewählt würden, läge der Konsolidierungsbedarf etwa doppelt so hoch.

Handlungsoptionen

Dass absehbare demographische Veränderungen finanzpolitische Anpassungen erfordern, rückte im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Veröffentlichung mittel- und langfristiger Vorausberechnungen verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion, und es wurden bereits verschiedene Reformen beschlossen. Um den weiterhin vorhandenen Herausforderungen Rechnung zu tragen, bieten sich drei Ansatzpunkte an: Eine direkte Begrenzung der altersabhängigen Ausgaben, eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven sowie eine vorausschauende und zeitnahe Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Ansatzpunkte zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen

¹⁴ Dieser Indikator wird regelmäßig von der Europäischen Kommission berechnet (vgl. European Commission, Public finances in EMU – 2008, European Economy und frühere Jahrgänge sowie European Commission, The long-term sustainability of public finances in the European Union, European Economy 4/2006). Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse berücksichtigen bereits die jüngsten Ergebnisse der AWG, wobei sich die Berechnungen methodisch leicht von denjenigen der Kommission unterscheiden.

Begrenzung des Anstiegs der altersabhängigen Ausgaben

*Leistungs-
einschrän-
gen und
steigendes
Rentenalter
beschlossen*

Eine unmittelbare Entlastung künftiger Steuer- und Beitragszahler kann erreicht werden, wenn es gelingt, die altersabhängigen Ausgaben durchweg langsamer steigen zu lassen. Diese Zielsetzung lag insbesondere den jüngsten Reformen der staatlichen Alterssicherung zugrunde. So sollen die Modifizierungen der Rentenanpassungsformel bewirken, dass der Anstieg der Renten hinter dem der beitragspflichtigen Entgelte zurückbleibt und somit das relative Rentenniveau sinkt. Zudem wird das gesetzliche Rentenalter schrittweise angehoben. Beide Maßnahmen sollen auch den Ausgabenanstieg bei der Beamtenversorgung begrenzen.

*Beschlossene
Reformen nicht
zurücknehmen*

Trotz des fortbestehenden finanziellen Drucks aus der demographischen Entwicklung sind derzeit Bestrebungen zu beobachten, die beschlossenen Leistungseinschränkungen wieder rückgängig zu machen. So wurden die Dämpfungswirkung der Riester-Treppe um zwei Jahre verschoben und jüngst Rentenkürzungen durch eine Ausweitung der Schutzklausel auch dann ausgeschlossen, wenn die Arbeitsentgelte der Beitragszahler im Durchschnitt sinken. Sollten die ausgefallenen Dämpfungsmaßnahmen nicht – wie gesetzlich vorgesehen – nachgeholt werden, wären damit dauerhafte Mehrausgaben verbunden, die in den AWG-Vorausrechnungen nicht berücksichtigt sind.

*Anhebung des
gesetzlichen
Rentenalters*

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ist angesichts der steigenden ferneren Lebenserwartung eine geeignete Maßnahme, wenn

die Rentenphase in Relation zur Erwerbsphase nicht stetig zunehmen soll. Ansonsten wäre allein deshalb – auch ohne Berücksichtigung der niedrigen Geburtenrate – ein kontinuierlicher Ausgaben- und Beitragssatzanstieg vorprogrammiert. Festgelegt ist bislang eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre bis 2029.¹⁵⁾ Obwohl in den aktuellen Bevölkerungsprognosen auch danach mit einem beinahe konstanten Anstieg der ferneren Lebenserwartung um gut einen Monat pro Jahr gerechnet wird, ist bislang keine weitere Erhöhung des Rentenalters vorgesehen. Wenn das Verhältnis von Ruhestands- und Erwerbsphase näherungsweise konstant gehalten werden soll, wäre unter den demographischen Annahmen der AWG bis 2060 eine weitere Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 69 Jahre notwendig.¹⁶⁾ Eine Indexierung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung (wie z. B. in Dänemark) könnte der zu erwartenden Entwicklung grundsätzlich Rechnung tragen und für die Beteiligten eine verlässlichere längerfristige Perspektive schaffen.

Bei den Gesundheitsleistungen kommt der Erschließung von Effizienzreserven große Bedeutung zu. Dies betrifft sowohl die Anzahl der Leistungsanbieter als auch die Inan-

*Rationalisie-
rungsreserven
im Gesund-
heitsbereich
ausschöpfen*

¹⁵ Beginnend im Jahr 2012 wird das gesetzliche Rentenalter um einen Monat und ab 2024 um zwei Monate pro Jahr angehoben. Nach 1963 Geborene können somit erst nach Vollendung ihres 67. Lebensjahres abschlagsfrei in Rente gehen.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, Monatsbericht, April 2008, S. 58 ff.

spruchnahme von Gesundheitsleistungen.¹⁷⁾ Bei der Pflegeversicherung ist mit der Inflationsindexierung bereits ein gedämpfter Anstieg der Pflegesätze angelegt. Grundsätzlich wird – wie schon in der Vergangenheit – die Frage zu beantworten sein, welche Leistungen von der Versicherungsgemeinschaft (bzw. gegebenenfalls ergänzend durch die Steuerzahler) finanziert werden sollen und können.

*Ergänzende
private
Vorsorge*

Die mit Ausgabenbegrenzungen gegebenenfalls verbundenen Leistungseinschränkungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme können prinzipiell durch private Vorsorge ausgeglichen werden. Dies betrifft sowohl eine ersetzende private oder betriebliche Altersvorsorge als auch höhere Eigenbeteiligungen über Direktzahlungen oder Zusatzversicherungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Den staatlichen Minderausgaben stehen dann allerdings höhere Ausgaben für bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen gegenüber. Eine insgesamt schwächer steigende Quote der altersabhängigen Ausgaben spiegelt zwar eine geringere Belastung mit staatlichen Abgaben wider. Dem können jedoch höhere Ausgaben auf individueller Ebene gegenüberstehen. Dies bietet allerdings auch die Chance, Fehlversorgungen zu verringern.

Erhöhung des Wachstums- und Beschäftigungspotenzials

Ein geringerer Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung bedeutet für sich genommen, dass sich die Finanzierung der bestehenden Transferleistungen auf weniger Personen verteilt und die individuelle Abgabenlast steigt. Für Deutschland wird bis 2060

*Anpassungs-
bedarf hängt
von Bevölke-
rungsentwick-
lung ab*

ein deutlich stärkerer Rückgang des Anteils der Personen im Erwerbsalter als im Durchschnitt des Euro-Raums erwartet (um rd. – 30 % gegenüber etwa – 15 %). Unterschiedliche demographische Entwicklungen erklären sich dabei nicht zuletzt aus Unterschieden bei der Geburtenrate und der Migration. Die diesbezüglichen, teilweise auch politisch festzulegenden Rahmenbedingungen (z. B. im Hinblick auf die Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems oder die Bedingungen für die Zuwanderung) sind insofern auch relevant für die künftige Entwicklung.

Bei einer gegebenen demographischen Entwicklung gibt es verschiedene Ansatzpunkte, das Absinken der Erwerbspersonenzahl zu bremsen. Dazu gehört zum einen, die Phase der Erwerbstätigkeit zu verlängern. Neben der bereits zuvor diskutierten Erhöhung des Renteneintrittsalters würde auch die Verkürzung der Ausbildungszeiten dazu einen Beitrag leisten. Bei Letzterem ist allerdings zu berücksichtigen, dass dies unerwünschte Rückwirkungen auf die Produktivität haben könnte. Im Übrigen würden die Rentenfinanzen langfristig aufgrund der dann höheren Ansprüche nicht entlastet.

*Längere
Erwerbsphase*

¹⁷ Auch wenn internationale Vergleiche mit Vorsicht zu interpretieren sind, deuten verschiedene Kennzahlen auf einen relativ hohen Versorgungsstand in Deutschland hin. Die Anzahl der Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner lag 2004 in Deutschland bei 858. Im Durchschnitt der nach dem 1. Mai 2004 25 EU-Mitgliedstaaten lag dieser Wert bei lediglich 590. Die Anzahl der Hausarzt- bzw. Facharztkontakte lag 2004 in Deutschland bei 4,3 bzw. 4,8 je Einwohner. Im Durchschnitt der vor der Erweiterung 15 Mitgliedstaaten der EU lagen diese Werte bei 3,8 bzw. 2,6. Vgl.: M. Schneider u. a., Indikatoren der OMK im Gesundheitswesen und der Langzeitpflege, Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit, Kempfen 2007.

*Höhere
Erwerbs-
beteiligung*

Zum anderen ergäbe sich auch eine Entlastung, wenn die Erwerbsbeteiligung, die in Deutschland derzeit bei 76 % liegt, steigen würde.¹⁸⁾ Nicht zuletzt eine höhere Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren könnte den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials dämpfen. Der AWG-Bericht geht hier für Deutschland bis 2060 allerdings bereits von einem Anstieg um 16 Prozentpunkte auf 74 % aus. Deutschland würde damit (nach Schweden und praktisch gleichauf mit Spanien) in der EU eine der höchsten Erwerbsbeteiligungen bei den Älteren aufweisen. Weiter wird es wichtig sein, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit künftig wirksam zu begrenzen und allgemein die Beschäftigungsanreize des Abgaben- und Transfersystems zu erhöhen. Frühverrentungsprogramme stehen den Bestrebungen, das Produktionspotenzial zu stützen, klar entgegen.

*Höhere Arbeits-
produktivität*

Auch eine höhere Arbeitsproduktivität kann die Relation von BIP- und Ausgabenentwicklung positiv beeinflussen und somit dazu beitragen, die demographiebedingten Belastungen zu dämpfen. Im AWG-Bericht wird für Deutschland – wie für den Euro-Raum insgesamt – bis 2060 ein durchschnittliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1,7 % pro Jahr unterstellt, was zu etwa zwei Dritteln auf eine gesteigerte Arbeitseffizienz und zu etwa einem Drittel auf eine höhere Kapitalausstattung zurückgeführt wird. Dies erscheint auch mit Blick auf die jüngere Vergangenheit eher optimistisch, und es dürften wirtschafts- und finanzpolitische Reformen erforderlich sein, um eine solche deutliche Steigerung zu erreichen. Vor allem angemessene Rahmenbedingungen, einschließlich einer funktionsfähigen

Wettbewerbsordnung und eines weniger verzerrend wirkenden Abgaben- und Transfersystems, können zum Wachstum von Sach- und Humankapital beitragen. Eine wesentliche Rolle spielt zudem ein effizientes Bildungssystem – auch im Hinblick auf Personen mit Migrationshintergrund. Insgesamt sind die entlastenden Effekte einer höheren Arbeitsproduktivität auf die Ausgabenquote aufgrund der weitgehenden Lohnindexierung der Alterseinkommen aber begrenzt.

Frühzeitige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Mit einer relativ zügigen und umfassenden Haushaltskonsolidierung könnte die Schuldenquote gesenkt werden, und die Zinsausgaben in Relation zum BIP würden tendenziell zurückgehen. Der dadurch entstehende Haushaltsspielraum kann einen Teil des demographisch bedingten Ausgabenanstiegs auffangen. Diesem Aspekt wird prinzipiell auch im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt Rechnung getragen. So sollen die mittelfristigen Haushaltsziele unter anderem die langfristige Tragfähigkeit sicherstellen. Im Rahmen der Aktualisierung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sollen die Mitgliedstaaten Ende 2009 erstmals zusätzlich explizit die Kosten der Alterung der Bevölkerung berücksichtigen, wenn sie ihre mittelfristigen Haushaltsziele festlegen. Die genaue Umsetzung ist allerdings noch umstritten. Wichtig wäre es, nicht nur einen geringen Teil des demographisch bedingten Ausgabenanstiegs einzubeziehen, da die neuen mittelfristigen Haus-

*Demographie-
bedingte Belas-
tungen und
Stabilitäts- und
Wachstumspakt*

¹⁸ Während die Erwerbsbeteiligung der Männer bei 82 % liegt, beträgt sie bei Frauen rd. 70 %.

Berichte zur langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen

Neben den AWG-Berichten, den Tragfähigkeitsberichten der Europäischen Kommission und gelegentlichen Analysen mit Hilfe der Generationenbilanzierung veröffentlicht beispielsweise auch das Bundesministerium der Finanzen einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Der Zeithorizont dieser Berechnungen reicht gegenwärtig bis zum Jahr 2050. Die Bundesregierung erstellt zudem im vierjährigen Turnus einen Versorgungsbericht mit ebenfalls bis 2050 reichenden Vorausberechnungen zur Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Versorgungsaufwendungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Im vierten Versorgungsbericht vom April 2009 wird allerdings nur noch auf die dem Regelungsbereich des Bundesrechts unterliegenden Bediensteten Bezug genommen. Damit bleiben die besonders drängenden zukünftigen Haushaltsprobleme der Länder außer Acht.

Darüber hinaus legt die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode einen Alterssicherungsbericht vor, in dem die aktuelle und künftige Einkommenssituation im Alter und die Bedeutung der verschiedenen Alterssicherungssysteme dargestellt werden. In den Vorausberechnungen, die bis zum Rentenzugang des Jahres 2030 reichen, wird neben den Leistungen der Rentenversicherung auch die staatlich geförderte Altersvorsorge einbezogen.

Einmal pro Jahr wird der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung aktualisiert. Darin finden sich detaillierte Vorausberechnungen für die gesetzliche Rentenversicherung, die allerdings lediglich einen Zeitraum von 15 Jahren umfassen. Im Rentenversicherungsbericht 2008 reichten sie bis zum Jahr 2022 und umschlossen damit insbesondere das Jahr 2020, bis zu dem der Beitragssatz nicht über 20 % steigen und das Sicherungsniveau vor Steuern, aber nach Abzug der Sozialbeiträge nicht unter 46 % sinken soll. Da die Bewältigung der langfristigen Finanzierungsprobleme durch möglichst frühzeitiges Gegensteuern erleichtert werden kann, wären – unter Beachtung der damit verbundenen höheren Unsicherheiten – längerfristige Vorausberechnungen sinnvoll, die auch über das in den Gesetzentwürfen im Zusammenhang mit den letzten Rentenreformen verwendete Endjahr 2030 hinausgehen sollten.

Deutsche Bundesbank

haltsziele dann kaum ehrgeiziger als die bisherigen ausfielen und die diesbezüglichen Änderungen der Mittelfristziele weitgehend ins Leere liefen.

Auf nationaler Ebene wurden jüngst neue Schuldenregeln in die Verfassung aufgenommen, die nach einer Übergangszeit für die Länder kein und für den Bund nur noch ein sehr begrenztes strukturelles Haushaltsdefizit zulassen. Würde Deutschland im Einklang mit dieser Regel bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts einen Haushaltsausgleich erreichen, so würde die Schuldenquote in den nachfolgenden Jahren kontinuierlich sinken. Die sich daraus ergebenden Zinersparnisse würden (bei unveränderten Quoten der Einnahmen und der übrigen Ausgaben) bis etwa 2025 ausreichen, um den bis dahin erwarteten Anstieg der altersabhängigen Ausgaben um einen Prozentpunkt gegenüber 2016 aufzufangen.¹⁹⁾ Für den weitaus größeren Anstieg der altersabhängigen Ausgaben, der in die Zeit nach 2025 fällt, würde aber auch dann ein Finanzierungskonzept fehlen. Solange keine Reformen verabschiedet sind, die den Ausgabenanstieg stärker begrenzen, oder die Belastungen nicht über höheres Wachstum und steigende Beschäftigung abgemildert werden, wären aus diesem Blickwinkel deutliche strukturelle Überschüsse im deutschen Staatshaushalt erforderlich, wenn weitere Anpassungen in der Zukunft vermieden werden sollen. Dies gilt zumindest für die Jahre, in denen die demographischen Belastungen

*Frühzeitige
Konsolidierung
vorteilhaft*

¹⁹⁾ Diesen Berechnungen liegen die auf S. 41 beschriebenen Annahmen zugrunde. Dabei wurden die von der Europäischen Kommission in der Projektion vom Frühjahr 2009 für 2010 prognostizierten Werte als Ausgangspunkt genommen.

noch vergleichsweise gering sein werden. Dabei können die Überschüsse umso geringer ausfallen, je früher konsolidiert wird, weil die Zinersparnisse dann über einen längeren Zeitraum anfallen. Eine frühzeitige Konsolidierung würde außerdem tendenziell zu einer intergenerativ gleichmäßigeren Lastverteilung führen.²⁰⁾

Schlussbemerkungen

Solide öffentliche Haushalte und Fortsetzung von Sozialreformen

Die Staatsfinanzen werden derzeit durch die außergewöhnliche Finanz- und Wirtschaftskrise stark in Anspruch genommen. Angesichts der Schwere der Rezession ergeben sich teilweise automatisch beträchtlich höhere öffentliche Defizite. Die auch strukturell verschlechterte Haushaltsposition, die sich nicht zuletzt in kräftig steigenden Schulden ausdrückt, schränkt künftige Haushaltsspielräume ein. Hinzu kommen die absehbaren Mehrbelastungen der öffentlichen Finanzen aus der demographischen Entwicklung. Aktuelle Berechnungen weisen auch bei Um-

setzung der bereits beschlossenen Reformen einen erheblichen Anstieg der altersabhängigen Staatsausgaben aus. Die gegenwärtige Verschlechterung der strukturellen Lage der öffentlichen Haushalte erschwert es vor diesem Hintergrund merklich, eine solide fiskalische Ausgangsposition zu erreichen, bevor sich die demographischen Belastungen verstärkt im Staatshaushalt niederschlagen. Im Hinblick auf die Belastung künftiger Generationen kommt es darauf an, deutliche und anhaltende Konsolidierungsfortschritte zu erzielen, sobald sich die Wirtschaftsentwicklung stabilisiert. Die kommenden Jahre mit einer noch vergleichsweise günstigen demographischen Entwicklung bieten die Chance, die begonnenen Reformen in der Alterssicherung umzusetzen und perspektivisch auszubauen. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf den Gesundheitsbereich zu richten sein.

²⁰ Vgl.: F. Balassone, J. Cunha, G. Langenus, B. Manzke, J. Pavot, D. Prammer und P. Tommasino, Fiscal sustainability and policy implications for the euro area, ECB Working Paper No 994, Januar 2009.

Neuere Entwicklungen im deutschen und europäischen Massen- zahlungsverkehr

Europa befindet sich auf dem Weg zu einem gemeinsamen Binnenmarkt im unbaren Zahlungsverkehr. Bis zum 1. November 2009 ist die EU-Richtlinie für Zahlungsdienste im Binnenmarkt von allen Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Damit wird die Rechtsgrundlage für den Zahlungsverkehr in Europa harmonisiert. Durch die Richtlinie werden die rechtlichen Grundlagen für ein europäisches Lastschriftverfahren gelegt. Mit Zahlungsinstituten wird eine neue Kategorie von Zahlungsdienstleistern geschaffen, die einer geringeren Regulierung unterliegt als Banken und die den Wettbewerb im europäischen Zahlungsverkehr stärken soll. Zudem wird an der Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes (Single Euro Payments Area: SEPA) gearbeitet. Bereits im Januar 2008 wurde die SEPA-Überweisung am Markt eingeführt. Ab November dieses Jahres wird das europäische Kreditgewerbe auch die SEPA-Lastschrift anbieten. Zielsetzung ist die vollständige Ablösung aller nationalen Zahlungsverfahren durch SEPA-Produkte. Weitere größere Veränderungen im europäischen Massenzahlungsverkehr dürften sich aufgrund von Produktinnovationen ergeben. Diese unter dem Stichwort „eSEPA“ diskutierten Initiativen können unter anderem die Effizienz bei Zahlungsvorgängen im Internet sowie im stationären Handel deutlich erhöhen.

Harmonisierter Rechtsrahmen in Europa

Harmonisierte rechtliche Rahmenbedingungen als Voraussetzung für einen gemeinsamen Markt

Bereits seit vielen Jahren steht der europäische Massenzahlungsverkehr im Blickpunkt der EU-Kommission. Im Massenzahlungsverkehr werden nicht eilbedürftige, zumeist über niedrigere Beträge lautende Zahlungen abgewickelt. Bis Anfang dieses Jahrzehnts konzentrierte sich die EU-Kommission bei dessen Regulierung vor allem auf die Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs in Europa, der durch geringe Transparenz und hohe Preise gekennzeichnet war. Seitdem liegt der Schwerpunkt stärker auf der Errichtung eines reibungslos funktionierenden Binnenmarkts für Zahlungsdienste, der die noch vorherrschende nationale Segmentierung durch eine weitere Harmonisierung überwinden soll.¹⁾ Zentraler Ansatzpunkt ist ein einheitlicher Rechtsrahmen, der durch die sogenannte Zahlungsdiensterichtlinie (2007/64/EG) geschaffen wurde. Die Zahlungsdiensterichtlinie enthält zum einen aufsichtsrechtliche Bestimmungen und zum anderen zivilrechtliche Regelungen für die verschiedenen Zahlungsdiensteanbieter (z. B. Kreditinstitute, E-Geld-Institute, Zahlungsinstitute) und die von ihnen angebotenen Zahlungsverfahren (z. B. Überweisung, Lastschrift, Kartenzahlung). In Deutschland führt die Umsetzung der europäischen Richtlinie in nationales Recht, die nach europäischen Vorgaben bis zum 1. November 2009 abzuschließen ist, zu einer erheblichen Ausweitung der bestehenden Vorschriften für den Zahlungsverkehr. Die aufsichtsrechtlichen Aspekte der Richtlinie werden im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG) umgesetzt, während die zivilrechtlichen Vorschriften ihren Nieder-

schlag im Bürgerlichen Gesetzbuch und in dessen Einführungsgesetz (EGBGB) finden.²⁾

Derzeit können Zahlungsdienste am deutschen Markt grundsätzlich nur von Kreditinstituten angeboten werden, die eine Erlaubnis zum Betreiben des Girogeschäfts nach § 1 Absatz 1 Nr. 9 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) besitzen. Damit sind unter anderem strenge Anforderungen an die Kapitalausstattung dieser Institute verbunden. Mit dem Inkrafttreten des ZAG zum 1. November 2009 kann nun auch eine neue Kategorie von Anbietern, sogenannte Zahlungsinstitute, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr erbringen. Die Zulassung zur Aufnahme dieser ebenfalls im ZAG geregelten Geschäfte erteilt in Deutschland die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Zahlungsinstitute benötigen einerseits eine im Vergleich zu Kreditinstituten geringere Kapitalausstattung, unterliegen aber andererseits Beschränkungen ihrer Geschäfte. So dürfen sie für ihre Kunden zwar Zahlungskonten führen, diese aber nur für die Abwicklung von Zahlungsdiensten und nicht zur Unterhaltung von Einlagen nut-

Neue Anbieter im unbaren Zahlungsverkehr

¹ Die Bundesbank hat den Veränderungsprozess im Massenzahlungsverkehr in folgenden Monatsberichten beleuchtet: Deutsche Bundesbank, Der Weg zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, Dezember 2005, S. 29–42; Neuere Entwicklungen bei Zahlungskarten und innovativen elektronischen Bezahlfverfahren, Dezember 2006, S. 93–104; Der unbare Zahlungsverkehr in Deutschland und die Rolle der Deutschen Bundesbank, März 2009, S. 51–67.

² Mit dem Zahlungsdienstumssetzungsgesetz werden die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie (Titel II der Richtlinie) umgesetzt: als neues Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG) und durch Änderungen in weiteren betroffenen Gesetzen (u. a. Kreditwesengesetz). Die zivilrechtlichen Regelungen bestehen aus Informationspflichten (Titel III der Richtlinie, Umsetzung vorgesehen in Art. 248 EGBGB) und Vorschriften zur Geschäftspraxis (Titel IV der Richtlinie, Umsetzung vorgesehen in §§ 675 und 676 BGB).

zen. Die Gelder auf Zahlungskonten sind darüber hinaus grundsätzlich abzusichern, zum Beispiel durch Versicherungen oder eine Anlage auf Treuhandkonten bei Banken. Auch ist Zahlungsinstituten die Verzinsung von Kundengeldern auf Zahlungskonten nicht gestattet. Sie dürfen zudem Kredite nur aus eigenen Mitteln und nur in Verbindung mit Zahlungsdiensten wie etwa Kartenzahlungen gewähren. Dabei ist die Kreditlaufzeit auf maximal 12 Monate begrenzt.

*Zahlungs-
institute als
zusätzliche
Wettbewerber*

Die neue Konkurrenz durch Zahlungsinstitute dürfte sich für die Kreditwirtschaft in Deutschland zunächst nur sehr begrenzt bemerkbar machen. Zwar wird einerseits der Markteintritt für Zahlungsinstitute durch geringere aufsichtsrechtliche Voraussetzungen erleichtert. Jedoch ist andererseits das ihnen erlaubte Angebot eng auf Zahlungsverkehrsprodukte beschränkt. Insbesondere dürfen Zahlungsinstitute ihren Kunden nicht die übliche Verbindung von Zahlungsverkehr und sicherer, gering verzinsten Geldaufbewahrung anbieten, wie sie auf Girokonten möglich ist. Vor diesem Hintergrund dürften sich in Deutschland vor allem solche Unternehmen als Zahlungsinstitut registrieren lassen, deren heute schon erbrachte Leistungen künftig als Zahlungsdienste qualifiziert werden. Dazu gehören zum Beispiel Unternehmen, die im Kartengeschäft den Einzug und die Abrechnung der Beträge für den Händler übernehmen (Acquiring) oder Finanztransfersgeschäfte betreiben. Mittelfristig ist allerdings nicht auszuschließen, dass auch Nichtbanken mit breiter Kundenbasis und/oder hoher Technologiekompetenz – gegebenenfalls in Kooperation mit Banken – in den Markt für Zahlungsdiens-

te eintreten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zahlungsinstitute mit Zulassung in einem EU-Land ihre Dienste auch in allen anderen EU-Ländern anbieten dürfen.

Die Zahlungsdiensterichtlinie bedingt daneben Änderungen für die Geschäftspraxis im Zahlungsverkehr. Hierunter fallen zum Beispiel zusätzliche Informationspflichten für die Anbieter von Zahlungsdiensten, die im Umgang mit privaten Kunden obligatorisch sind, während sie im Geschäftsverkehr mit Firmenkunden abbedungen werden können. Weiterhin werden Ausführungsfristen, Entgelte, Wertstellung und Verfügbarkeit sowie die Haftung neu geregelt.

So wird beispielsweise die maximale Ausführungsfrist (zwischen Eingang bei der beauftragten Bank und Gutschrift auf dem Konto des Zahlungsempfängers) für beleglose Zahlungen von heute bis zu drei Geschäftstagen auf künftig einen Geschäftstag begrenzt. Übergangsweise bis zum 1. Januar 2012 können Zahlungsdienstleister mit ihren Kunden noch eine Frist von maximal drei Geschäftstagen vereinbaren. Weiterhin ist in Zukunft die Ausführung eines Zahlungsvorgangs ausschließlich anhand der Kundenkennung (z. B. IBAN: International Bank Account Number) möglich. Damit wird es in das Ermessen der beteiligten Kreditinstitute gestellt, ob sie auch weiterhin einen Abgleich von Kontonummer und Namen ihrer Kunden vornehmen. Hinsichtlich der Berechnung von Entgelten müssen Zahlungsbeträge künftig in jedem Fall ungekürzt weitergegeben werden.

Neue Regelungen im Verhältnis zwischen Bank und Kunde...

...betreffen neben der Ausführung von Zahlungen...

... auch die
Wertstellung...

Eine weitere Präzisierung der Regelungen für die Geschäftsabwicklung ergibt sich aus den gesetzlichen Vorgaben für die Wertstellung und Verfügbarkeit. Danach müssen Gutschriften dem Zahlungsempfänger unverzüglich verfügbar gemacht werden. Demzufolge entspricht die Wertstellung für Gutschriften künftig dem Tag des Zahlungseingangs beim Zahlungsdienstleister. Die Wertstellung von Belastungen hingegen darf nicht vor dem Buchungstag auf dem Kundenkonto liegen. Im Ergebnis wird damit die Möglichkeit für Banken, Zins- oder Floatgewinne zu realisieren, drastisch eingeschränkt.

... und
Haftungsfragen

Darüber hinaus erhält der Kunde bei autorisierten Lastschriften nunmehr bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen innerhalb einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung einen gesetzlichen Erstattungsanspruch.³⁾ Bei nicht autorisierten Zahlungen ist die Frist des Zahlungspflichtigen für die Geltendmachung von Einwendungen auf 13 Monate nach Belastung beschränkt. Neu ist auch die Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung des Zahlers bei Diebstahl oder Verlust zum Beispiel seiner Zahlungskarte, die allerdings auf 150 € begrenzt ist. Diese Haftung des Zahlers ist ausgeschlossen, sobald der Verlust beim Kreditinstitut angezeigt wurde. Hierdurch wird der Kunde zu einem sorgfältigen und verantwortlichen Umgang mit der Zahlungskarte angehalten.

Auswirkungen
auf die Kredit-
institute

Die zivilrechtlichen Vorgaben der Zahlungsdiensterichtlinie nehmen die Kreditinstitute, zum Beispiel über verschärfte Haftungsregelungen, stärker in die Pflicht. Zudem ist die Umsetzung der Vorgaben mit zusätzlichen

Aufwendungen verbunden. Die Verkürzung der Ausführungsfristen sowie die erhebliche Einschränkung von Floatgewinnen wird sich negativ auf die Einnahmenseite auswirken. Im Ergebnis werden die Kreditinstitute ihre bestehenden Geschäftsmodelle überprüfen und weitere Möglichkeiten zur Reduktion der Abwicklungskosten ergreifen müssen. Die Kooperationsbemühungen der Banken im Zahlungsverkehr könnten dadurch weiter zunehmen.

Angebot neuer Zahlungsinstrumente

Seit 2004 arbeitet das europäische Kreditgewerbe im Rahmen der Initiative zur Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes (Single Euro Payments Area: SEPA) an gemeinsamen europäischen Zahlungsinstrumenten und technischen Standards. Erste Ergebnisse liegen in Form der SEPA-Überweisung und der SEPA-Lastschrift vor. Darüber hinaus einigte sich das europäische Kreditgewerbe auf grundsätzliche Regeln für die Abwicklung von SEPA-Kartenzahlungen.

*Neue
europäische
Zahlungsinstrumente*

SEPA-Überweisung

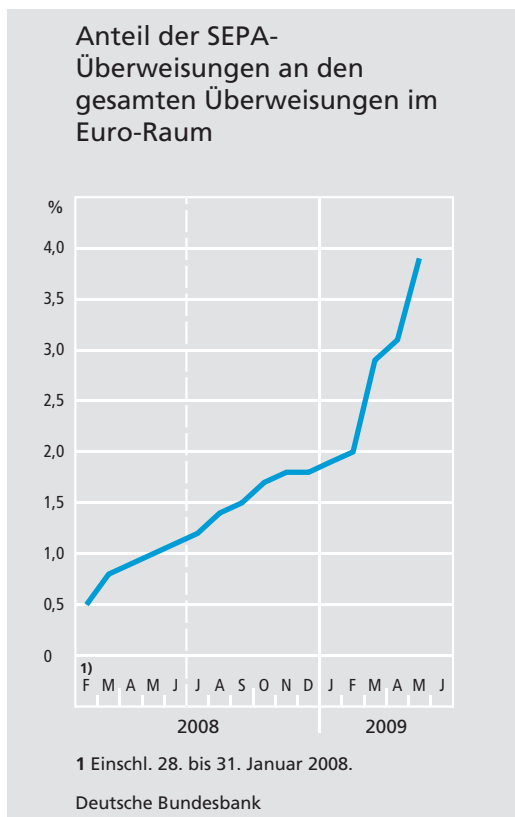
Die vom European Payments Council (EPC) entwickelte SEPA-Überweisung, die weitgehend den nationalen Überweisungsverfahren entspricht, wird seit dem 28. Januar 2008 von inzwischen knapp 4 500 Kreditinstituten in Europa angeboten. Allerdings erfreut sie

Bislang verhaltene Nutzung der SEPA-Überweisung

³ Diese Regel wird sich aber nicht auf das deutsche Einzugsermächtigungsverfahren auswirken, da hier der Kunde die Belastung nachträglich innerhalb von sechs Wochen nach Rechnungsabschluss seines Kontos genehmigt.

Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum – Single Euro Payments Area (SEPA)

<p>SEPA-Teilnehmerländer 31 europäische Länder</p>	<ul style="list-style-type: none"> – 27 Staaten der Europäischen Union – Norwegen, Island, Liechtenstein und Schweiz
<p>SEPA-Beteiligte European Payments Council (EPC)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Europäisches Entscheidungsgremium der Kreditwirtschaft – Erarbeitung einheitlicher Standards und Regeln für die SEPA-Verfahren – Koordination der praktischen SEPA-Umsetzung
<p>Europäische Kommission und Eurosystem</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Förderung der Entwicklung von SEPA
<p>Endnutzer Unternehmen Öffentliche Kassen Verbraucher</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Nutzung der SEPA-Instrumente
<p>SEPA-Instrumente SEPA-Überweisung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Europaweite Nutzung innerhalb der SEPA-Teilnehmerländer ohne Betragsgrenze – Verwendung von IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) – Europaweite Gutschrift innerhalb eines Bankarbeitstages (bis 2012 gesonderte Vereinbarungen von maximal drei Bankarbeitstagen möglich)
<p>SEPA-Lastschrift</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Europaweite Nutzung innerhalb der SEPA-Teilnehmerländer ohne Betragsgrenze – Verwendung von IBAN und BIC – Eindeutige Identifikation des Lastschrifteinreichers – Belastung am festgelegten Fälligkeitsdatum – Genau festgelegte Widerspruchsfristen
<p>SEPA-Kartenzahlungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kartenmarkts, in dem ab 2011 die technischen Voraussetzungen zum Einsatz der Karte an jedem Terminal vorhanden sind – Forderung von SEPA-Konformität von Kartensystemen und Kartenprodukten ab Ende 2010



sich bisher noch nicht allzu großer Beliebtheit. Im Mai 2009 waren lediglich 3,9% aller Überweisungen, die über Clearinghäuser im Euro-Raum abgewickelt wurden, SEPA-Überweisungen. Die SEPA-Überweisung wird heute vor allem im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr genutzt. Daraus erklärt sich auch der etwas höhere Prozentsatz an SEPA-Überweisungen in anderen – vornehmlich kleineren – europäischen Ländern. Da viele große Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland bekundet haben, ihren Zahlungsverkehr in einem Schritt zusammen mit der SEPA-Lastschrift umzustellen, ist mit einer signifikanten Steigerung erst ab 2010 zu rechnen.

SEPA-Lastschrift

Mit der SEPA-Lastschrift wird erstmals ein flächendeckender grenzüberschreitender Einsatz dieses Instruments in 31 europäischen Ländern möglich. Dafür ist ein einheitlicher Rechtsrahmen unabdingbar. Bislang sind Lastschriften in der Regel nur innerhalb der eigenen Ländergrenzen einsetzbar, da die jeweiligen nationalen Verfahren auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen basieren. Ursächlich dafür sind die mit dem Lastschriftverfahren verbundenen Haftungs- und Erstattungsfragen, die in vielen Ländern zivilrechtlich geregelt sind. Die Einführung der SEPA-Lastschrift setzt deshalb das Inkrafttreten des harmonisierten Rechtsrahmens voraus und ist damit an die jeweilige Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie in nationales Recht der Mitgliedstaaten gebunden.

Einführung der SEPA-Lastschrift nur mit einheitlicher Rechtsgrundlage

Der EPC hat das Beitrittsverfahren für das neue SEPA-Lastschriftverfahren im Mai 2009 eröffnet. Der Beitritt zum Verfahren ist Voraussetzung für das Angebot der SEPA-Lastschrift durch die jeweiligen Banken. Der Erfolg der SEPA-Lastschrift ist allerdings nur gewährleistet, wenn möglichst alle Bankkunden mit diesem Verfahren erreichbar sind, das heißt die SEPA-Lastschrift von ihren kontoführenden Banken unterstützt wird. Müssen die Lastschrifteinreicher (z. B. Versicherungsunternehmen, Versorgungswirtschaft) damit rechnen, dass für einen Großteil ihrer Kunden keine Abwicklung von SEPA-Lastschriften möglich ist, werden sie zunächst von einer Nutzung dieses Verfahrens absehen. Deshalb wurde eine Annahmepflicht für SEPA-Lastschriften ab November 2010 für alle Anbieter

Erreichbarkeit als Schlüssel zum Erfolg

Vergleich SEPA-Basislastschrift und Einzugsermächtigungsverfahren

SEPA-Basislastschrift	Einzugsermächtigungsverfahren
Nutzung innerhalb von SEPA (31 europäische Staaten)	Ausschließlich nationale Nutzung
Mitgabe von Mandatsinformationen im Datensatz beim Einzug einer Lastschrift	Lediglich Verweis auf Einzugsermächtigung beim Einzug einer Lastschrift
Mandatsverfall nach 36 Monaten bei Nichtnutzung	Einzugsermächtigung gilt bis auf Widerruf
Vorgabe eines Fälligkeitsdatums (Due Date)	Fälligkeit bei Sicht
Festgelegte Vorlaufzeiten: – Erst- und einmalige Lastschriften: Due Date – 5 Tage – Wiederkehrende Lastschriften: Due Date – 2 Tage	–
Verwendung einer Gläubiger-Identifikationsnummer erforderlich	Kein äquivalentes Element
Verwendung von IBAN und BIC	Nutzung von Kontonummer und Bankleitzahl
Deutsche Bundesbank	

von Zahlungsdiensten im Euro-Raum vorgeschrieben, die schon heute nationale Lastschriften entgegennehmen können. Geregelt ist dies in der überarbeiteten Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft, die voraussichtlich zum 1. November 2009 in Kraft treten wird.

In SEPA werden zwei unterschiedliche Lastschriftverfahren angeboten: eine „Basisvariante“ sowie ein Verfahren, das ausschließlich für den Verkehr mit Geschäftskunden vorgesehen ist („Firmenlastschrift“). Beide Versionen unterscheiden sich von den in Deutschland genutzten nationalen Verfahren unter anderem durch die Verwendung internationaler Kennungen zur Identifizierung von Konten (IBAN) sowie der beteiligten Zah-

lungsdienstleister (BIC: Bank Identifier Code). Grundlage der SEPA-Lastschrift ist ein Mandat, das dem Zahlungsempfänger vom Zahler erteilt wird, das eine eindeutige Referenz besitzt und dessen Daten – anders als bei der bisherigen Einzugsermächtigung – an die Bank des Zahlungspflichtigen durchgeleitet werden. Auf dieser Basis können Anbieter von Zahlungsdiensten zusätzliche Dienstleistungen aufbauen, wie zum Beispiel eine automatisierte Mandatsverwaltung für den Zahler. Der Lastschrifteinreicher wird künftig mit einer eindeutigen Gläubiger-Identifikationsnummer versehen, die in Deutschland von der Bundesbank ausgegeben wird.

Eine weitere Besonderheit der neuen SEPA-Lastschrift sind die im Abwicklungsprozess vorgesehenen Vorlaufzeiten. Diese erhöhen

*Zwei neue
Verfahren für
Privat- und
Geschäftskunden*

*Neues Element:
Vorlaufzeiten*

die Abwicklungssicherheit und ermöglichen zum Beispiel die Vorabinformation des Zahlungspflichtigen über eine anstehende Lastschrift. Eine SEPA-Lastschrift muss der Zahlstelle in der Regel mehrere Tage vor dem Ausführungstermin vorliegen. In der Basisvariante beträgt diese Frist bei einer einmaligen oder erstmaligen Lastschrift fünf Tage und bei Folge-lastschriften zwei Tage, bei der Firmenlastschrift beträgt sie lediglich einen Tag. Die heute in Deutschland übliche Einlösung von Lastschriften bei Sicht und die damit verbundene schnellere Vergütung der Lastschrift für den Einreicher könnte für die SEPA-Lastschrift zum Beispiel über den Aufbau eines nationalen Zusatzservices ermöglicht werden.

*Problemfall
Mandats-
migration*

Die SEPA-Lastschrift dürfte in Deutschland anfangs nur in geringem Umfang genutzt werden. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern können die für das nationale Verfahren erteilten Einzugsermächtigungen nach geltender Rechtslage nicht auch für den Einzug von SEPA-Lastschriften verwendet werden. Die bestehende Einzugsermächtigung ermächtigt nur den Zahlungsempfänger zum Einzug, nicht aber den Zahlungsdienstleister des Zahlers zur Kontobelastung. Damit erfüllt sie nicht die rechtlichen Anforderungen an ein SEPA-Mandat. Folglich würde die Initiierung von SEPA-Lastschriften in Deutschland die für die Nutzer aufwendige Erteilung von neuen SEPA-Mandaten erfordern. Das dürfte die Akzeptanz des neuen Verfahrens erheblich mindern. Um dies zu vermeiden und die Nutzung der SEPA-Lastschrift von Anfang an zu erhöhen, haben das deutsche Kreditgewerbe und die Bundesbank einen Vorschlag zur automatischen Umwandlung von Einzugs-

ermächtigungen in SEPA-Mandate unterbreitet. Danach sollen die Zahler vom Zahlungsempfänger über die Änderung ihrer Einzugsermächtigung in ein SEPA-Lastschriftmandat informiert und ihnen eine Widerspruchsfrist von zwei Monaten eingeräumt werden. Diese Lösung erfordert allerdings eine gesetzliche Verankerung der Mandatsmigration, die jedoch bislang nicht erfolgt ist. Gelänge eine solche Migration zum SEPA-Mandat in Deutschland nicht, müsste ein Bestand von mehreren hundert Millionen Einzugsermächtigungen aufwendig ausgetauscht werden. Die SEPA-Migration würde damit in Deutschland, dem Land mit der höchsten Lastschriftnutzung in Europa, auf Jahre behindert. Dies wiederum dürfte negative Folgen für das auch politisch erwünschte Gesamtprojekt SEPA mit sich bringen. Denn viele Unternehmen planen, die Migration von SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift aus Effizienzgründen in einem Schritt durchzuführen. Zudem wären Nachteile für den Finanzstandort Deutschland zu befürchten. So würde sich Deutschland nicht nur dem Vorwurf der nationalen Abschottung aussetzen; deutsche Anbieter könnten auch die SEPA-Lastschrift in Europa aufgrund niedriger Stückzahlen kaum zu wettbewerbsfähigen Konditionen anbieten.

Darüber hinaus steht die abwartende Haltung öffentlicher Kassen einer breiten Nutzung der SEPA-Verfahren in Deutschland entgegen. Die öffentlichen Kassen zögern, ihren Zahlungsverkehr auf SEPA umzustellen und so ein Vorbild für die Migration zu den neuen Instrumenten zu geben. Staatliche Sozial- und Gehaltszahlungen machen in Deutschland mehr als 30 % des Bruttoinlandsprodukts

*Unterstützung
durch öffent-
liche Kassen
wünschenswert*

aus. Durch eine Umstellung dieser Zahlungsströme könnte der Anteil von SEPA-Zahlungen in Deutschland deutlich gesteigert werden. Hierzu wäre aber eine höhere Priorisierung des SEPA-Projekts auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung erforderlich. Als weiteres Migrationshemmnis wird in Deutschland die hohe Flexibilität des deutschen Lastschriftverfahrens genannt, die sich in der Herausbildung pragmatischer Verfahrensweisen für bestimmte Geschäftsfälle zeigt (z. B. Verzicht auf das Schrifterfordernis für die Einzugsermächtigung). Hierbei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese Verfahrensweisen streng genommen nicht regelkonform sind; die sich daraus ergebenden Risiken müssen in der Regel von der betreffenden Bank (meist Bank des Zahlungsempfängers) getragen werden.

*Regelung zu
Interbanken-
entgelten*

Nicht zuletzt bereiten die unterschiedlichen Geschäftsmodelle für Lastschriften Schwierigkeiten für die Einführung der SEPA-Lastschrift. Während in vielen Ländern die beteiligten Kreditinstitute selbst für eine Kompensation der bei ihnen anfallenden Kosten zu sorgen haben, sind in einigen Staaten transaktionsbezogene Interbankenentgelte multilateral vereinbart. In diesen Fällen hat das Kreditinstitut des Zahlungsempfängers an das Kreditinstitut des Zahlers pro Transaktion einen bestimmten Geldbetrag als Aufwandsersatz zu zahlen. Deutschland nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als Interbankenentgelte nur im Falle von Rücklastschriften anfallen. Damit entschädigt die Bank des Einreichers die Bank des Zahlers für deren erhöhten Bearbeitungsaufwand bei der Rückabwicklung von Lastschriften. Die EU-Kommission hat nunmehr signalisiert, dass sie aus

wettbewerbsrechtlichen Gründen und mangels zwingender ökonomischer Notwendigkeit multilateral vereinbarte, transaktionsbezogene Interbankenentgelte im Lastschriftverkehr auf längere Sicht nicht zulassen wird. Sie hat allerdings für einen dreijährigen Übergangszeitraum erlaubt, die in dem jeweiligen Land bei Altverfahren genutzten Geschäftsmodelle auch bei nationalen SEPA-Lastschriften anzuwenden. Für grenzüberschreitende SEPA-Lastschriften darf in diesem Zeitraum ein Interbankenentgelt in Höhe von maximal 8,8 Cent pro Transaktion berechnet werden. Durch diese Regelung soll eine Diskriminierung der SEPA-Lastschrift gegenüber Altverfahren verhindert und die Migration erleichtert werden. Die Befürchtung vieler Nutzer, auch in Deutschland, die Einführung der SEPA-Lastschrift könnte zu einer Verteuerung des Zahlungsverkehrs führen, dürfte damit weitgehend entkräftet sein.

SEPA für Kartenzahlungen

Der Markt für Zahlungskarten in Europa (Kredit- und Debitkarten) ist bislang stark fragmentiert. Kreditkarten werden in der Regel von Banken im Namen der großen internationalen Kartengesellschaften (z. B. MasterCard oder VISA) gegen Gebühr herausgegeben. Im Debitkartenbereich dominieren hingegen nationale Systeme. Deren Karten werden – wie bei dem von der deutschen Kreditwirtschaft entwickelten System girocard⁴⁾ – in der Regel in Verbindung mit einem Girokonto von der

*Europäischer
Kartenmarkt
stark
fragmentiert*

⁴ Girocard ist seit 2008 der übergeordnete Rahmen für die beiden deutschen Debitkarten-Zahlungssysteme: das im Handel genutzte electronic cash sowie das Deutsche Geldautomaten-System. Zugleich ist girocard die Bezeichnung für die deutsche Debitkarte (früher ec-Karte).

kontoführenden Stelle ausgegeben. Diese nationalen Debitkarten können zum Beispiel zum bargeldlosen Zahlen sowie zum Bargeldbezug an Geldautomaten eingesetzt werden, sind jedoch in der Verwendung zunächst auf das Inland beschränkt. Um einen grenzüberschreitenden Einsatz von nationalen Debitkarten zu ermöglichen, werden üblicherweise im Rahmen des sogenannten Co-Badging für die Abwicklung grenzüberschreitender Transaktionen die Infrastrukturen der internationalen Systeme genutzt. Die nationalen Debitkartensysteme in den meisten europäischen Ländern folgen unterschiedlichen Geschäftsmodellen und technischen Standards, was eine starke Fragmentierung des europäischen Kartenmarkts zur Folge hat.

*Vorgaben
des EPC für
SEPA-Karten-
zahlungen*

Der EPC legte 2006 in seinem SEPA Cards Framework (SCF) als Zielsetzung fest, dass ab 2011 kein Kartensystem mehr betrieben werden soll, das ausschließlich für den Einsatz im nationalen Umfeld vorgesehen ist. Vielmehr seien mit SEPA für Karten die grundsätzlichen Voraussetzungen zu schaffen, jede Karte an jedem Terminal einsetzen zu können. Damit sollte ein gemeinsamer Markt für Kartenzahlungen in Europa ermöglicht werden. Wesentlich hierfür ist die Schaffung eines funktionierenden Wettbewerbs auf allen Ebenen einer Kartentransaktion: bei der Kartenherausgabe (Issuing), den Verbindungsstellen für die Händler (Acquiring), der Akzeptanz von Karten im Handel (Acceptance) und der Abwicklung von Kartenzahlungen (Processing). Dafür ist allerdings neben der Beseitigung rechtlicher und geschäftspolitischer nationaler Praktiken die Schaffung gemeinsamer technischer Standards (Interoperabili-

tät) unabdingbare Voraussetzung. So fordert das SCF zum Beispiel als gemeinsamen Sicherheitsstandard die Ausstattung aller Zahlungskarten, Kartenterminals und Geldausgabautomaten in SEPA mit der Chip-Technologie des sogenannten EMV-Standards. In Deutschland hat sich dieser Standard bei Zahlungskarten und Geldautomaten schon weitgehend durchgesetzt, wohingegen erst ein sehr kleiner Anteil von Kartenterminals im Handel mit der EMV-Technik ausgestattet ist. Darüber hinaus hat der EPC im Dezember 2008 zwar ein Rahmenwerk für die Standardisierung bei Kartenzahlungen verabschiedet, dieses stellt aber mangels konkreter technischer und funktionaler Spezifikationen keinen implementierungsfähigen Standard dar.

Insgesamt sind die Regeln für eine SEPA-Kartenzahlung im SCF nicht so klar definiert wie die sehr detaillierten Verfahrensbeschreibungen für SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften. Weitere Anstrengungen des europäischen Kreditgewerbes – gerade bei der Entwicklung und Implementierung von Standards zum Beispiel für die Autorisierung und Abwicklung von Kartenzahlungen – sind deshalb notwendig, soll die SEPA-Konformität von Zahlungssystemen nicht zu einer reinen Formsache werden.

Das SCF sieht verschiedene Optionen vor, um einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum für Kartenzahlungen zu erreichen. Dazu gehören der Ersatz nationaler durch bestehende internationale Kartensysteme, die Kooperation mit internationalen Kartensystemen sowie die Verbindung beziehungsweise europäische Ausweitung nationaler Systeme.

*Optionen
für einen
einheitlichen
Kartenmarkt...*

Für die Entwicklung von mehr Wettbewerb und Effizienz im Kartenmarkt wäre in jedem Fall die Entwicklung mindestens eines zusätzlichen europäischen Kartensystems wünschenswert. Ansonsten droht entweder eine Dominanz der beiden internationalen Kartensysteme, die mit einer starken Marke, weltweiter Akzeptanz und vermeintlich höherer Profitabilität werben, oder eine Fortsetzung des Status quo mit vielen nur national ausgerichteten Systemen.

*... und sich
daraus
entwickelnde
Marktinitiativen*

Zwischenzeitlich haben sich mehrere hierauf ausgerichtete Marktinitiativen entwickelt. So arbeitet die Euro Alliance of Payment Schemes (EAPS) an der Vernetzung bestehender nationaler Debitkartensysteme. Bislang wurden Systeme aus Deutschland (girocard), Italien, Spanien, Portugal und Großbritannien sowie der europäische Geldautomatenverbund EUFISERV miteinander verbunden. Doch aufgrund der noch fehlenden Anbindung großer Märkte, wie etwa Frankreich, fehlt hier zurzeit noch die Reichweite.

Daneben beabsichtigen einige große deutsche und französische Kreditinstitute mit ihrer Initiative „MONNET“ eine europäische Alternative am Kartenmarkt aufzubauen. Zielsetzung ist ein neues Kartenzahlungssystem mit einem attraktiven, zukunftssicheren Geschäftsmodell. Bisher befindet sich dieser Ansatz allerdings noch im Planungsstadium. Im Rahmen einer dritten Initiative namens „Pay-Fair“ wird ein Kartensystem entwickelt, das die Ausgabe von kontogebundenen Zahlungskarten sowohl durch Kreditinstitute als auch durch den Einzelhandel ermöglicht. Das Projekt befindet sich derzeit in der Pilotphase

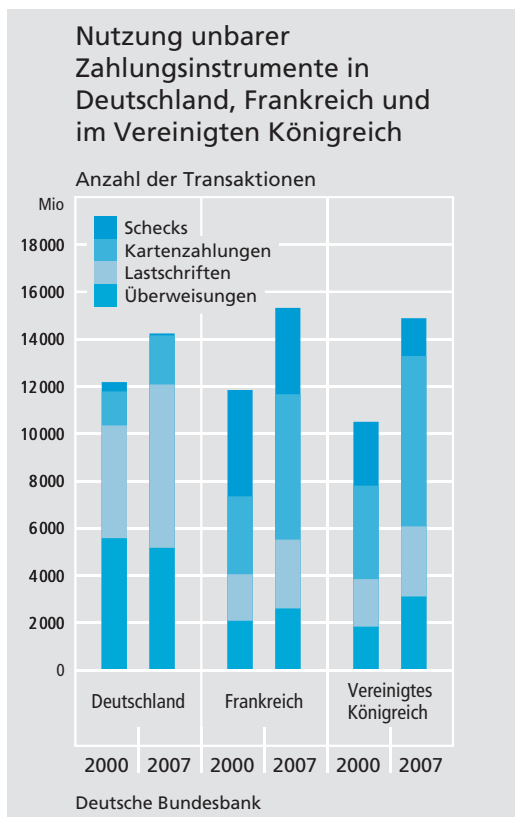
und soll im Herbst dieses Jahres zunächst in Belgien seinen Betrieb aufnehmen. Zwar sollte die Entscheidung über Aufbau und Struktur europäischer Alternativen grundsätzlich dem Markt überlassen bleiben. Ausschlaggebend bleibt aber, dass diese die Effizienzpotenziale der europäischen Integration voll nutzen und eine ausreichend hohe Akzeptanz im gesamten Euro-Raum erreichen.

Voraussetzung für die Weiterentwicklung des europäischen Kartenmarkts ist die Kalkulationssicherheit im Hinblick auf das langfristige Geschäftsmodell, insbesondere auf die Anwendbarkeit multilateraler Interbankenentgelte. Hier hat die EU-Kommission im April dieses Jahres die Zulässigkeit eines Interbankenentgelts für grenzüberschreitende MasterCard-Transaktionen grundsätzlich bestätigt, allerdings nur bei einer – im Vergleich mit den bisherigen Sätzen – deutlichen Absenkung auf 0,2 % (für Debitkarten) beziehungsweise 0,3 % (für Kreditkarten) des Umsatzes. Auch wenn die EU-Kommission einem einzelfallbezogenen Ansatz folgt und den Nachweis der Vorteilhaftigkeit eines Interbankenentgelts durch ein ökonomisches Modell fordert, dürfte diese Entscheidung auch für andere Kartensysteme Signalwirkung entfalten. Längerfristig könnte sich hieraus zudem ein Gradmesser für die jeweiligen nationalen Wettbewerbsbehörden entwickeln.

*Sicherheit über
künftige Ge-
schäftsmodelle
notwendig*

Die Entwicklung der Nachfrage: Zahlungsgewohnheiten

In den EU-Ländern haben Kartenzahlungen zwischen 2000 (12 Milliarden Transaktionen)



Nationale Unterschiede in der Nutzung von Zahlungsinstrumenten

und 2007 (27 Milliarden Transaktionen) deutlich zugenommen.⁵⁾ Dennoch ist das Zahlungsverhalten in Europa aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklung immer noch sehr unterschiedlich. So werden in Deutschland mit 48 % die meisten unbaren Zahlungen per Lastschrift abgewickelt. Grundsätzlich bietet die Lastschrift für den Zahlungsempfänger den großen Vorteil, dass damit die Liquiditätssteuerung in seiner Hand liegt, während der Zahler von der großen Bequemlichkeit profitiert. Darüber hinaus ist das deutsche Lastschriftverfahren einfach und flexibel; insbesondere können auch Einmalzahlungen damit problemlos gehandhabt werden. Demgegenüber spielt zum Beispiel in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien die Kartenzahlung eine große Rolle, während in Frankreich und Irland im Gegen-

satz zu den meisten anderen europäischen Ländern noch vielfach der Scheck genutzt wird.

Im deutschen Einzelhandel werden rund 30 % des Umsatzes mit Debitkarten getätigt. Dabei handelt es sich zum einen um „echte“ Debitkartenzahlungen auf Basis des deutschen „electronic cash“-Systems, die unter Eingabe der Geheimzahl erfolgen und eine Zahlungsgarantie für den Händler umfassen. Zum anderen sind auch Transaktionen im Elektronischen Lastschriftverfahren (ELV) enthalten. Dabei wird aus den auf der Debitkarte gespeicherten Daten eine vom Kunden zu unterzeichnende Einzugsermächtigungslastschrift (ohne Zahlungsgarantie) erzeugt. In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Transaktionsarten deutlich zugunsten von electronic cash verschoben. Neben der höheren Sicherheit spielt dafür auch eine Rolle, dass die Kreditwirtschaft die Nutzung des Verfahrens insbesondere für große Kartenakzeptanten im Einzelhandel attraktiver gestaltet hat.

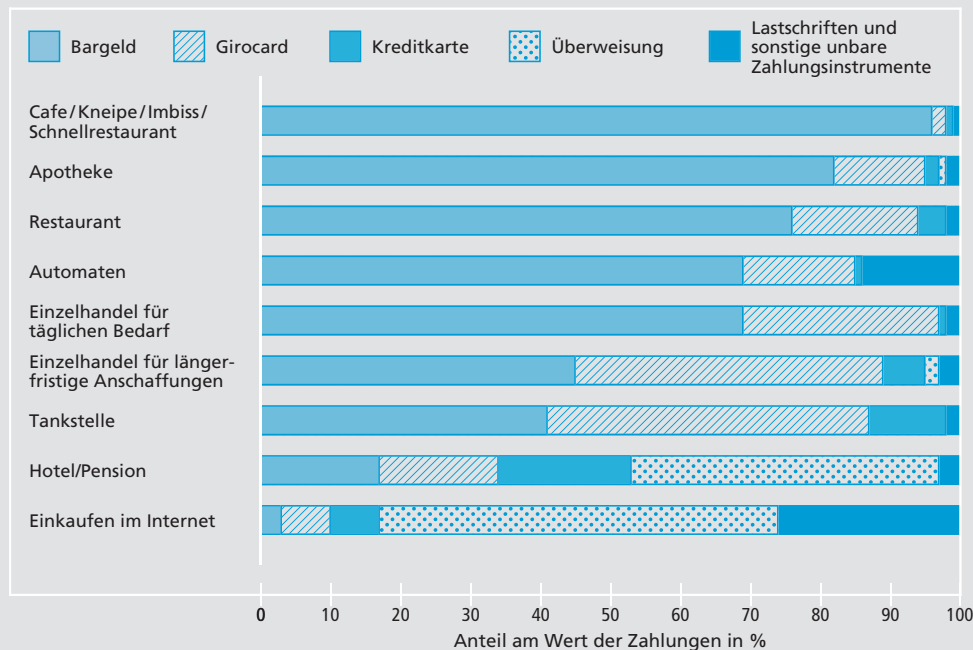
Debitkartenzahlungen in Deutschland

Die Beliebtheit des „electronic cash“-Verfahrens ergibt sich aus seiner großen Verbreitung. So sind zurzeit 95 Millionen Debitkarten in Deutschland im Umlauf. Laut einer Studie der Bundesbank⁶⁾ verfügen rund 90 % der hierfür Befragten über mindestens eine Debitkarte. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor für deren Einsatz im Handel ist die Höhe der zu zahlen-

5 Für Deutschland ergab sich im Berichtsjahr 2007 aufgrund eines methodologischen Wechsels bei der Erhebung der Zahlungsverkehrsstatistik ein Rückgang bei den Debitkartentransaktionen (einschl. der Transaktionen im Elektronischen Lastschriftverfahren).

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland, Juli 2009.

Verwendung von Zahlungsinstrumenten nach Zahlungsort/-zweck



Quelle: Bundesbankstudie zum Zahlungsverhalten in Deutschland, 2009.

Deutsche Bundesbank

den Beträge. So beläuft sich der Großteil der damit getätigten Zahlungen auf Beträge zwischen 50 € und 100 €. Darüber hinaus lassen sich deutliche Unterschiede nach Zahlungsort und Zahlungszweck ausmachen. Insgesamt dürfte in Deutschland weiterhin signifikantes Steigerungspotenzial für Debitkartenzahlungen bestehen. Dafür spricht zum einen, dass weniger als die Hälfte der befragten Debitkarteninhaber ihre Karte im Durchschnitt mindestens einmal wöchentlich nutzen. Zum anderen liegt Deutschland auf Basis der verfügbaren Zahlen mit jährlich rund 25 Kartenzahlungen pro Kopf deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (rd. 55 Kartenzahlungen pro Kopf).

Mit einem Umsatzanteil von rund 5 % im Einzelhandel spielt die Kreditkarte in Deutsch-

land nur eine untergeordnete Rolle. Aufgrund der hohen Verbreitung des Dispositionskredits in Deutschland konnten sich Kreditkarten im eigentlichen Sinne (d. h. mit tatsächlicher Kreditfunktion) nicht durchsetzen. Der Besitz von Kreditkarten in Deutschland – rund 14 Millionen in 2007 – ist stark von Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Haushaltseinkommen abhängig. Hinzu kommt aufgrund der bisher teilweise hohen Gebühren eine gewisse Zurückhaltung bei der Kreditkartenakzeptanz im Handel und in der Gastronomie. Inwieweit die jüngsten Entscheidungen der Europäischen Kommission im Kartengeschäft, mit denen sie auf eine Senkung von Interbankentgelten hinwirkte, zu einer stärkeren Akzeptanz und damit auch zu einer höheren Nutzung von Kreditkarten führen werden, bleibt abzuwarten.

Kreditkarten in Deutschland weniger relevant

Nicht erfüllt haben sich die in die Geldkarte gesetzten Erwartungen. Der hierfür genutzte, auf der Zahlungskarte angebrachte Chip kann zum Beispiel am Geldautomaten aufgeladen und vor allem an Automaten zum Kauf von Zigaretten, Parkscheinen und Fahrkarten im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden. Durch die Novellierung des Jugendschutzgesetzes und die ebenfalls über den Chip zu nutzende Altersverifikation hatte man sich deutliche Impulse für einen verstärkten Einsatz der Geldkarte versprochen. Gleichwohl kam sie auch in 2008 auf nur rund 50 Millionen Bezahlvorgänge. Neben den beschränkten Einsatzmöglichkeiten dürfte dabei auch das schwach ausgeprägte Bewusstsein über ihre Funktionsweise verantwortlich sein: Während sich der Geldkarten-Chip auf rund 80 % aller girocards befindet, gab nur ein Fünftel der für die Bundesbank-Studie Befragten an, ihn zu besitzen.

Innovative Bezahlverfahren

Innovative Bezahl- verfahren

Unter dem Begriff „innovative Bezahlverfahren“ fasst man solche Verfahren zusammen, die mithilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologie Zahlungen initiieren, die dann zumeist auf der Grundlage etablierter Bankverfahren (Überweisung, Lastschrift, Kartenzahlung) abgewickelt werden.⁷⁾

Internetbasierte Verfahren

Vor allem die deutliche Steigerung des Internethandels in Europa, und hier insbesondere in Deutschland, könnte zu spürbaren Änderungen im unbaren Zahlungsverkehr führen. Zwar dominieren nach wie vor auch in diesem

Bereich die traditionellen Bezahlverfahren, jedoch wurden laut Bundesbank-Studie immerhin 10 % der Onlineeinkäufe mit Hilfe spezieller Internet-Bezahlverfahren abgewickelt. Dazu zählen unter anderem Inkassoverfahren (z.B. Click & Buy), serverbasierte E-Geldsysteme wie PayPal oder auch das deutsche giro-pay-Verfahren. Hierbei handelt es sich um ein Online-Überweisungsverfahren, bei dem der Kunde von der Kasse des Internethändlers direkt auf das Onlineportal seiner Bank geleitet wird. Unmittelbar nach Ausführung der Überweisung erhält der Händler eine Zahlungsbestätigung. Das große Wachstumspotenzial solcher Verfahren zeigt die Entwicklung im europäischen Ausland, wo zum Beispiel das niederländische iDEAL-System innerhalb weniger Jahre einen Marktanteil von 40 % im Onlinehandel gewinnen konnte.

Große Erwartungen werden auch in kontaktlose Bezahlverfahren auf Basis der sogenannten NFC-Technologie (NFC: Near Field Communication) gesetzt. Hier wird die Zahlung entweder mit einer entsprechend ausgestatteten Karte oder mit einem im Mobiltelefon integrierten Chip ausgelöst. Die Zahlung selbst wird dann entweder unter Nutzung eines vorausbezahlten Guthabens, als Debit- oder Kreditkartentransaktion oder per Lastschriftzug abgewickelt. Besondere Attraktivität hat diese Technologie für den öffentlichen Personennahverkehr, da sie zugleich auch die Speicherung der Fahrkarte ermöglicht (papierloses Ticket). In Deutschland beginnen zum Beispiel die Deutsche Bahn

Kontaktlose Bezahlverfahren

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuere Entwicklungen bei Zahlungskarten und innovativen elektronischen Bezahlverfahren, a. a. O.

(Touch & Travel) und der Rhein-Main-Verkehrsverbund mit dem Einsatz kontaktloser Bezahlfverfahren. Auch die internationalen Kartengesellschaften versuchen, mithilfe dieser Technologie in das bislang durch Bargeld dominierte Segment der Kleinbetragszahlungen einzudringen. In Deutschland werden laut Studie der Bundesbank knapp 95 % aller Zahlungen bis 20 € noch mit Bargeld getätigt.

*Beeinflussung
von Nutzungsgewohnheiten*

Nutzer ändern ihre Zahlungsgewohnheiten nur relativ zögerlich. Es ist daher notwendig, dass die innovativen Zahlungsverfahren Kundenbedürfnisse wie Bequemlichkeit und Sicherheit möglichst weitgehend erfüllen. Darüber hinaus kommt es darauf an, potenzielle Nutzer zügig mit den innovativen Produkten und der Handhabung des damit verbundenen Instrumentariums vertraut zu machen. Besondere Aufmerksamkeit sollte zudem auf die Wahrung der Privatsphäre und den Schutz vor missbräuchlicher Verwendung der Daten gelegt werden.

*Erfolgsfaktor
Kooperation*

Die Präferenz für den Einsatz eines Zahlungsinstrumentes ist stark von seiner Akzeptanz abhängig. So ist die Attraktivität eines innovativen Instruments für die Verbraucher gering, wenn es nur bei verhältnismäßig wenigen (Internet-) Händlern oder regional beschränkt eingesetzt werden kann. Erforderlich ist deshalb auch, dass Händler durch eine schnelle und im Vergleich zu Bargeld kostengünstigere Zahlungsabwicklung sowie gegebenenfalls durch eine bessere Kundenbindung von den neuen Verfahren profitieren. Da die Parallelität verschiedener Technologien die Marktdurchdringung behindern kann,

spielt die Interoperabilität zwischen verschiedenen Anbietern eine große Rolle.

Zudem sind offene, auf Kooperation verschiedener Marktpartner ausgerichtete Modelle kleineren Insellösungen, die zum Beispiel die Nutzung eines bestimmten Mobilfunknetzes oder eines bestimmten Endgerätes voraussetzen, deutlich überlegen. In Frankreich beruht beispielsweise das Projekt „Payez Mobile“, das sich zurzeit in der Pilotierung befindet, auf einer Kooperation von Banken, Mobilfunkanbietern, internationalen Kartensystemen und Terminalherstellern. Die flächendeckende Einführung ist für 2010 geplant.

Nach Ansicht der EU-Kommission und des Eurosystems spielen innovative Zahlungsformen auch für SEPA eine große Rolle. Das Eurosystem fasst dies unter dem Begriff eSEPA zusammen. Wie eine Studie der EU-Kommission von 2008 zeigt, würden beispielsweise durch eine flächendeckende Nutzung der elektronischen Rechnungsstellung die Effizienzgewinne aus einem gemeinsamen Binnenmarkt im unbaren Zahlungsverkehr nochmals deutlich erhöht.⁸⁾ Um diese Entwicklung zu beschleunigen, unterstützen EU-Kommission und Eurosystem den EPC bei der Entwicklung neuer Initiativen zu eSEPA.

eSEPA

Der EPC selbst arbeitet inzwischen daran, Rahmenwerke für die Initiierung von SEPA-Zahlungen auf elektronischem Wege beziehungsweise über mobile Kanäle zu entwickeln. So soll für elektronische Bezahlfverfahren die Vernetzung bestehender, bislang

Initiativen des europäischen Kreditgewerbes

⁸ http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/ec_de.htm.

national orientierter Internetbezahlverfahren deren europaweite Nutzung ermöglichen. Darüber hinaus sollen bis Ende 2010 Richtlinien für die Initiierung und den Empfang von SEPA-Überweisungen und SEPA-Kartenzahlungen mittels Mobiltelefon entworfen werden, die als Basis für die weitere Zusammenarbeit und Standardisierung in Europa dienen könnten. Wenig hilfreich wären in diesem Zusammenhang allgemein formulierte Rahmenwerke wie im Kartenbereich. Vielmehr kommt es darauf an, präzise Regelwerke für alle Beteiligten zu entwickeln, die gemeinsame Verfahren und Standards festlegen.

Ausblick

SEPA und PSD werden Wettbewerb verschärfen

Durch SEPA und die Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie wird für die Anbieter von Zahlungsdiensten der Markteintritt in andere nationale Märkte in Europa erleichtert. Die Wettbewerbsintensität auf dem europäischen Markt für Zahlungsdienste wird deshalb zunehmen. In der Folge ist zu erwarten, dass sich mittelfristig die Preise für Zahlungsdienste durch größere Transparenz und Anbieterauswahl europaweit auf niedrigem Niveau angleichen werden. Die einzelnen Anbieter dürften zudem versuchen, sich durch das Angebot von kundenbezogenen Zusatzdiensten stärker voneinander abzugrenzen. Allerdings ist hierfür erforderlich, dass sich alle Anbieter strategisch in vollem Umfang auf SEPA ausrichten. Minimalinvestitionen, die nur die Abwicklung geringer Volumina im SEPA-Segment erlauben, sind nicht zielführend. Ebenso wenig tragfähig ist der von eini-

gen Nutzern erneut in die Diskussion eingebrachte Vorschlag, der unter Verwendung der technischen SEPA-Standards auf die Beibehaltung der deutschen Zahlungsverfahren abstellt – ohne die übrigen SEPA-Verfahrensregeln zu beachten. Notwendig wäre darüber hinaus ein möglichst frühzeitiges Angebot der SEPA-Lastschrift durch die Kreditwirtschaft zum November dieses Jahres.

Ein gemeinsamer Markt im europäischen Zahlungsverkehr erfordert letztlich die durchgängige Nutzung der SEPA-Instrumente. Damit wäre auch die Basis für weitere Innovationen im europäischen Zahlungsverkehr gelegt. Bei der Konzeption des SEPA-Prozesses war die Kreditwirtschaft davon ausgegangen, dass eine zunehmende Marktnachfrage nach den neuen Produkten aus betriebswirtschaftlichen Gründen quasi automatisch zu einem Auslaufen der bisherigen nationalen Verfahren führen würde. Doch damit ist kaum zu rechnen. Zwar ist bei Geschäftskunden aufgrund der neuen Qualität der grenzüberschreitenden Dimension einiges Interesse für SEPA zu verzeichnen. Solange aber keine Gewissheit über den Entwicklungspfad besteht, werden die notwendigen Investitionen nicht im erforderlichen Umfang vorgenommen. Zudem spielen bei den entsprechenden Entscheidungen kurzfristige Anpassungskosten häufig eine größere Rolle als langfristige wirtschaftliche Vorteile. Darüber hinaus ist die SEPA-Idee noch nicht hinreichend auf breiter Basis verankert. So wird sowohl am Schalter wie im Onlinebanking bei nahezu allen Kreditinstituten in Deutschland das nationale Verfahren als Standard angeboten. In den wenigsten Fällen sind IBAN und BIC auf den Rechnun-

Konzept der kritischen Masse hält Praxistest nicht stand

gen öffentlicher Kassen und privater Firmen zu finden. Auch Bankkundenkarten und Zehlscheine werden nur zögerlich mit diesen internationalen Kennungen versehen. Allein auf dem Kontoauszug werden wie vorgeschrieben IBAN und BIC ausgewiesen.

*Festlegung
eines
Enddatums
erforderlich*

Soll mit SEPA tatsächlich die Fragmentierung des europäischen Marktes für Zahlungsdienste überwunden werden, kann dies nur über die Festlegung eines Endtermins für die SEPA-Migration geschehen. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen innerhalb der europäischen Kreditwirtschaft muss aber bezweifelt werden, dass der Markt selbst eine Einigung auf einen Termin zum Auslaufen der nationalen Altverfahren erzielen kann. Daher sind regulatorische Maßnahmen zu prüfen,

wie etwa eine Verordnung der Europäischen Zentralbank oder eine EU-Regulierung.

Es ist ebenso wichtig, im weiteren SEPA-Prozess die über die Kreditwirtschaft hinaus Beteiligten angemessen einzubinden, um die Akzeptanz der Verfahren bei den Nutzern zu erhöhen. Um eine frühzeitige und sachgerechte Einbindung aller Beteiligten zu gewährleisten, könnte sich ein Forum zur Diskussion strategischer Themen des Massenzahlungsverkehrs auf europäischer Ebene als hilfreich erweisen. Das Forum sollte dabei auf die mit SEPA entstandenen europäischen Organisationsstrukturen der Kreditwirtschaft, die sich trotz mancher Schwierigkeiten bewährt haben, aufgebaut werden.

*Europäisches
Diskussions-
forum*

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*

5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2007 Sept.	6,2	10,3	11,4	11,9	8,7	11,7	8,8	4,03	4,74	4,3
Okt.	6,6	11,3	12,5	12,1	9,3	12,3	8,7	3,94	4,69	4,4
Nov.	6,3	11,0	12,4	12,2	9,1	12,1	8,0	4,02	4,64	4,2
Dez.	4,0	10,2	11,6	11,9	10,1	12,8	8,5	3,88	4,85	4,3
2008 Jan.	4,4	10,5	11,7	11,6	10,0	12,8	8,6	4,02	4,48	4,2
Febr.	3,6	10,8	11,5	11,1	9,9	12,7	7,4	4,03	4,36	4,1
März	2,8	9,9	10,1	10,7	9,8	12,4	6,2	4,09	4,60	4,1
April	2,5	10,5	10,5	10,3	10,0	12,2	6,1	3,99	4,78	4,3
Mai	2,3	10,3	10,2	10,1	9,5	12,0	6,1	4,01	4,86	4,4
Juni	1,5	9,7	9,7	9,7	9,1	11,2	5,2	4,01	4,94	4,8
Juli	0,4	9,3	9,3	9,3	9,2	11,0	4,9	4,19	4,96	4,7
Aug.	0,3	9,0	8,9	9,0	9,3	10,9	4,9	4,30	4,97	4,5
Sept.	1,2	9,0	8,7	8,8	8,6	10,2	5,0	4,27	5,02	4,4
Okt.	3,7	9,3	8,7	8,4	7,5	8,9	3,3	3,82	5,11	4,3
Nov.	2,2	8,7	7,7	8,0	7,4	8,4	3,7	3,15	4,24	4,1
Dez.	3,3	8,3	7,5	7,0	6,4	7,1	2,9	2,49	3,29	3,7
2009 Jan.	5,1	7,5	5,9	6,4	6,1	6,3	3,6	1,81	2,46	3,9
Febr.	6,2	7,0	5,8	5,6	5,9	5,7	4,5	1,26	1,94	4,0
März	5,9	6,1	5,0	5,2	5,2	4,7	4,4	1,06	1,64	3,9
April	8,4	5,9	4,9	4,5	4,4	3,6	4,3	0,84	1,42	3,9
Mai	7,9	5,0	3,7	...	3,9	3,1	4,9	0,78	1,28	4,0
Juni	0,70	1,23	4,2

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegen-

über im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr		Währungsreserven	nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2007 Sept.	+ 3 663	+ 4 284	+ 3 168	- 27 333	+ 36 260	- 3 427	- 2 333	1,3896	108,4	109,5
Okt.	+ 4 067	+ 6 291	- 48 441	+ 31 023	- 52 796	- 26 674	+ 7	1,4227	109,6	110,7
Nov.	- 48	+ 4 689	- 2 984	+ 7 833	- 16 371	+ 5 352	+ 202	1,4684	111,2	112,3
Dez.	+ 3 221	- 2 977	- 41 135	- 26 289	- 31 813	+ 12 463	+ 4 504	1,4570	111,5	112,2
2008 Jan.	- 18 189	- 8 302	+ 45 317	- 32 392	+ 38 169	+ 45 946	- 6 407	1,4718	112,2	113,0
Febr.	+ 7 277	+ 4 396	- 17 774	- 20 152	+ 9 135	- 11 306	+ 4 548	1,4748	112,0	112,5
März	- 6 345	+ 1 441	+ 7 978	- 22 684	+ 18 508	+ 15 368	- 3 215	1,5527	114,8	115,7
April	- 7 480	+ 5 112	+ 25 706	- 23 010	- 21 035	+ 73 010	- 3 258	1,5751	116,3	117,0
Mai	- 24 029	- 1 586	+ 39 088	- 5 351	- 9 148	+ 50 861	+ 2 726	1,5557	115,8	116,6
Juni	+ 367	+ 2 566	+ 14 945	- 25 060	+ 48 514	- 9 033	+ 524	1,5553	115,8	116,4
Juli	- 4 127	+ 389	+ 48 527	- 1 555	+ 28 977	+ 23 374	- 2 268	1,5770	116,2	116,6
Aug.	- 11 468	- 7 125	+ 359	- 11 849	+ 11 033	- 1 115	+ 2 290	1,4975	113,9	114,1
Sept.	- 7 547	- 2 277	+ 12 774	- 22 499	+ 73 131	- 39 478	+ 1 620	1,4370	112,0	112,1
Okt.	- 5 083	+ 3 659	+ 97 336	- 10 936	+ 153 045	- 36 808	- 7 966	1,3322	107,9	108,3
Nov.	- 13 670	- 3 981	+ 19 632	- 53 283	+ 54 487	+ 18 795	- 367	1,2732	107,1	107,5
Dez.	- 3 296	- 364	+ 19 732	- 22 523	+ 3 508	+ 30 838	+ 7 909	1,3449	112,4	112,8
2009 Jan.	- 19 902	- 10 097	+ 51 211	- 15 919	- 1 570	+ 63 316	+ 5 384	1,3239	111,9	112,3
Febr.	- 2 056	+ 1 000	- 3 375	- 11 824	+ 59 776	- 52 458	+ 1 131	1,2785	110,4	110,6
März	- 3 985	+ 2 753	+ 57 809	- 18 854	+ 86 459	- 8 933	- 862	1,3050	113,3	113,4
April	- 9 175	+ 4 039	+ 2 752	- 1 240	+ 629	+ 3 239	+ 124	1,3190	112,5	112,8
Mai	1,3650	113,0	113,3
Juni	1,4016	114,0	114,2

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-21-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾								
2006	2,9	3,0	3,0	4,9	2,2	4,5	5,7	2,0
2007	2,7	2,8	2,5	4,2	2,3	4,0	6,0	1,6
2008	0,7	1,1	1,3	1,0	0,4	2,9	- 2,3	- 1,0
2007 4.Vj.	2,2	2,8	1,6	3,8	2,7	3,3	6,5	0,4
2008 1.Vj.	2,2	1,9	2,1	2,6	1,7	3,4	- 1,4	0,2
2.Vj.	1,5	2,0	3,4	2,5	1,4	3,3	- 1,6	- 0,2
3.Vj.	0,5	1,5	1,4	1,7	0,5	2,9	- 1,0	- 1,0
4.Vj.	- 1,7	- 1,0	- 1,7	- 2,3	- 1,7	2,2	- 8,0	- 3,1
2009 1.Vj.	- 4,9	- 3,4	- 6,7	- 7,4	- 3,1	0,3	- 8,5	- 6,5
Industrieproduktion ¹⁾²⁾								
2006	4,3	5,4	5,7	9,9	1,4	0,8	2,9	3,6
2007	3,7	2,6	6,0	4,3	1,5	2,3	5,0	2,1
2008	- 1,7	1,1	0,0	- 0,4	- 2,5	- 4,2	- 1,5	- 3,3
2007 4.Vj.	3,0	1,0	5,6	6,2	2,3	2,5	8,9	- 0,9
2008 1.Vj.	2,8	2,3	5,0	4,0	1,8	- 3,9	0,8	0,9
2.Vj.	1,1	5,2	3,1	2,6	- 0,3	- 2,3	0,6	0,2
3.Vj.	- 1,5	3,1	0,0	0,6	- 2,2	- 3,0	- 0,1	- 4,1
4.Vj.	- 8,8	- 5,8	- 7,6	- 8,2	- 9,1	- 7,6	- 7,1	- 10,2
2009 1.Vj.	- 18,1	- 14,7	9)p) - 20,3	- 20,6	- 15,7	- 8,1	- 2,6	- 21,0
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾								
2006	82,8	82,7	85,5	86,0	85,0	75,7	75,7	77,6
2007	84,2	83,2	87,5	87,3	86,6	76,9	76,6	78,2
2008	83,0	82,9	86,5	84,4	85,8	76,4	...	75,9
2008 1.Vj.	83,8	83,8	87,2	86,3	86,8	76,7	79,4	76,7
2.Vj.	83,7	83,4	87,6	85,2	86,2	77,3	75,3	76,2
3.Vj.	82,8	82,1	86,2	84,3	85,9	76,2	...	75,6
4.Vj.	81,5	82,4	84,8	81,9	84,1	75,4	...	75,2
2009 1.Vj.	74,7	75,4	76,2	72,0	76,0	73,4	...	70,4
2.Vj.	70,5	70,4	71,8	66,5	72,0	70,3	...	66,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾								
2006	8,3	8,3	9,8	7,7	9,2	8,9	4,5	6,8
2007	7,5	7,5	8,4	6,9	8,3	8,3	4,6	6,1
2008	7,5	7,0	7,3	6,4	7,8	7,7	6,3	6,8
2008 Dez.	8,2	7,2	7,2	6,8	8,4	7,9	8,7	7,0
2009 Jan.	8,6	7,5	7,3	7,0	8,6	8,7	9,4	7,4
Febr.	8,8	7,7	7,4	7,3	8,8	8,7	10,1	7,4
März	9,0	8,0	7,5	7,6	9,0	8,7	10,6	7,4
April	9,3	8,2	7,7	7,9	9,1	...	11,1	...
Mai	9,5	8,2	7,7	8,1	9,3	...	11,7	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾								
2006	2,2	2,3	1,8	1,3	1,9	3,3	2,7	2,2
2007	5) 2,1	1,8	2,3	1,6	1,6	3,0	2,9	2,0
2008	6) 3,3	4,5	2,8	3,9	3,2	4,2	3,1	3,5
2009 Jan.	7) 1,1	2,1	0,9	2,5	0,8	2,0	1,1	1,4
Febr.	1,2	1,9	1,0	2,7	1,0	1,8	0,1	1,5
März	0,6	0,6	0,4	2,0	0,4	1,5	- 0,7	1,1
April	0,6	0,7	0,8	2,1	0,1	1,1	- 0,7	1,2
Mai	0,0	- 0,2	0,0	1,5	- 0,3	0,7	- 1,7	0,8
Juni	p) - 0,1	- 1,0	0,0	1,6	- 0,6	0,7	- 2,2	0,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾								
2006	- 1,3	0,3	- 1,5	4,0	- 2,3	- 2,8	3,0	- 3,3
2007	- 0,7	- 0,2	- 0,2	5,2	- 2,7	- 3,6	0,2	- 1,5
2008	- 1,9	- 1,2	- 0,1	4,2	- 3,4	- 5,0	- 7,1	- 2,7
Staatliche Verschuldung ⁸⁾								
2006	68,2	87,9	67,6	39,2	63,7	95,9	24,9	106,5
2007	66,0	84,0	65,1	35,1	63,8	94,8	25,0	103,5
2008	69,3	89,6	65,9	33,4	68,0	97,6	43,2	105,8

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berech-

net. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 4 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 5 Ab 2007 einschl. Slowe-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾									
6,4	3,3	3,4	3,4	1,4	8,5	5,9	3,9	4,1	2006
5,2	4,2	3,5	3,1	1,9	10,4	6,8	3,7	4,4	2007
- 0,9	2,5	2,1	1,8	0,0	6,4	3,5	1,2	3,7	2008
4,0	4,0	4,3	2,6	1,8	14,4	5,4	3,6	4,7	2007 4.Vj.
1,0	3,4	3,6	2,9	0,6	9,3	5,7	2,9	4,3	2008 1.Vj.
1,1	4,2	3,2	2,6	0,6	7,9	5,5	2,3	3,8	2.Vj.
- 0,9	3,1	1,9	1,7	0,4	6,6	3,9	0,4	3,4	3.Vj.
- 4,8	- 0,3	- 0,7	0,0	- 1,7	2,5	- 0,8	- 0,8	2,8	4.Vj.
- 5,5	- 3,3	- 4,5	- 3,5	- 4,6	- 5,6	- 8,5	- 3,3	1,2	2009 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾²⁾									
2,2	-	1,5	7,8	3,1	12,2	6,1	3,9	0,4	2006
- 0,3	-	2,3	5,8	0,1	16,0	7,2	2,0	4,6	2007
- 5,3	-	1,5	0,9	- 4,1	4,5	- 1,8	- 7,3	4,1	2008
- 2,9	-	8,2	3,8	- 3,1	15,3	4,5	0,2	7,6	2007 4.Vj.
- 3,3	-	7,4	3,5	- 3,5	13,2	3,2	- 0,8	6,5	2008 1.Vj.
- 2,0	-	5,2	3,1	- 3,6	11,9	2,6	- 5,4	6,4	2.Vj.
2,1	-	0,5	1,8	- 2,3	5,7	- 1,2	- 6,3	4,2	3.Vj.
- 17,9	-	- 6,4	- 4,5	- 7,0	- 11,1	- 11,2	- 16,6	- 0,3	4.Vj.
- 24,4	-	- 10,0	- 12,5	- 13,1	- 23,1	- 19,7	- 22,6	- 9,0	2009 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾									
85,2	81,6	82,0	83,4	78,4	75,4	83,9	80,5	69,9	2006
87,3	80,8	83,6	85,2	81,8	73,6	85,9	81,0	70,0	2007
85,1	79,0	83,4	83,0	79,8	72,0	84,1	79,2	72,0	2008
86,0	79,5	83,5	83,6	78,1	75,0	84,8	81,1	72,5	2008 1.Vj.
84,5	82,4	83,4	84,0	82,3	72,7	85,3	80,2	73,2	2.Vj.
85,9	78,2	83,6	82,4	79,7	71,5	83,8	79,0	72,3	3.Vj.
83,9	75,9	82,9	81,9	79,0	68,9	82,6	76,4	70,1	4.Vj.
72,6	69,0	77,5	76,4	76,4	53,3	75,2	73,5	69,5	2009 1.Vj.
65,2	65,9	74,6	73,2	70,6	50,9	69,1	69,8	66,7	2.Vj.
Arbeitslosenquote ⁴⁾									
4,6	7,1	3,9	4,8	7,8	13,4	6,0	8,5	4,6	2006
4,2	6,4	3,2	4,4	8,1	11,1	4,9	8,3	4,0	2007
4,9	6,0	2,8	3,8	7,7	9,5	4,4	11,3	3,7	2008
5,5	6,1	2,8	4,2	8,2	9,3	4,2	14,7	4,1	2008 Dez.
5,8	6,4	2,8	4,2	8,5	9,7	4,5	15,6	4,2	2009 Jan.
5,9	6,6	2,9	4,3	8,8	10,0	4,8	16,5	4,4	Febr.
6,1	6,8	3,1	4,3	9,1	10,4	5,3	17,3	4,7	März
6,3	7,0	3,2	4,3	9,3	10,8	5,7	18,0	5,1	April
6,4	7,1	3,2	4,3	9,3	11,1	5,9	18,7	5,3	Mai
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,0	2,6	1,7	1,7	3,0	4,3	2,5	3,6	2,2	2006
2,7	0,7	1,6	2,2	2,4	1,9	3,8	2,8	2,2	2007
4,1	4,7	2,2	3,2	2,7	3,9	5,5	4,1	4,4	2008
0,0	3,1	1,7	1,2	0,1	2,7	1,4	0,8	0,9	2009 Jan.
0,7	3,5	1,9	1,4	0,1	2,4	2,1	0,7	0,6	Febr.
- 0,3	3,9	1,8	0,6	- 0,6	1,8	1,6	- 0,1	0,9	März
- 0,3	4,0	1,8	0,5	- 0,6	1,4	1,1	- 0,2	0,6	April
- 0,9	3,4	1,5	0,1	- 1,2	1,1	0,5	- 0,9	0,5	Mai
- 1,0	2,8	p) 1,4	p) - 0,3	- 1,6	0,7	0,2	- 1,0	0,1	Juni
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾									
1,4	- 2,6	0,6	- 1,6	- 3,9	- 3,5	- 1,3	2,0	- 1,2	2006
3,6	- 2,2	0,3	- 0,5	- 2,6	- 1,9	0,5	2,2	3,4	2007
2,6	- 4,7	1,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,9	- 3,8	0,9	2008
Staatliche Verschuldung ⁸⁾									
6,7	63,7	47,4	62,0	64,7	30,4	26,7	39,6	64,6	2006
6,9	62,1	45,6	59,4	63,5	29,4	23,4	36,2	59,4	2007
14,7	64,1	58,2	62,5	66,4	27,6	22,8	39,5	49,1	2008

nien. — 6 Ab 2008 einschl. Malta und Zypern. — 7 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. — 8 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische

Kommission (Maastricht-Definition). — 9 Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte			insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
	insgesamt	zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2007 Okt.	161,4	162,0	82,2	- 0,6	3,0	4,8	144,2	139,4	51,4	16,9	1,1	- 1,6	35,1
Nov.	95,1	97,1	12,0	- 2,0	- 2,8	28,8	79,2	50,4	- 4,9	2,5	0,8	- 13,4	5,2
Dez.	121,3	123,3	64,7	- 2,0	- 12,6	- 48,1	-136,1	- 88,1	83,9	48,9	0,4	1,6	33,1
2008 Jan.	127,6	110,5	19,0	17,1	13,6	- 19,3	234,5	253,8	19,0	- 3,4	1,8	11,8	8,8
Febr.	57,9	65,0	3,5	- 7,1	2,6	- 18,3	80,0	98,3	- 10,4	- 8,9	- 1,1	- 4,4	4,0
März	153,4	139,3	28,0	14,1	7,4	- 48,2	- 55,3	- 7,1	29,4	5,5	- 2,3	14,9	11,4
April	189,4	165,7	87,3	23,7	11,5	- 73,9	80,2	154,1	17,3	3,9	- 1,5	10,8	4,2
Mai	86,1	84,2	16,9	1,8	9,4	- 69,6	- 20,3	49,4	18,8	13,1	- 1,7	15,9	- 8,5
Juni	53,5	44,9	- 24,0	8,6	- 3,6	16,4	-131,1	-147,6	37,3	8,5	- 0,9	17,6	12,1
Juli	101,5	97,5	37,6	4,0	3,0	- 11,8	22,6	34,4	28,8	- 1,2	- 0,7	15,9	14,8
Aug.	17,2	24,1	27,3	- 6,9	- 0,1	- 7,8	19,9	27,7	7,0	- 4,3	- 1,3	- 0,2	12,8
Sept.	38,9	66,7	- 20,9	- 27,8	- 38,0	21,6	17,2	- 4,4	11,3	- 14,8	- 1,3	- 10,6	38,1
Okt.	17,3	24,8	6,9	- 7,6	- 7,1	42,5	- 55,9	- 98,4	- 44,9	- 1,9	2,6	- 65,7	20,0
Nov.	88,2	49,7	31,0	- 38,4	40,7	11,6	- 85,6	- 97,1	19,3	- 1,0	3,4	- 8,6	25,4
Dez.	- 12,7	- 24,9	46,3	12,2	18,8	20,9	-177,3	-198,2	40,0	24,7	3,7	12,2	- 0,6
2009 Jan.	102,0	30,6	4,4	71,4	56,0	- 120,7	- 34,5	86,1	61,3	31,4	2,1	6,6	21,2
Febr.	25,9	- 7,8	14,3	33,8	37,1	44,6	-106,3	-150,9	46,8	14,3	- 0,3	24,1	8,7
März	64,7	24,8	22,1	39,9	50,4	- 7,7	-138,3	-130,7	26,6	23,8	0,4	- 4,2	6,6
April	73,8	40,8	45,9	33,0	21,3	32,9	40,6	7,8	9,8	12,7	0,1	- 8,6	5,7
Mai	25,1	12,7	- 0,9	12,4	19,8	34,6	- 52,0	- 86,6	61,0	19,5	1,3	22,3	18,0

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte			insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
	insgesamt	zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2007 Okt.	5,7	8,9	2,5	- 3,2	- 1,9	12,0	4,1	- 7,9	4,2	- 2,8	1,1	5,9	0,0
Nov.	- 1,9	4,5	1,4	- 6,4	- 5,2	17,3	28,1	10,7	- 15,0	- 0,7	1,0	- 12,0	- 3,2
Dez.	5,8	11,7	- 0,9	- 5,9	- 4,4	21,0	- 0,9	- 21,9	- 2,1	5,1	1,0	- 10,0	1,8
2008 Jan.	35,9	36,4	16,0	- 0,5	3,2	- 41,6	- 12,1	29,6	2,3	1,1	- 0,1	1,0	0,4
Febr.	- 7,9	- 13,2	- 18,2	5,3	8,7	7,1	29,0	21,9	- 8,3	- 0,8	- 0,9	- 6,5	- 0,1
März	44,0	43,5	26,5	0,5	2,7	- 7,9	21,4	29,3	4,2	- 0,5	- 2,1	- 0,9	7,7
April	49,9	40,4	29,4	9,4	4,9	- 3,2	17,7	20,9	0,2	0,3	- 1,4	1,6	- 0,3
Mai	- 12,8	- 7,1	- 14,3	- 5,8	- 0,6	5,8	- 6,7	- 12,5	- 12,3	0,1	- 1,4	- 4,3	- 6,8
Juni	- 16,9	- 4,1	- 24,2	- 12,8	- 11,8	- 1,1	- 32,5	- 31,4	3,6	- 0,3	- 0,8	0,7	4,0
Juli	10,1	13,9	2,7	- 3,8	- 3,8	0,1	- 6,8	- 6,9	5,7	- 0,4	- 0,5	- 0,2	6,9
Aug.	25,7	30,3	25,8	- 4,6	- 4,2	- 10,2	- 5,1	5,1	- 1,5	- 1,0	- 1,1	- 1,7	2,3
Sept.	1,3	18,6	2,2	- 17,3	- 14,8	34,7	71,4	36,7	- 7,4	- 3,0	- 1,1	- 6,3	2,9
Okt.	- 9,9	- 12,8	- 10,7	3,0	1,2	23,2	- 2,8	- 26,0	- 14,2	- 3,1	3,0	- 16,8	2,8
Nov.	7,4	12,0	1,2	- 4,6	- 2,5	- 38,2	- 76,5	- 38,3	- 5,6	0,8	3,7	- 9,9	- 0,3
Dez.	13,7	15,4	30,8	- 1,7	- 0,8	- 6,5	- 31,1	- 24,7	27,3	29,8	3,8	- 18,0	11,7
2009 Jan.	36,2	29,7	7,1	6,5	6,9	- 58,9	- 53,5	5,4	1,0	3,7	0,0	- 0,6	- 2,2
Febr.	- 9,0	- 6,6	6,7	- 2,4	- 0,3	- 1,7	- 24,7	- 23,0	- 13,6	6,8	- 0,0	- 9,7	- 10,7
März	9,2	13,7	- 3,6	- 4,6	- 0,1	- 31,3	- 35,7	- 4,3	- 3,1	2,6	0,8	- 6,8	0,4
April	20,1	13,4	12,0	6,7	4,9	19,7	40,7	21,0	- 8,3	3,9	0,2	- 5,9	- 6,5
Mai	- 3,1	- 4,2	- 8,5	1,1	5,2	28,9	- 4,9	- 33,7	5,8	2,6	1,5	2,8	- 1,0

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 16,4	46,2	-	85,0	60,2	- 30,3	3,1	- 33,3	105,4	- 14,9	- 1,8	12,1	14,4	2007 Okt.	
15,4	17,3	-	96,2	61,9	41,1	5,1	36,0	27,3	- 6,5	8,3	11,7	14,3	Nov.	
- 48,9	- 73,8	-	112,0	159,9	70,3	19,9	50,4	68,5	21,0	- 18,8	- 36,5	7,4	Dez.	
15,4	44,0	-	29,9	- 30,4	- 62,2	- 16,5	- 45,8	31,0	0,9	24,2	43,8	- 7,8	2008 Jan.	
20,1	5,1	-	24,7	27,3	- 47,1	5,6	- 52,6	77,0	- 2,6	7,1	11,6	- 21,3	Febr.	
11,2	- 8,0	-	72,6	81,2	54,5	4,1	50,4	20,8	5,8	- 0,5	- 1,8	- 6,3	März	
- 2,4	5,5	-	95,1	80,0	- 15,1	8,5	- 23,6	95,9	- 0,8	14,9	9,3	- 9,0	April	
- 24,0	- 65,3	-	86,9	62,6	28,2	4,3	23,9	37,9	- 3,6	4,4	4,7	15,2	Mai	
37,3	- 27,1	-	22,3	48,4	47,8	6,3	41,5	3,9	- 3,4	- 3,0	- 23,2	0,1	Juni	
- 30,4	62,1	-	29,2	11,5	- 77,2	6,7	- 84,0	98,6	- 9,9	2,9	8,8	6,1	Juli	
5,9	- 18,3	-	14,8	- 1,8	- 53,0	- 2,7	- 50,3	53,7	- 2,5	9,8	14,6	- 7,7	Aug.	
4,5	- 11,3	-	56,0	70,5	83,2	1,1	82,1	- 2,6	- 10,1	2,4	- 27,6	10,8	Sept.	
65,1	- 62,3	-	102,0	105,2	56,6	41,7	14,9	53,1	- 4,6	5,0	- 1,3	- 6,9	Okt.	
69,9	- 33,9	-	44,4	49,5	25,5	4,8	20,7	19,6	4,4	- 12,6	10,1	- 2,5	Nov.	
- 66,5	- 36,6	-	71,4	104,5	75,5	19,3	56,2	- 15,2	44,2	- 6,3	- 19,2	- 7,7	Dez.	
62,5	- 55,2	-	87,2	- 71,7	18,2	- 12,0	30,3	- 135,0	45,1	- 4,9	34,8	- 45,4	2009 Jan.	
14,0	- 7,9	-	17,6	- 4,2	9,9	3,6	6,2	- 37,2	23,2	3,2	20,2	- 1,7	Febr.	
12,7	24,1	-	6,3	5,2	30,4	4,0	26,4	- 45,7	20,6	11,2	1,0	- 23,7	März	
- 13,2	22,0	-	88,0	75,5	83,7	9,3	74,5	- 30,0	21,8	- 1,7	2,5	11,7	April	
- 7,1	14,4	-	8,6	- 1,6	22,7	2,8	19,9	- 39,2	14,9	- 1,9	0,5	- 5,6	Mai	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte							
								Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)						
- 0,4	17,8	1,4	1,2	- 4,0	- 11,1	15,6	- 4,8	- 1,7	- 1,0	- 1,0	1,0	2007 Okt.		
5,7	- 22,6	1,1	1,5	47,3	30,9	10,7	- 4,1	5,1	- 0,0	4,6	Nov.			
- 6,5	10,5	0,9	4,7	24,9	- 15,4	51,1	6,4	- 13,1	- 0,4	3,7	Dez.			
- 0,1	- 21,3	0,7	4,1	13,4	2,6	- 5,1	- 4,8	15,4	- 0,0	5,2	2008 Jan.			
- 1,3	- 7,3	2,1	1,5	16,1	- 4,2	19,7	- 2,1	3,9	0,5	1,7	Febr.			
2,3	23,9	1,4	1,4	5,7	8,8	0,7	- 1,6	0,8	- 1,5	1,4	März			
- 3,3	29,7	0,4	2,8	20,1	- 13,3	25,2	- 2,7	9,0	- 1,5	3,4	April			
2,2	- 7,5	2,1	0,4	10,6	2,8	17,4	- 2,1	0,2	- 0,6	7,1	Mai			
- 0,3	- 27,2	0,9	2,2	5,8	8,4	- 4,3	- 2,1	7,9	- 0,1	3,9	Juni			
- 2,2	5,1	0,2	2,0	1,6	- 22,4	35,6	- 5,1	- 5,8	- 0,1	0,7	Juli			
0,1	2,1	2,4	- 1,0	14,9	1,4	14,1	- 3,2	5,0	- 0,3	2,1	Aug.			
0,7	24,9	2,1	0,5	17,9	16,3	- 0,8	- 3,3	7,8	- 0,4	1,7	Sept.			
- 1,4	- 8,6	7,5	10,6	37,5	28,2	13,9	- 1,4	- 1,2	- 3,9	1,8	Okt.			
0,2	- 59,5	1,3	1,3	34,2	9,2	9,9	- 1,1	2,8	- 0,8	14,1	Nov.			
- 0,0	- 17,3	1,1	5,6	- 2,7	1,5	- 2,2	8,1	- 9,9	- 0,8	0,6	Dez.			
0,6	- 31,0	17,5	- 18,2	6,7	57,9	- 47,7	3,8	6,3	- 0,3	13,2	2009 Jan.			
8,1	- 14,2	1,5	0,7	8,9	17,2	- 23,0	5,3	6,6	0,8	1,9	Febr.			
3,2	0,2	- 0,3	1,3	- 22,5	- 1,8	- 19,4	2,8	13,7	- 0,6	17,2	März			
14,4	7,2	1,3	1,6	26,5	32,1	- 20,8	3,1	4,9	- 0,1	7,3	April			
12,0	17,9	0,4	0,1	- 9,9	4,1	- 15,0	2,4	- 1,7	- 0,3	0,6	Mai			

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2007 April	20 858,9	13 393,3	11 096,7	9 497,2	709,1	890,4	2 296,6	820,1	1 476,5	5 146,0	2 319,6
Mai	21 154,0	13 529,8	11 196,2	9 573,3	735,4	887,6	2 333,6	814,5	1 519,0	5 244,5	2 379,8
Juni	21 359,0	13 618,2	11 303,8	9 684,6	768,0	851,1	2 314,4	814,6	1 499,8	5 239,6	2 501,2
Juli	21 417,0	13 699,9	11 406,3	9 784,0	784,4	837,8	2 293,6	816,0	1 477,6	5 287,6	2 429,5
Aug.	21 411,9	13 697,9	11 438,9	9 822,7	788,2	828,0	2 259,0	810,6	1 448,4	5 283,3	2 430,7
Sept.	21 633,8	13 807,9	11 561,9	9 923,8	811,3	826,9	2 246,0	810,3	1 435,7	5 251,7	2 574,2
Okt.	22 176,4	14 161,1	11 763,5	10 001,8	885,2	876,5	2 397,6	960,8	1 436,8	5 371,5	2 643,8
Nov.	22 376,3	14 250,3	11 852,4	10 082,5	899,1	870,8	2 397,9	961,6	1 436,3	5 395,6	2 730,4
Dez.	22 317,5	14 370,9	11 976,7	10 139,6	954,9	882,2	2 394,2	972,3	1 422,0	5 259,8	2 686,8
2008 Jan.	22 822,3	14 571,4	12 139,2	10 280,7	967,3	891,2	2 432,2	978,7	1 453,5	5 502,6	2 748,2
Febr.	22 957,8	14 620,1	12 195,4	10 336,8	988,1	870,5	2 424,8	969,0	1 455,8	5 537,2	2 800,4
März	22 989,5	14 745,7	12 315,7	10 437,3	1 009,6	868,9	2 430,0	975,6	1 454,4	5 368,8	2 875,0
April	23 174,8	14 928,9	12 478,9	10 511,5	1 042,9	924,4	2 449,9	988,0	1 462,0	5 460,2	2 785,7
Mai	23 368,1	15 008,2	12 561,2	10 576,9	1 067,3	917,0	2 447,0	980,3	1 466,6	5 446,2	2 913,7
Juni	23 306,9	15 039,5	12 590,0	10 640,3	1 091,0	858,7	2 449,5	992,4	1 457,0	5 287,8	2 979,6
Juli	23 302,9	15 140,5	12 682,7	10 697,4	1 108,3	877,1	2 457,8	993,5	1 464,3	5 329,7	2 832,8
Aug.	23 515,6	15 175,9	12 720,7	10 704,9	1 137,6	878,1	2 455,2	986,9	1 468,2	5 506,9	2 832,9
Sept.	23 777,8	15 214,3	12 784,2	10 800,8	1 109,2	874,3	2 430,1	997,3	1 432,8	5 608,1	2 955,4
Okt.	24 460,1	15 268,7	12 840,9	10 857,5	1 148,4	835,0	2 427,8	997,6	1 430,2	5 777,2	3 414,2
Nov.	24 587,9	15 346,3	12 872,1	10 866,9	1 181,6	823,6	2 474,2	995,2	1 479,0	5 662,1	3 579,5
Dez.	24 107,5	15 502,8	12 963,9	10 768,9	1 408,8	786,3	2 538,9	986,2	1 552,6	5 236,4	3 368,3
2009 Jan.	24 499,6	15 682,2	13 056,1	10 857,6	1 409,2	789,3	2 626,1	1 003,1	1 622,9	5 395,2	3 422,3
Febr.	24 440,2	15 701,9	13 041,5	10 834,2	1 430,2	777,1	2 660,4	999,7	1 660,7	5 309,8	3 428,5
März	24 155,7	15 740,4	13 040,0	10 813,5	1 452,9	773,6	2 700,4	988,8	1 711,6	5 036,6	3 378,7
April	24 240,4	15 817,5	13 084,1	10 809,1	1 476,0	798,9	2 733,5	1 000,3	1 733,1	5 098,4	3 324,5
Mai	23 914,5	15 814,2	13 075,5	10 805,9	1 473,2	796,4	2 738,7	992,6	1 746,0	4 959,2	3 141,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2007 April	5 064,5	3 530,4	2 830,8	2 353,3	130,1	347,4	699,6	410,1	289,5	1 333,0	201,1
Mai	5 076,7	3 516,3	2 814,6	2 352,1	131,6	330,9	701,7	407,3	294,5	1 346,5	213,9
Juni	5 070,7	3 488,8	2 801,2	2 364,9	133,7	302,6	687,6	402,2	285,3	1 368,3	213,5
Juli	5 084,0	3 494,2	2 806,6	2 365,9	139,8	300,9	687,6	407,6	280,0	1 377,5	212,4
Aug.	5 097,5	3 490,3	2 820,4	2 383,6	141,2	295,6	669,8	401,7	268,1	1 387,0	220,3
Sept.	5 152,6	3 497,4	2 837,2	2 394,9	145,2	297,1	660,2	395,5	264,7	1 423,6	231,6
Okt.	5 138,6	3 490,1	2 836,5	2 399,8	150,4	286,2	653,6	394,0	259,7	1 416,2	232,3
Nov.	5 155,4	3 486,8	2 839,6	2 401,8	151,5	286,3	647,1	392,7	254,4	1 434,8	233,8
Dez.	5 159,0	3 491,7	2 850,6	2 413,7	148,7	288,2	641,1	391,2	249,9	1 432,7	234,6
2008 Jan.	5 167,5	3 535,3	2 894,6	2 438,5	145,8	310,3	640,7	387,4	253,3	1 407,0	225,2
Febr.	5 186,3	3 525,7	2 879,9	2 442,3	144,4	293,3	645,8	383,9	261,9	1 427,6	233,0
März	5 222,7	3 565,8	2 919,8	2 456,6	163,7	299,5	646,0	381,6	264,4	1 422,9	234,1
April	5 300,6	3 614,0	2 958,7	2 466,4	161,4	330,8	655,4	386,3	269,0	1 441,3	245,3
Mai	5 283,0	3 600,6	2 951,1	2 473,1	162,5	315,5	649,5	381,1	268,4	1 436,0	246,5
Juni	5 230,1	3 581,4	2 944,7	2 491,9	162,8	290,0	636,6	380,1	256,6	1 399,5	249,2
Juli	5 239,5	3 592,2	2 959,4	2 503,6	162,1	293,7	632,9	380,0	252,9	1 394,5	252,8
Aug.	5 284,5	3 623,9	2 995,2	2 511,9	187,2	296,1	628,8	379,8	249,0	1 410,0	250,6
Sept.	5 383,1	3 627,7	3 016,0	2 530,7	188,4	296,9	611,7	377,3	234,4	1 501,9	253,5
Okt.	5 457,7	3 632,1	3 016,4	2 540,2	186,7	289,5	615,7	379,4	236,3	1 554,5	271,1
Nov.	5 385,6	3 637,4	3 026,4	2 549,0	191,6	285,8	611,1	377,3	233,8	1 463,2	285,0
Dez.	5 310,8	3 642,6	3 035,0	2 529,4	224,5	281,1	607,6	374,9	232,8	1 379,1	289,1
2009 Jan.	5 343,8	3 682,0	3 065,9	2 557,6	219,9	288,4	616,1	374,8	241,3	1 367,2	294,6
Febr.	5 315,0	3 672,2	3 058,5	2 544,1	235,8	278,6	613,8	372,8	241,0	1 348,2	294,6
März	5 282,0	3 674,0	3 065,2	2 555,9	235,1	274,3	608,8	368,1	240,7	1 278,5	329,5
April	5 330,0	3 694,6	3 079,0	2 557,4	234,9	286,8	615,6	369,8	245,8	1 319,6	315,8
Mai	5 259,6	3 685,0	3 068,8	2 556,8	234,1	277,8	616,2	365,5	250,8	1 288,0	286,6

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
594,8	8 032,3	7 555,3	7 645,8	2 967,9	1 340,1	147,8	1 695,9	1 385,8	108,4	2007 April	
597,7	8 128,2	7 616,3	7 704,5	2 983,3	1 364,5	152,4	1 712,5	1 383,6	108,3	Mai	
605,0	8 253,8	7 724,2	7 807,1	3 042,5	1 389,6	156,6	1 731,7	1 377,7	108,9	Juni	
613,0	8 258,1	7 752,9	7 845,3	3 012,0	1 445,9	162,6	1 746,4	1 368,7	109,8	Juli	
610,7	8 229,9	7 735,9	7 824,5	2 939,5	1 506,8	167,9	1 739,8	1 360,6	109,9	Aug.	
610,5	8 343,9	7 816,0	7 907,6	3 007,5	1 530,6	169,6	1 734,3	1 354,4	111,2	Sept.	
613,6	8 564,2	8 051,9	8 130,7	2 974,5	1 627,8	181,4	1 748,7	1 486,1	112,3	Okt.	
618,7	8 633,4	8 110,4	8 174,4	3 004,6	1 633,7	193,2	1 749,7	1 479,9	113,3	Nov.	
638,6	8 772,4	8 301,5	8 363,6	3 056,0	1 696,7	198,2	1 797,4	1 501,4	113,9	Dez.	
623,2	8 829,7	8 325,4	8 408,2	3 032,0	1 751,8	204,6	1 796,2	1 508,5	115,2	2008 Jan.	
628,8	8 859,4	8 341,1	8 413,9	2 981,2	1 821,7	205,0	1 785,5	1 506,2	114,4	Febr.	
632,9	8 941,1	8 418,7	8 491,2	3 032,0	1 842,8	203,2	1 788,7	1 512,2	112,3	März	
641,4	9 018,0	8 495,3	8 566,9	3 010,7	1 931,2	208,1	1 794,1	1 511,8	111,0	April	
645,8	9 066,5	8 561,9	8 628,1	3 034,6	1 959,3	208,6	1 807,4	1 508,6	109,6	Mai	
652,1	9 148,6	8 603,7	8 666,2	3 070,3	1 950,3	215,5	1 815,6	1 505,5	108,9	Juni	
658,8	9 127,2	8 605,9	8 679,6	2 993,9	2 040,9	225,1	1 814,8	1 496,6	108,3	Juli	
656,1	9 142,0	8 605,9	8 687,5	2 949,6	2 090,0	233,3	1 812,7	1 494,7	107,2	Aug.	
657,2	9 210,9	8 667,1	8 748,6	3 032,3	2 089,3	236,5	1 799,4	1 484,9	106,1	Sept.	
698,9	9 375,5	8 763,8	8 849,4	3 056,9	2 160,2	237,7	1 802,6	1 483,0	109,0	Okt.	
703,7	9 482,7	8 816,0	8 878,1	3 067,1	2 172,9	239,5	1 798,4	1 487,7	112,6	Nov.	
723,0	9 656,6	9 094,2	9 133,3	3 113,8	2 160,8	235,5	1 974,8	1 531,9	116,5	Dez.	
712,3	9 773,7	9 126,7	9 183,4	3 188,5	2 046,2	241,2	2 012,9	1 577,4	117,3	2009 Jan.	
716,0	9 792,6	9 138,3	9 186,1	3 189,3	2 002,6	248,8	2 027,6	1 600,5	117,2	Febr.	
720,0	9 820,5	9 165,2	9 204,7	3 207,5	1 959,5	249,4	2 049,7	1 620,8	117,8	März	
729,2	9 889,5	9 249,2	9 287,5	3 259,7	1 948,1	252,5	2 064,8	1 643,6	118,8	April	
732,0	9 888,6	9 259,7	9 293,4	3 280,0	1 903,2	251,0	2 082,5	1 656,5	120,2	Mai	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
161,1	2 470,3	2 398,3	2 336,5	737,5	276,8	27,7	719,5	470,3	104,6	2007 April	
161,1	2 485,8	2 408,2	2 340,0	744,1	277,2	28,7	719,4	466,2	104,4	Mai	
163,7	2 507,3	2 427,9	2 359,0	755,7	284,4	30,2	721,5	462,2	105,0	Juni	
166,0	2 508,5	2 434,9	2 365,2	756,8	291,7	31,7	722,9	456,5	105,6	Juli	
165,1	2 524,3	2 451,3	2 377,6	751,4	311,8	32,7	723,2	452,7	105,8	Aug.	
164,6	2 551,8	2 476,1	2 400,8	761,4	323,9	33,7	726,2	449,1	106,4	Sept.	
165,8	2 549,0	2 474,8	2 400,1	748,5	340,1	36,2	723,3	444,4	107,5	Okt.	
167,3	2 592,5	2 509,1	2 430,6	779,5	340,4	39,4	722,4	440,4	108,5	Nov.	
172,0	2 634,0	2 554,6	2 473,5	763,6	384,6	42,7	726,2	446,8	109,5	Dez.	
167,9	2 628,9	2 548,6	2 476,2	769,4	383,1	45,0	727,3	442,1	109,4	2008 Jan.	
169,4	2 638,9	2 559,5	2 487,6	764,9	402,2	45,8	726,2	440,0	108,5	Febr.	
170,8	2 645,3	2 564,1	2 492,0	773,5	402,6	45,5	725,5	438,4	106,5	März	
173,6	2 650,1	2 574,0	2 498,9	760,6	425,8	46,0	725,6	435,7	105,1	April	
174,0	2 671,0	2 591,1	2 508,4	763,8	435,1	46,3	725,8	433,7	103,7	Mai	
176,2	2 671,2	2 589,5	2 502,9	770,0	425,7	47,4	725,3	431,6	102,9	Juni	
178,2	2 676,3	2 596,5	2 512,2	750,5	458,7	49,2	724,8	426,5	102,5	Juli	
177,2	2 688,5	2 608,0	2 522,6	751,6	472,1	50,3	724,0	423,4	101,3	Aug.	
177,7	2 698,7	2 618,7	2 532,2	768,0	471,5	51,5	720,9	420,1	100,3	Sept.	
188,3	2 742,6	2 664,9	2 580,8	798,6	489,4	52,8	718,1	418,8	103,2	Okt.	
189,6	2 760,1	2 685,4	2 592,5	804,1	492,9	54,6	716,3	417,6	106,9	Nov.	
195,2	2 799,3	2 728,0	2 632,6	800,8	493,7	54,4	747,3	425,7	110,7	Dez.	
177,0	2 819,7	2 748,0	2 657,0	859,6	452,3	53,7	751,4	429,4	110,7	2009 Jan.	
177,7	2 834,1	2 754,4	2 660,1	872,0	432,0	52,8	758,1	434,7	110,6	Febr.	
179,0	2 821,3	2 740,2	2 650,6	870,1	418,5	52,7	760,7	437,3	111,3	März	
180,6	2 854,6	2 759,1	2 667,2	880,6	418,0	52,0	764,7	439,8	112,1	April	
180,7	2 860,9	2 753,2	2 661,0	884,4	401,8	51,8	767,2	442,2	113,6	Mai	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der

Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva													
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte													
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2007 April	174,0	212,6	111,3	73,4	2,5	22,5	2,5	0,4	281,6	276,6	681,7	2 693,5	2 047,5	
Mai	199,9	223,8	116,9	79,0	2,6	22,6	2,3	0,4	285,2	280,3	702,3	2 731,9	2 069,7	
Juni	221,0	225,8	116,1	81,1	3,5	22,5	2,2	0,5	282,2	277,9	698,9	2 753,9	2 075,4	
Juli	180,2	232,6	121,7	82,3	3,6	22,4	2,1	0,5	287,1	282,5	712,4	2 754,7	2 076,0	
Aug.	173,8	231,6	116,1	86,9	3,7	22,5	2,0	0,5	297,6	292,9	705,9	2 789,3	2 109,1	
Sept.	195,9	240,5	121,6	89,9	3,7	22,9	1,9	0,5	295,3	290,4	682,2	2 793,8	2 134,0	
Okt.	184,3	249,3	127,1	86,5	3,7	23,0	1,8	7,1	293,5	288,5	684,0	2 848,7	2 193,9	
Nov.	199,7	259,4	129,8	93,8	4,0	23,0	1,8	6,9	301,8	297,0	696,7	2 841,9	2 197,0	
Dez.	150,8	258,0	125,2	95,7	4,5	24,2	1,8	6,7	282,9	278,7	660,4	2 849,6	2 212,5	
2008 Jan.	168,8	252,6	123,1	91,0	3,9	24,3	1,8	8,7	307,3	303,5	737,2	2 837,6	2 199,7	
Febr.	189,0	256,5	122,1	95,6	4,1	24,7	1,7	8,3	314,3	309,9	749,6	2 803,5	2 178,6	
März	199,9	250,0	118,5	92,1	5,1	24,4	1,7	8,1	314,0	309,9	742,5	2 809,5	2 200,6	
April	197,5	253,6	119,0	95,2	5,2	24,6	1,7	7,9	328,9	322,8	751,3	2 812,6	2 197,3	
Mai	173,9	264,6	120,9	104,5	5,4	24,6	1,6	7,6	333,3	327,3	755,8	2 844,8	2 227,0	
Juni	211,2	271,2	124,0	107,9	5,9	24,5	1,6	7,4	330,3	324,5	733,0	2 856,5	2 241,9	
Juli	180,8	266,8	118,8	108,8	5,9	24,5	1,6	7,2	333,1	329,0	743,2	2 878,1	2 260,7	
Aug.	186,7	267,8	117,5	111,2	6,0	24,5	1,6	7,1	343,1	338,3	757,9	2 888,7	2 261,2	
Sept.	191,2	271,1	121,1	111,0	5,9	24,7	1,5	6,8	345,6	341,0	731,1	2 906,9	2 267,9	
Okt.	256,3	269,8	122,9	108,2	5,9	24,8	1,5	6,6	351,0	347,4	729,8	2 890,9	2 209,9	
Nov.	326,1	278,4	129,3	110,9	5,8	24,6	1,5	6,4	336,6	333,4	739,7	2 871,2	2 207,9	
Dez.	259,6	263,7	124,2	102,1	5,0	24,7	1,6	6,1	330,1	327,4	726,3	2 828,2	2 224,0	
2009 Jan.	325,1	265,2	125,7	99,7	5,0	24,6	1,9	8,2	325,5	322,9	759,9	2 824,3	2 194,4	
Febr.	339,1	267,5	130,1	97,3	5,3	24,6	2,1	8,0	328,7	326,0	779,9	2 848,9	2 215,5	
März	351,7	264,1	134,8	89,4	4,6	24,9	2,4	7,9	339,8	336,8	780,9	2 794,4	2 193,1	
April	338,1	263,8	139,8	83,9	4,9	24,9	2,6	7,7	338,2	335,4	782,1	2 802,2	2 188,2	
Mai	331,1	264,1	138,0	85,9	4,9	25,0	2,8	7,5	336,2	333,4	771,8	2 794,7	2 203,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2007 April	43,6	90,1	22,1	45,3	1,8	18,9	1,5	0,4	29,4	29,4	28,5	898,9	663,0	
Mai	48,9	97,0	23,9	50,3	1,9	19,0	1,4	0,4	28,0	28,0	28,8	907,9	667,6	
Juni	49,7	98,5	22,1	52,9	2,8	18,9	1,3	0,5	32,7	32,7	30,3	902,7	658,2	
Juli	43,0	100,4	23,6	53,3	2,9	18,9	1,2	0,5	25,7	25,7	29,9	906,0	665,5	
Aug.	42,6	104,1	21,6	59,0	2,9	18,9	1,2	0,5	28,4	28,4	26,0	900,4	662,5	
Sept.	41,3	109,7	24,1	61,8	2,9	19,3	1,1	0,5	36,3	36,3	22,4	889,3	655,7	
Okt.	40,9	108,1	25,7	58,7	2,9	19,3	1,1	0,4	34,6	34,6	21,4	891,6	658,3	
Nov.	46,7	115,2	25,4	65,9	3,1	19,3	1,0	0,4	39,7	39,7	21,4	881,2	655,5	
Dez.	40,1	120,3	26,1	69,1	3,5	20,3	1,0	0,4	26,6	26,6	21,1	866,9	646,7	
2008 Jan.	40,0	112,7	23,4	64,5	3,0	20,4	0,9	0,4	42,1	42,1	21,0	873,7	652,8	
Febr.	38,7	112,6	23,5	63,9	3,2	20,6	0,9	0,4	45,9	45,9	21,5	862,3	642,2	
März	40,8	112,4	23,1	63,2	4,2	20,7	0,9	0,4	46,7	46,7	20,0	854,3	648,3	
April	37,5	113,7	22,8	64,5	4,2	20,9	0,9	0,4	55,7	55,7	18,4	859,7	644,1	
Mai	39,7	122,9	24,3	72,2	4,3	20,8	0,9	0,4	56,0	56,0	17,8	848,4	630,4	
Juni	39,4	128,8	26,3	75,5	4,8	21,0	0,9	0,4	63,9	63,9	17,7	842,9	626,2	
Juli	37,3	126,9	23,4	76,7	4,5	21,1	0,8	0,3	58,1	58,1	17,7	842,4	619,3	
Aug.	37,3	128,6	24,6	77,1	4,6	21,1	0,8	0,3	63,1	63,1	17,3	846,5	619,4	
Sept.	38,0	128,4	25,0	76,4	4,6	21,3	0,8	0,3	70,9	70,9	16,9	845,5	607,4	
Okt.	36,6	125,1	25,0	73,2	4,5	21,3	0,8	0,3	69,8	69,8	13,0	853,5	600,2	
Nov.	36,7	130,8	28,7	75,7	4,4	21,0	0,8	0,3	71,0	71,0	12,3	854,6	607,1	
Dez.	36,7	129,9	32,0	72,0	3,6	21,2	0,8	0,3	61,1	61,1	11,5	819,1	596,4	
2009 Jan.	37,3	125,4	32,2	67,2	3,6	21,1	1,0	0,4	67,4	67,4	11,1	822,0	575,4	
Febr.	45,4	128,6	37,1	65,0	3,9	21,1	1,0	0,4	74,0	74,0	12,0	814,7	563,9	
März	48,6	122,2	36,3	59,5	3,4	21,4	1,1	0,5	87,7	87,7	11,4	779,4	542,7	
April	62,7	124,6	41,4	56,8	3,5	21,3	1,2	0,5	92,6	92,6	11,2	782,5	531,5	
Mai	74,7	125,1	41,0	57,6	3,5	21,3	1,2	0,5	90,9	90,9	10,9	772,2	533,9	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengengruppen zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, 5, 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)										Nachrichtlich				Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)							
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
171,6	67,0	2 454,9	4 447,2	1 354,0	- 7,7	2 781,2	-	3 758,4	6 868,4	8 070,1	5 636,1	242,4	2007 April		
177,2	74,1	2 480,7	4 556,9	1 331,2	- 13,3	2 807,1	-	3 780,3	6 922,0	8 160,4	5 655,7	239,9	2007 Mai		
164,3	74,7	2 514,9	4 498,1	1 357,9	- 12,2	2 921,2	-	3 849,4	7 016,7	8 236,1	5 736,4	242,4	2007 Juni		
151,2	84,9	2 518,6	4 538,4	1 382,8	- 4,2	2 874,6	-	3 836,1	7 057,3	8 292,1	5 780,4	245,4	2007 Juli		
170,7	86,3	2 532,3	4 582,8	1 382,4	- 31,0	2 844,0	-	3 754,3	7 038,4	8 298,2	5 787,3	244,2	2007 Aug.		
190,1	88,9	2 514,8	4 572,0	1 399,2	- 37,7	2 974,4	-	3 827,5	7 133,3	8 389,2	5 782,9	243,7	2007 Sept.		
208,4	86,4	2 554,0	4 681,6	1 464,2	- 28,7	3 055,0	-	3 795,9	7 223,1	8 494,5	5 909,3	120,6	2007 Okt.		
217,5	90,9	2 533,5	4 692,3	1 462,3	- 19,6	3 148,5	-	3 835,9	7 281,8	8 587,7	5 888,9	122,3	2007 Nov.		
219,6	96,4	2 533,6	4 599,4	1 492,7	- 56,5	3 077,7	-	3 908,6	7 445,9	8 704,1	5 968,5	127,8	2007 Dez.		
198,3	97,9	2 541,3	4 866,4	1 520,1	- 45,4	3 145,8	-	3 858,5	7 458,7	8 798,6	6 005,8	118,9	2008 Jan.		
175,7	99,0	2 528,9	4 925,7	1 519,6	- 38,3	3 194,9	-	3 807,9	7 480,5	8 818,3	5 981,3	114,2	2008 Febr.		
168,1	111,8	2 529,7	4 834,8	1 506,7	- 27,0	3 234,8	-	3 859,3	7 554,4	8 889,9	5 969,9	113,8	2008 März		
158,1	112,9	2 541,7	5 009,6	1 500,1	- 40,5	3 153,1	-	3 844,9	7 635,8	8 986,0	5 979,3	111,5	2008 April		
161,9	125,5	2 557,4	5 062,3	1 488,0	- 49,7	3 220,9	-	3 874,9	7 700,2	9 075,7	5 994,6	110,9	2008 Mai		
154,1	130,3	2 572,1	4 889,7	1 494,4	- 66,3	3 268,4	-	3 921,5	7 745,1	9 091,4	6 022,8	112,0	2008 Juni		
151,3	137,7	2 589,2	4 931,7	1 517,5	- 62,7	3 175,6	-	3 846,0	7 761,5	9 125,5	6 061,4	111,0	2008 Juli		
142,7	137,4	2 608,6	5 118,8	1 528,7	- 54,3	3 134,2	-	3 797,0	7 769,9	9 149,6	6 088,8	109,9	2008 Aug.		
149,1	140,3	2 617,5	5 178,6	1 563,9	- 68,7	3 252,1	-	3 883,4	7 848,7	9 213,5	6 118,3	108,8	2008 Sept.		
142,6	136,4	2 611,8	5 291,2	1 570,3	- 74,9	3 627,1	-	3 951,1	7 981,4	9 340,3	6 125,1	106,3	2008 Okt.		
139,1	137,9	2 594,2	5 166,4	1 609,1	- 77,9	3 755,9	-	3 976,2	8 027,8	9 380,6	6 145,3	109,5	2008 Nov.		
140,3	129,2	2 558,7	4 779,3	1 613,6	- 117,1	3 567,2	-	4 043,3	8 113,0	9 438,2	6 294,4	115,1	2008 Dez.		
95,8	123,7	2 604,8	5 009,5	1 658,9	- 140,9	3 576,2	-	4 099,9	8 104,5	9 408,9	6 426,7	106,6	2009 Jan.		
91,0	126,8	2 631,1	4 870,6	1 670,3	- 117,3	3 550,1	-	4 109,8	8 099,4	9 425,3	6 478,9	107,3	2009 Febr.		
67,9	127,7	2 598,8	4 648,1	1 662,8	- 95,0	3 484,1	-	4 135,6	8 094,5	9 410,1	6 461,8	106,0	2009 März		
68,6	139,0	2 594,7	4 676,9	1 665,2	- 110,8	3 467,6	-	4 203,5	8 169,9	9 497,0	6 476,1	105,5	2009 April		
60,4	143,3	2 591,1	4 478,4	1 680,8	- 81,6	3 313,2	-	4 222,6	8 159,5	9 470,5	6 507,0	105,1	2009 Mai		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
19,6	49,6	829,7	780,5	352,6	- 131,8	636,2	87,5	759,7	1 583,2	1 710,3	2 025,7	-	2007 April		
17,2	52,9	837,7	796,4	342,6	- 149,7	636,9	90,4	768,0	1 593,7	1 720,6	2 023,6	-	2007 Mai		
14,7	54,7	833,4	761,0	352,3	- 162,7	647,1	91,6	777,8	1 611,6	1 744,0	2 031,6	-	2007 Juni		
14,4	60,4	831,2	753,5	361,7	- 148,8	647,6	92,1	780,4	1 617,7	1 748,0	2 040,8	-	2007 Juli		
15,5	59,9	824,9	772,0	360,3	- 170,4	656,6	94,4	773,0	1 633,3	1 763,2	2 033,5	-	2007 Aug.		
16,8	57,0	815,5	785,8	362,4	- 172,4	676,9	96,1	785,5	1 658,1	1 790,7	2 030,3	-	2007 Sept.		
22,8	48,0	820,7	772,9	366,1	- 167,7	670,8	97,5	774,2	1 657,5	1 784,4	2 037,4	-	2007 Okt.		
27,4	48,4	805,5	777,4	363,0	- 200,2	680,4	98,6	804,9	1 695,2	1 832,1	2 019,1	-	2007 Nov.		
27,0	45,1	794,8	754,6	368,0	- 194,9	682,8	99,5	789,7	1 737,4	1 857,2	2 019,3	-	2007 Dez.		
30,2	46,9	796,6	779,2	374,4	- 220,0	668,2	100,2	792,9	1 731,4	1 871,6	2 028,4	-	2008 Jan.		
27,2	48,2	787,0	794,7	377,0	- 228,9	674,8	102,4	788,4	1 744,4	1 887,1	2 019,8	-	2008 Febr.		
25,0	48,8	780,6	813,3	379,8	- 212,8	676,2	103,7	796,6	1 751,3	1 891,8	2 013,5	-	2008 März		
24,7	52,5	782,5	837,1	375,4	- 187,9	692,0	104,1	783,4	1 760,6	1 911,9	2 009,9	-	2008 April		
19,6	51,6	777,3	824,7	369,6	- 197,6	693,0	106,3	788,1	1 780,6	1 925,6	1 997,6	-	2008 Mai		
13,3	53,9	775,8	789,2	375,0	- 228,6	698,8	107,2	796,3	1 782,2	1 931,0	2 000,4	-	2008 Juni		
12,2	54,3	775,9	783,7	381,7	- 223,0	702,7	107,4	773,9	1 790,4	1 932,6	2 006,2	-	2008 Juli		
13,7	50,9	782,0	803,1	382,3	- 241,0	724,7	109,8	776,2	1 804,4	1 949,4	2 011,0	-	2008 Aug.		
13,5	49,5	782,5	850,4	391,3	- 238,3	747,6	111,8	793,1	1 817,9	1 968,8	2 016,5	-	2008 Sept.		
19,2	45,6	788,7	862,4	388,3	- 248,6	776,8	119,3	823,6	1 863,0	2 010,7	2 019,9	-	2008 Okt.		
33,2	45,7	775,7	815,4	395,6	- 309,6	786,2	120,6	832,8	1 878,8	2 040,9	2 015,9	-	2008 Nov.		
41,9	37,5	739,8	762,8	406,3	- 334,6	785,4	121,8	832,8	1 883,0	2 034,9	2 025,6	-	2008 Dez.		
32,7	33,5	755,8	791,6	414,8	- 353,2	770,3	139,2	891,8	1 898,9	2 043,7	2 054,1	-	2009 Jan.		
34,5	33,5	746,8	770,8	407,4	- 376,1	778,2	140,7	909,1	1 898,4	2 052,3	2 044,4	-	2009 Febr.		
19,3	31,4	728,8	751,2	400,0	- 382,6	813,6	140,4	906,4	1 878,9	2 028,6	2 022,7	-	2009 März		
24,5	33,4	724,5	774,4	390,7	- 373,8	797,8	141,8	922,0	1 893,1	2 054,9	2 013,9	-	2009 April		
25,8	32,4	714,0	691,5	391,8	- 325,5	767,0	142,2	925,5	1 883,5	2 043,5	2 008,5	-	2009 Mai		

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. auch Anm. 3 zum Banknotenlauf in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis

zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
Eurosystem 2)												
2007 Jan.	325,8	322,3	120,0	0,1	-	0,2	1,0	619,5	45,0	- 72,7	175,3	794,9
Febr.	322,1	300,5	124,6	0,1	0,1	0,1	1,5	604,6	47,9	- 83,1	176,5	781,2
März	321,6	288,7	134,6	0,0	-	0,5	0,8	606,2	47,1	- 90,0	180,6	787,2
April	323,6	281,7	145,7	0,5	-	0,3	0,9	614,8	48,2	- 95,2	182,6	797,7
Mai	326,1	281,6	150,0	0,3	-	0,5	0,1	620,0	51,3	- 97,2	183,2	803,8
Juni	326,4	284,9	150,0	0,3	-	0,2	0,2	625,2	49,1	- 99,4	186,2	811,7
Juli	323,0	295,4	150,0	0,2	0,1	0,3	-	631,3	53,9	- 106,4	189,6	821,2
Aug.	316,7	301,7	150,0	0,1	-	0,4	-	639,7	52,3	- 115,8	192,0	832,1
Sept.	317,3	268,7	171,7	0,2	10,7	0,4	1,7	639,2	52,3	- 117,8	192,7	832,4
Okt.	321,9	194,3	262,3	0,3	-	1,6	0,9	637,3	63,7	- 118,0	193,4	832,3
Nov.	327,6	180,2	265,0	0,1	-	0,6	5,1	640,1	55,9	- 123,3	194,4	835,1
Dez.	327,5	173,0	278,6	0,3	-	0,4	2,2	644,6	61,9	- 126,6	196,8	841,9
2008 Jan.	343,8	255,7	268,8	0,3	-	1,1	68,4	668,2	46,4	- 116,4	200,9	870,2
Febr.	353,6	173,8	268,5	0,2	-	0,4	0,6	651,7	51,7	- 110,7	202,4	854,5
März	343,3	181,3	268,5	0,1	0,3	0,3	-	653,2	59,7	- 125,0	205,3	858,7
April	349,4	181,5	278,6	0,1	2,6	0,6	0,4	662,1	66,4	- 124,8	207,5	870,3
Mai	364,5	174,4	295,0	0,1	-	0,3	0,8	667,6	68,8	- 112,2	208,6	876,6
Juni	375,0	172,8	287,9	0,3	-	0,2	0,5	671,4	67,3	- 111,5	208,1	879,7
Juli	376,4	185,4	275,4	0,1	-	0,4	0,5	677,2	64,9	- 118,3	212,7	890,3
Aug.	374,5	166,3	299,3	0,1	-	0,3	0,6	686,1	61,3	- 123,0	214,8	901,2
Sept.	376,6	163,5	300,0	0,1	-	0,6	0,7	685,0	61,1	- 121,2	214,0	899,5
Okt.	417,3	174,1	334,3	7,5	5,9	19,9	45,5	684,3	55,2	- 82,6	216,8	921,0
Nov.	549,0	301,6	452,5	12,7	4,2	213,7	2,3	722,1	85,0	78,2	218,6	1 154,4
Dez.	580,5	337,3	457,2	2,7	-	200,9	4,9	731,1	107,8	114,3	218,7	1 150,7
2009 Jan.	581,3	219,2	613,6	2,9	-	238,5	3,3	753,1	99,9	100,6	221,5	1 213,1
Febr.	547,4	224,9	551,4	2,1	-	175,4	6,1	740,2	102,7	79,3	222,1	1 137,7
März	512,7	224,3	472,4	1,6	-	95,5	4,0	741,5	110,1	41,4	218,6	1 055,5
April	508,0	230,5	443,1	1,1	-	57,8	3,7	747,3	139,0	13,3	221,6	1 026,6
Mai	512,4	239,7	426,9	0,7	-	42,7	3,1	757,5	141,9	13,7	220,8	1 021,0
Juni	487,9	238,8	400,6	0,7	-	22,3	2,1	759,8	141,7	- 15,8	217,9	1 000,0
Deutsche Bundesbank												
2007 Jan.	82,5	165,0	81,0	0,0	-	0,0	-	167,8	0,1	119,4	41,4	209,2
Febr.	82,2	153,7	86,6	0,0	0,0	0,0	-	164,8	0,1	115,7	41,9	206,7
März	82,0	135,0	95,7	0,0	-	0,2	-	165,3	0,1	104,5	42,8	208,2
April	82,7	128,2	103,9	0,1	-	0,1	0,2	167,1	0,1	104,2	43,2	210,4
Mai	83,4	130,6	107,1	0,2	-	0,1	0,0	168,3	0,1	109,2	43,5	212,0
Juni	83,6	124,0	108,7	0,1	-	0,0	0,0	170,6	0,1	101,4	44,1	214,8
Juli	82,7	125,1	108,8	0,1	0,0	0,1	-	171,8	0,1	99,7	45,0	216,8
Aug.	81,1	135,4	104,9	0,1	-	0,0	-	173,9	0,1	102,6	44,9	218,8
Sept.	81,1	125,0	114,2	0,2	4,1	0,3	0,6	174,1	0,1	104,4	45,2	219,6
Okt.	82,4	93,2	142,9	0,2	-	0,9	0,2	173,5	0,1	98,8	45,2	219,6
Nov.	84,6	78,3	139,0	0,0	-	0,4	1,5	174,1	0,0	80,0	45,9	220,5
Dez.	84,6	73,2	133,6	0,3	-	0,3	0,7	175,2	0,1	68,7	46,7	222,1
2008 Jan.	91,5	102,1	134,6	0,1	-	0,6	26,4	180,6	0,1	73,7	46,9	228,1
Febr.	96,0	60,8	130,6	0,0	-	0,2	0,1	176,2	0,0	63,3	47,7	224,1
März	90,8	59,8	122,5	0,0	0,1	0,2	-	177,5	0,1	46,9	48,6	226,3
April	92,9	76,7	109,9	0,0	1,5	0,5	-	179,7	0,0	52,4	48,6	228,7
Mai	99,6	75,7	112,7	0,0	-	0,2	0,2	181,0	0,0	57,9	48,6	229,8
Juni	104,4	73,5	112,8	0,1	-	0,1	0,1	182,7	0,1	58,9	49,1	231,8
Juli	102,8	79,4	107,2	0,0	-	0,1	0,1	183,6	0,1	55,9	49,5	233,2
Aug.	99,6	70,8	111,9	0,0	-	0,1	0,0	185,5	0,0	46,5	50,1	235,7
Sept.	100,6	76,7	105,2	0,1	-	0,2	0,1	185,7	0,1	46,2	50,2	236,2
Okt.	114,4	74,8	118,6	0,9	3,6	10,1	8,6	186,2	0,2	55,9	51,2	247,5
Nov.	138,6	103,6	163,2	2,7	2,0	88,8	1,1	198,9	0,3	68,7	52,3	339,9
Dez.	146,9	105,1	158,5	2,0	-	84,2	1,1	197,9	0,2	77,2	52,0	334,0
2009 Jan.	141,2	72,4	198,1	2,4	-	91,5	1,2	195,8	4,1	68,5	52,8	340,2
Febr.	132,9	79,4	178,5	1,3	-	77,9	2,2	185,0	2,5	71,4	53,2	316,1
März	135,3	72,9	147,8	1,2	-	51,9	1,7	185,3	9,6	55,7	52,9	290,1
April	142,9	74,7	122,8	0,7	-	38,9	1,6	186,3	14,6	46,2	53,4	278,7
Mai	150,7	87,5	111,9	0,1	-	24,1	1,3	189,1	26,2	56,3	53,3	266,5
Juni	145,7	95,0	103,4	0,7	-	15,4	0,6	189,3	32,3	54,3	52,8	257,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete aufgrund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindest- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte								
Eurosystem 2)												
- 1,2	+ 9,2	± 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 20,9	- 9,9	- 6,3	+ 2,1	+ 23,1	2007 Jan.
- 3,7	- 21,8	+ 4,6	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 14,9	+ 2,9	- 10,4	+ 1,2	- 13,7	Febr.
- 0,5	- 11,8	+ 10,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6	- 0,8	- 6,9	+ 4,1	+ 6,0	März
+ 2,0	- 7,0	+ 11,1	+ 0,5	-	- 0,2	+ 0,1	+ 8,6	+ 1,1	- 5,2	+ 2,0	+ 10,5	April
+ 2,5	- 0,1	+ 4,3	- 0,2	-	+ 0,2	- 0,8	+ 5,2	+ 3,1	- 2,0	+ 0,6	+ 6,1	Mai
+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,3	+ 0,1	+ 5,2	- 2,2	- 2,2	+ 3,0	+ 7,9	Juni
- 3,4	+ 10,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 6,1	+ 4,8	- 7,0	+ 3,4	+ 9,5	Juli
- 6,3	+ 6,3	± 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	-	+ 8,4	- 1,6	- 9,4	+ 2,4	+ 10,9	Aug.
+ 0,6	- 33,0	+ 21,7	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	+ 1,7	- 0,5	- 0,0	- 2,0	+ 0,7	+ 0,3	Sept.
+ 4,6	- 74,4	+ 90,6	+ 0,1	- 10,7	+ 1,2	- 0,8	- 1,9	+ 11,4	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	Okt.
+ 5,7	- 14,1	+ 2,7	- 0,2	-	- 1,0	+ 4,2	+ 2,8	- 7,8	- 5,3	+ 1,0	+ 2,8	Nov.
- 0,1	- 7,2	+ 13,6	+ 0,2	-	- 0,2	- 2,9	+ 4,5	+ 6,0	- 3,3	+ 2,4	+ 6,8	Dez.
+ 16,3	+ 82,7	- 9,8	- 0,0	-	+ 0,7	+ 66,2	+ 23,6	- 15,5	+ 10,2	+ 4,1	+ 28,3	2008 Jan.
+ 9,8	- 81,9	- 0,3	- 0,1	-	- 0,7	- 67,8	- 16,5	+ 5,3	+ 5,7	+ 1,5	- 15,7	Febr.
- 10,3	+ 7,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 1,5	+ 8,0	- 14,3	+ 2,9	+ 4,2	März
+ 6,1	+ 0,2	+ 10,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 8,9	+ 6,7	+ 0,2	+ 2,2	+ 11,6	April
+ 15,1	- 7,1	+ 16,4	- 0,0	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 5,5	+ 2,4	+ 12,6	+ 1,1	+ 6,3	Mai
+ 10,5	- 1,6	- 7,1	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3	+ 3,8	- 1,5	+ 0,7	- 0,5	+ 3,1	Juni
+ 1,4	+ 12,6	- 12,5	- 0,2	-	+ 0,2	+ 0,0	+ 5,8	- 2,4	- 6,8	+ 4,6	+ 10,6	Juli
- 1,9	- 19,1	+ 23,9	- 0,0	-	- 0,1	+ 0,1	+ 8,9	- 3,6	- 4,7	+ 2,1	+ 10,9	Aug.
+ 2,1	- 2,8	+ 0,7	+ 0,0	-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 1,8	- 0,8	- 1,7	Sept.
+ 40,7	+ 10,6	+ 34,3	+ 7,4	+ 5,9	+ 19,3	+ 44,8	- 0,7	- 5,9	+ 38,6	+ 2,8	+ 21,5	Okt.
+ 131,7	+ 127,5	+ 118,2	+ 5,2	- 1,7	+ 193,8	+ 43,2	+ 37,8	+ 29,8	+ 160,8	+ 1,8	+ 233,4	Nov.
+ 31,5	+ 35,7	+ 4,7	- 10,0	- 4,2	- 12,8	+ 2,6	+ 9,0	+ 22,8	+ 36,1	+ 0,1	- 3,7	Dez.
+ 0,8	- 118,1	+ 156,4	+ 0,2	-	+ 37,6	- 1,6	+ 22,0	- 7,9	- 13,7	+ 2,8	+ 62,4	2009 Jan.
- 33,9	+ 5,7	- 62,2	- 0,8	-	- 63,1	+ 2,8	- 12,9	+ 2,8	- 21,3	+ 0,6	- 75,4	Febr.
- 34,7	- 0,6	- 79,0	- 0,5	-	- 79,9	- 2,1	+ 1,3	+ 7,4	- 37,9	- 3,5	- 82,2	März
+ 4,7	+ 6,2	- 29,3	- 0,5	-	- 37,7	- 0,3	+ 5,8	+ 28,9	- 28,1	+ 3,0	- 28,9	April
+ 4,4	+ 9,2	- 16,2	- 0,4	-	- 15,1	- 0,6	+ 10,2	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 5,6	Mai
- 24,5	- 0,9	- 26,3	- 0,0	-	- 20,4	- 1,0	+ 2,3	- 0,2	- 29,5	- 2,9	- 21,0	Juni
Deutsche Bundesbank												
- 0,2	+ 9,8	+ 2,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	+ 5,3	+ 0,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 5,3	2007 Jan.
- 0,4	- 11,4	+ 5,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,0	- 3,7	+ 0,5	- 2,4	Febr.
- 0,1	- 18,7	+ 9,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,0	- 11,2	+ 0,9	+ 1,5	März
+ 0,7	- 6,8	+ 8,2	+ 0,0	-	- 0,0	+ 0,2	+ 1,8	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2	April
+ 0,7	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,1	-	- 0,0	- 0,2	+ 1,2	- 0,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,6	Mai
+ 0,1	- 6,6	+ 1,6	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,3	+ 0,0	- 7,8	+ 0,6	+ 2,8	Juni
- 0,8	+ 1,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,1	± 0,0	- 1,7	+ 0,9	+ 2,0	Juli
- 1,6	+ 10,3	- 3,9	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	+ 2,1	- 0,0	+ 2,9	- 0,1	+ 2,0	Aug.
+ 0,1	- 10,4	+ 9,3	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,7	Sept.
+ 1,3	- 31,9	+ 28,7	+ 0,1	- 4,1	+ 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,0	- 5,6	- 0,0	+ 0,1	Okt.
+ 2,2	- 14,9	- 3,8	- 0,2	-	- 0,5	+ 1,2	+ 0,6	- 0,0	- 18,8	+ 0,7	+ 0,9	Nov.
- 0,0	- 5,2	- 5,5	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,8	+ 1,0	+ 0,0	- 11,3	+ 0,8	+ 1,6	Dez.
+ 6,9	+ 28,9	+ 1,0	- 0,1	-	+ 0,4	+ 25,6	+ 5,4	+ 0,0	+ 5,1	+ 0,2	+ 6,0	2008 Jan.
+ 4,5	- 41,3	- 4,0	- 0,1	-	- 0,4	- 26,3	- 4,4	- 0,0	- 10,5	+ 0,8	- 4,0	Febr.
- 5,2	- 1,0	- 8,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,0	- 16,3	+ 0,9	+ 2,2	März
+ 2,1	+ 16,9	- 12,5	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 2,2	- 0,0	+ 5,4	- 0,0	+ 2,4	April
+ 6,7	- 1,1	+ 2,7	- 0,0	- 1,5	- 0,3	+ 0,2	+ 1,3	- 0,0	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,1	Mai
+ 4,8	- 2,1	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,0	Juni
- 1,7	+ 5,9	- 5,6	- 0,1	-	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	- 2,9	+ 0,4	+ 1,4	Juli
- 3,2	- 8,6	+ 4,7	- 0,0	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,0	- 0,1	- 9,4	+ 0,6	+ 2,5	Aug.
+ 1,0	+ 5,9	- 6,7	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	Sept.
+ 13,8	- 1,9	+ 13,5	+ 0,8	+ 3,6	+ 10,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 9,7	+ 0,9	+ 11,4	Okt.
+ 24,2	+ 28,8	+ 44,6	+ 1,9	- 1,6	+ 78,6	- 7,5	+ 12,7	+ 0,1	+ 12,8	+ 1,1	+ 92,4	Nov.
+ 8,3	+ 1,5	- 4,6	- 0,8	- 2,0	- 4,6	+ 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 8,5	- 0,3	- 5,9	Dez.
- 5,7	- 32,7	+ 39,5	+ 0,4	-	+ 7,3	+ 0,1	- 2,1	+ 4,0	- 8,7	+ 0,9	+ 6,1	2009 Jan.
- 8,3	+ 7,0	- 19,5	- 1,0	-	- 13,6	+ 0,9	- 10,8	- 1,7	+ 2,9	+ 0,3	- 24,0	Febr.
+ 2,3	- 6,4	- 30,7	- 0,2	-	- 26,1	- 0,4	+ 0,3	+ 7,2	- 15,7	- 0,2	- 26,0	März
+ 7,6	+ 1,8	- 25,1	- 0,5	-	- 12,9	- 0,1	+ 1,0	+ 5,0	- 9,5	+ 0,5	- 11,4	April
+ 7,8	+ 12,8	- 10,9	- 0,6	-	- 14,8	- 0,3	+ 2,7	+ 11,6	+ 10,1	- 0,2	- 12,2	Mai
- 5,0	+ 7,5	- 8,5	+ 0,5	-	- 8,7	- 0,6	+ 0,2	+ 6,2	- 2,0	- 0,5	- 9,1	Juni

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeordneten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2008 Okt. 31.	2 031,4	220,2	155,2	9,8	145,4	205,8	11,2	11,2	–
Nov. 7.	1 940,4	220,2	155,8	10,1	145,7	226,5	11,4	11,4	–
14.	1 998,7	220,2	160,2	11,8	148,5	227,5	11,6	11,6	–
21.	1 974,0	220,1	163,0	11,7	151,3	198,4	10,7	10,7	–
28.	1 979,1	220,0	159,7	12,6	147,1	208,2	10,3	10,3	–
Dez. 5.	2 036,5	220,0	162,2	12,5	149,6	248,9	10,1	10,1	–
12.	2 053,8	219,9	156,5	12,5	144,0	238,4	9,5	9,5	–
19.	2 021,5	219,8	152,8	12,5	140,2	221,4	8,9	8,9	–
26.	2 043,5	219,7	149,7	12,5	137,1	229,5	9,2	9,2	–
2009 Jan. 2.	3) 2 088,9	3) 218,4	162,1	13,2	148,8	3) 225,8	19,7	19,7	–
9.	2 045,6	218,4	159,5	13,2	146,3	218,0	20,5	20,5	–
16.	2 010,7	218,4	159,1	13,2	145,9	204,8	21,5	21,5	–
23.	2 039,8	218,3	161,7	13,2	148,5	205,9	22,8	22,8	–
30.	1 907,0	218,3	159,2	13,2	146,0	171,2	22,5	22,5	–
Febr. 6.	1 893,8	218,3	159,7	13,2	146,5	170,9	22,3	22,3	–
13.	1 834,1	218,2	159,2	13,1	146,1	168,3	21,3	21,3	–
20.	1 858,4	218,0	159,3	13,1	146,2	166,9	21,7	21,7	–
27.	1 820,3	217,8	155,7	13,1	142,6	134,7	21,6	21,6	–
2009 März 6.	1 840,8	217,7	156,8	13,1	143,7	136,0	21,0	21,0	–
13.	1 829,4	217,6	155,3	13,2	142,0	144,1	20,3	20,3	–
20.	1 822,5	217,6	154,3	13,2	141,1	143,6	17,4	17,4	–
27.	1 803,1	217,5	152,4	13,2	139,1	140,8	17,0	17,0	–
April 3.	3) 1 836,4	3) 241,7	3) 158,6	14,4	3) 144,2	3) 151,3	17,2	17,2	–
9.	1 827,8	241,7	158,1	14,4	143,7	142,1	17,9	17,9	–
17.	1 840,1	241,7	157,0	14,4	142,7	139,4	19,4	19,4	–
24.	1 824,0	240,8	157,9	14,4	143,6	125,3	20,4	20,4	–
Mai 1.	1 799,2	240,8	157,1	14,3	142,8	125,3	20,5	20,5	–
8.	1 795,1	240,8	159,3	16,2	143,1	123,1	21,4	21,4	–
15.	1 764,2	240,8	159,0	16,8	142,3	121,4	20,6	20,6	–
22.	1 736,9	240,8	159,3	17,0	142,3	103,7	19,1	19,1	–
29.	1 799,6	240,8	158,0	17,0	141,0	103,0	18,1	18,1	–
Juni 5.	1 747,8	240,8	156,6	17,0	139,6	99,6	18,8	18,8	–
12.	1 726,6	240,7	162,3	17,0	145,3	90,9	18,4	18,4	–
19.	1 719,7	240,7	161,7	17,0	144,7	74,5	17,5	17,5	–
26.	1 997,3	240,6	159,7	17,2	142,5	75,1	17,8	17,8	–
Juli 3.	3) 1 911,6	3) 232,1	3) 158,9	16,8	3) 142,0	3) 66,5	18,3	18,3	–
Deutsche Bundesbank									
2007 Aug.	369,6	52,8	31,9	2,6	29,3	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 394,0	3) 57,2	3) 31,4	2,5	3) 28,9	–	0,3	0,3	–
Okt.	394,6	57,2	31,1	2,5	28,6	–	0,3	0,3	–
Nov.	410,3	57,2	30,8	2,5	28,3	–	0,3	0,3	–
Dez.	3) 483,7	3) 62,4	3) 30,1	2,4	3) 27,7	7,1	0,3	0,3	–
2008 Jan.	415,5	62,4	30,4	2,4	28,0	6,9	0,3	0,3	–
Febr.	432,2	62,4	30,8	2,4	28,4	–	0,3	0,3	–
März	3) 453,4	3) 65,1	3) 30,0	2,3	3) 27,6	4,5	0,3	0,3	–
April	439,6	65,1	31,1	2,3	28,7	8,1	0,3	0,3	–
Mai	439,2	65,1	30,2	2,5	27,6	14,5	0,3	0,3	–
Juni	447,2	64,9	30,3	2,5	3) 27,8	12,2	0,3	0,3	–
Juli	435,9	64,9	29,1	2,5	26,6	9,4	0,3	0,3	–
Aug.	449,0	64,9	29,1	2,5	26,7	10,1	0,3	0,3	–
Sept.	3) 519,7	3) 68,8	3) 31,1	2,6	3) 28,5	3) 39,1	0,3	0,3	–
Okt.	591,6	68,8	34,5	2,6	31,9	50,5	0,3	0,3	–
Nov.	577,1	68,8	34,8	3,3	31,5	61,1	0,3	0,3	–
Dez.	3) 612,9	3) 68,2	3) 31,0	3,3	3) 27,7	63,3	0,3	0,3	–
2009 Jan.	560,5	68,2	28,7	3,3	25,5	46,7	0,3	0,3	–
Febr.	547,5	68,2	29,0	3,3	25,7	45,3	0,3	0,3	–
März	3) 539,7	3) 75,7	3) 32,1	3,5	3) 28,6	3) 50,7	0,3	0,3	–
April	540,5	75,7	32,7	3,5	29,2	42,0	0,3	0,3	–
Mai	555,9	75,7	32,3	4,7	27,6	37,5	0,3	0,3	–
Juni	3) 628,3	3) 73,0	31,7	4,5	27,2	3) 30,8	0,3	0,3	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Mergen- ausgleich					
Eurosystem ²⁾											
839,6	326,6	501,8	-	-	11,2	0,0	63,6	116,9	37,4	381,5	2008 Okt. 31.
723,4	312,8	402,2	-	-	8,4	0,0	67,4	118,7	37,4	379,6	Nov. 7.
800,7	335,2	462,8	-	-	2,7	0,0	43,6	118,8	37,4	378,7	14.
803,5	338,7	462,8	-	-	1,9	0,0	44,1	119,3	37,5	377,2	21.
794,9	335,2	455,3	-	-	4,4	0,1	49,5	120,5	37,5	378,5	28.
797,6	340,2	455,3	-	-	2,0	0,1	58,0	121,0	37,5	381,4	Dez. 5.
837,4	218,6	616,1	-	-	2,7	0,0	57,1	121,4	37,5	376,1	12.
829,6	210,4	616,9	-	-	2,2	0,1	54,8	120,8	37,5	375,9	19.
843,2	224,4	616,9	-	-	1,8	0,1	58,4	121,3	37,5	375,0	26.
857,5	239,6	616,9	-	-	0,9	0,1	58,1	³⁾ 282,7	37,5	³⁾ 227,1	2009 Jan. 2.
828,5	216,8	610,2	-	-	1,5	0,1	58,9	280,2	37,4	226,1	9.
821,9	204,5	610,2	-	-	7,1	0,1	37,3	279,8	37,4	230,5	16.
842,4	252,2	588,5	-	-	1,6	0,1	34,9	282,0	37,4	234,2	23.
748,3	214,9	528,6	-	-	4,8	0,0	33,5	283,0	37,4	233,5	30.
737,2	207,8	528,6	-	-	0,8	0,0	30,2	281,4	37,4	236,4	Febr. 6.
681,3	198,4	482,3	-	-	0,6	0,0	27,7	283,7	37,4	237,0	13.
699,7	215,9	482,3	-	-	1,4	0,1	30,7	285,1	37,4	239,4	20.
700,9	238,4	461,8	-	-	0,7	0,0	27,5	285,3	37,4	239,5	27.
696,8	244,1	452,2	-	-	0,5	0,0	29,1	286,2	37,4	259,7	2009 März 6.
680,8	227,7	452,8	-	-	0,3	0,0	28,8	288,2	37,4	256,9	13.
680,1	226,1	452,8	-	-	1,2	0,1	29,5	289,5	37,4	253,0	20.
661,9	230,0	430,7	-	-	1,1	0,0	32,0	290,6	37,4	253,4	27.
669,6	238,1	430,7	-	-	0,8	0,0	33,1	³⁾ 291,9	37,4	³⁾ 235,6	April 3.
667,9	237,6	428,5	-	-	1,8	0,0	33,6	293,9	37,4	235,2	9.
681,7	249,4	432,2	-	-	0,1	0,0	32,0	292,8	37,4	238,7	17.
676,4	244,1	432,2	-	-	0,1	0,0	31,4	294,0	37,4	240,3	24.
655,0	233,2	419,1	-	-	2,8	0,0	27,9	294,1	36,8	241,6	Mai 1.
653,4	234,2	419,1	-	-	0,0	0,0	26,5	292,4	36,8	241,5	8.
627,3	229,6	397,6	-	-	0,1	0,1	24,9	292,8	36,8	240,5	15.
619,1	221,3	397,6	-	-	0,1	0,1	25,4	294,7	36,8	238,1	22.
680,6	276,8	403,5	-	-	0,2	0,0	25,9	296,6	36,8	239,8	29.
632,9	227,6	403,6	-	-	1,7	0,0	24,1	298,2	36,8	240,2	Juni 5.
611,0	302,1	308,7	-	-	0,2	-	23,9	300,6	36,8	242,0	12.
618,9	309,6	308,7	-	-	0,5	0,0	24,0	301,0	36,8	244,7	19.
896,8	167,9	728,6	-	-	0,3	0,0	24,5	301,6	36,8	244,4	26.
834,6	105,9	728,6	-	-	0,1	0,1	23,1	302,2	32,3	³⁾ 239,7	Juli 3.
Deutsche Bundesbank											
210,4	89,9	120,5	-	-	0,0	-	3,3	-	4,4	66,5	2007 Aug. 31.
223,3	83,8	139,3	-	-	0,2	-	4,3	-	4,4	³⁾ 73,1	Sept.
202,2	62,9	139,3	-	-	0,0	-	7,0	-	4,4	92,4	Okt.
207,2	77,3	129,9	-	-	0,0	-	10,1	-	4,4	100,3	Nov.
268,0	133,1	134,8	-	-	0,1	-	13,1	-	4,4	³⁾ 98,4	Dez.
172,7	47,0	125,7	-	-	0,0	-	17,3	-	4,4	120,9	2008 Jan.
178,7	59,0	119,7	-	-	-	-	18,5	-	4,4	137,1	Febr.
213,1	98,4	103,5	11,2	-	0,0	-	20,6	-	4,4	³⁾ 115,4	März
192,5	80,1	112,4	-	-	0,0	-	19,9	-	4,4	118,1	April
184,5	71,2	113,2	-	-	0,1	-	19,9	-	4,4	120,2	Mai
192,4	86,5	105,9	-	-	0,0	-	18,4	-	4,4	124,3	Juni
184,5	75,5	109,0	-	-	0,0	-	20,3	-	4,4	122,9	Juli
180,4	76,6	103,8	-	-	0,0	-	22,9	-	4,4	136,8	Aug.
223,5	69,2	153,5	-	-	0,8	-	25,2	-	4,4	³⁾ 127,2	Sept.
297,1	107,2	186,4	-	-	3,5	-	38,5	-	4,4	97,4	Okt.
263,3	101,4	159,7	-	-	2,2	-	23,5	-	4,4	120,9	Nov.
277,7	75,3	201,6	-	-	0,8	-	22,0	-	4,4	³⁾ 146,0	Dez.
245,4	74,4	169,2	-	-	1,8	-	3,9	-	4,4	162,9	2009 Jan.
219,4	75,4	143,4	-	-	0,6	-	4,4	-	4,4	176,4	Febr.
186,7	71,6	114,6	-	-	0,6	-	5,0	-	4,4	³⁾ 184,6	März
194,6	83,6	110,6	-	-	0,4	-	6,0	-	4,4	184,8	April
225,0	121,5	103,4	-	-	0,2	-	5,9	2,1	4,4	172,6	Mai
273,5	71,6	201,6	-	-	0,3	-	6,5	4,4	4,4	³⁾ 203,8	Juni

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notenum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ges- chäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2008 Okt. 31.	2 031,4	727,7	458,9	179,4	279,4	-	-	0,1	0,2	-	109,4	95,4	14,1
Nov. 7.	1 940,4	729,3	377,9	152,4	225,5	-	-	0,0	0,3	-	86,9	75,7	11,1
14.	1 998,7	728,6	444,0	280,2	163,8	-	-	0,0	0,2	-	89,4	77,7	11,7
21.	1 974,0	726,7	429,1	204,9	224,2	-	-	0,0	0,1	-	120,1	106,6	13,4
28.	1 979,1	731,5	401,2	197,2	203,9	-	-	0,1	0,2	-	142,1	132,4	9,7
Dez. 5.	2 036,5	740,5	427,3	176,7	250,5	-	-	0,2	0,2	-	125,8	116,3	9,6
12.	2 053,8	743,5	457,8	298,5	159,2	-	-	0,1	5,2	-	123,8	112,9	10,9
19.	2 021,5	753,3	436,4	205,7	230,7	-	-	0,1	0,2	-	129,7	119,5	10,2
26.	2 043,5	765,4	455,8	225,9	229,8	-	-	0,1	0,2	-	116,1	107,9	8,2
2009 Jan. 2.	5) 2 088,9	763,7	504,3	213,3	281,7	-	9,2	0,1	0,3	1,0	93,8	85,4	8,5
9.	2 045,6	751,1	475,3	157,5	315,3	-	2,3	0,2	0,3	1,0	98,7	90,8	7,9
16.	2 010,7	743,3	450,8	169,2	281,4	-	-	0,1	0,3	1,0	106,6	97,9	8,7
23.	2 039,8	740,0	450,5	251,7	198,7	-	-	0,1	0,4	-	130,6	121,9	8,7
30.	1 907,0	740,3	365,6	200,5	164,9	-	-	0,1	0,4	-	127,8	120,3	7,4
Febr. 6.	1 893,8	741,9	376,3	195,0	180,7	-	-	0,6	0,6	-	89,2	80,9	8,3
13.	1 834,1	740,7	323,6	247,5	75,9	-	-	0,1	0,3	-	90,9	82,6	8,3
20.	1 858,4	739,3	324,3	243,4	80,0	-	-	0,9	0,3	-	114,1	105,7	8,4
27.	1 820,3	742,1	297,2	191,7	104,9	-	-	0,6	0,3	-	136,9	128,9	8,0
2009 März 6.	1 840,8	746,0	315,6	179,4	135,6	-	-	0,6	0,3	-	130,4	122,2	8,2
13.	1 829,4	746,3	306,6	244,2	61,8	-	-	0,6	0,3	-	132,7	124,4	8,3
20.	1 822,5	745,8	293,0	228,6	63,9	-	-	0,5	0,3	-	145,2	136,9	8,4
27.	1 803,1	745,8	263,8	218,5	45,1	-	-	0,2	0,2	-	155,6	147,4	8,2
April 3.	5) 1 836,4	752,8	268,4	189,6	78,5	-	-	0,2	0,2	-	151,3	143,1	8,2
9.	1 827,8	762,1	253,9	232,1	21,5	-	-	0,2	0,3	-	155,8	147,2	8,6
17.	1 840,1	756,6	278,4	256,3	21,9	-	-	0,2	0,3	-	149,8	141,3	8,5
24.	1 824,0	752,7	280,4	249,1	31,1	-	-	0,2	0,4	-	152,3	143,9	8,4
Mai 1.	1 799,2	759,2	241,7	173,9	67,8	-	-	0,0	0,4	-	164,9	156,7	8,2
8.	1 795,1	759,5	264,1	188,8	75,3	-	-	0,0	0,4	-	139,1	130,7	8,4
15.	1 764,2	758,0	239,4	217,8	21,6	-	-	0,0	0,3	-	142,9	134,7	8,2
22.	1 736,9	758,2	222,3	206,7	15,6	-	-	0,0	0,2	-	149,5	141,1	8,3
29.	1 799,6	761,4	271,0	247,9	23,0	-	-	0,0	0,2	-	159,2	151,2	8,1
Juni 5.	1 747,8	763,5	235,8	206,9	28,8	-	-	0,0	0,2	-	145,0	136,7	8,3
12.	1 726,6	762,8	224,9	213,5	11,3	-	-	0,1	0,2	-	152,9	144,9	8,0
19.	1 719,7	760,8	226,3	213,5	12,7	-	-	0,0	0,2	-	159,8	150,3	9,5
26.	1 997,3	762,1	504,5	268,2	236,2	-	-	0,0	0,2	-	161,3	153,4	7,9
Juli 3.	5) 1 911,6	768,7	484,3	168,3	316,0	-	-	0,0	0,3	-	116,8	109,1	7,8
Deutsche Bundesbank													
2007 Aug. Sept.	5) 369,6 394,0	173,1 173,1	31,8 47,0	31,5 42,2	0,2 4,8	-	-	-	-	-	0,3 0,4	0,0 0,1	0,3 0,4
Okt.	394,6	174,3	43,3	43,1	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,3
Nov.	410,3	175,4	52,9	52,7	0,2	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Dez.	5) 483,7	183,8	109,5	64,0	4,9	40,6	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
2008 Jan.	415,5	176,2	42,6	42,4	0,2	-	-	-	-	-	0,8	0,0	0,8
Febr.	432,2	177,1	54,3	54,2	0,2	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
März	5) 453,4	179,0	70,1	69,3	0,8	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
April	439,6	181,4	53,4	53,3	0,1	-	-	-	-	-	0,7	0,0	0,7
Mai	439,2	182,0	50,5	50,4	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Juni	447,2	183,8	56,0	55,1	0,9	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Juli	435,9	186,0	41,2	40,9	0,4	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Aug.	449,0	185,1	50,6	50,5	0,1	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,3
Sept.	5) 519,7	185,3	111,5	65,8	45,7	-	-	-	-	-	0,7	0,1	0,6
Okt.	591,6	197,1	146,4	48,4	98,0	-	-	-	-	-	7,9	0,2	7,7
Nov.	577,1	198,1	138,3	52,5	85,7	-	-	-	-	-	2,9	0,1	2,8
Dez.	5) 612,9	206,6	166,9	100,7	66,3	-	-	-	-	-	1,1	0,2	0,9
2009 Jan.	560,5	184,7	127,2	49,3	77,8	-	-	-	-	-	2,6	2,2	0,5
Febr.	547,5	185,2	106,6	54,2	52,4	-	-	-	-	-	12,5	11,9	0,6
März	5) 539,7	186,5	100,0	53,1	46,9	-	-	-	-	-	15,7	15,4	0,3
April	540,5	189,5	80,0	48,3	31,7	-	-	-	-	-	30,8	30,2	0,6
Mai	555,9	190,0	87,2	71,1	16,1	-	-	-	-	-	36,8	36,2	0,5
Juni	5) 628,3	190,6	176,7	75,1	101,5	-	-	-	-	-	23,7	23,4	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
303,4	0,7	16,7	16,7	–	5,4	168,7	–	168,7	71,7	2008 Okt. 31.
315,9	– 0,9	16,7	16,7	–	5,4	168,6	–	168,7	71,7	Nov. 7.
306,2	– 1,4	17,0	17,0	–	5,4	169,0	–	168,7	71,7	14.
268,9	– 1,6	16,8	16,8	–	5,4	168,2	–	168,7	71,7	21.
278,4	– 1,5	14,5	14,5	–	5,4	167,1	–	168,7	71,7	28.
315,1	0,5	15,8	15,8	–	5,4	165,5	–	168,7	71,7	Dez. 5.
300,8	2,3	13,1	13,1	–	5,4	161,6	–	168,7	71,7	12.
279,0	2,8	13,1	13,1	–	5,4	161,2	–	168,7	71,7	19.
286,0	2,9	10,2	10,2	–	5,4	161,2	–	168,7	71,7	26.
286,8	5) 4,5	5) 11,3	5) 11,3	–	5,4	5) 169,2	–	5) 176,6	72,0	2009 Jan. 2.
282,1	1,8	11,5	11,5	–	5,4	170,6	–	176,6	71,1	9.
271,0	2,4	7,9	7,9	–	5,4	174,2	–	176,6	71,1	16.
280,2	1,4	7,8	7,8	–	5,4	175,9	–	176,6	71,1	23.
232,2	1,8	8,1	8,1	–	5,4	177,6	–	176,6	71,1	30.
244,5	0,8	9,4	9,4	–	5,4	177,9	–	176,6	71,1	Febr. 6.
238,9	– 0,1	10,5	10,5	–	5,4	175,8	–	176,6	71,4	13.
236,4	– 0,3	10,7	10,7	–	5,4	179,8	–	176,6	71,7	20.
202,6	– 0,3	9,8	9,8	–	5,4	177,9	–	176,6	71,7	27.
204,7	– 0,2	10,1	10,1	–	5,4	180,1	–	176,6	71,7	2009 März 6.
211,5	0,2	10,3	10,3	–	5,4	167,5	–	176,6	72,0	13.
208,0	2,6	8,9	8,9	–	5,4	164,6	–	176,6	72,0	20.
207,2	2,6	8,5	8,5	–	5,4	165,1	–	176,6	72,2	27.
209,2	5) 3,1	5) 10,4	5) 10,4	–	5,6	5) 159,9	–	5) 203,0	72,6	2009 April 3.
200,0	2,9	11,3	11,3	–	5,6	160,0	–	203,0	73,1	9.
197,4	1,4	12,2	12,2	–	5,6	162,7	–	203,0	72,9	17.
184,2	1,7	10,6	10,6	–	5,6	160,4	–	203,0	72,8	24.
179,9	2,9	9,1	9,1	–	5,6	159,8	–	203,0	72,8	Mai 1.
178,0	1,5	11,4	11,4	–	5,6	159,6	–	203,0	72,8	8.
171,0	2,7	10,7	10,7	–	5,6	157,8	–	203,0	72,8	15.
154,7	2,0	11,9	11,9	–	5,6	156,8	–	203,0	72,8	22.
156,4	1,8	11,3	11,3	–	5,6	156,7	–	203,0	73,0	29.
152,2	5,1	8,5	8,5	–	5,6	156,0	–	203,0	73,0	Juni 5.
131,8	3,2	11,2	11,2	–	5,6	158,1	–	203,0	73,0	12.
118,7	3,5	10,2	10,2	–	5,6	158,8	–	203,0	73,0	19.
117,9	5,4	7,3	7,3	–	5,6	157,2	–	203,0	73,0	26.
107,8	5,3	8,5	8,5	–	5,4	5) 153,7	–	5) 187,8	73,0	Juli 3.
Deutsche Bundesbank										
4,1	0,0	2,2	2,2	–	1,4	12,6	94,4	44,9	5,0	2007 Aug.
5,4	0,0	2,6	2,6	–	1,3	13,6	96,1	5) 49,5	5,0	Sept.
7,9	0,0	2,3	2,3	–	1,3	13,0	97,5	49,5	5,0	Okt.
11,1	0,0	2,0	2,0	–	1,3	14,1	98,6	49,5	5,0	Nov.
14,0	0,0	2,0	2,0	–	1,3	5) 13,1	99,5	5) 55,0	5,0	Dez.
18,4	0,0	2,6	2,6	–	1,3	13,3	100,2	55,0	5,0	2008 Jan.
19,4	0,0	3,0	3,0	–	1,3	14,1	102,4	55,0	5,0	Febr.
21,7	0,0	3,3	3,3	–	1,3	10,7	103,7	5) 58,1	5,0	März
21,2	0,0	4,3	4,3	–	1,3	10,2	104,1	58,1	5,0	April
21,2	0,0	3,2	3,2	–	1,3	11,3	106,3	58,1	5,0	Mai
19,6	0,0	3,9	3,9	–	1,3	12,5	107,2	5) 57,4	5,0	Juni
22,1	0,0	3,0	3,0	–	1,3	12,2	107,4	57,4	5,0	Juli
24,0	0,0	2,4	2,4	–	1,3	13,1	109,8	57,4	5,0	Aug.
24,7	0,0	2,1	2,1	–	1,3	5) 15,1	111,8	5) 62,2	5,0	Sept.
21,7	11,9	3,8	3,8	–	1,3	14,8	119,3	62,2	5,0	Okt.
16,1	13,5	3,0	3,0	–	1,3	15,9	120,6	62,2	5,0	Nov.
9,2	18,4	2,5	2,5	–	1,3	16,9	121,8	5) 63,1	5,0	Dez.
6,9	13,4	0,1	0,1	–	1,3	17,0	139,2	63,1	5,0	2009 Jan.
7,5	7,6	0,2	0,2	–	1,3	17,7	140,7	63,1	5,0	Febr.
7,5	0,0	–	–	–	1,4	5) 11,6	140,4	5) 71,5	5,0	März
8,3	0,0	0,2	0,2	–	1,4	12,1	141,8	71,5	5,0	April
8,7	0,1	0,5	0,5	–	1,4	12,6	142,2	71,5	5,0	Mai
9,3	0,0	0,8	0,8	–	1,3	5) 12,4	141,9	5) 66,6	5,0	Juni

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanzsumme	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2007 Aug.	7 417,4	14,1	2 405,9	1 735,3	1 178,1	557,2	670,5	419,3	251,2	3 485,8	3 071,6	2 544,4	2 271,6
Sept.	7 500,9	14,4	2 438,4	1 756,8	1 201,2	555,6	681,5	429,9	251,7	3 493,0	3 074,0	2 552,6	2 278,5
Okt.	7 500,5	14,5	2 453,6	1 770,9	1 208,5	562,4	682,7	430,2	252,5	3 485,7	3 058,5	2 543,7	2 278,4
Nov.	7 553,6	14,1	2 489,4	1 791,5	1 226,5	565,1	697,9	443,9	253,9	3 482,3	3 057,5	2 544,1	2 279,6
Dez.	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008 Jan.	7 574,1	14,1	2 506,6	1 798,8	1 240,4	558,5	707,8	454,1	253,7	3 530,9	3 084,8	2 585,0	2 297,3
Febr.	7 596,6	13,6	2 512,7	1 806,7	1 250,0	556,7	706,0	450,6	255,5	3 521,3	3 079,8	2 577,1	2 306,5
März	7 641,7	14,2	2 516,2	1 818,8	1 262,4	556,4	697,4	442,9	254,5	3 561,3	3 095,9	2 593,5	2 316,4
April	7 725,9	13,9	2 520,4	1 824,8	1 264,1	560,7	695,6	445,9	249,7	3 609,6	3 145,8	2 632,0	2 323,2
Mai	7 729,1	14,1	2 540,8	1 844,9	1 274,1	570,9	695,8	436,6	259,3	3 596,2	3 130,8	2 620,8	2 326,7
Juni	7 688,7	13,8	2 556,9	1 855,1	1 281,7	573,3	701,8	436,9	265,0	3 576,9	3 098,7	2 604,6	2 333,7
Juli	7 675,4	14,2	2 532,5	1 833,9	1 263,1	570,8	698,6	430,6	268,1	3 587,8	3 110,1	2 616,3	2 341,6
Aug.	7 744,7	14,2	2 556,0	1 860,3	1 284,2	576,2	695,7	427,4	268,3	3 619,5	3 137,0	2 645,3	2 344,2
Sept.	7 896,2	13,7	2 614,7	1 918,3	1 351,8	566,6	696,3	431,1	265,2	3 623,3	3 134,6	2 657,2	2 354,8
Okt.	8 030,2	15,4	2 670,4	1 962,1	1 399,6	562,5	708,3	453,2	255,1	3 627,7	3 135,2	2 653,3	2 357,7
Nov.	7 985,4	15,1	2 705,1	1 995,0	1 408,3	586,8	710,1	462,5	247,6	3 633,0	3 134,5	2 657,2	2 362,4
Dez.	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009 Jan.	7 906,4	14,0	2 676,9	1 975,0	1 382,5	592,5	701,9	465,2	236,7	3 677,6	3 189,7	2 706,2	2 375,7
Febr.	7 846,4	13,9	2 649,2	1 950,8	1 357,1	593,7	698,4	466,0	232,4	3 667,8	3 183,1	2 702,3	2 368,3
März	7 777,1	13,9	2 611,1	1 923,6	1 312,9	610,7	687,4	458,5	228,9	3 669,6	3 193,6	2 716,4	2 383,4
April	7 802,2	15,3	2 584,9	1 902,2	1 295,0	607,1	682,7	454,9	227,8	3 690,1	3 216,1	2 730,5	2 385,5
Mai	7 687,5	15,8	2 541,8	1 869,2	1 263,7	605,5	672,6	444,4	228,2	3 680,6	3 198,6	2 714,9	2 384,8
Veränderungen ¹⁾													
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	- 20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2004	207,5	- 2,1	68,9	22,5	9,5	13,1	46,3	15,8	30,5	44,1	17,5	- 0,4	- 1,2
2005	197,2	0,1	101,8	13,2	25,7	- 12,5	88,6	50,5	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	349,0	1,1	76,2	- 2,4	25,2	- 27,6	78,6	17,3	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	509,7	1,5	210,1	132,5	153,3	- 20,8	77,6	41,6	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,1
2008	322,2	- 0,1	187,8	167,0	130,1	36,9	20,8	35,1	- 14,4	140,5	102,8	131,1	65,7
2007 Sept.	101,2	0,3	32,9	21,7	23,1	- 1,4	11,2	10,5	0,7	10,3	4,6	10,3	8,9
Okt.	26,7	0,2	16,8	14,7	7,2	7,5	2,1	0,4	1,8	5,7	- 5,9	- 2,6	1,0
Nov.	63,1	- 0,4	35,9	20,7	18,0	2,7	15,3	13,7	1,6	- 1,9	- 0,2	1,2	1,9
Dez.	39,4	3,7	34,3	56,7	64,0	- 7,3	- 22,4	- 22,5	0,2	5,8	4,9	12,5	9,6
2008 Jan.	- 31,3	- 3,7	- 33,0	- 63,9	- 65,9	2,0	30,9	31,6	- 0,7	35,9	26,2	32,1	10,5
Febr.	33,0	- 0,5	6,4	8,0	9,6	- 1,6	- 1,6	- 3,5	1,9	- 7,9	- 4,1	- 6,9	10,1
März	66,1	0,6	3,9	12,3	12,5	- 0,1	- 8,4	- 7,7	- 0,7	44,0	18,4	18,3	11,7
April	81,6	- 0,3	5,4	8,0	2,8	5,2	- 2,6	2,2	- 4,8	49,9	50,6	39,1	7,3
Mai	5,2	0,2	22,9	20,5	10,2	10,2	2,5	- 7,1	9,6	- 12,8	- 14,3	- 10,6	4,0
Juni	- 25,4	- 0,4	23,5	14,5	7,6	6,8	9,0	3,3	5,8	- 16,9	- 30,6	- 14,8	7,8
Juli	- 1,1	0,4	- 8,5	- 5,4	- 5,2	- 0,2	- 3,1	- 6,3	3,2	10,1	11,4	11,7	7,8
Aug.	52,5	- 0,0	29,2	32,1	27,0	5,1	- 2,9	- 3,2	0,2	25,7	24,2	26,4	0,4
Sept.	132,4	- 0,5	58,4	57,9	67,6	- 9,7	0,5	3,7	- 3,2	1,3	- 3,5	10,7	9,2
Okt.	59,4	1,7	54,7	43,3	47,9	- 4,6	11,5	22,1	- 10,6	- 9,9	- 6,9	- 11,0	- 4,6
Nov.	- 10,3	- 0,4	44,8	42,6	18,3	24,3	2,2	9,6	- 7,4	7,4	0,9	5,6	6,4
Dez.	- 39,8	2,7	- 20,0	- 2,8	- 2,4	- 0,4	- 17,2	- 9,6	- 7,6	13,7	30,6	30,4	- 4,8
2009 Jan.	- 33,5	- 3,8	- 5,1	- 15,4	- 21,8	6,4	10,3	12,1	- 1,8	36,2	27,8	20,9	16,5
Febr.	- 74,5	- 0,1	- 27,1	- 24,2	- 25,4	1,2	- 2,9	0,8	- 3,7	- 9,0	- 5,1	- 2,5	- 6,7
März	- 57,8	0,1	- 37,4	- 26,9	- 44,1	17,2	- 10,5	- 7,3	- 3,2	9,2	13,9	17,4	18,4
April	20,6	1,4	- 26,7	- 21,5	- 17,9	- 3,6	- 5,2	- 3,7	- 1,6	20,1	22,4	13,9	2,2
Mai	-115,1	0,5	- 47,8	- 33,0	- 31,4	- 1,6	- 14,9	- 10,5	- 4,4	- 8,3	- 16,3	- 14,4	- 0,4

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar-

kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
272,8	527,2	371,6	155,6	414,3	276,0	112,0	138,2	25,7	112,5	1 300,5	1 005,8	211,0	2007 Aug.
274,0	521,4	366,1	155,3	419,0	284,7	116,4	134,3	24,9	109,5	1 334,3	1 039,6	220,9	Sept.
265,3	514,8	364,6	150,3	427,1	292,8	121,4	134,4	24,9	109,4	1 325,3	1 022,3	221,5	Okt.
264,5	513,4	362,9	150,5	424,8	295,5	122,2	129,3	25,4	103,9	1 344,7	1 031,3	223,1	Nov.
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	Dez.
287,6	499,9	357,1	142,8	446,1	309,7	141,2	136,4	25,9	110,5	1 307,3	1 006,0	215,2	2008 Jan.
270,6	502,7	353,4	149,3	441,5	302,8	135,7	138,7	26,1	112,7	1 326,0	1 022,5	223,1	Febr.
277,1	502,5	350,9	151,5	465,4	326,3	140,3	139,1	26,2	112,9	1 327,0	1 035,8	223,0	März
308,7	513,8	355,9	158,0	463,8	326,7	143,2	137,1	26,0	111,1	1 347,9	1 061,0	234,1	April
294,2	509,9	350,7	159,3	465,4	330,3	146,5	135,1	26,0	109,1	1 342,9	1 054,7	235,2	Mai
270,9	494,1	349,4	144,7	478,3	340,1	158,3	138,1	26,2	111,9	1 303,5	1 013,6	237,6	Juni
274,7	493,8	349,6	144,2	477,7	343,1	161,9	134,6	26,0	108,7	1 299,8	1 011,4	241,2	Juli
301,1	491,7	349,0	142,8	482,4	349,9	167,7	132,6	26,4	106,2	1 316,1	1 027,0	239,0	Aug.
302,4	477,5	344,8	132,7	488,7	358,9	175,9	129,8	28,0	101,8	1 401,2	1 106,2	243,3	Sept.
295,6	481,9	346,7	135,2	492,5	363,1	182,5	129,3	28,3	101,1	1 455,9	1 166,6	260,8	Okt.
294,8	477,2	344,2	133,0	498,5	369,2	186,6	129,4	28,6	100,8	1 357,6	1 078,6	274,7	Nov.
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	Dez.
330,5	483,5	344,3	139,2	487,9	359,7	182,0	128,3	26,1	102,1	1 256,5	991,4	281,4	2009 Jan.
334,1	480,8	342,4	138,3	484,7	356,1	175,8	128,5	25,9	102,7	1 233,9	974,1	281,6	Febr.
333,0	477,1	338,1	139,0	476,0	348,8	172,5	127,2	25,5	101,7	1 169,9	916,9	312,7	März
345,0	485,6	340,5	145,1	474,1	348,6	171,9	125,5	24,8	100,7	1 213,3	961,0	298,7	April
330,1	483,7	336,6	147,0	482,0	353,9	172,1	128,1	24,4	103,7	1 179,9	933,8	269,4	Mai
Veränderungen 1)													
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	- 2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	116,2	98,5	- 41,5	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,4	100,5	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,1	18,2	- 4,6	13,5	57,7	31,6	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,9	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,9	136,8	21,1	2007
65,4	- 28,3	- 16,8	- 11,5	37,7	42,3	40,4	- 4,6	1,6	- 6,1	- 35,6	- 3,7	29,7	2008
1,4	- 5,7	- 5,4	- 0,3	5,7	9,4	5,1	- 3,7	- 0,7	- 2,9	48,4	47,0	9,3	2007 Sept.
- 3,6	- 3,3	- 1,5	- 1,8	11,5	11,5	5,4	0,1	0,1	- 0,1	4,3	- 9,7	- 0,3	Okt.
- 0,7	- 1,4	- 1,7	0,3	- 1,7	3,3	1,2	- 5,0	0,5	- 5,5	28,3	16,7	1,1	Nov.
2,9	- 7,6	- 2,1	- 5,4	0,9	- 0,8	3,0	1,7	0,6	1,0	- 0,8	- 0,9	- 3,7	Dez.
21,6	- 5,8	- 3,6	- 2,2	9,7	4,4	9,9	5,3	- 0,1	5,4	- 12,6	- 10,3	- 17,9	2008 Jan.
- 17,0	2,8	- 3,7	6,5	- 3,8	- 6,2	- 5,0	2,4	0,2	2,2	28,6	24,6	6,4	Febr.
6,7	0,1	- 2,4	2,5	25,6	25,2	5,4	0,4	0,2	0,2	21,5	30,8	- 3,9	März
31,8	11,5	4,7	6,8	- 0,7	1,3	3,8	- 2,1	- 0,2	- 1,8	16,5	20,9	10,2	April
- 14,6	- 3,8	- 5,2	1,4	1,5	3,5	3,2	- 2,0	0,0	- 2,0	- 5,6	- 6,8	0,4	Mai
- 22,6	- 15,8	- 1,3	- 14,6	13,7	10,7	12,3	3,0	0,2	2,8	- 33,2	- 34,6	1,6	Juni
3,9	- 0,4	0,2	- 0,6	- 1,2	2,2	3,4	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 6,0	- 4,1	2,8	Juli
26,0	- 2,2	- 0,6	- 1,6	1,5	3,9	4,0	- 2,3	0,3	- 2,6	- 4,4	- 3,1	1,9	Aug.
1,6	- 14,2	- 4,1	- 10,1	4,8	7,8	7,2	- 3,1	1,6	- 4,7	71,0	66,2	2,1	Sept.
- 6,4	4,0	1,8	2,3	- 2,9	- 1,9	2,5	- 1,1	- 0,0	- 1,0	- 3,0	7,4	15,8	Okt.
- 0,8	- 4,7	- 2,5	- 2,2	6,5	6,4	4,4	0,1	0,4	- 0,2	- 75,4	- 65,3	13,2	Nov.
35,2	0,2	- 0,2	0,3	- 16,9	- 15,0	- 10,7	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 33,1	- 29,2	- 3,1	Dez.
4,4	7,0	1,3	5,6	8,3	8,8	6,1	- 0,5	- 1,7	1,2	- 51,7	- 47,8	- 9,1	2009 Jan.
4,2	- 2,7	- 1,8	- 0,9	- 3,9	- 4,1	- 6,7	0,3	- 0,3	0,5	- 24,6	- 20,6	- 13,7	Febr.
- 1,0	- 3,5	- 4,2	0,7	- 4,7	- 3,6	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 38,9	- 35,7	9,3	März
11,7	8,5	2,4	6,1	- 2,3	- 0,6	- 0,8	- 1,7	- 0,5	- 1,2	40,3	41,5	- 14,5	April
- 14,1	- 1,9	- 3,9	1,9	8,1	5,5	0,3	2,6	- 0,5	3,1	- 29,3	- 27,0	- 30,2	Mai

auch Anmerkung * in Tabelle II,1). — 2 Einschließlich Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanz- summe	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		ins- gesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit	mit vereinbarter Kündigungsfrist	zu- sammen	täglich fällig		
							zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten	zu- sammen	täglich fällig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4
2007 Aug.	7 417,4	1 665,0	1 359,9	305,1	2 523,9	2 418,3	759,1	1 101,4	393,4	557,8	452,1	63,0	13,6
2007 Sept.	7 500,9	1 698,6	1 380,9	317,7	2 551,3	2 441,3	768,5	1 117,9	405,7	554,8	448,5	68,6	16,6
2007 Okt.	7 500,5	1 714,2	1 377,3	336,9	2 548,5	2 438,7	757,6	1 129,9	420,3	551,2	443,8	68,9	16,1
2007 Nov.	7 553,6	1 719,0	1 393,4	325,7	2 592,0	2 474,9	785,8	1 141,0	430,8	548,1	439,7	70,5	18,6
2007 Dez.	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2008 Jan.	7 574,1	1 734,4	1 393,6	340,7	2 628,1	2 514,1	770,0	1 193,6	476,6	550,5	441,2	74,1	22,1
2008 Febr.	7 596,6	1 736,2	1 395,6	340,6	2 638,4	2 525,9	768,8	1 209,6	491,5	547,6	439,2	73,7	19,1
2008 März	7 641,7	1 759,3	1 432,8	326,5	2 644,7	2 524,5	769,7	1 211,0	492,4	543,8	437,5	79,3	26,3
2008 April	7 725,9	1 790,8	1 439,8	351,1	2 649,4	2 535,5	758,9	1 236,8	517,2	539,8	434,8	76,4	23,7
2008 Mai	7 729,1	1 785,2	1 443,6	341,6	2 670,6	2 550,5	761,5	1 252,7	533,4	536,3	432,8	80,4	26,1
2008 Juni	7 688,7	1 764,2	1 448,9	315,3	2 670,8	2 551,5	768,8	1 249,3	530,1	533,4	430,7	79,8	27,1
2008 Juli	7 675,4	1 749,7	1 439,1	310,6	2 675,9	2 557,0	746,2	1 283,0	563,6	527,9	425,6	81,7	27,3
2008 Aug.	7 744,7	1 753,3	1 446,9	306,3	2 688,1	2 569,2	748,7	1 296,8	577,6	523,6	422,5	81,6	27,1
2008 Sept.	7 892,7	1 832,7	1 529,1	303,5	2 698,0	2 573,6	758,0	1 296,4	578,4	519,2	419,2	86,4	34,4
2008 Okt.	8 030,2	1 913,9	1 642,3	271,6	2 734,7	2 620,5	786,9	1 312,8	598,0	520,8	417,8	77,6	28,8
2008 Nov.	7 985,4	1 862,4	1 595,7	266,7	2 757,2	2 645,5	804,3	1 317,8	603,6	523,4	416,7	75,0	25,6
2008 Dez.	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4
2009 Jan.	7 906,4	1 794,4	1 533,3	261,1	2 817,1	2 701,2	857,7	1 304,6	557,0	539,0	428,6	80,7	33,6
2009 Febr.	7 846,4	1 760,2	1 509,8	250,4	2 821,6	2 714,6	882,6	1 287,7	534,4	544,3	433,9	73,4	25,7
2009 März	7 777,1	1 693,9	1 456,2	237,6	2 805,6	2 699,1	879,3	1 272,1	515,8	547,8	436,6	73,2	26,8
2009 April	7 802,2	1 701,3	1 458,7	242,6	2 823,8	2 716,8	895,8	1 269,8	509,3	551,1	439,1	74,4	25,4
2009 Mai	7 687,5	1 714,2	1 445,4	268,8	2 824,1	2 711,3	898,8	1 257,5	494,8	555,0	441,5	74,2	26,0
Veränderungen ¹⁾													
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,6
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,4
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2004	207,5	62,3	42,9	19,5	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4
2005	197,2	32,8	26,9	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5
2006	349,0	105,5	81,5	24,0	123,0	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4
2007	509,7	148,4	134,8	13,6	185,2	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,7	5,6
2008	322,2	66,4	121,8	- 55,3	162,4	173,2	38,8	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1
2007 Sept.	101,2	35,8	21,9	13,9	28,3	23,7	9,8	16,9	12,6	- 3,0	- 3,6	5,9	3,1
2007 Okt.	26,7	16,8	- 3,1	20,0	- 2,4	- 2,4	- 10,7	11,9	14,5	- 3,6	- 4,7	0,4	- 0,4
2007 Nov.	63,1	5,9	16,5	- 10,6	43,6	36,3	28,4	11,0	10,2	- 3,1	- 4,1	1,6	2,5
2007 Dez.	39,4	58,9	85,7	- 26,8	41,7	43,4	- 16,2	52,3	47,1	7,3	6,3	4,8	0,8
2008 Jan.	- 31,3	- 61,6	- 101,1	39,5	- 6,8	- 4,2	0,4	- 1,3	- 4,9	- 4,8	- 2,5	- 1,9	- 1,9
2008 Febr.	33,0	3,0	2,4	0,6	10,8	12,2	- 0,9	16,1	14,9	- 2,9	- 2,1	- 0,2	- 3,0
2008 März	66,1	26,4	38,4	- 12,0	7,6	- 0,7	1,5	1,6	1,2	- 3,7	- 1,6	5,9	7,3
2008 April	81,6	32,6	7,9	24,8	4,7	10,6	- 11,1	25,8	24,7	- 4,1	- 2,7	- 2,6	- 2,3
2008 Mai	5,2	- 1,2	4,0	- 5,2	19,2	15,0	2,6	15,9	16,3	- 3,5	- 2,1	2,1	0,5
2008 Juni	- 25,4	- 18,0	5,9	- 23,9	0,6	1,3	7,4	- 3,3	- 3,2	- 2,9	- 2,1	- 0,4	1,0
2008 Juli	- 1,1	- 1,7	3,0	- 4,7	5,1	5,4	- 22,7	33,6	33,5	- 5,6	- 5,1	1,9	0,3
2008 Aug.	52,5	5,4	11,4	- 6,0	10,3	11,2	1,9	13,6	13,7	- 4,3	- 3,1	- 0,9	- 0,4
2008 Sept.	132,4	76,2	80,5	- 4,2	8,4	3,7	8,8	- 0,7	0,6	- 4,4	- 3,3	4,0	7,2
2008 Okt.	59,4	67,6	103,9	- 36,3	32,0	44,4	27,1	15,7	18,9	1,5	- 1,4	- 11,0	- 6,2
2008 Nov.	- 10,3	- 36,2	- 29,9	- 6,3	27,7	29,9	17,5	9,8	7,8	2,6	- 1,1	- 2,3	- 3,3
2008 Dez.	- 39,8	- 26,1	- 4,6	- 21,5	42,7	44,4	6,4	26,2	- 3,5	11,8	8,1	- 1,6	- 3,0
2009 Jan.	- 33,5	- 42,8	- 57,3	14,5	16,7	12,4	47,1	- 38,5	- 42,1	3,8	3,8	5,8	11,2
2009 Febr.	- 74,5	- 35,2	- 24,4	- 10,8	4,6	13,2	24,8	- 16,9	- 22,7	5,3	5,3	- 7,1	- 7,8
2009 März	- 57,8	- 60,9	- 49,1	- 11,8	- 15,1	- 14,8	- 2,6	- 15,8	- 18,5	3,5	2,8	0,1	1,2
2009 April	20,6	6,5	1,7	4,8	17,9	17,2	33,2	- 19,3	- 23,6	3,3	3,1	1,1	- 1,4
2009 Mai	- 115,1	- 23,1	- 13,3	- 9,7	0,3	- 5,4	2,8	- 12,2	- 14,4	3,9	2,4	- 0,2	0,6

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar-

kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tabelle II, 1). — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000			
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004			
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
47,1	13,1	2,3	1,8	42,6	41,1	28,4	32,3	1 665,5	169,2	694,4	423,3	384,6	2007 Aug.			
49,8	16,5	2,3	1,7	41,3	39,6	36,3	30,3	1 651,5	170,7	703,6	426,5	402,7	Sept.			
50,5	17,5	2,3	1,7	40,9	38,2	34,6	29,2	1 664,4	179,3	687,5	427,7	394,5	Okt.			
49,6	18,1	2,3	1,7	46,6	41,9	39,7	29,1	1 658,9	188,3	687,0	427,5	400,4	Nov.			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	Dez.			
49,6	18,9	2,3	1,8	40,0	37,4	42,1	28,8	1 644,1	190,6	679,2	430,8	386,7	2008 Jan.			
52,3	23,6	2,3	1,8	38,7	37,1	45,9	29,0	1 631,9	189,7	694,5	431,8	389,0	Febr.			
50,7	23,0	2,3	1,8	40,8	37,6	46,7	27,2	1 622,3	188,1	703,1	447,5	390,9	März			
50,4	23,5	2,3	1,8	37,5	35,3	55,7	25,4	1 628,2	195,8	729,3	442,8	404,2	April			
52,0	24,6	2,3	1,8	39,7	36,7	56,0	24,6	1 629,9	201,4	716,8	444,5	401,5	Mai			
50,5	23,4	2,3	1,8	39,4	37,8	63,9	23,8	1 641,4	217,1	679,2	442,6	402,9	Juni			
52,0	25,5	2,3	1,7	37,2	35,2	58,1	23,5	1 644,8	222,2	674,8	443,6	405,0	Juli			
52,3	26,4	2,3	1,7	37,3	36,3	63,1	23,2	1 655,8	224,7	687,9	448,7	424,6	Aug.			
49,7	25,5	2,3	1,7	38,0	37,5	70,9	22,4	1 642,2	219,9	741,6	445,3	443,0	Sept.			
46,5	21,8	2,3	1,7	36,6	35,5	69,8	18,6	1 637,0	214,5	747,9	453,9	454,4	Okt.			
47,1	23,9	2,3	1,7	36,7	34,4	71,0	17,5	1 655,9	242,5	713,2	448,2	460,1	Nov.			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	Dez.			
44,6	19,7	2,4	1,8	35,2	33,0	67,4	15,9	1 614,6	215,8	697,5	462,3	437,1	2009 Jan.			
45,2	19,3	2,5	1,8	33,6	32,7	74,0	15,4	1 604,9	211,4	686,7	441,5	442,1	Febr.			
44,0	18,2	2,5	1,8	33,2	32,0	87,7	14,8	1 580,2	201,3	664,6	447,9	482,5	März			
46,5	21,0	2,5	1,9	32,6	32,0	92,6	14,4	1 579,0	203,6	697,7	430,2	463,3	April			
45,7	19,9	2,5	1,9	38,5	36,5	90,9	14,1	1 574,2	196,6	610,6	428,0	431,5	Mai			
Veränderungen 1)																
- 4,6	1,6	0,2	0,4	- 20,5	- 20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	- 1,1	2001			
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	- 14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002			
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	0,1	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003			
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	72,9	- 14,8	21,5	- 10,5	12,2	2004			
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,3	- 9,4	22,4	14,4	18,5	2005			
- 3,9	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,2	0,3	34,3	21,7	32,1	27,9	29,2	2006			
8,1	13,0	0,0	0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,4	48,7	49,1	42,9	59,1	2007			
- 7,5	0,7	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,3	- 32,4	50,7	1,7	39,2	61,1	2008			
2,9	3,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 1,5	7,9	- 1,9	- 7,2	1,6	18,1	4,4	15,7	2007 Sept.			
0,9	1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	- 1,4	- 1,7	- 1,1	16,0	10,5	- 11,9	1,7	9,2	Okt.			
- 1,0	0,5	0,0	- 0,0	5,7	3,7	5,1	- 0,1	- 2,5	8,7	5,0	0,3	5,8	Nov.			
3,9	4,0	0,1	0,0	- 6,5	- 3,7	- 13,1	- 0,5	- 20,2	- 5,9	- 25,2	1,0	- 3,2	Dez.			
- 4,4	- 3,8	0,0	0,0	- 0,2	- 0,9	15,4	0,2	6,7	8,3	22,8	2,6	- 10,6	2008 Jan.			
2,9	4,8	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,3	3,9	0,2	- 8,9	- 0,7	21,1	1,0	1,8	Febr.			
- 1,4	- 0,4	- 0,0	0,0	2,3	0,7	0,8	- 1,8	- 3,5	- 1,5	17,9	16,9	1,9	März			
- 0,3	0,5	- 0,0	- 0,0	- 3,3	- 2,3	9,0	- 1,8	5,5	7,7	23,5	- 3,9	12,0	April			
1,6	1,1	- 0,0	- 0,0	2,2	1,4	0,2	- 0,8	1,6	4,5	- 12,8	1,8	- 2,9	Mai			
- 1,3	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	1,1	7,9	- 0,8	14,0	15,8	- 34,1	4,1	0,9	Juni			
1,6	2,1	- 0,0	- 0,0	- 2,2	- 2,6	- 5,8	- 0,3	4,5	5,7	- 5,8	1,5	1,4	Juli			
- 0,4	0,4	- 0,0	- 0,0	0,1	1,1	5,0	- 0,3	2,9	2,3	0,6	3,3	25,1	Aug.			
- 3,1	- 1,4	- 0,0	- 0,0	0,7	1,3	7,8	- 0,8	- 20,8	- 5,0	44,7	- 4,9	21,6	Sept.			
- 4,9	- 5,0	0,1	0,0	- 1,4	- 2,0	- 1,2	- 3,8	- 29,2	- 5,5	- 26,6	3,8	16,8	Okt.			
0,9	2,1	0,0	0,0	0,1	- 1,1	2,8	- 1,1	21,6	28,1	- 26,6	- 4,3	5,7	Nov.			
1,3	1,3	0,1	0,0	- 0,1	0,4	- 9,9	- 1,1	- 26,9	- 9,0	- 23,1	17,3	- 12,8	Dez.			
- 5,5	- 5,7	0,0	0,0	- 1,5	- 1,8	6,3	- 0,5	- 12,5	- 17,7	11,9	- 3,2	- 9,5	2009 Jan.			
0,7	- 0,3	0,0	0,0	- 1,6	- 0,3	6,6	- 0,5	- 9,5	- 4,7	- 13,0	- 20,8	- 6,5	Febr.			
- 1,1	- 0,9	0,0	0,0	- 0,3	- 0,6	13,7	- 0,6	- 13,0	- 9,9	- 9,5	8,9	18,7	März			
2,4	2,7	0,0	0,0	- 0,3	0,4	4,9	- 0,4	- 3,3	2,3	31,4	- 18,2	- 18,2	April			
- 0,8	- 1,1	0,0	0,0	5,9	4,4	- 1,7	- 0,3	- 6,8	- 9,0	- 51,1	- 0,2	- 32,1	Mai			

3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2008 Dez.	1 981	7 956,4	120,4	3 308,2	2 429,5	807,3	3 979,5	519,7	2 707,7	1,5	734,4	156,3	392,0
2009 Jan.	1 976	7 970,4	65,8	3 327,2	2 449,9	807,9	4 012,7	544,6	2 715,0	1,4	736,4	166,5	398,2
Febr.	1 977	7 910,9	68,3	3 281,8	2 410,6	806,6	3 996,7	523,5	2 715,5	1,2	741,9	165,7	398,3
März	1 977	7 840,3	68,1	3 193,5	2 313,8	833,7	3 982,3	541,0	2 693,7	1,2	732,9	169,0	427,4
April	1 977	7 864,9	63,9	3 198,8	2 325,1	831,9	4 020,3	549,1	2 705,8	1,2	747,2	169,1	412,9
Mai	1 976	7 746,9	89,1	3 126,9	2 244,9	846,0	3 991,0	538,4	2 698,1	1,1	735,2	160,3	379,6
Kreditbanken ⁵⁾													
2009 April	272	2 428,3	23,7	983,2	832,7	144,0	1 136,4	284,7	623,2	0,6	223,3	86,4	198,7
Mai	273	2 340,1	38,6	944,9	792,7	146,2	1 113,3	269,3	621,0	0,5	217,2	77,8	165,5
Großbanken ⁶⁾													
2009 April	5	1 460,3	13,6	619,7	523,5	91,5	579,3	157,7	282,4	0,4	133,2	79,7	168,0
Mai	5	1 397,2	24,4	597,3	500,3	92,7	569,7	154,1	280,4	0,4	129,0	71,0	134,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2009 April	164	766,8	8,4	252,6	199,4	51,3	475,1	94,6	296,4	0,1	85,1	6,4	24,3
Mai	166	749,0	12,2	241,9	188,0	52,2	463,9	83,1	297,0	0,1	84,8	6,5	24,6
Zweigstellen ausländischer Banken													
2009 April	103	201,3	1,6	111,0	109,8	1,2	82,0	32,4	44,4	0,0	5,0	0,3	6,3
Mai	102	193,9	2,0	105,7	104,3	1,4	79,6	32,0	43,6	0,0	3,4	0,3	6,2
Landesbanken													
2009 April	10	1 543,6	4,3	743,4	561,8	171,5	697,2	103,4	452,1	0,1	131,0	28,5	70,2
Mai	10	1 517,7	8,4	715,1	532,5	173,0	693,5	106,7	448,6	0,1	127,4	28,5	72,1
Sparkassen													
2009 April	434	1 052,2	20,2	269,2	108,0	149,9	724,8	65,4	566,8	0,3	92,0	19,2	18,7
Mai	434	1 058,2	22,3	272,2	107,1	155,6	726,0	64,7	568,1	0,3	92,6	18,8	18,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2009 April	2	268,5	0,9	170,4	119,1	48,6	68,9	17,6	20,3	0,0	30,5	15,1	13,2
Mai	2	266,2	1,2	169,2	119,9	47,6	67,5	17,7	20,1	0,0	29,1	15,3	13,0
Kreditgenossenschaften													
2009 April	1 197	667,0	13,5	191,4	82,2	102,3	431,2	35,4	342,6	0,2	52,8	11,0	20,0
Mai	1 195	670,5	13,9	192,4	80,8	105,5	433,2	35,1	344,0	0,1	53,7	11,0	20,0
Realkreditinstitute													
2009 April	19	821,1	0,6	293,6	189,6	102,0	506,7	14,4	368,7	-	123,3	1,3	18,9
Mai	19	811,4	0,7	290,1	186,4	102,5	501,8	14,0	365,8	-	121,4	1,3	17,5
Bausparkassen													
2009 April	25	187,3	0,1	52,7	37,1	15,6	121,7	1,5	108,6	.	11,6	0,3	12,5
Mai	25	189,2	0,2	54,1	37,2	16,9	122,1	1,6	108,7	.	11,8	0,3	12,5
Banken mit Sonderaufgaben													
2009 April	18	896,8	0,6	494,9	394,6	98,0	333,3	26,8	223,6	-	82,7	7,2	60,8
Mai	18	893,7	3,8	488,9	388,4	98,6	333,6	29,5	221,9	-	81,9	7,2	60,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2009 April	150	865,9	5,7	357,8	293,1	62,3	458,7	90,2	278,3	0,2	88,4	6,5	37,3
Mai	150	849,3	11,2	344,3	279,8	63,4	450,6	87,4	276,8	0,2	84,1	6,5	36,8
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2009 April	47	664,6	4,1	246,7	183,3	61,1	376,6	57,8	234,0	0,2	83,4	6,2	31,0
Mai	48	655,5	9,2	238,6	175,5	61,9	370,9	55,4	233,2	0,1	80,6	6,2	30,5

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)	Spareinlagen 3)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)										
Alle Bankengruppen															
2 285,8	356,6	1 929,1	3 067,4	926,8	618,5	827,2	113,3	544,1	431,1	150,8	1 692,6	378,2	532,3	2008 Dez.	
2 269,8	408,1	1 861,7	3 106,7	1 008,2	569,0	831,9	120,0	548,0	434,9	149,6	1 699,5	376,7	517,7	2009 Jan.	
2 242,5	410,7	1 831,8	3 099,9	1 012,6	548,2	838,1	116,8	553,4	440,4	147,6	1 679,2	366,5	522,7	Febr.	
2 161,4	405,1	1 756,3	3 090,4	1 017,7	533,0	838,0	123,5	557,0	443,2	144,6	1 657,2	370,2	561,1	März	
2 187,0	381,8	1 805,2	3 128,4	1 032,6	553,9	841,0	144,9	560,4	445,7	140,6	1 645,2	363,3	541,0	April	
2 163,6	336,1	1 827,5	3 076,2	1 037,9	525,8	811,1	138,1	564,3	448,1	137,2	1 643,9	355,0	508,2	Mai	
Kreditbanken 5)															
806,1	228,7	577,4	1 047,0	485,1	243,1	176,4	68,0	117,8	86,8	24,6	228,9	116,4	229,9	2009 April	
775,4	214,9	560,5	1 030,6	488,7	228,5	170,7	66,4	118,8	87,7	23,9	227,2	110,6	196,2	Mai	
Großbanken 6)															
490,9	148,9	342,0	570,9	234,6	146,4	114,2	60,6	67,1	61,3	8,6	185,6	73,3	139,5	2009 April	
476,0	143,1	332,9	562,3	246,4	131,9	107,8	58,5	67,9	62,1	8,3	184,3	67,4	107,2	Mai	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
173,5	54,4	119,0	429,0	225,9	83,7	52,8	7,4	50,7	25,4	15,9	43,4	37,1	83,9	2009 April	
163,4	46,8	116,6	422,9	219,5	84,2	52,8	7,7	50,9	25,6	15,4	42,9	37,2	82,6	Mai	
Zweigstellen ausländischer Banken															
141,8	25,4	116,4	47,1	24,5	12,9	9,4	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	5,9	6,5	2009 April	
136,0	25,0	111,0	45,5	22,7	12,4	10,1	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0	6,0	6,4	Mai	
Landesbanken															
486,3	66,8	419,5	444,0	84,4	132,2	210,7	70,2	14,3	13,4	2,4	459,6	65,4	88,3	2009 April	
495,9	55,3	440,6	406,6	74,5	123,6	191,9	64,4	14,2	13,0	2,4	464,5	65,2	85,5	Mai	
Sparkassen															
198,8	23,4	175,5	711,1	269,6	70,2	14,4	-	271,5	211,2	85,3	37,2	56,7	48,3	2009 April	
201,1	14,4	186,7	714,7	276,9	67,5	14,5	-	273,0	212,6	82,8	36,8	56,9	48,7	Mai	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
140,5	28,9	111,6	45,2	12,0	14,8	16,7	5,4	-	-	1,8	53,7	11,4	17,7	2009 April	
141,2	28,8	112,4	42,2	10,8	13,3	15,8	5,0	-	-	2,3	54,3	11,4	17,2	Mai	
Kreditgenossenschaften															
101,7	4,8	96,9	463,1	173,7	80,1	27,8	-	155,9	133,5	25,7	34,1	39,0	29,1	2009 April	
103,8	4,3	99,5	465,4	178,3	76,8	27,8	-	157,5	134,0	25,0	33,2	39,1	28,9	Mai	
Realkreditinstitute															
237,9	11,1	226,8	188,2	3,6	7,2	176,9	-	0,5	0,5	0,0	351,1	21,2	22,7	2009 April	
236,0	6,4	229,6	187,8	3,5	6,9	176,9	-	0,4	0,4	0,0	346,4	18,6	22,6	Mai	
Bausparkassen															
25,6	1,7	23,9	125,9	0,3	2,0	122,7	-	0,3	0,3	0,6	7,0	7,3	21,6	2009 April	
27,1	1,9	25,2	125,9	0,3	2,0	122,6	-	0,3	0,3	0,6	6,7	7,3	22,2	Mai	
Banken mit Sonderaufgaben															
190,0	16,3	173,7	103,9	4,1	4,3	95,3	1,3	-	-	0,2	473,6	46,0	83,4	2009 April	
183,1	10,1	173,0	103,1	4,9	7,1	90,9	2,3	-	-	0,2	474,7	45,9	86,9	Mai	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)															
299,7	82,0	217,7	379,7	163,1	104,8	82,8	26,0	19,1	18,9	9,8	84,3	42,2	60,0	2009 April	
291,5	79,4	212,2	371,8	167,5	93,0	82,7	23,1	19,4	19,1	9,3	83,7	42,3	60,0	Mai	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)															
157,9	56,7	101,2	332,6	138,6	91,9	73,4	26,0	19,1	18,8	9,6	84,3	36,3	53,5	2009 April	
155,5	54,4	101,1	326,4	144,7	80,6	72,6	22,9	19,3	19,1	9,1	83,7	36,3	53,5	Mai	

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und Deutsche Postbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen

enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2007 Dez.	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008 Jan.	13,8	43,6	1 723,3	1 194,0	0,0	29,2	500,2	1,9	2 998,5	2 652,9	1,5	2,2	341,9
Febr.	13,2	52,1	1 722,2	1 194,4	–	29,3	498,5	1,9	2 993,2	2 658,6	1,3	2,1	331,1
März	13,8	69,6	1 716,3	1 189,6	–	29,7	497,0	1,9	3 009,0	2 666,0	1,3	2,5	339,3
April	13,5	53,9	1 739,3	1 207,2	–	31,3	500,8	1,9	3 058,8	2 677,9	1,2	2,0	377,7
Mai	13,7	50,2	1 763,7	1 220,9	0,0	33,2	509,5	1,9	3 043,7	2 676,2	1,2	3,2	363,2
Juni	13,3	54,7	1 773,8	1 224,3	0,0	37,2	512,3	1,9	3 011,5	2 681,9	1,1	3,6	324,8
Juli	13,6	41,2	1 766,2	1 218,9	–	37,5	509,8	1,9	3 018,8	2 690,2	1,1	2,8	324,8
Aug.	13,7	48,2	1 785,7	1 232,3	–	38,9	514,6	1,9	3 045,3	2 692,1	1,1	2,9	349,3
Sept.	13,4	68,5	1 823,5	1 279,2	0,0	38,0	506,3	1,9	3 044,8	2 698,6	1,0	2,5	342,7
Okt.	14,6	51,4	1 884,6	1 343,9	0,0	39,3	501,4	1,9	3 045,1	2 703,4	1,0	2,3	338,4
Nov.	14,4	54,7	1 914,5	1 349,3	0,0	57,6	507,6	1,9	3 044,6	2 705,5	1,1	2,0	336,1
Dez.	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009 Jan.	13,5	51,8	1 893,6	1 327,3	0,0	54,5	511,8	1,9	3 097,3	2 718,9	1,1	3,1	374,3
Febr.	13,4	54,4	1 865,5	1 299,3	0,0	52,2	514,0	1,9	3 091,2	2 709,8	0,9	3,2	377,2
März	13,5	54,1	1 835,7	1 255,7	0,0	35,9	544,2	1,7	3 101,4	2 720,6	0,9	3,7	376,2
April	14,9	48,5	1 819,9	1 243,3	0,0	32,5	544,1	1,7	3 124,3	2 725,1	0,9	5,4	392,9
Mai	15,4	73,3	1 771,0	1 187,2	0,0	29,3	554,6	1,6	3 106,5	2 720,5	0,9	5,8	379,3
Veränderungen *)													
2000	– 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	– 0,0	+ 7,6	+ 54,3	– 0,3	+ 100,7	+ 83,7	– 0,5	– 0,8	+ 19,0
2001	– 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	– 0,0	– 21,3	+ 35,8	– 0,9	+ 11,9	+ 40,8	– 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2007 Dez.	+ 3,8	+ 12,7	+ 43,1	+ 50,7	–	– 0,6	– 7,0	+ 0,6	+ 3,4	+ 6,1	+ 0,1	– 0,7	– 2,1
2008 Jan.	– 3,7	– 21,0	– 44,3	– 44,4	+ 0,0	+ 3,8	– 3,8	– 0,8	+ 22,7	+ 5,0	– 0,1	+ 0,7	+ 17,1
Febr.	– 0,6	+ 8,5	– 1,1	+ 0,5	– 0,0	+ 0,1	– 1,7	– 0,0	– 5,3	+ 5,6	– 0,1	– 0,0	– 10,8
März	+ 0,6	+ 17,5	– 5,9	– 4,8	–	+ 0,4	– 1,5	+ 0,0	+ 15,9	+ 7,5	– 0,1	+ 0,3	+ 8,2
April	– 0,3	– 15,7	+ 24,0	+ 18,7	–	+ 1,6	+ 3,7	+ 0,0	+ 49,8	+ 11,7	– 0,1	– 0,2	+ 38,4
Mai	+ 0,2	– 3,6	+ 24,6	+ 13,9	+ 0,0	+ 1,9	+ 8,8	– 0,0	– 15,1	– 1,7	– 0,0	+ 1,2	– 14,5
Juni	– 0,4	+ 4,5	+ 10,0	+ 3,3	–	+ 4,0	+ 2,7	+ 0,0	– 32,1	+ 5,7	– 0,0	+ 0,4	– 38,1
Juli	+ 0,3	– 13,6	+ 7,6	+ 8,1	– 0,0	+ 0,6	– 1,1	– 0,0	+ 6,8	+ 7,7	– 0,0	– 0,8	– 0,0
Aug.	+ 0,1	+ 7,1	+ 25,4	+ 19,3	–	+ 1,3	+ 4,8	– 0,0	+ 26,6	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 24,5
Sept.	– 0,3	+ 20,2	+ 37,8	+ 46,9	+ 0,0	– 0,8	– 8,3	+ 0,0	– 0,5	+ 6,5	– 0,1	– 0,4	– 6,5
Okt.	+ 1,3	– 17,1	+ 61,1	+ 64,7	– 0,0	+ 1,3	– 4,9	– 0,0	+ 0,4	+ 4,8	+ 0,0	– 0,2	– 4,3
Nov.	– 0,2	+ 4,8	+ 38,0	+ 13,6	–	+ 18,3	+ 6,1	+ 0,1	– 0,5	+ 2,2	+ 0,0	– 0,3	– 2,4
Dez.	+ 3,0	+ 47,8	– 51,3	– 49,7	–	– 1,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 23,2	– 9,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 31,7
2009 Jan.	– 3,9	– 50,8	+ 31,9	+ 29,2	+ 0,0	– 1,3	+ 4,0	– 0,1	+ 26,2	+ 20,0	– 0,1	– 0,1	+ 6,4
Febr.	– 0,1	+ 2,6	– 28,1	– 28,0	– 0,0	– 2,3	+ 2,2	+ 0,0	– 6,1	– 9,1	– 0,1	+ 0,2	+ 2,9
März	+ 0,0	– 0,3	– 29,8	– 43,6	–	– 16,3	+ 30,1	– 0,2	+ 9,2	+ 9,8	– 0,0	+ 0,4	– 1,0
April	+ 1,5	– 5,5	– 15,9	– 12,4	–	– 3,3	– 0,1	– 0,0	+ 22,8	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,7	+ 16,7
Mai	+ 0,5	+ 24,7	– 45,4	– 52,6	–	– 3,2	+ 10,5	– 0,1	– 16,9	– 4,6	– 0,1	+ 0,5	– 12,8

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 5. — 4 Bis Dezember

1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichforderungen; s. a. Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichforderungen. —

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nachrichtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)						Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999	
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000	
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001	
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002	
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003	
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007 Dez.	
-	51,9	110,5	1 393,3	136,9	1 256,4	0,0	44,0	2 587,3	785,1	1 130,6	550,5	121,1	33,6	2008 Jan.	
-	51,4	110,5	1 394,9	139,2	1 255,7	0,0	43,6	2 601,7	784,9	1 147,5	547,6	121,7	33,6	Febr.	
-	50,8	111,9	1 432,6	142,8	1 289,7	0,0	42,8	2 601,9	786,3	1 150,0	543,8	121,8	33,2	März	
-	50,4	111,0	1 439,6	132,6	1 306,9	0,0	42,7	2 620,8	779,4	1 178,8	539,8	122,8	33,1	April	
-	50,2	110,8	1 443,2	133,5	1 309,6	0,0	42,5	2 636,4	782,6	1 193,5	536,3	124,0	33,1	Mai	
-	49,2	106,7	1 448,6	134,8	1 313,8	0,0	41,6	2 646,4	793,1	1 194,4	533,5	125,4	32,9	Juni	
-	49,7	110,5	1 438,6	122,5	1 316,1	0,0	41,9	2 644,7	768,2	1 221,5	527,9	127,1	32,5	Juli	
-	49,3	110,2	1 446,4	124,6	1 321,8	0,0	42,3	2 660,4	771,9	1 236,7	523,6	128,1	32,5	Aug.	
-	48,4	108,2	1 528,8	151,4	1 377,4	0,0	42,0	2 676,0	784,7	1 242,4	519,3	129,6	32,3	Sept.	
-	48,1	108,8	1 641,8	162,0	1 479,7	0,0	43,2	2 719,2	812,8	1 252,5	520,8	133,1	32,3	Okt.	
-	47,8	108,4	1 595,2	155,9	1 439,3	0,0	43,2	2 748,8	832,8	1 257,9	523,4	134,7	32,2	Nov.	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	Dez.	
-	46,9	115,6	1 532,6	155,0	1 377,6	0,0	41,9	2 799,9	884,4	1 242,7	539,0	133,8	31,9	2009 Jan.	
-	46,5	116,4	1 509,5	159,0	1 350,4	0,0	42,0	2 820,0	912,1	1 231,8	544,3	131,9	31,8	Febr.	
-	46,4	119,5	1 455,9	138,3	1 317,7	0,0	40,6	2 817,3	914,0	1 226,4	547,8	129,1	30,9	März	
-	45,5	119,1	1 458,0	153,2	1 304,8	0,0	39,6	2 839,6	932,2	1 231,1	551,1	125,2	31,1	April	
-	44,7	110,6	1 444,8	121,7	1 323,1	0,0	38,3	2 837,0	935,4	1 224,4	555,1	122,1	31,2	Mai	
Veränderungen *)															
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000	
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001	
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002	
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003	
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004	
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005	
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006	
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007	
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008	
-	- 0,3	+ 0,6	+ 85,6	- 19,5	+ 105,1	-	+ 0,3	+ 27,9	- 20,9	+ 39,7	+ 7,3	+ 1,7	+ 0,1	2007 Dez.	
-	- 0,7	+ 1,1	- 101,0	+ 14,9	- 115,9	- 0,0	- 1,1	+ 8,0	+ 5,0	+ 5,2	- 4,9	+ 2,7	- 0,1	2008 Jan.	
-	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 2,2	- 0,6	- 0,0	- 0,5	+ 14,5	- 0,1	+ 16,9	- 2,9	+ 0,6	+ 0,0	Febr.	
-	- 0,5	+ 1,4	+ 37,7	+ 3,7	+ 34,0	-	- 0,7	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,7	- 3,7	+ 0,0	- 0,4	März	
-	- 0,5	+ 0,1	+ 8,0	- 9,7	+ 17,8	+ 0,0	- 0,1	+ 18,7	- 7,2	+ 28,8	- 4,1	+ 1,1	- 0,1	April	
-	- 0,2	- 0,1	+ 3,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,0	- 0,2	+ 15,6	+ 3,1	+ 14,7	- 3,5	+ 1,2	- 0,0	Mai	
-	- 1,0	+ 0,3	+ 5,5	+ 1,3	+ 4,2	+ 0,0	- 0,9	+ 9,9	+ 10,5	+ 0,9	- 2,9	+ 1,4	- 0,2	Juni	
-	+ 0,5	+ 4,4	+ 3,0	- 9,7	+ 12,7	- 0,0	+ 0,3	- 1,7	- 24,9	+ 27,1	- 5,6	+ 1,7	- 0,5	Juli	
-	- 0,4	- 0,3	+ 13,7	+ 2,2	+ 11,6	-	+ 0,4	+ 15,7	+ 3,8	+ 15,2	- 4,3	+ 1,0	+ 0,0	Aug.	
-	- 1,0	- 2,0	+ 82,3	+ 26,8	+ 55,5	-	- 0,3	+ 15,5	+ 12,8	+ 5,7	- 4,4	+ 1,4	- 0,2	Sept.	
-	- 0,3	+ 0,5	+ 113,0	+ 11,1	+ 101,9	- 0,0	+ 1,2	+ 43,2	+ 28,1	+ 10,1	+ 1,5	+ 3,5	- 0,1	Okt.	
-	- 0,3	- 0,3	- 30,7	- 3,3	- 27,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 34,3	+ 20,0	+ 10,1	+ 2,6	+ 1,7	- 0,0	Nov.	
-	- 0,6	+ 2,8	- 12,7	- 17,4	+ 4,7	- 0,0	- 1,6	+ 33,5	+ 1,8	+ 19,2	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,1	Dez.	
-	- 0,3	+ 4,4	- 49,9	+ 16,5	- 66,4	- 0,0	+ 0,3	+ 18,5	+ 49,7	- 33,5	+ 3,8	- 1,5	- 0,4	2009 Jan.	
-	- 0,3	+ 0,7	- 23,1	+ 4,0	- 27,1	-	+ 0,1	+ 20,2	+ 27,7	- 10,9	+ 5,3	- 2,0	- 0,1	Febr.	
-	- 0,6	+ 3,2	- 53,6	- 20,7	- 32,8	- 0,0	- 1,4	- 3,0	+ 1,9	- 6,1	+ 3,5	- 2,4	- 0,9	März	
-	- 0,9	- 0,4	+ 1,8	+ 14,9	- 13,2	+ 0,0	- 1,0	+ 22,3	+ 34,9	- 12,0	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	April	
-	- 0,2	- 2,6	- 9,8	- 31,5	+ 21,8	- 0,0	- 1,1	- 2,6	+ 3,0	- 6,5	+ 3,9	- 3,1	- 0,0	Mai	

9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. —

14 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige			
		Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7	
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5	
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9	
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9	
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4	
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1	
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8	
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9	
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2007 Dez.	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008 Jan.	0,3	1 438,2	1 113,1	814,1	298,9	11,7	313,4	2,1	921,4	513,3	215,3	298,0	24,4	383,7	
Febr.	0,4	1 436,6	1 107,9	803,7	304,3	15,8	312,9	2,0	934,3	526,3	225,5	300,8	25,2	382,8	
März	0,4	1 446,0	1 116,7	810,0	306,7	18,2	311,1	2,0	940,1	527,5	226,7	300,7	19,6	393,1	
April	0,4	1 466,2	1 140,2	829,7	310,6	16,7	309,3	2,0	939,4	535,3	226,2	309,1	17,7	386,5	
Mai	0,4	1 457,7	1 118,4	805,0	313,5	21,5	315,7	2,1	945,1	544,8	229,9	314,8	18,5	381,8	
Juni	0,5	1 453,6	1 108,0	790,9	317,1	28,3	317,2	1,9	929,1	526,2	194,2	332,0	19,3	383,6	
Juli	0,6	1 445,9	1 096,0	766,6	329,5	32,2	317,7	1,9	929,5	533,3	196,0	337,3	18,2	378,0	
Aug.	0,5	1 444,6	1 093,5	754,7	338,8	32,5	318,6	2,0	949,7	554,6	203,1	351,5	17,3	377,8	
Sept.	0,4	1 521,0	1 171,1	814,7	356,4	32,1	317,8	2,0	967,1	569,7	203,4	366,3	18,5	378,9	
Okt.	0,8	1 571,1	1 232,6	859,9	372,7	27,3	311,3	2,0	990,1	597,4	208,6	388,8	17,0	375,6	
Nov.	0,7	1 509,6	1 181,4	807,5	373,9	21,5	306,7	2,0	961,6	574,4	183,8	390,5	12,8	374,4	
Dez.	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2009 Jan.	0,4	1 433,6	1 122,7	743,9	378,8	14,8	296,1	1,9	915,4	541,1	153,8	387,3	12,2	362,1	
Febr.	0,4	1 416,2	1 111,4	733,1	378,3	12,2	292,6	1,9	905,6	529,5	141,1	388,4	11,3	364,7	
März	0,5	1 357,7	1 058,2	686,2	372,0	10,0	289,5	1,9	880,9	514,4	135,4	379,1	9,8	356,6	
April	0,4	1 378,9	1 081,8	713,6	368,2	9,2	287,9	1,9	896,0	530,1	147,2	382,9	11,6	354,3	
Mai	0,4	1 355,9	1 057,7	691,4	366,3	6,7	291,4	2,0	884,5	516,3	143,5	372,8	12,3	355,9	
		Veränderungen *)													
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2	
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3	
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9	
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9	
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1	
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0	
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5	
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3	
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3	
2007 Dez.	- 0,1	- 14,0	- 12,6	- 13,4	+ 0,8	- 1,8	+ 0,4	- 0,0	- 10,7	- 10,1	- 14,5	+ 4,4	+ 0,6	- 1,1	
2008 Jan.	- 0,0	+ 6,6	+ 9,1	+ 11,9	- 2,8	- 1,7	- 0,7	+ 0,2	+ 15,6	+ 21,9	+ 18,5	+ 3,4	- 2,9	- 3,4	
Febr.	+ 0,0	+ 3,5	- 0,2	- 7,2	+ 7,0	+ 4,1	- 0,3	- 0,0	+ 17,9	+ 16,5	+ 11,6	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,3	
März	+ 0,1	+ 19,8	+ 18,7	+ 12,8	+ 5,8	+ 2,5	- 1,4	- 0,0	+ 15,8	+ 8,7	+ 3,9	+ 4,8	- 5,1	+ 12,2	
April	- 0,0	+ 17,7	+ 20,7	+ 16,9	+ 3,8	- 1,6	- 1,4	- 0,0	- 2,9	+ 6,6	- 0,3	+ 6,8	- 2,0	- 7,4	
Mai	+ 0,1	- 6,8	- 20,0	- 25,0	+ 5,0	+ 4,8	+ 8,4	+ 0,1	+ 5,4	+ 9,2	+ 3,6	+ 5,5	+ 0,8	- 4,6	
Juni	+ 0,0	+ 2,8	- 3,5	- 10,7	+ 7,2	+ 6,8	- 0,5	- 0,1	- 12,4	- 14,9	- 34,8	+ 20,0	+ 0,9	+ 1,5	
Juli	+ 0,2	- 9,2	- 13,5	- 25,2	+ 11,7	+ 3,9	+ 0,4	- 0,0	- 1,4	+ 5,7	+ 1,4	+ 4,3	- 1,1	- 6,0	
Aug.	- 0,1	- 15,5	- 16,4	- 20,7	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 7,0	+ 11,5	+ 4,7	+ 6,9	- 1,1	- 3,4	
Sept.	- 0,1	+ 65,8	+ 67,5	+ 53,7	+ 13,7	- 0,4	- 1,3	+ 0,0	+ 9,2	+ 8,9	- 1,5	+ 10,3	+ 1,1	- 0,7	
Okt.	+ 0,4	+ 9,5	+ 21,6	+ 19,2	+ 2,5	- 5,0	- 7,2	+ 0,0	- 10,3	+ 3,6	- 1,1	+ 4,7	- 2,0	- 11,8	
Nov.	- 0,2	- 53,9	- 43,8	- 46,5	+ 2,8	- 5,7	- 4,4	- 0,0	- 12,5	- 7,4	- 10,3	+ 2,9	- 4,2	- 0,9	
Dez.	- 0,3	- 31,8	- 19,9	- 22,1	+ 2,2	- 5,9	- 6,0	- 0,1	- 27,1	- 25,2	- 27,6	+ 2,4	+ 0,2	- 2,0	
2009 Jan.	+ 0,1	- 39,9	- 34,8	- 39,1	+ 4,2	- 0,8	- 4,2	+ 0,1	- 15,8	- 5,3	- 1,5	- 3,9	- 0,7	- 9,7	
Febr.	- 0,0	- 19,3	- 13,5	- 12,0	- 1,5	- 3,1	- 2,7	+ 0,0	- 12,8	- 13,6	- 13,3	- 0,4	- 0,9	+ 1,8	
März	+ 0,1	- 42,4	- 37,7	- 38,1	+ 0,4	- 2,2	- 2,5	- 0,0	- 9,8	- 3,7	- 3,2	- 0,5	- 1,5	- 4,7	
April	- 0,1	+ 18,4	+ 21,3	+ 26,0	- 4,7	- 0,8	- 2,1	- 0,0	+ 13,0	+ 14,5	+ 11,6	+ 2,9	+ 1,5	- 3,0	
Mai	- 0,0	- 14,1	- 10,9	- 14,3	+ 3,5	- 2,5	- 0,7	- 0,1	+ 6,3	- 2,9	- 1,1	- 1,8	+ 0,8	+ 8,4	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)		
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999	
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000	
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001	
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002	
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003	
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004	
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007 Dez.	
25,0	50,9	784,6	205,1	579,5	465,6	113,9	0,2	318,5	100,2	218,3	115,7	102,6	3,1	2008 Jan.	
25,0	50,2	787,8	200,4	587,4	473,8	113,6	0,2	330,5	94,1	236,4	135,7	100,7	3,0	Febr.	
24,2	49,8	791,6	229,5	562,1	449,4	112,7	0,3	327,6	100,5	227,2	129,6	97,5	2,8	März	
24,5	49,7	830,8	216,1	614,7	501,7	113,1	0,3	334,1	98,2	236,0	139,0	97,0	2,8	April	
24,4	49,8	823,2	230,4	592,7	481,1	111,6	0,3	326,0	94,4	231,6	131,7	99,9	2,8	Mai	
24,4	49,7	769,2	230,7	538,5	431,6	106,9	0,3	313,9	101,2	212,7	114,2	98,5	2,7	Juni	
23,7	49,8	746,6	198,8	547,7	439,8	107,9	0,3	328,7	100,7	228,0	130,9	97,2	2,6	Juli	
24,4	49,9	748,0	171,6	576,5	465,4	111,1	0,3	337,6	103,8	233,8	136,4	97,4	2,6	Aug.	
24,7	48,6	815,2	258,3	556,9	436,1	120,8	0,3	323,3	101,1	222,2	125,6	96,6	2,5	Sept.	
26,3	49,2	780,1	243,5	536,6	415,1	121,5	0,3	325,3	103,6	221,7	117,9	103,8	2,7	Okt.	
26,5	49,0	752,0	254,4	497,6	369,7	127,9	0,3	307,8	103,7	204,1	101,4	102,7	2,6	Nov.	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	Dez.	
25,9	50,9	737,2	253,1	484,1	359,6	124,6	0,3	306,8	123,8	183,0	82,4	100,7	2,6	2009 Jan.	
26,1	49,4	733,1	251,7	481,4	356,7	124,6	0,3	279,9	100,5	179,4	78,5	100,9	2,5	Febr.	
24,1	49,5	705,4	266,8	438,7	315,7	122,9	0,3	273,0	103,7	169,3	71,3	98,0	2,5	März	
24,2	50,0	729,0	228,6	500,4	378,6	121,8	0,3	288,8	100,4	188,4	91,5	96,9	2,4	April	
23,8	49,7	718,8	214,4	504,4	353,6	150,8	0,3	239,2	102,5	136,7	72,1	64,7	2,3	Mai	
Veränderungen *)															
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000	
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001	
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002	
- 0,7	+ 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003	
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004	
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005	
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
+ 0,0	+ 0,3	- 28,2	- 42,3	+ 14,1	+ 14,9	- 0,9	+ 0,0	- 23,0	- 21,7	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	2007 Dez.	
+ 0,1	+ 2,2	+ 46,6	+ 40,7	+ 5,9	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 16,0	+ 24,3	- 8,3	- 6,5	- 1,8	- 0,0	2008 Jan.	
+ 0,0	- 0,4	+ 7,4	- 3,4	+ 10,7	+ 10,7	+ 0,0	-	+ 13,9	- 5,7	+ 19,5	+ 20,7	- 1,2	- 0,1	Febr.	
- 0,7	+ 0,7	+ 11,5	+ 31,0	- 19,6	- 19,4	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	+ 7,3	- 6,4	- 4,8	- 1,6	- 0,2	März	
+ 0,2	- 0,2	+ 38,2	- 14,2	+ 52,4	+ 51,3	+ 1,1	+ 0,0	+ 5,9	- 2,8	+ 8,6	+ 9,6	- 0,9	- 0,0	April	
- 0,1	+ 0,0	- 3,7	+ 16,2	- 19,9	- 20,7	+ 0,8	+ 0,0	- 10,3	- 5,7	- 4,5	- 7,2	+ 2,7	- 0,0	Mai	
+ 0,0	+ 0,2	- 48,9	+ 1,0	- 49,9	- 47,8	- 2,1	+ 0,0	- 10,8	+ 7,0	- 17,9	- 17,0	- 0,9	- 0,1	Juni	
- 0,7	- 0,1	- 23,6	- 32,2	+ 8,5	+ 7,6	+ 1,0	+ 0,0	+ 14,4	- 0,6	+ 15,0	+ 16,6	- 1,6	- 0,0	Juli	
+ 0,7	- 0,4	- 11,1	- 29,7	+ 18,6	+ 16,2	+ 2,4	+ 0,0	+ 6,4	+ 2,1	+ 4,2	+ 5,4	- 1,1	- 0,0	Aug.	
+ 0,4	- 1,7	+ 59,5	+ 85,7	- 26,2	- 35,3	+ 9,1	- 0,0	- 17,7	- 3,1	- 14,6	- 12,7	- 1,9	- 0,1	Sept.	
+ 1,6	- 0,8	- 61,4	- 22,2	- 39,2	- 40,1	+ 0,9	+ 0,0	- 13,0	+ 0,1	- 13,2	- 13,3	+ 0,1	+ 0,1	Okt.	
+ 0,2	+ 0,1	- 26,4	+ 11,0	- 37,3	- 44,0	+ 6,6	- 0,0	- 10,4	+ 2,9	- 13,3	- 13,5	+ 0,2	- 0,1	Nov.	
- 1,0	- 2,6	- 38,1	- 31,8	- 6,3	- 4,2	- 2,1	- 0,0	- 7,6	- 9,8	+ 2,2	+ 3,4	- 1,2	- 0,1	Dez.	
+ 0,3	+ 4,6	+ 18,3	+ 32,1	- 13,8	- 12,9	- 0,9	- 0,0	+ 14,2	+ 30,4	- 16,3	- 14,8	- 1,4	+ 0,1	2009 Jan.	
+ 0,3	- 1,6	- 5,9	- 1,8	- 4,0	- 3,8	- 0,2	- 0,0	- 27,4	- 23,4	- 4,0	- 3,9	- 0,1	- 0,1	Febr.	
- 1,6	+ 0,8	- 17,5	+ 17,9	- 35,4	- 35,3	- 0,0	- 0,0	- 3,1	+ 4,0	- 7,1	- 6,0	- 1,1	- 0,1	März	
+ 0,0	+ 0,3	+ 22,5	- 37,8	+ 60,3	+ 60,8	- 0,5	-	+ 14,8	- 3,3	+ 18,1	+ 19,8	- 1,6	- 0,1	April	
- 0,9	+ 0,1	- 36,3	- 11,5	- 24,9	- 23,8	- 1,0	- 0,0	- 10,5	+ 3,1	- 13,6	- 14,3	+ 0,7	- 0,1	Mai	

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. —

6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	zu-	Buch-	Schatz-	wechsel		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2007 Dez.	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008 Jan.	2 998,5	2 654,4	341,7	310,0	309,1	0,9	31,8	30,5	1,3	2 656,7	2 188,9
Febr.	2 993,2	2 659,9	348,3	317,6	316,7	0,9	30,7	29,4	1,2	2 644,9	2 173,1
März	3 009,0	2 667,3	359,5	329,7	328,8	0,8	29,8	28,2	1,6	2 649,5	2 177,1
April	3 058,8	2 679,1	366,6	332,5	331,7	0,8	34,1	32,8	1,2	2 692,3	2 212,7
Mai	3 043,7	2 677,4	363,1	332,6	331,5	1,1	30,5	28,4	2,1	2 680,7	2 201,4
Juni	3 011,5	2 683,0	371,0	338,9	337,8	1,1	32,1	29,6	2,5	2 640,5	2 178,7
Juli	3 018,8	2 691,2	374,4	340,5	339,9	0,6	34,0	31,8	2,1	2 644,3	2 184,7
Aug.	3 045,3	2 693,2	369,9	335,0	334,3	0,7	34,9	32,8	2,1	2 675,4	2 218,7
Sept.	3 044,8	2 699,6	378,5	345,9	345,0	0,9	32,6	31,1	1,6	2 666,2	2 221,6
Okt.	3 045,1	2 704,4	374,5	337,9	337,5	0,4	36,7	34,8	1,9	2 670,6	2 225,5
Nov.	3 044,6	2 706,6	375,8	341,3	340,9	0,4	34,5	32,9	1,6	2 668,8	2 226,4
Dez.	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009 Jan.	3 097,3	2 719,9	395,2	353,9	353,2	0,7	41,4	39,0	2,4	2 702,0	2 260,4
Febr.	3 091,2	2 710,7	386,9	344,0	343,6	0,5	42,8	40,1	2,8	2 704,3	2 266,9
März	3 101,4	2 721,5	410,5	368,3	367,9	0,4	42,2	39,0	3,3	2 690,9	2 256,7
April	3 124,3	2 726,0	408,5	362,5	362,1	0,4	46,0	41,0	5,0	2 715,8	2 276,8
Mai	3 106,5	2 721,4	401,9	360,4	359,5	0,9	41,5	36,5	5,0	2 704,6	2 263,1
Veränderungen *)											
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	+ 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2007 Dez.	+ 3,4	+ 6,2	+ 2,1	+ 5,1	+ 5,4	- 0,2	- 3,1	- 2,6	- 0,4	+ 1,4	+ 5,9
2008 Jan.	+ 22,7	+ 4,9	+ 10,6	+ 8,2	+ 7,6	+ 0,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 12,2	+ 20,5
Febr.	- 5,3	+ 5,5	+ 6,8	+ 7,9	+ 7,9	+ 0,1	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 12,1	- 16,0
März	+ 15,9	+ 7,4	+ 11,2	+ 12,0	+ 12,2	- 0,1	- 0,8	- 1,2	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,0
April	+ 49,8	+ 11,6	+ 7,3	+ 2,8	+ 2,8	- 0,0	+ 4,4	+ 4,6	- 0,2	+ 42,5	+ 35,6
Mai	- 15,1	- 1,8	- 3,6	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 3,6	- 4,5	+ 0,8	- 11,5	- 11,3
Juni	- 32,1	+ 5,6	+ 7,9	+ 6,2	+ 6,3	- 0,1	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,4	- 40,0	- 22,6
Juli	+ 6,8	+ 7,7	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,0	- 0,4	+ 1,8	+ 2,2	- 0,4	+ 3,4	+ 5,6
Aug.	+ 26,6	+ 2,1	- 4,6	- 5,5	- 5,6	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,9	- 0,0	+ 31,2	+ 34,1
Sept.	- 0,5	+ 6,4	+ 8,7	+ 10,9	+ 10,7	+ 0,1	- 2,2	- 1,7	- 0,5	- 9,2	+ 2,8
Okt.	+ 0,4	+ 4,8	+ 3,1	- 7,1	- 6,6	- 0,5	+ 4,0	+ 3,7	+ 0,3	+ 3,4	+ 3,0
Nov.	- 0,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,5	- 0,0	- 2,1	- 1,9	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9
Dez.	+ 23,2	- 9,6	- 2,8	- 3,8	- 5,6	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 26,0	+ 26,9
2009 Jan.	+ 26,2	+ 19,8	+ 21,0	+ 15,1	+ 16,7	- 1,5	+ 5,8	+ 4,4	+ 1,4	+ 5,2	+ 3,9
Febr.	- 6,1	- 9,2	- 8,3	- 9,8	- 9,6	- 0,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 6,5
März	+ 9,2	+ 9,7	+ 23,6	+ 24,2	+ 24,3	- 0,1	- 0,6	- 1,1	+ 0,5	- 14,4	- 11,3
April	+ 22,8	+ 4,5	- 2,0	- 5,8	- 5,7	- 0,0	+ 3,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 24,9	+ 20,2
Mai	- 16,9	- 4,6	- 6,6	- 2,1	- 2,6	+ 0,5	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 10,4	- 12,9

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999 Aufgliederung

IV. Banken

Kredite 2) 5)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wertpapiere 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 5) 9)	Ausgleichs-forderungen 10)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)		
zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)				zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007 Dez.	
1 988,3	209,5	1 778,8	200,6	47,4	467,9	326,6	31,5	295,1	141,3	-	4,5	2008 Jan.	
1 989,8	210,5	1 779,4	183,3	46,9	471,8	324,0	32,9	291,1	147,8	-	4,5	Febr.	
1 987,5	211,5	1 776,1	189,6	46,3	472,4	322,7	33,6	289,1	149,7	-	4,5	März	
1 991,6	211,9	1 779,7	221,1	45,9	479,6	323,0	34,0	289,0	156,6	-	4,5	April	
1 995,2	212,1	1 783,2	206,2	45,7	479,3	322,3	33,5	288,8	157,0	-	4,5	Mai	
1 995,9	213,3	1 782,6	182,8	44,7	461,8	319,8	32,4	287,3	142,0	-	4,5	Juni	
2 001,8	213,3	1 788,4	182,9	45,2	459,7	317,8	32,1	285,7	141,9	-	4,5	Juli	
2 009,9	215,6	1 794,3	208,8	44,9	456,7	316,2	31,7	284,6	140,5	-	4,4	Aug.	
2 009,8	215,4	1 794,4	211,9	44,0	444,6	313,7	31,0	282,8	130,9	-	4,4	Sept.	
2 020,3	218,1	1 802,1	205,3	43,6	445,0	311,9	29,8	282,1	133,2	-	4,5	Okt.	
2 021,5	218,7	1 802,8	204,9	43,3	442,4	311,3	29,9	281,4	131,2	-	4,5	Nov.	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	Dez.	
2 022,5	222,9	1 799,5	238,0	42,5	441,6	305,3	29,7	275,6	136,3	-	4,4	2009 Jan.	
2 024,7	225,8	1 799,0	242,2	42,2	437,4	302,4	29,2	273,2	135,0	-	4,4	Febr.	
2 015,5	224,4	1 791,1	241,1	42,0	434,3	299,2	28,8	270,4	135,1	-	4,4	März	
2 023,4	229,0	1 794,4	253,5	41,1	439,0	299,5	29,2	270,3	139,4	-	4,4	April	
2 025,2	230,2	1 795,0	237,9	40,3	441,5	300,1	30,3	269,8	141,4	-	4,4	Mai	
Veränderungen *)													
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000	
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001	
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 3,0	+ 4,5	- 1,5	+ 2,9	- 0,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	- 5,1	-	+ 0,1	2007 Dez.	
+ 1,0	+ 1,8	- 0,9	+ 19,5	- 0,6	- 8,4	- 5,9	- 0,4	- 5,6	- 2,4	-	- 0,1	2008 Jan.	
+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	- 17,3	- 0,5	+ 3,9	- 2,6	+ 1,4	- 4,1	+ 6,6	-	+ 0,0	Febr.	
- 2,3	+ 1,0	- 3,3	+ 6,3	- 0,5	+ 0,7	- 1,2	+ 0,7	- 1,9	+ 1,9	-	- 0,0	März	
+ 4,0	+ 0,4	+ 3,6	+ 31,6	- 0,5	+ 7,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 6,9	-	+ 0,0	April	
+ 3,7	+ 0,2	+ 3,5	- 14,9	- 0,2	- 0,2	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,5	-	- 0,0	Mai	
+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	- 23,3	- 1,0	- 17,4	- 2,5	- 1,0	- 1,5	- 14,8	-	- 0,0	Juni	
+ 5,5	- 0,2	+ 5,7	+ 0,1	+ 0,5	- 2,2	- 2,0	- 0,4	- 1,7	- 0,1	-	- 0,0	Juli	
+ 8,3	+ 2,4	+ 5,8	+ 25,9	- 0,3	- 2,9	- 1,5	- 0,4	- 1,1	- 1,4	-	- 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 3,1	- 0,9	- 12,0	- 2,4	- 0,7	- 1,6	- 9,6	-	- 0,1	Sept.	
+ 9,6	+ 1,8	+ 7,8	- 6,6	- 0,4	+ 0,5	- 1,8	- 1,2	- 0,7	+ 2,3	-	+ 0,1	Okt.	
+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	- 2,6	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	- 2,0	-	+ 0,0	Nov.	
- 3,8	+ 2,3	- 6,1	+ 30,7	- 0,5	- 0,9	- 1,9	- 0,2	- 1,7	+ 1,0	-	- 0,0	Dez.	
+ 1,7	+ 2,2	- 0,5	+ 2,2	- 0,3	+ 1,3	- 2,9	- 0,1	- 2,9	+ 4,2	-	- 0,0	2009 Jan.	
+ 2,3	+ 2,8	- 0,6	+ 4,2	- 0,3	- 4,2	- 2,9	- 0,4	- 2,5	- 1,3	-	- 0,0	Febr.	
- 10,2	- 3,1	- 7,2	- 1,1	- 0,5	- 3,1	- 3,2	- 0,4	- 2,9	+ 0,1	-	- 0,0	März	
+ 7,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 12,3	- 0,9	+ 4,7	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 4,3	-	+ 0,0	April	
+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7	- 14,8	- 0,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,1	- 0,5	+ 1,9	-	- 0,0	Mai	

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)^{x)}

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) ¹⁾														
Zeit	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau ²⁾	Baugewerbe	Handel ³⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau									
Kredite insgesamt Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2007	2 289,0	1 166,7	1 101,3	914,4	186,8	1 259,7	306,2	145,4	41,3	47,0	135,7	33,2	65,4	101,4
2008 März	2 316,5	1 158,3	1 095,0	908,0	187,0	1 293,1	303,5	152,9	41,7	47,9	134,4	33,5	65,8	126,3
Juni	2 333,8	1 160,3	1 096,0	910,3	185,7	1 309,3	304,4	158,2	43,0	47,6	134,5	34,2	68,5	129,7
Sept.	2 355,0	1 161,4	1 097,1	911,0	186,1	1 329,2	304,3	158,6	43,8	47,8	134,7	35,1	71,5	138,9
Dez.	2 357,5	1 157,4	1 093,4	907,1	186,3	1 332,6	302,8	157,4	56,1	52,1	138,9	34,6	74,0	127,6
2009 März	2 383,5	1 150,8	1 087,5	901,5	186,0	1 363,1	301,2	160,9	61,7	62,8	131,0	34,0	74,5	161,5
Kurzfristige Kredite														
2007	301,7	–	8,6	–	8,6	261,6	4,6	46,2	4,4	8,5	52,0	3,1	7,2	52,1
2008 März	329,0	–	8,6	–	8,6	289,8	4,6	51,1	4,4	9,5	50,9	3,3	6,7	75,4
Juni	338,0	–	8,6	–	8,6	299,0	4,8	54,9	4,8	9,3	50,6	3,8	7,9	77,2
Sept.	345,2	–	8,6	–	8,6	305,3	4,7	53,2	5,0	9,1	50,4	3,8	6,9	85,5
Dez.	335,5	–	8,4	–	8,4	294,8	4,5	51,4	5,4	10,4	54,7	3,1	7,4	70,9
2009 März	368,0	–	8,7	–	8,7	328,1	4,8	54,6	6,5	15,2	48,9	3,4	7,6	106,1
Mittelfristige Kredite														
2007	207,7	–	32,2	–	32,2	141,5	10,4	22,3	2,2	5,6	13,1	2,9	12,5	17,4
2008 März	211,5	–	31,4	–	31,4	147,0	10,3	24,1	2,0	5,6	13,2	2,9	12,7	18,9
Juni	213,3	–	31,2	–	31,2	148,7	10,5	24,1	1,9	5,7	13,5	3,0	12,8	18,9
Sept.	215,4	–	30,8	–	30,8	152,5	10,7	25,4	1,8	5,9	13,7	3,1	14,0	17,5
Dez.	222,0	–	30,3	–	30,3	159,1	10,9	27,1	2,7	6,6	13,8	3,1	14,5	18,0
2009 März	224,4	–	31,4	–	31,4	160,0	11,3	29,0	3,4	8,2	13,2	2,9	14,5	16,9
Langfristige Kredite														
2007	1 779,6	1 166,7	1 060,5	914,4	146,0	856,5	291,2	76,9	34,7	33,0	70,6	27,2	45,7	31,9
2008 März	1 776,1	1 158,3	1 055,1	908,0	147,1	856,2	288,6	77,6	35,3	32,8	70,3	27,2	46,4	32,1
Juni	1 782,6	1 160,3	1 056,2	910,3	146,0	861,6	289,1	79,2	36,3	32,6	70,3	27,5	47,8	33,6
Sept.	1 794,4	1 161,4	1 057,7	911,0	146,7	871,3	288,8	80,1	37,0	32,9	70,5	28,1	50,7	35,9
Dez.	1 800,0	1 157,4	1 054,6	907,1	147,5	878,7	287,5	78,9	48,0	35,2	70,4	28,4	52,1	38,6
2009 März	1 791,1	1 150,8	1 047,3	901,5	145,8	875,1	285,1	77,2	51,8	39,4	68,9	27,7	52,4	38,5
Kredite insgesamt Veränderungen im Vierteljahr *)														
2008 1.Vj.	+ 27,6	– 6,6	– 6,2	– 5,2	– 1,1	+ 33,3	– 2,6	+ 7,5	+ 0,4	+ 0,9	– 1,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 24,7
2.Vj.	+ 17,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 16,2	+ 0,9	+ 5,3	+ 1,3	– 0,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 2,7	+ 3,3
3.Vj.	+ 20,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 19,2	– 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 3,0	+ 10,8
4.Vj.	– 1,7	– 3,2	– 3,5	– 3,5	+ 0,0	+ 0,5	– 1,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 4,4	– 0,5	+ 2,5	– 12,8
2009 1.Vj.	+ 25,0	– 5,4	– 5,9	– 4,4	– 1,6	+ 29,5	– 1,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 2,0	– 7,5	– 0,2	+ 0,6	+ 33,8
Kurzfristige Kredite														
2008 1.Vj.	+ 27,6	–	– 0,1	–	– 0,1	+ 28,5	+ 0,0	+ 4,9	– 0,0	+ 1,0	– 0,8	+ 0,2	– 0,5	+ 23,3
2.Vj.	+ 8,9	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 9,1	+ 0,1	+ 3,7	+ 0,4	– 0,2	– 0,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,8
3.Vj.	+ 7,1	–	– 0,1	–	– 0,1	+ 6,3	– 0,1	– 1,7	+ 0,2	– 0,2	– 0,3	+ 0,1	– 1,0	+ 8,5
4.Vj.	– 8,7	–	– 0,2	–	– 0,2	– 9,5	– 0,2	– 1,9	+ 0,4	– 0,1	+ 4,5	– 0,7	+ 0,6	– 14,6
2009 1.Vj.	+ 31,3	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 32,1	+ 0,3	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,7	– 5,8	+ 0,3	+ 0,2	+ 33,9
Mittelfristige Kredite														
2008 1.Vj.	+ 3,5	–	– 0,8	–	– 0,8	+ 5,2	– 0,1	+ 1,8	– 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,2
2.Vj.	+ 1,8	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 1,7	+ 0,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	– 0,0
3.Vj.	+ 2,0	–	– 0,3	–	– 0,3	+ 3,7	+ 0,2	+ 1,4	– 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	– 0,7
4.Vj.	+ 4,6	–	– 0,5	–	– 0,5	+ 5,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,0	– 0,0	+ 0,6	+ 0,5
2009 1.Vj.	+ 1,9	–	– 0,4	–	– 0,4	+ 1,7	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,4	– 0,7	– 0,2	+ 0,1	+ 0,0
Langfristige Kredite														
2008 1.Vj.	– 3,6	– 6,6	– 5,4	– 5,2	– 0,2	– 0,4	– 2,5	+ 0,7	+ 0,6	– 0,2	– 0,2	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,2
2.Vj.	+ 6,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,2	+ 5,4	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,0	– 0,1	– 0,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5
3.Vj.	+ 11,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 9,3	– 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,9	+ 3,0
4.Vj.	+ 2,4	– 3,2	– 2,8	– 3,5	+ 0,7	+ 4,6	– 1,3	+ 0,0	+ 2,9	+ 0,5	– 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2
2009 1.Vj.	– 8,2	– 5,4	– 5,9	– 4,4	– 1,5	– 4,2	– 2,1	– 0,6	+ 0,9	– 0,1	– 1,0	– 0,4	+ 0,3	– 0,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparbanken nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erschei-

nen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. — 2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 4)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
690,3	165,0	46,2	197,5	386,6	58,2	1 015,2	791,6	223,7	129,3	17,2	14,0	3,5	2007	
690,5	165,5	47,4	195,9	384,2	58,6	1 009,6	788,1	221,6	128,9	17,0	13,9	3,5	2008 März	
693,5	166,1	48,5	197,2	383,9	58,9	1 010,8	788,1	222,6	130,6	17,1	13,8	3,5	Juni	
698,8	167,1	49,0	198,4	382,4	58,6	1 012,3	789,5	222,8	130,4	17,9	13,5	3,3	Sept.	
691,9	169,4	51,7	190,2	381,4	58,2	1 011,4	787,3	224,0	132,1	17,1	13,5	3,3	Dez.	
676,8	183,9	51,9	168,0	378,3	58,2	1 007,2	783,0	224,2	134,7	16,2	13,2	3,2	2009 März	
													Kurzfristige Kredite	
88,0	13,0	13,0	23,3	35,7	9,4	39,2	4,0	35,2	2,5	17,2	0,8	0,0	2007	
88,4	13,1	14,3	22,3	35,5	10,1	38,3	3,9	34,4	2,5	17,0	0,9	0,0	2008 März	
90,5	13,5	15,4	22,5	35,3	10,2	38,2	3,9	34,4	2,5	17,1	0,8	0,0	Juni	
91,4	13,6	14,7	23,7	35,0	9,9	39,2	3,9	35,3	2,4	17,9	0,7	0,0	Sept.	
91,4	13,4	17,0	19,3	35,4	9,4	39,7	3,9	35,8	2,8	17,1	1,0	0,0	Dez.	
85,7	12,9	16,6	16,2	35,8	10,0	39,1	3,9	35,2	3,0	16,2	0,8	0,0	2009 März	
													Mittelfristige Kredite	
65,7	7,4	7,5	17,7	27,4	3,7	65,4	21,7	43,6	35,8	-	0,7	0,0	2007	
67,7	7,9	7,5	18,6	27,0	3,7	63,8	21,0	42,7	34,8	-	0,7	0,0	2008 März	
68,8	8,4	7,8	19,3	27,1	3,8	63,9	20,6	43,3	35,5	-	0,6	0,0	Juni	
71,2	8,7	8,5	19,5	26,8	3,9	62,3	20,1	42,2	34,4	-	0,6	0,0	Sept.	
73,3	8,2	9,2	21,3	26,7	4,0	62,3	19,5	42,8	35,1	-	0,6	0,0	Dez.	
71,9	8,3	9,8	20,0	26,5	4,1	63,9	20,1	43,8	36,7	-	0,5	0,0	2009 März	
													Langfristige Kredite	
536,6	144,7	25,7	156,5	323,5	45,1	910,6	765,8	144,8	90,9	-	12,5	3,4	2007	
534,4	144,5	25,6	155,0	321,8	44,8	907,5	763,1	144,4	91,6	-	12,3	3,4	2008 März	
534,2	144,3	25,2	155,3	321,5	44,9	908,6	763,7	144,9	92,7	-	12,4	3,4	Juni	
536,2	144,7	25,8	155,1	320,6	44,8	910,9	765,5	145,3	93,6	-	12,2	3,3	Sept.	
527,2	147,8	25,6	149,7	319,3	44,8	909,4	763,9	145,4	94,2	-	11,9	3,2	Dez.	
519,1	162,7	25,6	131,8	316,0	44,1	904,3	759,0	145,2	95,0	-	11,8	3,2	2009 März	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 1,5	- 2,4	+ 0,4	- 5,6	- 3,6	- 2,0	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,0	2008 1.Vj.	
+ 3,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 3,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,0	- 1,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,1	- 0,3	+ 0,8	- 0,3	+ 0,1	3.Vj.	
+ 2,0	+ 0,5	+ 2,4	- 2,5	- 1,1	- 0,5	- 2,3	- 2,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
- 6,1	- 0,3	+ 0,3	- 2,3	- 3,2	- 0,0	- 4,3	- 4,3	+ 0,0	+ 2,4	- 0,9	- 0,3	- 0,0	2009 1.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
+ 0,4	+ 0,1	+ 1,3	- 1,0	- 0,2	+ 0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-	2008 1.Vj.	
+ 2,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	-	2.Vj.	
+ 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 1,2	- 0,3	- 0,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,8	- 0,1	- 0,0	3.Vj.	
+ 2,3	+ 0,0	+ 2,3	- 2,4	+ 0,4	- 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	4.Vj.	
- 2,3	- 0,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,0	2009 1.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
+ 2,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,9	- 0,4	- 0,0	- 1,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	-	- 0,1	- 0,0	2008 1.Vj.	
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2.Vj.	
+ 1,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 1,7	- 0,5	- 1,2	- 1,1	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	- 0,0	4.Vj.	
- 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,9	+ 1,6	-	- 0,1	+ 0,0	2009 1.Vj.	
													Langfristige Kredite	
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 1,4	- 1,8	- 0,3	- 3,1	- 2,8	- 0,2	+ 0,6	-	- 0,1	- 0,0	2008 1.Vj.	
- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	-	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	3.Vj.	
- 1,7	+ 0,8	- 0,1	- 0,9	- 1,3	-	- 1,9	- 1,5	- 0,4	+ 0,0	-	- 0,3	- 0,0	4.Vj.	
- 3,2	+ 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 3,0	- 0,7	- 3,9	- 3,7	- 0,2	+ 0,6	-	- 0,1	- 0,1	2009 1.Vj.	

x) Ab Dezember 2008 werden die Daten auf der Grundlage der "Klassifikation der Wirtschaftszweige" des Statistischen Bundesamtes Ausgabe 2008 (WZ 2008) erhoben. Der Übergang von der "alten" zur "neuen" Klassifikation hat eine Vielzahl von Umsetzungen innerhalb der Branchen zur Folge.

Da die daraus resultierenden Brüche nur teilweise in den Veränderungen statistisch bereinigt werden konnten, sind die Daten ab dem 4. Quartal 2008 nur eingeschränkt mit den vorhergehenden Quartalen vergleichbar.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)				Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)				Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre	
Inländische Nichtbanken insgesamt												Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2006	2 394,6	747,7	962,8	289,5	673,3	11,7	661,6	586,5	97,5	37,8	30,4	11,2	
2007	2 579,1	779,9	1 125,4	418,9	706,5	22,8	683,7	555,4	118,4	36,4	35,0	22,6	
2008	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3	
2008 Juni	2 646,4	793,1	1 194,4	475,9	718,5	28,4	690,1	533,5	125,4	32,9	35,6	57,1	
Juli	2 644,7	768,2	1 221,5	501,6	719,9	29,6	690,4	527,9	127,1	32,5	35,7	52,6	
Aug.	2 660,4	771,9	1 236,7	515,4	721,3	30,8	690,5	523,6	128,1	32,5	35,7	55,1	
Sept.	2 676,0	784,7	1 242,4	521,6	720,8	32,2	688,6	519,3	129,6	32,3	35,7	64,9	
Okt.	2 719,2	812,8	1 252,5	534,6	717,9	32,8	685,1	520,8	133,1	32,3	35,6	63,3	
Nov.	2 748,8	832,8	1 257,9	540,2	717,6	33,5	684,1	523,4	134,7	32,2	34,8	68,9	
Dez.	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3	
2009 Jan.	2 799,9	884,4	1 242,7	493,9	748,8	32,7	716,1	539,0	133,8	31,9	34,2	65,7	
Febr.	2 820,0	912,1	1 231,8	477,0	754,8	32,7	722,1	544,3	131,9	31,8	34,1	73,0	
März	2 817,3	914,0	1 226,4	469,1	757,3	32,4	724,9	547,8	129,1	30,9	34,1	86,4	
April	2 839,6	932,2	1 231,1	469,7	761,4	32,9	728,4	551,1	125,2	31,1	34,0	91,9	
Mai	2 837,0	935,4	1 224,4	461,0	763,4	33,7	729,7	555,1	122,1	31,2	34,6	91,4	
Veränderungen *)													
2007	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	+ 127,5	+ 33,0	+ 11,0	+ 22,0	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	+ 3,3	+ 9,9	
2008	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	+ 114,5	+ 42,1	+ 10,0	+ 32,0	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	+ 0,6	+ 36,7	
2008 Juni	+ 9,9	+ 10,5	+ 0,9	- 0,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,1	- 2,9	+ 1,4	- 0,2	+ 0,2	+ 7,9	
Juli	- 1,7	- 24,9	+ 27,1	+ 25,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,2	- 5,6	+ 1,7	- 0,5	+ 0,2	- 4,5	
Aug.	+ 15,7	+ 3,8	+ 15,2	+ 13,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,2	- 4,3	+ 1,0	+ 0,0	- 0,1	+ 2,5	
Sept.	+ 15,5	+ 12,8	+ 5,7	+ 6,3	- 0,6	+ 1,4	- 2,0	- 4,4	+ 1,4	- 0,2	- 0,0	+ 9,8	
Okt.	+ 43,2	+ 28,1	+ 10,1	+ 13,0	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	+ 1,5	+ 3,5	- 0,1	- 0,0	- 1,6	
Nov.	+ 34,3	+ 20,0	+ 10,1	+ 7,6	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 5,7	
Dez.	+ 33,5	+ 1,8	+ 19,2	- 8,8	+ 27,9	- 0,9	+ 28,9	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,1	- 0,4	- 9,7	
2009 Jan.	+ 18,5	+ 49,7	- 33,5	- 36,7	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,8	- 1,5	- 0,4	- 0,2	+ 6,4	
Febr.	+ 20,2	+ 27,7	- 10,9	- 16,9	+ 6,0	+ 0,0	+ 6,0	+ 5,3	- 2,0	- 0,1	- 0,1	+ 7,4	
März	- 3,0	+ 1,9	- 6,1	- 7,9	+ 1,8	- 0,3	+ 2,1	+ 3,5	- 2,4	- 0,9	- 0,0	+ 13,4	
April	+ 22,3	+ 34,9	- 12,0	- 16,1	+ 4,1	+ 0,5	+ 3,6	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,1	+ 5,5	
Mai	- 2,6	+ 3,0	- 6,5	- 8,5	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,9	- 3,1	- 0,0	+ 0,6	- 0,5	
Inländische öffentliche Haushalte												Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2006	134,4	26,7	104,0	51,1	52,9	2,1	50,8	2,1	1,6	28,2	0,8	-	
2007	158,5	28,0	127,7	71,9	55,8	3,7	52,1	1,4	1,5	27,6	4,5	-	
2008	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-	
2008 Juni	166,6	28,6	135,4	79,0	56,4	4,6	51,8	1,2	1,4	24,6	4,4	-	
Juli	162,0	25,4	134,0	77,9	56,1	4,4	51,8	1,2	1,4	24,3	4,4	-	
Aug.	164,8	26,9	135,3	78,9	56,3	4,5	51,8	1,2	1,4	24,3	4,4	-	
Sept.	165,8	27,0	136,3	80,4	55,9	4,6	51,3	1,2	1,4	24,2	4,4	-	
Okt.	160,4	27,2	130,7	75,2	55,5	4,5	51,0	1,1	1,4	24,3	4,4	-	
Nov.	164,9	30,5	131,9	77,4	54,5	4,3	50,2	1,1	1,5	24,2	3,9	-	
Dez.	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-	
2009 Jan.	158,4	33,3	122,3	69,8	52,5	3,7	48,8	1,3	1,4	24,1	3,9	-	
Febr.	161,1	38,0	120,2	67,4	52,8	3,9	48,9	1,5	1,5	24,0	3,9	0,2	
März	154,1	37,2	113,7	61,9	51,9	3,4	48,5	1,7	1,5	24,1	3,9	0,1	
April	156,6	42,0	111,3	59,7	51,6	3,6	48,0	1,7	1,5	24,1	3,9	1,1	
Mai	161,5	42,5	115,7	63,9	51,8	3,8	48,0	1,8	1,5	24,1	3,9	2,2	
Veränderungen *)													
2007	+ 23,5	+ 1,2	+ 23,0	+ 20,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,6	- 0,6	- 0,1	- 1,2	+ 2,6	-	
2008	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,5	+ 5,1	- 2,6	+ 0,0	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,6	± 0,0	
2008 Juni	+ 7,0	+ 2,2	+ 4,8	+ 4,4	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	-	
Juli	- 4,5	- 3,1	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	-	
Aug.	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-	
Sept.	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	
Okt.	- 5,4	+ 0,2	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	
Nov.	+ 6,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,5	-	
Dez.	- 0,3	+ 3,7	- 4,1	- 2,0	- 2,1	- 0,7	- 1,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	
2009 Jan.	- 6,3	- 0,9	- 5,5	- 5,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	
Febr.	+ 2,8	+ 4,7	- 2,1	- 2,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	
März	- 7,0	- 0,8	- 6,5	- 5,5	- 1,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	
April	+ 2,4	+ 4,7	- 2,4	- 2,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9	
Mai	+ 4,9	+ 0,5	+ 4,4	+ 4,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,2	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:		
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre					
Inländische Unternehmen und Privatpersonen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2006	2 260,2	721,0	858,8	238,4	620,4	9,6	610,8	584,5	95,9	9,6	29,5	11,2
2007	2 420,6	752,0	997,7	347,0	650,7	19,0	631,7	554,0	116,9	8,8	30,5	22,6
2008	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3
2008 Juni	2 479,8	764,5	1 059,0	396,9	662,1	23,8	638,4	532,2	124,0	8,4	31,2	57,1
Juli	2 482,7	742,7	1 087,5	423,7	663,8	25,2	638,6	526,7	125,7	8,2	31,3	52,6
Aug.	2 495,7	745,0	1 101,5	436,5	665,0	26,3	638,7	522,4	126,7	8,2	31,3	55,1
Sept.	2 510,1	757,7	1 106,2	441,3	664,9	27,7	637,3	518,1	128,1	8,1	31,2	64,9
Okt.	2 558,8	785,6	1 121,8	459,5	662,4	28,4	634,0	519,7	131,6	8,0	31,2	63,3
Nov.	2 583,8	802,3	1 126,0	462,9	663,1	29,2	633,9	522,2	133,3	8,0	30,9	68,9
Dez.	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3
2009 Jan.	2 641,5	851,1	1 120,4	424,0	696,3	29,0	667,3	537,7	132,4	7,8	30,3	65,7
Febr.	2 658,9	874,1	1 111,6	409,6	702,0	28,8	673,2	542,8	130,4	7,8	30,2	72,8
März	2 663,2	876,8	1 112,7	407,2	705,4	29,0	676,4	546,2	127,6	6,8	30,2	86,3
April	2 683,0	890,1	1 119,7	410,0	709,7	29,3	680,4	549,4	123,7	7,0	30,1	90,9
Mai	2 675,4	892,9	1 108,7	397,1	711,6	29,9	681,7	553,3	120,6	7,1	30,7	89,2
Veränderungen *)												
2007	+ 157,7	+ 30,3	+ 137,6	+ 106,8	+ 30,8	+ 9,4	+ 21,4	- 30,5	+ 20,2	- 0,7	+ 0,7	+ 9,9
2008	+ 199,1	+ 48,1	+ 154,0	+ 109,4	+ 44,6	+ 10,0	+ 34,6	- 20,0	+ 17,0	- 0,7	+ 0,0	+ 36,7
2008 Juni	+ 2,9	+ 8,3	- 3,9	- 5,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,2	- 2,8	+ 1,4	- 0,0	+ 0,2	+ 7,9
Juli	+ 2,9	- 21,8	+ 28,5	+ 26,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,2	- 5,5	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	- 4,5
Aug.	+ 13,0	+ 2,3	+ 13,9	+ 12,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,2	- 4,2	+ 1,0	+ 0,0	- 0,1	+ 2,5
Sept.	+ 14,7	+ 12,7	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	+ 1,4	- 1,3	- 4,3	+ 1,4	- 0,1	- 0,0	+ 9,8
Okt.	+ 48,7	+ 27,9	+ 15,7	+ 18,2	- 2,5	+ 0,7	- 3,2	+ 1,6	+ 3,5	- 0,1	- 0,0	- 1,6
Nov.	+ 27,4	+ 16,7	+ 6,5	+ 3,8	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 5,7
Dez.	+ 33,8	- 1,9	+ 23,2	- 6,8	+ 30,0	- 0,2	+ 30,2	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,1	- 0,4	- 9,7
2009 Jan.	+ 24,8	+ 50,6	- 27,9	- 31,1	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,6	- 1,5	- 0,3	- 0,2	+ 6,4
Febr.	+ 17,4	+ 23,0	- 8,8	- 14,4	+ 5,7	- 0,2	+ 5,9	+ 5,2	- 2,0	- 0,0	- 0,1	+ 7,2
März	+ 4,0	+ 2,7	+ 0,4	- 2,4	+ 2,7	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,3	- 2,5	- 0,8	- 0,0	+ 13,4
April	+ 19,9	+ 30,2	- 9,6	- 13,9	+ 4,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,1	+ 4,6
Mai	- 7,6	+ 2,6	- 10,9	- 12,8	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 3,8	- 3,1	- 0,1	+ 0,6	- 1,6
darunter: inländische Unternehmen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2006	874,9	256,1	594,1	122,8	471,3	3,2	468,1	4,5	20,2	9,1	20,0	11,2
2007	961,9	264,9	672,9	178,6	494,3	5,5	488,8	3,9	20,1	8,3	21,5	22,6
2008	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3
2008 Juni	1 010,6	283,4	703,7	199,1	504,6	6,9	497,7	3,8	19,8	8,1	22,5	57,1
Juli	1 011,5	262,8	725,2	219,0	506,2	7,3	498,9	3,8	19,7	7,9	22,6	52,6
Aug.	1 018,6	264,5	731,0	224,2	506,7	7,6	499,2	3,8	19,3	7,9	22,6	55,1
Sept.	1 039,2	280,7	735,3	226,3	509,1	8,4	500,6	3,8	19,3	7,8	22,4	64,9
Okt.	1 049,5	293,9	732,4	225,5	506,9	8,4	498,5	3,8	19,4	7,8	22,5	63,3
Nov.	1 052,3	292,4	736,6	229,6	507,0	8,2	498,9	3,8	19,4	7,8	22,3	68,9
Dez.	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3
2009 Jan.	1 091,9	321,5	747,2	208,8	538,4	8,2	530,1	3,9	19,3	7,5	21,8	65,7
Febr.	1 098,3	323,5	751,5	207,1	544,3	8,4	536,0	4,1	19,3	7,5	21,8	72,8
März	1 106,1	318,9	763,7	217,1	546,6	8,6	538,0	4,3	19,2	6,7	21,7	86,3
April	1 120,1	313,6	782,9	232,5	550,5	9,0	541,5	4,4	19,1	6,9	21,6	90,9
Mai	1 106,5	305,7	777,2	225,7	551,5	9,2	542,2	4,5	19,2	7,0	21,5	89,2
Veränderungen *)												
2007	+ 84,8	+ 8,1	+ 77,6	+ 53,9	+ 23,7	+ 2,3	+ 21,4	- 0,6	- 0,4	- 0,7	+ 1,5	+ 9,9
2008	+ 110,4	+ 27,0	+ 84,4	+ 45,0	+ 39,3	+ 2,1	+ 37,2	- 0,1	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	+ 36,7
2008 Juni	+ 4,8	+ 12,6	- 7,8	- 9,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 7,9
Juli	+ 0,9	- 20,6	+ 21,5	+ 19,9	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 4,5
Aug.	+ 7,1	+ 1,8	+ 5,8	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 2,5
Sept.	+ 16,5	+ 15,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,8	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	+ 9,8
Okt.	+ 10,4	+ 13,2	- 2,9	- 0,7	- 2,2	- 0,0	- 2,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,6
Nov.	+ 5,0	- 1,5	+ 6,5	+ 4,4	+ 2,0	- 0,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 5,7
Dez.	+ 22,1	+ 0,2	+ 22,0	- 5,0	+ 26,9	- 0,5	+ 27,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 9,7
2009 Jan.	+ 18,4	+ 28,8	- 10,5	- 14,9	+ 4,4	+ 0,6	+ 3,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 6,4
Febr.	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,3	- 1,7	+ 6,0	+ 0,2	+ 5,8	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 7,2
März	+ 7,4	- 4,5	+ 11,9	+ 9,9	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,0	+ 13,4
April	+ 15,1	+ 12,5	+ 2,6	- 1,3	+ 3,9	+ 0,4	+ 3,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 4,6
Mai	- 13,5	- 7,9	- 5,7	- 6,7	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,6

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	1 385,3	464,9	450,3	81,7	307,4	61,1	14,6	264,7	245,7	30,1	198,6	16,9	
2007	1 458,7	487,1	472,1	83,9	320,9	67,2	15,0	324,8	300,7	41,7	234,3	24,7	
2008	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2008 Dez.	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2009 Jan.	1 549,6	529,6	513,1	91,3	348,3	73,5	16,5	373,2	350,6	45,0	272,3	33,2	
Febr.	1 560,6	550,6	532,6	94,1	361,5	77,0	18,0	360,1	338,2	41,3	265,4	31,5	
März	1 557,1	557,9	539,5	93,6	368,1	77,9	18,3	349,0	327,5	37,6	260,0	29,9	
April	1 562,9	576,5	558,4	98,7	377,3	82,5	18,1	336,8	315,8	35,1	251,5	29,2	
Mai	1 568,9	587,2	568,5	99,8	384,8	84,0	18,7	331,5	310,6	34,1	247,9	28,7	
Veränderungen *)													
2007	+ 72,9	+ 22,2	+ 21,8	+ 2,2	+ 16,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 60,0	+ 54,9	+ 11,6	+ 35,6	+ 7,8	
2008	+ 88,7	+ 21,1	+ 19,5	+ 1,2	+ 15,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 69,7	+ 66,6	+ 9,4	+ 46,1	+ 11,1	
2008 Dez.	+ 11,7	- 2,1	- 3,2	+ 0,1	- 3,0	- 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	- 1,1	+ 2,6	- 0,2	
2009 Jan.	+ 6,4	+ 21,8	+ 21,3	+ 6,2	+ 11,8	+ 3,2	+ 0,5	- 17,5	- 16,6	- 5,4	- 8,7	- 2,6	
Febr.	+ 10,9	+ 21,0	+ 19,5	+ 2,8	+ 13,1	+ 3,5	+ 1,5	- 13,0	- 12,4	- 3,7	- 6,9	- 1,8	
März	- 3,4	+ 7,2	+ 7,0	- 0,6	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,3	- 11,5	- 11,0	- 3,7	- 5,6	- 1,7	
April	+ 4,8	+ 17,7	+ 17,9	+ 5,2	+ 10,1	+ 2,6	- 0,2	- 12,2	- 11,7	- 2,5	- 8,5	- 0,7	
Mai	+ 6,0	+ 10,5	+ 9,9	+ 1,1	+ 7,3	+ 1,6	+ 0,6	- 5,2	- 5,0	- 1,0	- 3,4	- 0,6	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen			Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen			Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2006	134,4	41,9	2,1	6,2	33,6	0,0	9,5	18,0	5,4	2,5	10,0	0,1	18,5		
2007	158,5	38,3	1,9	3,1	33,2	0,0	8,2	27,9	6,0	11,2	10,6	0,1	19,1		
2008	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3		
2008 Dez.	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3		
2009 Jan.	158,4	33,0	1,1	2,9	28,9	0,0	6,6	29,2	6,2	11,7	11,2	0,1	17,2		
Febr.	161,1	32,7	1,0	2,7	29,0	0,0	6,6	29,6	6,4	11,7	11,3	0,1	17,2		
März	154,1	32,0	0,9	2,7	28,3	0,0	6,6	28,4	7,1	10,6	10,6	0,1	17,1		
April	156,6	32,0	0,7	3,2	28,1	0,0	6,6	30,1	10,3	9,1	10,6	0,2	17,0		
Mai	161,5	36,5	1,6	6,7	28,2	0,0	6,6	27,3	6,8	9,7	10,7	0,2	17,0		
Veränderungen *)															
2007	+ 23,5	- 4,3	- 0,2	- 3,1	- 1,0	- 0,0	- 0,5	+ 9,8	+ 0,6	+ 8,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,8		
2008	+ 8,5	- 3,2	+ 0,3	+ 0,6	- 4,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,9	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	- 0,6		
2008 Dez.	- 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	- 1,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 2,2	- 1,5	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0		
2009 Jan.	- 6,3	- 1,8	- 1,1	- 0,7	+ 0,1	-	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	+ 1,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Febr.	+ 2,8	- 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1		
März	- 7,0	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	- 1,2	+ 0,6	- 1,2	- 0,7	+ 0,0	- 0,1		
April	+ 2,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,8	+ 3,2	- 1,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0		
Mai	+ 4,9	+ 4,4	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,1	-	+ 0,0	- 2,8	- 3,5	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	- 0,0		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
19,1	115,6	149,2	6,4	142,7	580,0	571,1	8,9	75,7	0,5	9,5	-	2006	
24,1	168,4	156,4	13,5	142,8	550,1	542,4	7,7	96,8	0,5	9,0	-	2007	
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008	
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008 Dez.	
22,6	215,2	158,0	20,8	137,1	533,8	526,6	7,2	113,1	0,3	8,5	-	2009 Jan.	
22,0	202,5	157,6	20,4	137,2	538,7	531,4	7,3	111,1	0,3	8,4	-	Febr.	
21,5	190,1	158,8	20,5	138,4	541,9	534,3	7,6	108,4	0,1	8,4	-	März	
21,0	177,5	159,2	20,4	138,9	545,0	537,2	7,8	104,6	0,1	8,5	-	April	
20,9	171,3	160,1	20,7	139,4	548,8	540,8	8,0	101,4	0,1	9,2	-	Mai	
Veränderungen *)													
+ 5,0	+ 52,9	+ 7,1	+ 7,1	+ 0,0	- 29,9	- 28,7	- 1,2	+ 20,6	+ 0,0	- 0,8	-	2007	
+ 3,1	+ 64,4	+ 5,3	+ 7,9	- 2,6	- 19,9	- 19,3	- 0,6	+ 17,8	- 0,2	- 0,4	-	2008	
- 0,0	- 1,8	+ 3,1	+ 0,3	+ 2,8	+ 11,8	+ 11,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	-	2008 Dez.	
- 0,8	- 16,3	- 1,2	- 0,5	- 0,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 0,1	- 1,5	- 0,0	- 0,1	-	2009 Jan.	
- 0,6	- 12,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	- 1,9	- 0,0	- 0,0	-	Febr.	
- 0,4	- 12,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,3	- 2,4	+ 0,0	+ 0,0	-	März	
- 0,5	- 12,6	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,2	- 3,8	-	+ 0,1	-	April	
- 0,2	- 6,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,2	- 3,1	+ 0,0	+ 0,6	-	Mai	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung					Zeit		
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
30,5	11,5	12,7	3,4	3,0	0,3	44,0	7,8	29,7	6,0	0,6	0,0	2006
37,8	12,3	19,5	3,6	2,5	0,3	54,5	7,7	38,1	8,4	0,3	0,0	2007
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008 Dez.
38,8	12,7	19,9	3,9	2,3	0,2	57,3	13,2	35,3	8,5	0,3	0,0	2009 Jan.
41,8	16,2	19,2	3,9	2,5	0,2	57,0	14,4	33,7	8,6	0,3	0,0	Febr.
40,2	16,1	17,5	4,0	2,6	0,4	53,5	13,1	31,1	8,9	0,4	0,0	März
40,1	16,8	16,7	4,0	2,6	0,4	54,3	14,2	30,8	8,9	0,4	0,0	April
43,4	19,8	16,7	4,1	2,7	0,4	54,4	14,4	30,9	8,8	0,4	0,0	Mai
Veränderungen *)												
+ 7,4	+ 0,9	+ 6,8	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 10,5	- 0,1	+ 8,4	+ 2,4	- 0,2	- 0,0	2007
+ 5,4	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2008
+ 0,3	+ 2,5	- 2,2	- 0,1	+ 0,0	-	- 1,2	- 1,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	-	2008 Dez.
- 3,6	- 1,6	- 2,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 1,9	+ 2,5	- 4,5	+ 0,1	+ 0,0	-	2009 Jan.
+ 3,0	+ 3,4	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	-	- 0,3	+ 1,2	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	Febr.
- 1,6	- 0,1	- 1,8	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 3,5	- 1,3	- 2,6	+ 0,3	+ 0,1	-	März
- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 0,1	-	-	+ 0,3	+ 1,0	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	-	April
+ 3,2	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	-	Mai

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	Nicht- banken ins- gesamt	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren					
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)				zu- sammen		darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2006	594,9	586,5	487,4	384,4	99,1	89,8	8,3	6,4	13,2	107,6	97,5	70,5	10,0		
2007	563,8	555,4	446,0	354,6	109,4	101,4	8,4	6,1	14,2	130,7	118,4	64,5	12,3		
2008	544,1	535,2	424,8	344,0	110,4	103,2	8,9	6,3	14,9	150,8	135,4	59,6	15,4		
2009 Jan.	548,0	539,0	428,6	346,5	110,4	103,7	9,0	6,3	0,7	149,6	133,8	60,2	15,8		
Febr.	553,4	544,3	433,9	350,4	110,4	103,7	9,1	6,5	0,4	147,6	131,9	60,1	15,7		
März	557,0	547,8	436,7	352,6	111,2	104,4	9,2	6,5	0,4	144,6	129,1	59,5	15,5		
April	560,4	551,1	439,1	353,9	112,1	105,3	9,2	6,6	0,4	140,6	125,2	59,8	15,4		
Mai	564,3	555,1	441,5	356,0	113,5	106,4	9,2	6,6	0,4	137,2	122,1	60,8	15,0		
Veränderungen *)															
2007	- 31,0	- 31,1	- 41,4	- 28,8	+ 10,3	+ 11,6	+ 0,1	- 0,3	.	+ 22,4	+ 20,1	- 6,7	+ 2,2		
2008	- 19,7	- 20,2	- 21,2	- 11,1	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,1	.	+ 20,1	+ 17,0	- 4,9	+ 3,2		
2009 Jan.	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	.	- 1,2	- 1,5	+ 0,6	+ 0,4		
Febr.	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,3	+ 4,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	.	- 2,0	- 2,0	- 0,1	- 0,1		
März	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	.	- 1,9	- 2,4	- 0,0	+ 0,5		
April	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	.	- 4,0	- 3,9	+ 0,3	- 0,0		
Mai	+ 3,9	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,0	.	- 3,5	- 3,1	+ 0,9	- 0,4		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere									Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
Zeit	ins- gesamt	darunter:							ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		
						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	1 636,2	392,5	41,1	301,5	30,9	68,3	118,3	1 449,5	1,8	0,2	0,8	0,7	51,4	1,2
2007	1 659,1	375,7	54,2	305,1	51,2	109,6	147,5	1 402,0	1,9	0,1	1,1	0,7	53,6	1,4
2008	1 640,1	395,9	50,7	314,1	64,0	162,6	153,3	1 324,2	2,3	0,2	1,3	0,8	52,5	1,6
2009 Jan.	1 647,0	397,8	50,0	340,8	66,0	153,9	146,9	1 346,2	2,1	0,2	1,2	0,8	52,5	1,6
Febr.	1 627,8	396,9	49,3	334,7	61,5	147,9	137,8	1 342,1	2,0	0,2	1,1	0,8	51,4	1,6
März	1 607,6	389,6	48,3	322,4	65,0	117,0	161,4	1 329,2	1,9	0,1	1,0	0,7	49,5	1,6
April	1 596,7	389,0	50,3	326,2	59,5	110,1	159,7	1 326,9	1,7	0,1	0,9	0,7	48,4	1,6
Mai	1 595,8	390,7	50,6	317,1	59,3	108,0	158,3	1 329,5	1,6	0,1	0,8	0,7	48,0	2,1
Veränderungen *)														
2007	+ 21,7	- 17,5	+ 12,9	+ 3,6	+ 20,2	+ 40,7	+ 32,3	- 51,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 2,2	- 0,0
2008	- 17,0	+ 18,2	- 3,7	+ 9,0	+ 12,8	+ 53,1	+ 5,8	- 75,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 1,1	+ 0,1
2009 Jan.	+ 6,9	+ 2,0	- 0,7	+ 28,1	+ 1,9	- 8,7	- 6,4	+ 22,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Febr.	- 19,2	- 0,9	- 0,7	- 6,1	- 4,5	- 6,1	- 9,3	- 3,9	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,1	+ 0,0
März	- 19,9	- 7,3	- 1,0	- 12,3	+ 3,5	- 30,9	+ 23,6	- 12,6	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,8	- 0,0
April	- 10,9	- 0,6	+ 2,0	+ 3,8	- 5,5	- 6,9	- 1,7	- 2,4	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,1	+ 0,0
Mai	- 0,9	+ 1,7	+ 0,3	- 9,1	- 0,1	- 2,1	- 1,5	+ 2,6	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,5

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2008	25	188,4	39,8	0,1	13,4	29,4	68,9	11,9	11,0	0,2	25,2	120,0	6,5	7,5	7,3	97,6
2009 März	25	189,1	39,8	0,1	14,5	29,6	68,6	11,7	11,6	0,2	25,3	119,5	6,6	8,4	7,3	7,5
April	25	187,3	37,2	0,1	15,6	29,7	68,6	11,8	11,6	0,2	25,4	119,3	6,6	7,0	7,3	6,7
Mai	25	189,2	37,3	0,1	17,0	29,7	68,6	11,9	11,8	0,2	26,9	119,3	6,6	6,7	7,3	6,4
Private Bausparkassen																
2009 März	15	137,8	24,9	0,0	10,0	18,9	53,7	10,8	7,0	0,1	21,0	78,6	6,4	8,4	4,7	4,8
April	15	136,3	22,6	0,0	11,1	19,0	53,7	10,8	7,0	0,1	21,4	78,3	6,4	7,0	4,7	4,2
Mai	15	138,0	22,7	0,0	12,4	19,0	53,7	10,8	7,2	0,1	22,9	78,3	6,4	6,7	4,7	3,9
Öffentliche Bausparkassen																
2009 März	10	51,3	14,9	0,0	4,5	10,7	14,9	0,9	4,6	0,1	4,3	41,0	0,2	-	2,6	2,7
April	10	51,0	14,6	0,0	4,5	10,7	14,9	1,0	4,7	0,1	4,0	41,0	0,2	-	2,6	2,5
Mai	10	51,2	14,6	0,0	4,5	10,7	14,9	1,1	4,7	0,1	4,0	41,0	0,2	-	2,6	2,4

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prä- mien 12)	
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt			
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)								
Alle Bausparkassen																
2008	24,2	2,7	6,6	50,7	38,2	48,1	24,3	4,2	9,9	3,9	14,0	10,1	7,6	10,2	8,4	0,5
2009 März	2,5	0,0	0,6	4,2	3,0	3,7	1,8	0,3	0,8	0,3	1,0	10,4	7,7	1,1	2,2	0,0
April	2,1	0,0	0,5	4,5	3,1	3,7	1,8	0,4	0,9	0,4	1,0	10,7	7,7	0,9		0,1
Mai	1,9	0,0	0,5	3,9	2,7	3,3	1,5	0,3	0,7	0,3	1,0	11,0	7,8	0,9		0,0
Private Bausparkassen																
2009 März	1,6	0,0	0,3	3,1	2,0	2,7	1,3	0,2	0,5	0,2	0,8	6,3	4,1	0,8	1,4	0,0
April	1,3	0,0	0,3	3,2	2,1	2,7	1,3	0,3	0,6	0,3	0,8	6,5	4,0	0,6		0,0
Mai	1,2	0,0	0,3	2,7	1,7	2,3	1,0	0,2	0,5	0,2	0,8	6,7	4,1	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2009 März	0,9	0,0	0,2	1,2	1,0	1,0	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	4,0	3,7	0,3	0,7	0,0
April	0,8	0,0	0,2	1,3	1,0	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,1	3,7	0,3		0,0
Mai	0,7	0,0	0,2	1,3	1,0	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,3	3,7	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen an Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. Auslands-töchtern		Auslands-filialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanz-summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Sonstige Aktiv-positionen
					ins-gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2) 3)	ins-gesamt	Buchkredite			Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2)		
						zu-sammen	deutsche Banken	auslä-n-dische Banken			zu-sammen	an deutsche Nichtbanken			an auslä-n-dische Nicht-banken	
												darunter Unter-nehmen und Privat-per-sonen				
Auslandsfilialen																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2006	53	213	1 743,7	711,6	635,5	194,1	441,4	76,1	897,7	671,8	18,5	17,9	653,3	226,0	134,3	
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	20,7	789,8	255,3	161,8	
2008	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	19,2	610,3	194,9	159,5	
2008 Juli	54	224	1 858,5	768,1	703,2	235,9	467,3	64,8	960,2	719,9	22,7	21,3	697,1	240,4	130,2	
Aug.	54	225	1 882,8	774,3	708,1	235,0	473,1	66,2	980,2	739,5	21,3	19,9	718,1	240,8	128,2	
Sept.	54	224	1 976,4	825,2	761,1	281,5	479,6	64,1	1 027,2	788,1	21,2	19,8	766,9	239,1	124,0	
Okt.	55	228	2 103,9	868,2	804,7	274,3	530,4	63,6	1 043,8	797,6	23,1	22,1	774,5	246,1	191,9	
Nov.	54	226	1 970,8	810,0	748,3	253,6	494,7	61,7	983,3	758,8	23,2	22,2	735,6	224,5	177,5	
Dez.	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	19,2	610,3	194,9	159,5	
2009 Jan.	56	231	1 816,9	759,6	701,4	257,6	443,8	58,2	880,2	678,9	22,8	21,8	656,0	201,3	177,1	
Febr.	56	231	1 797,0	725,5	668,8	252,6	416,2	56,8	855,8	659,1	25,1	24,0	634,0	196,7	215,7	
März	56	230	1 718,0	715,1	659,8	257,7	402,0	55,3	801,5	614,9	21,5	20,4	593,5	186,6	201,4	
April	56	230	1 786,9	753,9	698,6	276,3	422,3	55,3	815,6	633,6	24,7	23,7	608,9	182,1	217,4	
Veränderungen *)																
2007	- 1	+ 5	+ 406,5	+ 132,8	+ 136,4	+ 44,5	+ 91,9	- 3,6	+ 240,6	+ 196,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 192,9	+ 44,5	+ 33,1	
2008	+ 4	+ 8	- 359,4	- 98,5	- 89,3	+ 6,3	- 95,5	- 9,2	- 256,8	- 190,7	- 1,5	- 1,6	- 189,3	- 66,1	- 4,1	
2008 Juli	- 1	-	- 41,4	- 39,0	- 37,8	- 8,5	- 29,4	- 1,1	- 3,7	- 3,0	+ 0,7	+ 0,7	- 3,7	- 0,7	+ 1,2	
Aug.	-	+ 1	- 21,0	- 10,0	- 10,8	- 0,9	- 9,8	+ 0,8	- 7,2	- 0,7	- 1,4	+ 0,6	+ 0,6	- 6,5	- 3,8	
Sept.	-	- 1	+ 62,2	+ 40,1	+ 42,7	+ 46,5	- 3,8	- 2,6	+ 28,0	+ 34,0	- 0,1	- 0,1	+ 34,1	- 6,0	- 5,9	
Okt.	+ 1	+ 4	+ 15,3	+ 4,5	+ 6,6	- 7,2	+ 13,8	- 2,0	- 52,7	- 44,8	+ 2,0	+ 2,3	- 46,7	- 7,9	+ 63,4	
Nov.	- 1	- 2	- 129,0	- 57,9	- 56,3	- 20,7	- 35,6	- 1,7	- 56,9	- 35,6	+ 0,1	+ 0,1	- 35,6	- 21,3	- 14,2	
Dez.	+ 2	-	- 165,3	- 48,6	- 49,9	- 8,7	- 41,2	+ 1,3	- 101,6	- 83,6	- 3,1	- 3,1	- 80,5	- 18,0	- 15,0	
2009 Jan.	-	+ 5	+ 30,8	+ 3,0	+ 7,5	+ 12,8	- 5,3	- 4,5	+ 11,8	+ 15,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 12,5	- 3,3	+ 16,0	
Febr.	-	-	- 25,7	- 35,9	- 34,4	- 5,0	- 29,4	- 1,5	- 28,3	- 22,9	+ 2,2	+ 2,2	- 25,1	- 5,4	+ 38,6	
März	-	- 1	- 37,2	+ 4,0	+ 4,8	+ 5,2	- 0,3	- 0,8	- 28,0	- 24,1	- 3,6	- 3,6	- 20,5	- 3,9	- 13,2	
April	-	-	+ 61,7	+ 37,0	+ 37,2	+ 18,6	+ 18,6	- 0,2	+ 8,9	+ 14,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 11,3	- 5,6	+ 15,7	
Auslandstöchter																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2006	40	142	761,2	341,9	262,8	124,1	138,7	79,1	347,3	218,7	38,0	36,4	180,7	128,6	72,1	
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	36,8	138,1	87,9	59,0	
2008	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	41,6	154,3	71,3	82,2	
2008 Juli	39	121	602,8	268,8	203,1	98,4	104,7	65,7	271,0	190,0	40,2	39,3	149,8	81,0	63,1	
Aug.	39	121	608,6	270,4	204,9	99,5	105,4	65,5	273,8	192,2	40,3	39,5	151,9	81,7	64,3	
Sept.	39	121	619,4	275,6	211,4	105,3	106,0	64,3	277,4	199,7	39,8	39,0	159,9	77,7	66,4	
Okt.	39	119	620,2	267,2	204,1	90,5	113,6	63,1	280,6	201,8	42,3	41,7	159,5	78,7	72,4	
Nov.	39	118	611,9	255,9	193,0	87,4	105,6	62,9	280,6	204,4	43,8	43,2	160,6	76,2	75,4	
Dez.	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	41,6	154,3	71,3	82,2	
2009 Jan.	38	115	580,6	244,3	184,1	78,6	105,5	60,2	272,4	199,6	43,5	43,0	156,1	72,7	64,0	
Febr.	38	115	573,5	241,0	180,0	77,2	102,9	60,9	270,4	199,4	43,5	43,0	155,9	71,0	62,1	
März	38	113	560,7	227,1	168,1	75,8	92,3	59,0	264,4	194,3	43,1	42,6	151,2	70,1	69,2	
April	38	113	552,1	229,9	172,0	74,2	97,8	57,9	266,9	195,0	43,5	42,9	151,5	71,9	55,2	
Veränderungen *)																
2007	- 1	- 22	- 155,7	- 64,1	- 55,8	- 19,3	- 36,5	- 8,3	- 79,1	- 38,8	- 0,2	+ 0,4	- 38,6	- 40,4	- 12,5	
2008	- 1	- 4	- 0,2	- 24,2	- 19,8	- 19,3	- 0,5	- 4,4	+ 1,1	+ 17,5	+ 4,4	+ 4,8	+ 13,2	- 16,4	+ 22,9	
2008 Juli	-	-	- 9,1	- 10,8	- 10,3	- 12,4	+ 2,1	- 0,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	
Aug.	-	-	+ 0,2	- 1,7	+ 0,1	+ 1,1	- 1,0	- 1,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	
Sept.	-	-	+ 6,7	+ 2,9	+ 5,1	+ 5,8	- 0,7	- 2,2	+ 1,9	+ 5,9	- 0,5	- 0,4	+ 6,4	- 4,0	+ 1,9	
Okt.	-	- 2	- 14,0	- 16,4	- 11,7	- 14,8	+ 3,1	- 4,7	- 3,1	- 4,1	+ 2,5	+ 2,6	- 6,7	+ 1,0	+ 5,5	
Nov.	-	- 1	- 6,3	- 10,5	- 10,3	- 3,2	- 7,2	- 0,1	+ 1,2	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,1	- 2,5	+ 3,0	
Dez.	- 1	- 2	- 6,3	- 4,3	- 6,0	- 1,9	- 4,1	+ 1,6	- 9,1	- 4,2	- 1,6	- 1,6	- 2,6	- 4,9	+ 7,1	
2009 Jan.	-	- 1	- 24,3	- 6,6	- 2,6	- 6,9	+ 4,3	- 4,0	+ 0,8	- 0,6	+ 1,3	+ 1,3	- 1,9	+ 1,4	- 18,5	
Febr.	-	-	- 8,2	- 3,9	- 4,5	- 1,5	- 3,0	+ 0,6	- 2,3	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,6	- 1,7	- 2,0	
März	-	- 2	- 6,3	- 10,3	- 10,0	- 1,3	- 8,6	- 0,4	- 3,3	- 2,4	- 0,4	- 0,4	- 2,0	- 0,9	+ 7,4	
April	-	-	- 9,8	+ 2,1	+ 3,4	- 1,6	+ 5,1	- 1,4	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 1,9	- 14,1	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichts-kreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungrwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht beson-ders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite													Geldmarkt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passiv- posi- tionen 6)	Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						ausländische Nicht- banken						
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)											
					zu- sammen	kurzfristig		mittel- und langfristig								
						darunter Unter- nehmen und Privat- personen		darunter Unter- nehmen und Privat- personen								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen			
1 442,7	984,9	398,5	586,4	457,8	53,8	49,3	46,2	4,6	4,1	403,9	181,5	27,8	91,7	2006		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	47,5	4,1	3,9	477,4	186,0	29,2	103,5	2007		
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	34,6	8,5	8,0	330,7	126,6	35,6	107,2	2008		
1 574,7	1 099,8	507,0	592,7	474,9	48,1	43,7	40,9	4,4	3,9	426,8	160,0	34,0	89,8	2008 Juli		
1 585,4	1 116,1	509,3	606,8	469,3	47,8	43,2	41,0	4,6	4,0	421,5	165,7	34,2	97,6	Aug.		
1 686,5	1 171,4	575,6	595,8	515,1	52,6	47,8	44,4	4,7	4,1	462,5	150,6	34,2	105,0	Sept.		
1 796,3	1 268,7	614,8	653,8	527,7	51,3	45,4	42,2	5,8	5,2	476,4	150,8	34,4	122,4	Okt.		
1 668,4	1 195,4	572,8	622,6	472,9	47,2	39,7	37,7	7,5	6,8	425,8	136,3	35,0	131,2	Nov.		
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	34,6	8,5	8,0	330,7	126,6	35,6	107,2	Dez.		
1 539,5	1 099,3	534,7	564,6	440,2	49,7	40,5	37,9	9,1	8,5	390,6	136,0	36,2	105,2	2009 Jan.		
1 474,1	1 032,8	530,2	502,6	441,2	48,6	43,2	41,8	5,3	4,7	392,7	138,2	36,2	148,5	Febr.		
1 393,5	987,3	515,3	472,0	406,2	51,7	46,8	44,2	4,9	4,3	354,5	141,0	36,2	147,4	März		
1 449,1	1 031,9	526,2	505,7	417,2	47,0	42,2	41,5	4,7	4,1	370,3	146,9	36,5	154,3	April		
Veränderungen *)																
+ 359,0	+ 243,9	+ 149,2	+ 94,7	+ 115,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,3	- 0,5	- 0,2	+ 113,6	+ 4,5	+ 1,3	+ 41,7	2007		
- 304,0	- 139,7	+ 6,5	- 146,3	- 164,3	- 10,3	- 14,7	- 12,9	+ 4,4	+ 4,1	- 153,9	- 59,4	+ 6,5	- 2,4	2008		
- 39,7	- 16,8	- 11,7	- 5,1	- 22,9	- 1,6	- 1,9	- 1,4	+ 0,3	+ 0,0	- 21,3	+ 4,7	- 0,1	- 6,4	2008 Juli		
- 23,3	- 4,2	+ 2,3	- 6,5	- 19,1	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 18,7	+ 5,6	+ 0,2	- 3,5	Aug.		
+ 77,4	+ 40,7	+ 66,3	- 25,7	+ 36,7	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 31,9	- 15,0	+ 0,1	- 0,2	Sept.		
+ 27,6	+ 49,1	+ 39,2	+ 9,9	- 21,5	- 1,3	- 2,4	- 2,2	+ 1,1	+ 1,0	- 20,2	+ 0,2	+ 0,1	- 12,6	Okt.		
- 126,3	- 73,1	- 42,0	- 31,1	- 53,3	- 4,1	- 5,7	- 4,5	+ 1,6	+ 1,7	- 49,2	- 14,6	+ 0,6	+ 11,3	Nov.		
- 156,0	- 86,3	- 18,5	- 67,8	- 69,7	- 2,2	- 3,2	- 3,1	+ 1,0	+ 1,2	- 67,5	- 9,7	+ 0,6	- 0,2	Dez.		
+ 43,2	- 2,1	- 19,5	+ 17,5	+ 45,3	+ 4,7	+ 4,1	+ 3,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 40,6	+ 9,4	+ 0,6	- 22,5	2009 Jan.		
- 70,3	- 68,8	- 4,5	- 64,3	- 1,4	- 1,1	+ 2,7	+ 3,9	- 3,8	- 3,8	- 0,3	+ 2,2	+ 0,0	+ 42,4	Febr.		
- 49,9	- 28,2	- 14,9	- 13,3	- 21,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,3	- 0,4	- 0,4	- 24,9	+ 2,8	- 0,1	+ 10,0	März		
+ 51,2	+ 42,4	+ 10,9	+ 31,5	+ 8,7	- 4,8	- 4,6	- 2,6	- 0,2	- 0,2	+ 13,5	+ 6,0	+ 0,3	+ 4,2	April		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter			
557,3	329,4	121,5	207,9	227,9	40,8	33,0	31,6	7,8	7,7	187,1	87,9	40,0	76,0	2006		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	29,5	6,8	6,7	130,1	69,5	28,6	55,4	2007		
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	23,6	8,7	8,6	143,2	57,7	30,5	52,9	2008		
452,4	281,9	127,0	154,9	170,5	31,9	25,1	24,9	6,8	6,7	138,6	65,5	29,5	55,4	2008 Juli		
453,6	279,0	125,3	153,7	174,6	32,1	25,3	25,1	6,8	6,8	142,5	67,9	29,7	57,3	Aug.		
465,8	275,8	126,8	149,1	190,0	33,3	26,3	25,8	7,0	6,9	156,7	66,8	29,8	56,9	Sept.		
469,6	284,8	130,9	153,9	184,8	31,5	22,4	22,2	9,1	9,0	153,3	61,6	29,9	59,1	Okt.		
463,8	283,8	134,1	149,6	180,0	32,8	23,7	23,4	9,1	9,0	147,2	61,1	29,8	57,3	Nov.		
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	23,6	8,7	8,6	143,2	57,7	30,5	52,9	Dez.		
435,9	260,8	128,4	132,4	175,1	33,5	24,8	24,1	8,7	8,6	141,6	58,5	31,1	55,2	2009 Jan.		
430,5	259,6	131,0	128,6	170,9	33,5	24,9	24,4	8,6	8,6	137,4	58,7	31,1	53,1	Febr.		
423,2	259,3	129,8	129,4	164,0	33,6	25,1	24,7	8,6	8,5	130,3	57,2	29,8	50,5	März		
416,5	247,9	124,2	123,6	168,6	33,5	24,9	24,5	8,6	8,5	135,2	56,8	29,0	49,8	April		
Veränderungen *)																
- 109,3	- 53,9	- 3,4	- 50,5	- 55,4	- 3,7	- 2,6	- 2,1	- 1,1	- 1,0	- 51,7	- 18,3	- 11,4	- 16,7	2007		
+ 12,1	+ 4,8	+ 26,9	- 22,1	+ 7,3	- 4,3	- 6,3	- 5,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 11,6	- 11,8	+ 1,9	- 2,4	2008		
- 9,8	- 5,0	+ 1,4	- 6,3	- 4,8	- 1,1	- 1,0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 3,7	- 0,9	+ 0,3	+ 1,3	2008 Juli		
- 3,1	- 5,2	- 1,7	- 3,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,7	Aug.		
+ 9,0	- 5,0	+ 1,5	- 6,5	+ 14,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,8	- 1,0	+ 0,1	- 1,3	Sept.		
- 8,0	+ 2,9	+ 4,1	- 1,2	- 10,9	- 1,9	- 4,0	- 3,6	+ 2,1	+ 2,1	- 9,0	- 5,2	+ 0,1	- 0,9	Okt.		
- 4,6	- 0,3	+ 3,3	- 3,6	- 4,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	- 5,7	- 0,6	- 0,1	- 1,0	Nov.		
- 1,9	- 2,1	+ 10,9	- 13,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	- 3,4	+ 0,7	- 1,7	Dez.		
- 25,0	- 20,3	- 16,7	- 3,6	- 4,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	- 5,4	+ 0,8	+ 0,6	- 0,6	2009 Jan.		
- 6,1	- 1,5	+ 2,6	- 4,1	- 4,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	- 4,7	+ 0,2	+ 0,0	- 2,4	Febr.		
- 2,9	+ 1,7	- 1,1	+ 2,9	- 4,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 4,8	- 1,5	- 1,3	- 0,6	März		
- 7,5	- 11,8	- 5,6	- 6,2	+ 4,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,4	- 0,4	- 0,8	- 1,1	April		

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und

nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservspflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2008 Nov.	10 886,0	217,7	0,5	217,2	218,7	1,5	0,0
Dez. 8)	11 056,0	221,1	0,5	220,6	221,5	1,3	0,0
2009 Jan.	11 079,8	221,6	0,5	221,1	222,1	1,0	0,0
Febr.	10 905,5	218,1	0,5	217,6	218,6	1,0	0,0
März	11 066,1	221,3	0,5	220,8	221,6	0,8	0,0
April	11 012,5	220,3	0,5	219,7	220,8	1,1	0,0
Mai p)	10 861,0	217,2	0,5	216,7	217,9	1,2	0,0
Juni p) 9)	10 931,5	218,6	0,5	218,1	219,2	1,1	...
Juli p)	216,0
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2008 Nov.	2 594 481	51 890	192	51 697	51 978	281	39
Dez.	2 632 087	52 642	192	52 450	52 830	380	1
2009 Jan.	2 655 841	53 117	192	52 925	53 177	252	2
Febr.	2 645 357	52 907	192	52 715	52 929	214	0
März	2 670 696	53 414	192	53 222	53 440	218	12
April	2 658 673	53 173	192	52 982	53 272	290	1
Mai	2 630 810	52 616	192	52 425	52 771	346	1
Juni p)	2 653 695	53 074	191	52 883	53 161	278	0
Juli p)	2 607 617	52 152	190	51 962

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservspflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservspflicht. —

5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls der Slowakei in Höhe von 0,740 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2008 betrug 219,9 Mrd €. — 9 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzierungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
1999 1. Jan.	2,00	3,00	–	4,50	2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25
4. Jan.	2,75	3,00	–	3,25	2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	–	4,50	15. Juni	1,75	–	2,75	3,75
9. April	1,50	2,50	–	3,50	9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00
5. Nov.	2,00	3,00	–	4,00	11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25
2000 4. Febr.	2,25	3,25	–	4,25	13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50
17. März	2,50	3,50	–	4,50	2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75
28. April	2,75	3,75	–	4,75	13. Juni	3,00	–	4,00	5,00
9. Juni	3,25	4,25	–	5,25	2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25
28. Juni	3,25	–	4,25	5,25	8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75
1. Sept.	3,50	–	4,50	5,50	9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25
6. Okt.	3,75	–	4,75	5,75	12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75
2001 11. Mai	3,50	–	4,50	5,50	10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00
31. Aug.	3,25	–	4,25	5,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
18. Sept.	2,75	–	3,75	4,75	11. März	0,50	1,50	–	2,50
9. Nov.	2,25	–	3,25	4,25	8. April	0,25	1,25	–	2,25
2002 6. Dez.	1,75	–	2,75	3,75	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
2003 7. März	1,50	–	2,50	3,50					
6. Juni	1,00	–	2,00	3,00					

1 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der Basiszinssatz-
Bezugsgrößen-Verordnung. — 2 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß DÜG 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 2)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan.	2,71	2005 1. Jan.	1,21
bis		1. Juli	1,17
3. April		2006 1. Jan.	1,37
		1. Juli	1,95
		2007 1. Jan.	2,70
		1. Juli	3,19
		2008 1. Jan.	3,32
		1. Juli	3,19
		2009 1. Jan.	1,62
		1. Juli	0,12

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtentender		Zinstender		gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	Tage		
	Mio €		% p.a.					
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2009 24. Juni	167 902	167 902	1,00	–	–	–	7	
1. Juli	105 905	105 905	1,00	–	–	–	7	
8. Juli	106 406	106 406	1,00	–	–	–	7	
15. Juli	100 294	100 294	1,00	–	–	–	7	
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2009 25. Juni	6 432	6 432	1,00	–	–	–	98	
25. Juni	442 241	442 241	1,00	–	–	–	371	
8. Juli	38 285	38 285	1,00	–	–	–	35	
9. Juli	9 067	9 067	1,00	–	–	–	189	
9. Juli	2 996	2 996	1,00	–	–	–	91	

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar
2009 um die Slowakei. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem

Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EURIBOR 3)							
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		EONIA 2)		Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitte							
2009 Jan.	1,67	0,90 – 2,25	2,43	1,97 – 2,95	1,81	1,90	2,14	2,46	2,54	2,59	2,62	
Febr.	1,15	0,95 – 1,40	1,93	1,75 – 2,15	1,26	1,37	1,63	1,94	2,03	2,09	2,14	
März	0,95	0,60 – 1,80	1,63	1,40 – 1,85	1,06	1,05	1,27	1,64	1,77	1,84	1,91	
April	0,72	0,25 – 1,00	1,41	1,28 – 1,55	0,84	0,90	1,01	1,42	1,61	1,69	1,77	
Mai	0,63	0,25 – 1,05	1,27	1,15 – 1,42	0,78	0,79	0,88	1,28	1,48	1,57	1,64	
Juni	0,62	0,20 – 1,40	1,21	1,00 – 1,34	0,70	0,82	0,91	1,23	1,44	1,54	1,61	

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus
den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewich-
tet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Euro-
päischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmetho-
de act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. —
3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline
Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durch-
schnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände ^{o)}

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte					Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
					Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2008 Okt.	4,54	3,08	4,68	4,45	5,78	5,06	5,17	9,45	7,48	6,48	6,43	5,99	5,58
Nov.	4,51	3,12	4,44	4,40	5,71	5,01	5,16	9,24	7,48	6,46	6,16	5,81	5,51
Dez.	4,41	3,07	4,01	4,30	5,49	4,90	5,08	9,02	7,38	6,38	5,72	5,42	5,27
2009 Jan. ³⁾	4,16	3,10	3,49	4,11	5,22	4,72	4,93	8,72	7,22	6,22	5,11	4,89	4,89
Febr.	3,98	3,17	3,19	4,00	5,14	4,75	4,91	8,61	7,27	6,21	4,77	4,59	4,74
März	3,78	3,06	2,82	3,87	4,92	4,62	4,78	8,43	7,09	6,07	4,41	4,28	4,48
April	3,54	3,11	2,52	3,84	4,70	4,49	4,65	8,19	7,01	5,92	4,11	3,97	4,25
Mai	3,38	3,04	2,41	3,70	4,60	4,45	4,56	8,08	6,91	5,84	4,02	3,83	4,12

b) Neugeschäft ^{+))}

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2008 Okt.	1,34	4,77	4,85	3,57	3,01	4,12	2,20	4,26	5,12	4,57		
Nov.	1,29	4,26	4,67	3,71	3,02	4,20	1,98	3,53	4,58	4,18		
Dez.	1,16	3,75	4,35	3,69	2,95	4,17	1,63	2,87	4,23	4,09		
2009 Jan. ³⁾	1,02	3,28	3,90	3,52	2,88	4,08	1,28	2,25	3,81	3,78		
Febr.	0,90	2,62	3,40	3,23	2,49	3,98	1,12	1,61	3,21	3,89		
März	0,80	2,24	2,96	3,07	2,31	3,87	0,96	1,36	2,97	3,30		
April	0,66	2,01	2,70	2,87	2,22	3,75	0,80	1,15	2,64	3,07		
Mai	0,61	1,89	2,42	2,72	1,99	3,62	0,76	1,07	2,42	3,18		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite	Konsumentenkredite			Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite				
		insgesamt ²⁾	mit anfänglicher Zinsbindung		insgesamt ²⁾	mit anfänglicher Zinsbindung			variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	
variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre							
2008 Okt.	10,83	8,92	8,88	7,22	8,69	5,70	5,84	5,42	5,28	5,37	6,37	6,26	5,80
Nov.	10,78	8,92	8,98	7,17	8,69	5,58	5,63	5,34	5,22	5,28	5,84	6,15	5,75
Dez.	10,46	8,50	8,22	7,03	8,39	5,30	5,09	5,06	5,10	5,13	4,99	5,75	5,29
2009 Jan. ³⁾	10,13	8,67	8,33	7,03	8,63	4,86	4,38	4,77	4,92	5,00	4,41	5,44	5,23
Febr.	10,14	8,39	8,18	6,65	8,49	4,61	3,97	4,54	4,80	4,89	4,08	5,03	5,16
März	9,94	8,07	7,55	6,51	8,31	4,38	3,66	4,33	4,61	4,72	3,83	4,72	5,05
April	9,71	8,05	7,44	6,50	8,27	4,22	3,39	4,19	4,55	4,68	3,54	4,69	4,90
Mai	9,58	8,08	7,87	6,43	8,15	4,11	3,22	4,13	4,50	4,58	3,60	4,71	4,86

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2008 Okt.	6,89	6,52	6,35	5,57	5,59	5,75	5,08
Nov.	6,66	6,04	6,10	5,41	4,86	5,02	4,97
Dez.	6,26	5,38	5,78	5,32	4,28	4,50	4,76
2009 Jan. ³⁾	5,68	4,73	5,46	5,24	3,51	3,96	4,58
Febr.	5,40	4,32	5,25	4,96	3,10	3,52	4,23
März	5,10	4,03	5,07	4,75	2,83	3,22	3,87
April	4,76	3,82	5,02	4,60	2,54	3,34	4,01
Mai	4,67	3,73	5,01	4,52	2,48	3,22	3,95

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — ² Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 2008/48/EG, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erst-

lung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — ³ Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2009 um die Slowakei.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2008 Mai	4,17	271 299	2,49	183 531	4,40	122 362	4,34	21 803
2008 Juni	4,23	277 318	2,48	182 724	4,47	118 160	4,38	21 713
2008 Juli	4,33	287 196	2,48	181 642	4,56	121 536	4,41	21 919
2008 Aug.	4,40	296 615	2,49	181 577	4,60	121 183	4,44	21 860
2008 Sept.	4,46	301 246	2,45	178 637	4,69	123 174	4,44	23 230
2008 Okt.	4,51	324 343	2,45	177 619	4,63	123 846	4,46	23 132
2008 Nov.	4,42	326 660	2,45	177 052	4,24	123 000	4,51	23 011
2008 Dez.	4,26	326 679	2,45	179 319	3,63	118 097	4,45	22 976
2009 Jan.	3,98	307 958	2,46	179 112	2,95	116 231	4,43	23 192
2009 Febr.	3,82	292 932	2,45	179 096	2,57	113 302	4,43	23 084
2009 März	3,71	278 398	2,45	179 828	2,15	109 282	4,42	23 274
2009 April	3,56	261 337	2,45	180 758	1,86	110 298	4,39	23 265
2009 Mai	3,42	251 434	2,44	182 165	1,72	107 733	4,36	23 269

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2008 Mai	6,18	5 397	4,69	25 587	5,07	923 312	10,33	66 248	5,70	65 268	6,16	313 410
2008 Juni	6,22	5 493	4,71	25 544	5,07	923 192	10,43	68 794	5,70	65 599	6,18	313 464
2008 Juli	6,21	5 519	4,76	25 308	5,06	924 208	10,47	66 689	5,73	65 200	6,20	313 990
2008 Aug.	6,31	5 477	4,78	25 164	5,06	924 666	10,50	65 485	5,74	65 213	6,21	314 367
2008 Sept.	6,28	5 536	4,82	24 989	5,06	924 467	10,60	69 363	5,79	64 216	6,23	313 147
2008 Okt.	6,31	5 429	4,86	24 654	5,07	923 312	10,64	68 244	5,84	64 177	6,24	313 766
2008 Nov.	6,31	5 430	4,87	24 457	5,06	923 919	10,33	66 351	5,83	64 131	6,24	313 811
2008 Dez.	6,13	5 528	4,84	24 239	5,06	921 188	10,15	70 489	5,77	64 751	6,22	312 381
2009 Jan.	5,81	5 418	4,77	23 857	5,03	918 498	9,60	68 437	5,66	64 234	6,16	311 940
2009 Febr.	5,54	5 385	4,73	23 698	5,02	917 848	9,21	68 721	5,63	64 058	6,14	312 266
2009 März	5,34	5 628	4,65	25 121	5,01	914 717	9,16	69 930	5,56	65 236	6,10	310 908
2009 April	5,06	5 584	4,57	25 145	4,98	915 839	8,93	68 006	5,58	66 027	6,01	313 261
2009 Mai	4,97	5 585	4,54	25 156	4,97	916 288	8,76	67 807	5,54	66 449	5,99	313 662

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2008 Mai	6,20	183 855	5,42	120 527	5,16	530 746
2008 Juni	6,24	188 257	5,47	122 714	5,20	531 783
2008 Juli	6,30	184 191	5,58	124 690	5,22	533 931
2008 Aug.	6,34	183 359	5,62	128 090	5,24	537 289
2008 Sept.	6,46	187 397	5,70	130 018	5,26	538 193
2008 Okt.	6,36	185 410	5,78	133 883	5,30	540 775
2008 Nov.	6,00	186 446	5,57	135 699	5,24	541 915
2008 Dez.	5,52	188 252	5,30	138 069	5,04	544 529
2009 Jan.	4,94	185 671	4,81	140 169	4,82	545 349
2009 Febr.	4,69	182 528	4,55	140 944	4,70	545 925
2009 März	4,51	183 679	4,30	139 786	4,55	543 946
2009 April	4,18	178 062	4,02	142 202	4,40	541 091
2009 Mai	4,13	177 207	3,93	142 644	4,36	541 982

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur EWU-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte																				
Erhebungs- zeitraum	täglich fällig						mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)							
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.		Volumen 2) Mio €		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.		Volumen 7) Mio €		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.		Volumen 7) Mio €		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.		Volumen 2) Mio €		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.		Volumen 2) Mio €	
	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten											
2008 Mai	1,90	485 688	4,18	50 180	4,37	1 359	2,83	845	2,51	433 505	3,85	103 615								
2008 Juni	1,91	481 446	4,27	52 717	4,80	2 511	3,17	1 019	2,53	431 428	3,89	102 836								
2008 Juli	1,95	480 219	4,43	62 011	4,97	3 507	3,24	1 324	2,57	426 345	3,95	102 337								
2008 Aug.	1,99	480 303	4,51	50 968	5,00	2 914	3,63	1 292	2,58	423 199	4,00	101 222								
2008 Sept.	2,05	476 817	4,48	53 916	4,98	2 022	3,39	1 391	2,59	419 923	4,03	100 148								
2008 Okt.	2,09	491 911	4,49	74 919	4,85	2 624	3,66	1 760	2,64	418 584	4,13	103 108								
2008 Nov.	2,02	510 118	3,89	50 889	4,88	2 623	3,87	1 873	2,54	417 459	4,22	106 825								
2008 Dez.	1,85	508 140	3,21	52 012	4,44	2 583	3,75	2 291	2,42	425 527	4,19	110 599								
2009 Jan.	1,77	529 633	2,67	48 906	4,08	3 415	3,81	2 143	2,33	429 238	4,11	110 567								
2009 Febr.	1,55	550 800	1,94	29 935	3,37	2 015	3,40	1 968	2,24	434 504	4,02	110 493								
2009 März	1,38	558 216	1,46	30 369	2,97	1 746	3,15	2 911	2,08	437 140	3,91	111 178								
2009 April	1,13	576 843	1,32	27 496	2,69	1 611	3,08	3 059	1,98	439 565	3,79	112 039								
2009 Mai	1,03	587 513	1,34	25 817	2,17	1 663	2,88	2 893	1,85	441 968	3,67	113 497								

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften												
Erhebungs- zeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit									
	Effektivzinssatz 1) % p.a.		Volumen 2) Mio €		Effektivzinssatz 1) % p.a.		Volumen 7) Mio €		Effektivzinssatz 1) % p.a.		Volumen 7) Mio €	
	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren							
2008 Mai	2,42	171 111	4,21	46 331	4,91	288	5,00	234				
2008 Juni	2,36	173 952	4,30	50 477	5,04	304	5,12	336				
2008 Juli	2,50	172 252	4,41	53 057	5,15	267	5,22	382				
2008 Aug.	2,47	175 575	4,42	46 256	6,08	460	5,27	201				
2008 Sept.	2,58	183 927	4,47	52 263	5,39	899	5,27	290				
2008 Okt.	2,41	193 441	4,17	60 137	4,87	205	4,88	396				
2008 Nov.	2,14	193 041	3,41	54 007	4,61	433	5,04	271				
2008 Dez.	1,66	194 621	2,60	65 240	4,02	480	4,24	470				
2009 Jan.	1,31	202 948	1,91	69 444	3,45	843	4,34	463				
2009 Febr.	1,16	197 847	1,39	43 602	2,93	367	3,83	421				
2009 März	1,03	203 071	1,10	50 263	2,63	480	4,02	1 149				
2009 April	0,81	209 654	0,89	50 849	2,57	358	3,68	538				
2009 Mai	0,81	211 660	0,77	43 357	2,32	412	3,41	395				

Kredite an private Haushalte														
Erhebungs- zeitraum	Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)							Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)						
	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2008 Mai	7,53	6,33	843	5,66	2 634	8,61	2 237	5,41	6 766	5,77	1 081	5,39	1 850	
2008 Juni	7,48	6,25	974	5,52	2 841	8,63	2 412	5,56	6 864	6,09	1 165	5,54	2 628	
2008 Juli	7,71	6,47	1 090	5,67	2 864	8,78	2 616	5,64	10 020	6,19	1 227	5,68	2 802	
2008 Aug.	7,74	6,24	1 218	5,80	2 322	8,79	2 141	5,62	6 914	6,30	883	5,74	2 164	
2008 Sept.	7,60	6,08	1 064	5,71	2 555	8,80	2 219	5,72	6 795	6,24	994	5,64	1 934	
2008 Okt.	7,66	5,86	1 181	5,76	2 656	8,70	2 285	5,88	7 576	6,05	1 337	5,61	2 171	
2008 Nov.	7,55	5,43	922	5,66	2 289	8,63	2 049	5,19	5 288	5,90	972	5,52	1 420	
2008 Dez.	7,02	4,76	1 217	5,47	2 086	8,19	1 947	4,39	7 051	5,51	1 360	5,15	1 966	
2009 Jan.	7,47	5,10	1 202	5,48	2 204	8,74	2 101	3,73	7 060	5,24	1 475	5,19	2 145	
2009 Febr.	7,18	5,12	878	5,17	2 649	8,46	2 173	3,15	5 204	5,08	1 155	4,99	1 538	
2009 März	6,95	4,74	1 171	5,06	3 180	8,19	2 765	3,01	6 416	4,82	1 467	4,90	2 192	
2009 April	6,99	4,41	1 510	5,30	3 112	8,28	2 485	2,68	7 353	4,65	1 773	4,79	2 329	
2009 Mai	6,94	5,10	911	5,08	2 915	8,24	2 247	2,67	5 699	4,78	1 307	4,75	2 020	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PANGV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2008 Mai	11,82	44 544	5,19	6,00	1 946	5,06	2 510	4,96	5 480	4,97	4 197
Juni	11,83	47 209	5,30	6,05	2 173	5,24	2 634	5,06	6 229	5,09	4 703
Juli	11,91	44 887	5,47	6,18	2 701	5,43	2 829	5,21	6 747	5,28	5 113
Aug.	11,94	44 184	5,54	6,28	1 998	5,57	1 932	5,27	4 920	5,30	4 213
Sept.	11,98	48 076	5,45	6,24	2 129	5,50	1 979	5,17	5 610	5,21	4 418
Okt.	12,01	46 486	5,42	6,34	2 488	5,43	2 431	5,15	6 336	5,12	4 437
Nov.	11,88	43 669	5,27	6,07	1 995	5,20	2 363	5,03	5 064	5,01	4 024
Dez.	11,82	47 477	4,96	5,38	2 476	4,84	2 918	4,83	5 566	4,73	4 200
2009 Jan.	11,42	45 056	4,83	4,97	3 251	4,58	3 343	4,73	6 197	4,77	3 970
Febr.	11,19	44 553	4,58	4,38	2 370	4,33	2 749	4,58	5 336	4,60	3 395
März	11,16	45 902	4,42	4,19	2 787	4,12	3 343	4,40	6 831	4,49	4 609
April	10,97	43 989	4,34	3,86	3 150	4,01	3 521	4,37	7 455	4,54	4 272
Mai	10,87	43 269	4,29	3,80	2 609	3,93	3 031	4,35	6 547	4,47	4 000

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2008 Mai	6,98	80 154	6,26	9 173	5,81	1 051	5,15	1 444
Juni	7,07	85 801	6,34	10 794	5,97	1 280	5,38	1 734
Juli	7,12	82 949	6,36	10 066	6,18	1 313	5,50	1 837
Aug.	7,15	82 270	6,35	8 096	6,27	995	5,65	1 298
Sept.	7,26	85 079	6,46	10 688	6,12	1 091	5,54	1 557
Okt.	7,01	83 629	6,46	10 578	5,96	1 131	5,36	1 487
Nov.	6,68	85 604	5,95	8 719	5,78	989	5,14	1 435
Dez.	6,35	84 891	5,25	10 536	5,61	1 438	5,08	1 828
2009 Jan.	5,77	83 490	4,55	9 429	5,31	1 151	5,07	1 351
Febr.	5,63	84 220	4,15	9 245	5,12	1 036	4,84	1 105
März	5,65	84 903	3,83	12 529	4,95	1 198	4,69	1 333
April	5,21	82 312	3,60	11 605	4,85	1 204	4,48	1 488
Mai	5,24	81 653	3,52	10 634	4,83	1 078	4,41	1 139

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2008 Mai	5,25	66 639	5,74	3 571	5,53	4 224
Juni	5,36	80 148	6,09	3 254	5,82	6 699
Juli	5,38	90 571	5,97	3 511	5,66	6 703
Aug.	5,46	73 515	5,91	2 956	5,73	3 836
Sept.	5,70	87 137	5,63	3 353	5,73	4 378
Okt.	5,65	87 732	6,10	3 297	5,45	4 254
Nov.	4,91	65 292	5,38	2 289	5,04	3 060
Dez.	4,35	80 446	4,82	4 972	4,92	6 563
2009 Jan.	3,63	78 532	5,00	3 051	4,69	3 788
Febr.	3,26	63 830	4,79	1 959	4,53	3 225
März	3,09	73 340	4,23	2 283	4,50	3 512
April	2,84	67 171	4,22	2 706	4,47	3 480
Mai	2,84	58 465	3,98	2 404	4,47	2 783

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	- 853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	- 13 723	-	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	32 978	-	157 940
2006	243 496	102 379	40 995	8 943	52 446	141 117	125 425	68 893	56 532	-	118 071
2007	217 249	90 270	42 034	20 123	28 111	126 979	- 37 503	96 476	- 133 979	-	254 752
2008	68 838	66 139	- 45 712	86 527	25 322	2 699	- 2 263	68 049	- 70 312	-	71 101
2009 März	2 329	- 1 465	- 10 373	150	8 758	3 794	- 1 982	7 125	- 9 107	-	4 311
April	9 854	3 848	- 15 778	4 479	15 147	6 006	10 446	- 332	10 778	-	592
Mai	52 846	38 001	7 742	1 115	29 145	14 845	18 018	7 366	10 652	-	34 828

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529		
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678		
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353		
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877		
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194		
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918		
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941		
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016		
2004	- 3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748		
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329		
2006	24 077	9 061	15 018	4 757	11 323	6 566	19 322		
2007	- 1 426	10 053	11 478	46 867	6 702	40 165	45 440		
2008	- 20 864	11 326	32 190	27 739	23 079	50 818	48 604		
2009 März	5 496	4 137	1 359	2 750	18	2 732	2 746		
April	1 537	613	924	17 629	12 591	5 038	16 092		
Mai	3 433	109	3 324	7 788	9 467	1 679	11 221		

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

rung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand 2)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekenspfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 3)									
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009 Febr.	119 466	76 455	2 474	4 408	30 025	39 548	16 985	26 026	–
März	133 162	88 344	3 428	2 763	31 941	50 213	5 711	39 107	–
April	140 278	92 334	2 582	3 300	21 023	65 429	7 285	40 658	–
Mai	131 258	83 594	5 065	4 137	30 596	43 797	5 557	42 107	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)									
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009 Febr.	36 861	20 041	1 456	1 720	7 649	9 218	9 924	6 896	–
März	34 959	16 496	1 815	1 005	6 526	7 150	5 514	12 949	–
April	25 777	13 875	1 611	2 074	5 450	4 740	5 555	6 348	–
Mai	32 392	14 512	2 694	1 967	3 950	5 901	3 016	14 864	–
Netto-Absatz 5)									
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	– 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	– 15 052	65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009 Febr.	26 578	– 3 523	– 331	– 12 419	500	8 727	16 095	14 006	– 2 576
März	21 308	4 794	– 1 537	– 10 196	9 126	4 328	3 393	13 120	– 2 094
April	9 481	– 9 214	– 3 644	– 6 031	– 3 323	3 784	6 995	11 700	– 601
Mai	43 140	9 255	– 2 164	– 1 032	– 3 058	– 935	3 493	30 392	– 3 850

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnmögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

3 Brutto-Absatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 5 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Mio DM									
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009 März	3 318 031	1 886 476	149 890	343 783	502 375	890 427	199 146	1 232 409	45 552
April	3 327 512	1 877 262	146 246	337 752	499 052	894 212	206 142	1 244 109	44 951
Mai	3 369 621	1 885 485	148 410	336 720	508 110	892 245	209 635	1 274 502	41 101
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende Mai 2009									
bis unter 2	1 391 723	893 828	59 547	178 480	219 898	435 902	26 253	471 643	23 710
2 bis unter 4	722 489	440 110	55 232	87 803	112 001	185 073	35 441	246 938	5 261
4 bis unter 6	411 735	206 224	16 980	32 274	62 364	94 606	32 719	172 793	5 354
6 bis unter 8	305 744	169 828	12 159	22 575	29 280	105 814	7 184	128 733	2 968
8 bis unter 10	162 448	59 425	3 616	8 200	31 789	15 821	2 720	100 302	278
10 bis unter 15	66 354	32 086	859	4 039	19 473	7 716	12 183	22 085	1 764
15 bis unter 20	59 215	18 287	19	1 605	12 356	4 306	1 329	39 598	701
20 und darüber	249 912	65 696	-	1 743	20 948	43 006	91 806	92 409	1 064

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtständigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtständigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
Mio DM										
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678	1 040 769
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	- 2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	- 1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	- 220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622
2009 März	172 044	2 057	2 239	5	14	-	- 25	- 47	- 178	697 247
April	172 486	442	507	37	12	-	- 35	- 9	- 71	801 441
Mai	170 919	- 1 567	91	112	1	-	- 1 733	- 17	- 19	807 298

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Geregelteten Markt aufgehoben) oder zum Neuen Markt

(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)										Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortialführung begeben 1) 5)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre			Tagesdurchschnittskurs	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	Ende 1987=100	CDAX-Kursindex
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)				Ende 1998=100	Ende 1987=100					
% p.a.											Ende 1987=1000			
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69		
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39		
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14		
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61		
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63		
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16		
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08		
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	3,2	120,92	101,09	335,59	5 408,26		
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	4,0	116,78	96,69	407,16	6 596,92		
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	4,6	114,85	94,62	478,65	8 067,32		
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	4,9	121,68	102,06	266,33	4 810,20		
2009 März	3,2	3,0	2,9	3,0	3,8	4,2	6,5	4,4	123,41	101,72	224,85	4 084,76		
April	3,3	3,1	3,0	3,1	3,8	4,2	6,3	4,5	122,56	100,90	260,30	4 769,45		
Mai	3,3	3,2	3,1	3,4	3,6	4,2	6,2	4,3	121,12	99,07	263,71	4 940,82		
Juni	3,5	3,3	3,3	3,5	3,8	4,2	6,2	4,3	122,17	99,89	257,73	4 808,64		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)		Aus-länder 5)	
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds				zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile		
Mio DM															
1997	145 805	138 945	31 501	5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	2 775	
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	637	85 659	14 722	5 761	
2000	118 021	85 160	39 712	2 188	36 818	2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002	
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680	
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793	
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	43 172	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	23 637	35 094	14 676	5 221	20 418	18 416	8 078	
2007	55 022	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	41 586	51 083	229	4 240	51 312	37 346	3 939	
2008	697	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	8 608	6 517	16 625	9 252	23 142	17 860	5 820	
2009 März	1 833	117	2 579	402	2 321	286	2 462	1 716	854	4 671	1 241	3 817	475	979	
April	27	2 035	2 217	272	1 946	555	183	2 008	1 826	1 756	1 185	70	823	1 853	
Mai	1 062	977	2 455	371	2 165	709	1 478	85	1 470	3 006	4 435	1 536	4 350	408	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch

Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	2006	2007	2008	2007				2008			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	42,5	85,9	121,0	8,9	22,1	16,5	38,4	6,4	14,6	12,9	87,1
Geldmarktpapiere	1,0	- 0,3	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	0,1
Rentenwerte	27,4	- 50,2	- 8,0	5,9	- 21,0	- 9,3	- 25,7	13,5	- 0,8	2,4	- 23,2
Aktien	- 5,0	- 16,5	- 45,5	- 1,0	- 1,0	- 2,5	- 12,0	- 1,0	- 2,5	- 9,0	- 33,0
Sonstige Beteiligungen	2,9	2,9	3,0	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8
Investmentzertifikate	- 6,5	24,8	5,6	11,8	9,9	- 5,0	8,1	13,2	7,5	1,9	- 17,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	66,1	69,4	41,1	18,0	15,6	17,5	18,3	12,3	8,9	10,5	9,4
Kurzfristige Ansprüche	2,1	1,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4	- 0,2	0,1	0,1
Längerfristige Ansprüche	64,0	68,3	40,8	17,8	15,4	17,3	17,9	11,9	9,2	10,4	9,4
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	10,3	4,3	5,8	1,0	1,1	1,1	1,1	1,4	1,4	1,4	1,5
Sonstige Forderungen 3)	- 4,9	- 4,1	- 2,8	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,1	- 0,6	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	133,8	116,3	120,1	44,4	26,4	18,0	27,6	45,8	29,0	20,3	25,1
II. Finanzierung											
Kredite	- 5,1	- 18,9	- 15,4	- 10,0	- 2,1	- 3,2	- 3,6	- 9,8	0,9	- 1,1	- 5,4
Kurzfristige Kredite	- 5,4	- 1,2	1,2	- 2,0	0,7	- 0,9	1,0	- 0,7	- 0,0	0,6	1,4
Längerfristige Kredite	0,3	- 17,7	- 16,6	- 8,0	- 2,8	- 2,3	- 4,6	- 9,1	0,9	- 1,6	- 6,8
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,4	- 0,4	0,0	0,4	0,1	- 0,1	- 0,8	0,1	0,1	- 0,1	- 0,0
Insgesamt	- 5,5	- 19,3	- 15,4	- 9,6	- 1,9	- 3,3	- 4,4	- 9,8	1,0	- 1,1	- 5,4
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	28,3	72,0	20,8	14,8	9,1	18,1	30,1	6,1	- 14,8	36,5	- 7,0
Geldmarktpapiere	8,9	- 20,3	- 14,3	3,5	- 1,8	- 11,5	- 10,4	11,7	- 28,4	- 13,4	15,7
Rentenwerte	- 10,4	- 109,7	2,2	- 18,1	- 4,3	- 44,2	- 43,0	- 51,4	1,6	10,8	41,3
Finanzderivate	1,4	45,2	14,4	5,7	6,2	16,6	16,7	10,5	8,3	0,0	- 4,4
Aktien	11,2	56,9	128,8	- 9,1	30,3	14,4	21,4	16,5	69,1	15,8	27,3
Sonstige Beteiligungen	55,2	24,1	22,0	3,9	1,8	27,6	- 9,1	9,3	16,8	- 8,7	4,7
Investmentzertifikate	- 8,1	- 3,2	- 7,8	- 1,5	- 5,3	2,0	1,7	- 3,9	- 2,5	5,9	- 7,3
Kredite	17,0	- 1,3	32,1	5,3	4,9	15,0	- 26,4	4,1	11,3	7,7	9,0
Kurzfristige Kredite	11,3	- 5,6	27,7	5,9	1,5	7,5	- 20,6	- 1,2	14,3	6,6	8,0
Längerfristige Kredite	5,7	4,3	4,4	- 0,6	3,3	7,5	- 5,8	5,3	- 3,0	1,1	1,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1,4	1,0	0,4	0,2	0,2	0,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1
Kurzfristige Ansprüche	1,4	1,0	0,4	0,2	0,2	0,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	55,3	96,5	- 74,1	33,3	- 1,1	- 5,6	69,9	14,6	- 16,3	- 38,5	- 33,8
Insgesamt	160,2	161,3	124,4	37,8	39,8	32,5	51,3	17,6	45,1	16,2	45,5
II. Finanzierung											
Geldmarktpapiere	0,8	18,6	3,6	6,0	4,5	- 0,2	8,4	9,5	- 6,5	0,4	0,2
Rentenwerte	12,9	- 11,4	6,0	- 2,6	- 3,1	- 2,4	- 3,2	- 2,5	1,6	1,5	5,4
Finanzderivate
Aktien	5,7	6,8	3,6	1,9	2,7	0,5	1,6	0,9	1,4	0,7	0,5
Sonstige Beteiligungen	33,0	26,7	13,6	5,9	1,2	10,7	8,9	6,6	3,0	1,0	2,9
Kredite	72,0	46,4	71,4	20,4	5,9	5,2	14,9	- 5,9	14,8	23,4	39,2
Kurzfristige Kredite	30,9	16,8	19,0	15,0	8,1	- 5,1	- 1,1	- 5,8	12,4	2,9	9,5
Längerfristige Kredite	41,1	29,6	52,4	5,4	- 2,2	10,3	16,0	- 0,1	2,4	20,4	29,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	8,2	1,3	1,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	- 2,7	13,6	- 5,5	17,0	- 4,2	- 0,7	1,5	9,4	- 1,6	4,1	- 17,4
Insgesamt	129,9	102,0	93,9	48,8	7,4	13,5	32,4	18,2	13,2	31,5	31,0

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2006	2007	2008	2007				2008			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 534,8	1 620,8	1 737,5	1 543,7	1 565,8	1 582,4	1 620,8	1 627,2	1 642,0	1 650,6	1 737,5
Geldmarktpapiere	2,0	1,7	1,6	2,0	1,9	1,8	1,7	1,6	1,5	1,5	1,6
Rentenwerte	373,4	350,9	302,8	379,1	354,4	364,4	350,9	362,9	340,7	306,7	302,8
Aktien	349,3	375,3	165,9	377,1	389,7	379,7	375,3	320,6	298,0	255,5	165,9
Sonstige Beteiligungen	200,7	171,8	178,2	201,6	199,9	197,1	171,8	175,1	177,5	185,0	178,2
Investmentzertifikate	515,3	545,6	497,2	525,3	544,0	538,8	545,6	535,7	539,9	527,9	497,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1 118,9	1 187,9	1 228,9	1 136,7	1 152,3	1 169,7	1 187,9	1 200,1	1 209,0	1 219,5	1 228,9
Kurzfristige Ansprüche	79,7	80,8	81,1	79,9	80,2	80,4	80,8	81,2	81,0	81,1	81,1
Längerfristige Ansprüche	1 039,2	1 107,1	1 147,7	1 056,8	1 072,1	1 089,3	1 107,1	1 118,9	1 128,0	1 138,4	1 147,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	250,8	255,1	260,9	251,8	252,9	254,0	255,1	256,5	257,9	259,4	260,9
Sonstige Forderungen 3)	46,7	42,6	39,8	45,7	44,7	43,7	42,6	41,9	41,2	40,5	39,8
Insgesamt	4 391,9	4 551,7	4 412,9	4 463,0	4 505,7	4 531,7	4 551,7	4 521,6	4 507,7	4 446,5	4 412,9
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 557,0	1 538,5	1 523,2	1 547,6	1 545,5	1 542,1	1 538,5	1 527,3	1 528,2	1 527,2	1 523,2
Kurzfristige Kredite	80,2	78,9	80,0	78,5	79,2	77,9	78,9	78,1	78,1	78,7	80,0
Längerfristige Kredite	1 476,8	1 459,6	1 443,1	1 469,1	1 466,3	1 464,2	1 459,6	1 449,2	1 450,1	1 448,5	1 443,1
Sonstige Verbindlichkeiten	9,6	8,7	9,2	11,1	11,0	10,9	8,7	10,1	9,8	10,1	9,2
Insgesamt	1 566,6	1 547,2	1 532,4	1 558,7	1 556,5	1 553,0	1 547,2	1 537,5	1 538,0	1 537,3	1 532,4
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	411,3	477,0	507,4	432,1	433,8	447,3	477,0	474,7	471,9	508,1	507,4
Geldmarktpapiere	35,5	29,7	12,4	39,7	40,1	27,6	29,7	31,6	9,2	0,2	12,4
Rentenwerte	132,6	80,1	85,0	114,4	109,0	70,7	80,1	28,5	31,3	44,1	85,0
Finanzderivate
Aktien	899,3	1 066,1	655,8	970,9	1 022,0	1 014,2	1 066,1	940,1	951,5	874,6	655,8
Sonstige Beteiligungen	310,4	281,4	309,2	314,6	312,6	334,5	281,4	294,7	314,3	317,4	309,2
Investmentzertifikate	106,5	109,5	67,9	108,2	104,9	107,6	109,5	81,0	81,0	85,3	67,9
Kredite	161,8	176,3	204,8	169,1	175,0	186,3	176,3	183,2	195,2	200,7	204,8
Kurzfristige Kredite	120,1	130,1	151,4	127,5	129,9	133,6	130,1	129,9	142,0	145,4	151,4
Längerfristige Kredite	41,8	46,2	53,4	41,6	45,0	52,6	46,2	53,3	53,3	55,3	53,4
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	42,8	43,8	44,2	43,0	43,2	43,3	43,8	43,9	44,0	44,1	44,2
Kurzfristige Ansprüche	42,8	43,8	44,2	43,0	43,2	43,3	43,8	43,9	44,0	44,1	44,2
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	447,9	500,4	583,1	464,7	469,9	489,7	500,4	521,4	538,2	571,4	583,1
Insgesamt	2 548,2	2 764,3	2 469,8	2 656,6	2 710,4	2 721,4	2 764,3	2 599,1	2 636,6	2 645,9	2 469,8
II. Verbindlichkeiten											
Geldmarktpapiere	17,9	36,5	40,2	23,9	28,4	28,2	36,5	46,0	39,6	42,9	40,2
Rentenwerte	91,1	82,2	96,8	89,0	83,8	84,2	82,2	82,3	78,9	81,6	96,8
Finanzderivate
Aktien	1 336,7	1 564,3	963,5	1 414,5	1 545,1	1 544,3	1 564,3	1 322,0	1 266,1	1 154,1	963,5
Sonstige Beteiligungen	636,9	663,6	677,2	642,8	644,0	654,7	663,6	670,1	673,2	674,2	677,2
Kredite	1 348,3	1 405,9	1 485,2	1 365,4	1 383,4	1 387,8	1 405,9	1 400,7	1 421,5	1 443,9	1 485,2
Kurzfristige Kredite	370,2	396,5	409,2	381,9	394,5	388,3	396,5	384,4	397,4	397,8	409,2
Längerfristige Kredite	978,1	1 009,4	1 076,0	983,5	988,8	999,5	1 009,4	1 016,2	1 024,2	1 046,0	1 076,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	214,2	215,5	216,7	214,5	214,9	215,2	215,5	215,8	216,1	216,4	216,7
Sonstige Verbindlichkeiten	388,5	432,6	470,0	401,1	412,0	425,9	432,6	439,6	448,8	455,6	470,0
Insgesamt	4 033,6	4 400,5	3 949,5	4 151,2	4 311,6	4 340,3	4 400,5	4 176,5	4 144,1	4 068,7	3 949,5

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2003	- 87,2	- 39,6	- 32,7	- 7,1	- 7,7	- 4,0	- 1,8	- 1,5	- 0,3	- 0,4
2004	- 83,5	- 52,0	- 27,9	- 2,4	- 1,2	- 3,8	- 2,4	- 1,3	- 0,1	- 0,1
2005 p)	- 74,1	- 47,5	- 22,6	+ 0,1	- 4,1	- 3,3	- 2,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,2
2006 p)	- 35,6	- 34,3	- 10,3	+ 4,0	+ 5,0	- 1,5	- 1,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2
2007 p)	- 4,0	- 26,0	+ 3,4	+ 8,3	+ 10,4	- 0,2	- 1,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
2008 ts)	- 3,1	- 14,4	- 4,3	+ 7,3	+ 8,3	- 0,1	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3
2007 1.Hj. p)	+ 4,2	- 10,2	+ 3,7	+ 4,0	+ 6,7	+ 0,4	- 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6
2.Hj. p)	- 8,4	- 16,0	- 0,4	+ 4,3	+ 3,7	- 0,7	- 1,3	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3
2008 1.Hj. ts)	+ 6,1	- 7,1	+ 3,0	+ 5,6	+ 4,6	+ 0,5	- 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
2.Hj. ts)	- 9,3	- 7,4	- 7,3	+ 1,7	+ 3,7	- 0,7	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2003	1 381,0	845,4	435,3	111,5	5,3	63,8	39,1	20,1	5,2	0,2
2004	1 451,3	887,1	459,7	116,3	4,2	65,6	40,1	20,8	5,3	0,2
2005	1 521,9	933,0	481,9	120,0	2,7	67,8	41,6	21,5	5,4	0,1
2006	1 569,0	968,6	491,6	122,4	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007	1 576,6	976,9	493,0	120,0	1,6	65,1	40,3	20,3	5,0	0,1
2008 ts)	1 641,8	1 004,8	531,7	117,9	1,5	65,9	40,3	21,3	4,7	0,1
2007 1.Vj.	1 573,5	973,0	492,4	121,5	1,4	66,9	41,4	20,9	5,2	0,1
2.Vj.	1 592,2	995,6	488,6	121,4	1,5	67,0	41,9	20,6	5,1	0,1
3.Vj.	1 573,4	978,0	488,8	119,8	1,6	65,5	40,7	20,4	5,0	0,1
4.Vj.	1 576,6	976,9	493,0	120,0	1,6	65,1	40,3	20,3	5,0	0,1
2008 1.Vj. ts)	1 595,2	986,9	503,2	118,1	1,6	65,3	40,4	20,6	4,8	0,1
2.Vj. ts)	1 630,9	995,0	530,3	118,5	1,6	66,0	40,3	21,5	4,8	0,1
3.Vj. ts)	1 624,9	993,1	526,9	117,4	2,0	65,3	39,9	21,2	4,7	0,1
4.Vj. ts)	1 641,8	1 004,8	531,7	117,9	1,5	65,9	40,3	21,3	4,7	0,1
2009 1.Vj. ts)	1 673,2	1 026,2	540,7	118,5	1,6	68,0	41,7	22,0	4,8	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nachrichtl.: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2003	961,9	481,8	396,3	83,9	1 049,2	594,2	169,2	64,3	33,9	187,6	- 87,3	889,3
2004	957,7	481,3	396,5	79,9	1 041,2	592,0	169,6	62,4	31,7	185,5	- 83,5	888,0
2005 p)	976,2	493,2	396,5	86,6	1 050,5	597,2	168,7	62,3	31,0	191,3	- 74,3	900,5
2006 p)	1 016,4	530,5	399,9	86,0	1 052,3	597,9	167,5	65,3	32,6	189,1	- 35,9	941,7
2007 p)	1 065,9	576,3	399,9	89,8	1 070,1	596,7	168,0	67,4	35,6	202,5	- 4,2	988,2
2008 ts)	1 091,2	593,0	408,1	90,1	1 094,3	606,9	171,5	67,8	38,0	210,2	- 3,1	1 013,8
in % des BIP												
2003	44,5	22,3	18,3	3,9	48,5	27,5	7,8	3,0	1,6	8,7	- 4,0	41,1
2004	43,3	21,8	17,9	3,6	47,1	26,8	7,7	2,8	1,4	8,4	- 3,8	40,2
2005 p)	43,5	22,0	17,7	3,9	46,8	26,6	7,5	2,8	1,4	8,5	- 3,3	40,1
2006 p)	43,8	22,9	17,2	3,7	45,3	25,8	7,2	2,8	1,4	8,1	- 1,5	40,6
2007 p)	44,0	23,8	16,5	3,7	44,2	24,6	6,9	2,8	1,5	8,4	- 0,2	40,8
2008 ts)	43,8	23,8	16,4	3,6	43,9	24,4	6,9	2,7	1,5	8,4	- 0,1	40,7
Zuwachsraten in %												
2003	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4	- 0,5	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,6	- 6,1	+ 2,2	.	+ 1,1
2004	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 4,8	- 0,8	- 0,4	+ 0,2	- 3,0	- 6,4	- 1,1	.	- 0,1
2005 p)	+ 1,9	+ 2,5	- 0,0	+ 8,3	+ 0,9	+ 0,9	- 0,5	- 0,1	- 2,3	+ 3,1	.	+ 1,4
2006 p)	+ 4,1	+ 7,6	+ 0,9	- 0,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	+ 4,7	+ 5,3	- 1,2	.	+ 4,6
2007 p)	+ 4,9	+ 8,6	+ 0,0	+ 4,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,3	+ 3,2	+ 9,2	+ 7,1	.	+ 4,9
2008 ts)	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 6,7	+ 3,8	.	+ 2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden

auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2002 p)	554,7	441,7	20,5	610,4	173,3	226,8	66,1	38,7	11,3	- 55,8	457,7	466,0	- 8,3	927,7	991,8	- 64,1
2003 ts)	547,0	442,2	21,5	614,2	174,0	235,0	65,6	36,3	10,0	- 67,2	467,6	474,4	- 6,8	925,2	999,1	- 73,9
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,5
2008 ts)	668,4	561,2	13,0	677,6	187,3	259,9	67,3	36,3	18,6	- 9,2	484,3	477,8	+ 6,4	1 056,8	1 059,6	- 2,8
2006 1.Vj. p)	131,4	106,3	3,8	160,4	40,6	65,6	25,1	4,8	2,9	- 29,0	120,5	116,6	+ 3,9	229,0	254,1	- 25,1
2.Vj. p)	144,3	121,8	4,1	139,9	40,7	59,9	9,5	6,4	2,5	+ 4,5	122,2	117,1	+ 5,0	245,1	235,6	+ 9,5
3.Vj. p)	146,4	121,8	5,9	156,0	40,6	61,2	20,5	8,4	2,6	- 9,5	117,0	115,2	+ 1,7	241,4	249,2	- 7,8
4.Vj. p)	166,0	138,7	4,1	167,8	46,1	64,3	9,0	12,9	3,5	- 1,8	127,2	117,2	+ 10,0	271,1	263,0	+ 8,1
2007 1.Vj. p)	149,4	122,3	2,8	164,5	42,7	64,9	25,5	5,3	3,4	- 15,1	112,2	115,6	- 3,4	238,4	256,9	- 18,5
2.Vj. p)	158,5	136,9	3,0	144,5	43,9	58,4	10,0	6,7	2,5	+ 14,0	119,0	116,3	+ 2,7	253,8	237,0	+ 16,7
3.Vj. p)	155,4	131,6	3,6	160,5	44,2	59,8	21,3	8,6	1,6	- 5,1	116,2	115,6	+ 0,6	248,2	252,8	- 4,6
4.Vj. p)	180,5	147,6	7,9	172,9	49,7	65,1	9,1	12,7	1,9	+ 7,5	126,9	117,8	+ 9,1	283,9	267,3	+ 16,6
2008 1.Vj. p)	160,0	130,8	3,0	164,7	43,7	65,5	24,7	5,3	2,0	- 4,6	114,1	119,4	- 5,3	250,4	260,3	- 10,0
2.Vj. p)	166,1	143,5	2,1	151,5	44,9	61,4	11,1	7,2	1,7	+ 14,6	120,6	120,1	+ 0,5	263,0	247,9	+ 15,1
3.Vj. p)	159,7	137,2	1,3	167,1	45,9	62,6	21,2	9,0	1,5	- 7,4	118,6	118,9	- 0,3	254,5	262,2	- 7,7
4.Vj. p)	180,5	149,3	6,4	192,5	51,2	68,7	10,0	13,5	13,3	- 12,0	130,4	121,7	+ 8,7	287,0	290,2	- 3,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, aber ohne Postpensionskasse. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. —

3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmensseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2002	240,8	273,5	- 32,7	228,8	258,0	- 29,2	147,0	150,0	- 3,0
2003	239,6	278,8	- 39,2	229,2	259,7	- 30,5	142,1	149,9	- 7,8
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006 ts)	254,6	282,8	- 28,2	249,8	260,1	- 10,3	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	278,8	278,0	+ 0,8	176,9	169,0	+ 7,9
2006 1.Vj. p)	52,7	74,1	- 21,4	57,3	64,9	- 7,6	33,8	36,4	- 2,6
2.Vj. p)	63,0	61,6	+ 1,5	60,6	60,1	+ 0,4	37,7	36,8	+ 0,9
3.Vj. p)	64,6	73,7	- 9,1	60,5	62,5	- 2,1	40,3	38,1	+ 2,2
4.Vj. p)	74,3	73,5	+ 0,8	70,5	71,2	- 0,7	46,9	44,5	+ 2,5
2007 1.Vj. p)	61,1	74,6	- 13,6	63,5	66,5	- 3,0	35,4	37,6	- 2,1
2.Vj. p)	69,7	64,4	+ 5,3	67,6	61,9	+ 5,7	40,4	37,3	+ 3,1
3.Vj. p)	68,3	76,8	- 8,5	66,2	64,1	+ 2,1	42,5	39,7	+ 2,8
4.Vj. p)	78,3	76,3	+ 2,0	77,9	73,4	+ 4,5	51,0	46,1	+ 4,9
2008 1.Vj. p)	64,1	75,6	- 11,5	67,7	67,7	- 0,1	37,3	37,4	- 0,1
2.Vj. p)	73,0	68,3	+ 4,7	70,7	64,2	+ 6,5	42,7	39,7	+ 3,0
3.Vj. p)	71,2	82,7	- 11,4	67,3	66,3	+ 1,0	43,8	41,1	+ 2,7
4.Vj. ts)	83,7	77,3	+ 6,4	72,1	78,6	- 6,5	51,0	49,0	+ 2,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist nur bis zu dem maximal an den Kernhaushalt abzuführenden Betrag von 3,5 Mrd € berücksichtigt. Höhere Einnahmen fließen direkt dem Erblastentilgungs-

fonds zu. — 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: BEZ, Energiesteueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)				
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	18 560	52 490	+	51	22 321
2003	442 238	390 438	214 002	155 510	20 926	51 673	+	127	22 067
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2007 1.Vj.	122 550	104 537	53 928	43 916	6 693	13 313	+	4 700	5 362
2007 2.Vj.	136 963	118 090	65 298	49 069	3 724	18 217	+	655	5 408
2007 3.Vj.	131 495	113 712	61 592	46 875	5 246	17 882	-	99	5 524
2007 4.Vj.	147 236	129 215	70 929	51 699	6 587	23 138	-	5 117	5 348
2008 1.Vj.	131 507	111 845	56 179	47 660	8 006	14 148	+	5 513	5 272
2008 2.Vj.	143 006	122 931	66 952	51 585	4 394	19 614	+	461	5 324
2008 3.Vj.	137 454	117 861	65 380	48 667	3 814	19 715	-	122	5 503
2008 4.Vj.	149 216	131 545	72 178	52 500	6 867	23 712	-	6 042	5 411
2009 1.Vj.	...	109 674	55 941	46 212	7 521	5 154
2008 April	.	36 268	18 950	15 372	1 947	.	.	.	1 775
2008 Mai	.	38 294	21 128	15 846	1 320	.	.	.	1 775
2009 April	.	33 684	17 783	14 022	1 879	.	.	.	1 713
2009 Mai	.	35 750	20 071	14 438	1 242	.	.	.	1 713

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und Anteile am Energiesteueraufkommen. — 2 Zölle sowie die zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Einschl. Ge-

meindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tab. IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)				Gewerbesteuerumlagen 6)				
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 034	175 989	130 789	45 200	6 784	86 303	21 937	4 002	31 316	
2007 1.Vj.	110 577	43 694	30 464	829	5 434	6 966	42 037	32 624	9 413	153	17 377	6 354	962	6 040	
2007 2.Vj.	125 236	55 351	32 244	8 191	6 224	8 693	41 001	30 642	10 359	1 705	20 694	5 493	992	7 145	
2007 3.Vj.	120 644	48 742	31 416	7 299	5 571	4 456	42 612	31 724	10 888	1 850	20 750	5 671	1 019	6 932	
2007 4.Vj.	137 361	56 912	37 649	8 709	5 700	4 854	43 986	32 532	11 454	3 267	26 868	5 318	1 010	8 146	
2008 1.Vj.	118 847	49 649	32 793	3 668	4 727	8 462	44 294	33 488	10 806	297	17 515	6 114	980	7 002	
2008 2.Vj.	130 829	60 000	34 700	10 398	4 821	10 080	41 890	30 645	11 244	1 636	20 700	5 677	927	7 898	
2008 3.Vj.	125 510	52 135	34 063	8 878	4 086	5 109	44 339	32 705	11 633	1 690	20 888	5 442	1 017	7 648	
2008 4.Vj.	140 312	58 699	40 340	9 741	2 235	6 384	45 468	33 951	11 517	3 161	27 200	4 705	1 080	8 767	
2009 1.Vj.	116 731	50 001	33 975	2 971	4 399	8 657	43 087	34 234	8 853	- 36	17 361	5 351	966	7 057	
2008 April	38 485	15 814	11 305	1 012	- 154	3 651	12 818	9 119	3 699	1 101	6 461	1 986	305	2 217	
2008 Mai	40 521	16 219	11 407	771	- 213	4 254	14 795	10 912	3 883	520	6 766	1 903	317	2 227	
2009 April	35 628	12 322	9 340	1 130	- 1 183	3 035	13 673	10 805	2 869	1 002	6 487	1 852	291	1 944	
2009 Mai	37 630	12 976	9 781	47	- 870	4 018	15 253	12 461	2 792	487	6 975	1 649	289	1 880	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Zinsabschlag 44/44/12. —

3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent) für 2008: 54,4/43,6/2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in Prozent) für 2008: 19,9/80,1. — 7 Aufgliederung s. Tab. IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraftfahr- zeug- steuer	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 2)	ins- gesamt	darunter:	
													Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2002	42 192	13 778	10 403	8 327	5 097	2 149	1 548	7 592	4 763	3 021	3 200	33 447	23 489	9 261
2003	43 188	14 094	10 280	8 870	6 531	2 204	1 442	7 336	4 800	3 373	3 205	34 477	24 139	9 658
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2007 1.Vj.	4 540	2 916	2 949	4 504	1 647	416	406	2 636	1 828	1 150	740	12 126	9 541	2 408
2.Vj.	9 230	3 462	3 249	1 912	1 997	493	352	2 206	1 606	1 006	675	13 432	10 457	2 841
3.Vj.	9 904	3 774	2 875	2 049	1 319	509	322	2 098	1 860	1 043	670	12 701	9 404	3 147
4.Vj.	15 281	4 103	3 277	1 866	1 392	541	408	1 958	1 659	1 004	698	13 142	10 714	2 317
2008 1.Vj.	4 668	2 547	3 192	4 540	1 547	626	394	2 590	1 676	1 087	761	12 956	10 330	2 444
2.Vj.	9 570	3 267	3 502	1 950	1 594	479	338	2 290	1 461	1 301	624	13 813	10 850	2 815
3.Vj.	9 807	3 649	3 059	2 078	1 464	488	343	2 050	1 398	1 361	632	13 634	10 281	3 184
4.Vj.	15 203	4 111	3 392	1 911	1 655	533	396	1 912	1 193	1 022	579	12 065	9 577	2 364
2009 1.Vj.	4 777	2 365	3 191	4 502	1 560	594	372	2 284	1 165	1 144	758
2008 April	3 099	1 111	930	607	467	136	112	826	545	412	202	.	.	.
2008 Mai	3 110	1 133	976	748	495	173	131	774	490	421	218	.	.	.
2009 April	3 071	1 198	820	627	508	140	123	760	368	528	195	.	.	.
2009 Mai	3 346	1 196	902	777	451	176	126	666	376	397	210	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 4)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 3)							
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 7)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2007 1.Vj.	56 177	37 771	18 118	58 275	50 369	3 279	- 2 098	7 955	7 585	215	46	108	4 889
2.Vj.	59 068	40 501	18 180	58 595	50 282	3 432	+ 473	8 890	8 573	165	48	103	4 881
3.Vj.	57 996	39 494	18 115	59 054	50 633	3 470	- 1 058	8 025	7 598	265	45	117	4 868
4.Vj.	62 926	44 452	18 136	59 159	50 638	3 475	+ 3 767	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008 1.Vj.	57 611	39 028	18 241	58 952	50 795	3 473	- 1 341	10 730	9 459	1 095	46	130	4 792
2.Vj.	60 574	41 958	18 241	59 346	50 714	3 482	+ 1 228	11 923	10 267	1 466	61	128	4 704
3.Vj.	59 525	40 769	18 215	60 124	51 418	3 539	- 599	11 727	10 421	1 128	50	127	4 690
4.Vj.	64 495	45 851	18 231	60 100	51 301	3 548	+ 4 395	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	- 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrech-

nung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 5 Einschl. Barmittel. — 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 7 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosen-unterstützungen 4) 5)	davon:		berufliche Förde-rung 5) 6)	davon:		Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)		
		Beiträge	Um-lagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land		West-deutsch-land	Ost-deutsch-land			
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	2 215	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2006 1.Vj.	14 041	13 057	42	12 320	7 155	5 260	1 894	2 306	1 526	780	388	+ 1 721	538
2.Vj.	13 827	12 848	275	11 742	6 362	4 691	1 670	2 266	1 505	761	300	+ 2 084	- 538
3.Vj.	12 860	11 950	302	10 142	5 117	3 879	1 239	2 232	1 486	746	183	+ 2 718	-
4.Vj.	14 656	13 321	504	9 958	4 616	3 518	1 098	2 455	1 669	787	218	+ 4 698	-
2007 1.Vj.	9 932	7 738	78	10 044	5 321	3 971	1 350	2 032	1 370	662	408	- 113	-
2.Vj.	10 837	7 910	303	9 383	4 598	3 440	1 157	2 089	1 423	666	259	+ 1 454	-
3.Vj.	10 366	7 765	232	8 357	3 910	2 979	931	1 985	1 363	622	160	+ 2 010	-
4.Vj.	11 703	8 851	357	8 412	3 528	2 684	843	2 264	1 591	674	122	+ 3 292	-
2008 1.Vj.	8 714	5 955	83	11 295	4 299	3 183	1 116	2 088	1 473	615	327	- 2 581	-
2.Vj.	9 690	6 931	211	10 367	3 739	2 761	978	2 182	1 556	626	255	- 677	-
3.Vj.	9 330	6 317	272	8 648	3 245	2 442	804	2 053	1 462	592	149	+ 683	-
4.Vj.	10 555	7 248	409	9 098	3 001	2 267	733	2 389	1 731	657	189	+ 1 458	-
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für das Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kran-

ken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben 5)
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwal-tungs-ausgaben 4)	
		Beiträge 2)	Bundes-zuschuss									
2002	139 707	136 208	.	143 026	46 308	23 449	23 407	11 492	9 304	7 561	8 019	- 3 320
2003	141 654	138 383	.	145 095	46 800	24 218	24 301	11 819	9 409	6 973	8 206	- 3 441
2004	144 279	140 120	1 000	140 260	47 594	21 811	22 955	11 263	8 281	6 367	8 196	+ 4 020
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 763	156 130	2 500	161 334	52 623	29 145	25 889	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 429
2006 1.Vj.	34 744	34 034	-	35 968	12 834	6 384	5 937	2 547	1 881	1 477	1 836	- 1 224
2.Vj.	38 004	35 279	2 100	36 830	12 658	6 450	5 904	2 685	2 071	1 439	1 910	+ 1 174
3.Vj.	36 001	35 156	-	36 226	12 551	6 301	5 822	2 432	2 048	1 363	1 931	- 225
4.Vj.	40 770	37 745	2 100	38 749	12 332	6 739	6 189	2 699	2 290	1 412	2 595	+ 2 021
2007 1.Vj.	36 437	35 693	-	37 147	12 948	6 687	6 123	2 670	1 918	1 525	1 879	- 710
2.Vj.	39 316	37 306	1 250	38 299	12 893	6 862	6 163	2 697	2 160	1 510	1 930	+ 1 017
3.Vj.	37 939	37 138	-	38 068	12 750	6 897	6 062	2 552	2 199	1 451	1 987	- 129
4.Vj.	41 987	39 829	1 250	40 384	12 363	7 313	6 481	2 797	2 378	1 527	2 618	+ 1 602
2008 1.Vj.	37 937	37 136	-	39 010	13 410	7 084	6 409	2 711	2 011	1 643	1 898	- 1 073
2.Vj.	40 361	38 491	1 250	40 232	13 387	7 339	6 434	2 728	2 292	1 644	2 021	+ 129
3.Vj.	39 185	38 338	-	39 733	13 012	7 215	6 415	2 660	2 271	1 602	2 045	- 548
4.Vj.	44 387	41 838	1 250	42 165	12 913	7 588	6 812	2 894	2 461	1 672	2 704	+ 2 222

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. — 3 Einschl. Zahnersatz. — 4 Netto, d. h. nach

Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. — 5 Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:			Verwaltungs- ausgaben			
				Pflege- sach- leistung	Voll- stationäre Pflege	Pflegegeld			Beiträge zur Rentenver- sicherung 3)	
2002	16 917	16 714	17 346	2 363	8 014	4 151	962	837	-	428
2003	16 844	16 665	17 468	2 361	8 183	4 090	951	853	-	624
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008 p)	19 768	19 612	19 141	2 602	9 052	4 238	869	939	+	627
2006 1.Vj.	4 660	4 631	4 511	611	2 152	998	213	246	+	150
2.Vj.	4 655	4 629	4 447	582	2 158	994	214	222	+	208
3.Vj.	4 471	4 441	4 551	617	2 171	1 014	213	222	-	80
4.Vj.	4 699	4 657	4 526	611	2 191	1 009	218	200	+	173
2007 1.Vj.	4 301	4 265	4 591	624	2 191	1 014	212	238	-	290
2.Vj.	4 469	4 432	4 528	595	2 192	993	213	231	-	59
3.Vj.	4 440	4 403	4 617	623	2 226	1 012	216	213	-	177
4.Vj.	4 813	4 761	4 608	626	2 218	1 015	217	209	+	204
2008 1.Vj.	4 421	4 381	4 681	641	2 229	1 022	210	255	-	261
2.Vj.	4 597	4 563	4 703	634	2 251	1 025	221	230	-	106
3.Vj.	5 167	5 133	4 872	665	2 280	1 089	218	234	+	295
4.Vj.	5 583	5 535	4 884	662	2 293	1 103	219	220	+	698
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonder-

beitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende
	brutto 2)	netto			
2002	+ 178 203	+ 24 327	+ 2 221	+ 22	2002
2003	+ 227 483	+ 42 270	+ 1 236	+ 7 218	2003
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802	2004
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041	2005
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308	2006
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900	2007
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036	2008 p)
2006 1.Vj.	+ 75 788	+ 12 526	+ 8 174	- 7 296	2006 1.Vj.
2.Vj.	+ 56 445	+ 14 238	+ 8 228	+ 14 649	2.Vj.
3.Vj.	+ 66 689	+ 16 579	+ 4 181	+ 8 913	3.Vj.
4.Vj.	+ 22 952	- 10 686	- 17 326	- 9 958	4.Vj.
2007 1.Vj.	+ 68 285	+ 4 600	+ 12 649	- 11 200	2007 1.Vj.
2.Vj.	+ 54 415	+ 22 020	+ 5 792	+ 27 209	2.Vj.
3.Vj.	+ 51 413	- 20 291	- 4 783	- 27 450	3.Vj.
4.Vj.	+ 40 882	+ 667	- 12 571	+ 6 541	4.Vj.
2008 1.Vj.	+ 69 510	+ 10 443	+ 12 306	- 705	2008 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 52 618	+ 7 478	+ 4 872	+ 10 289	2.Vj. p)
3.Vj.	+ 53 933	- 2 231	- 10 736	- 12 088	3.Vj. p)
4.Vj.	+ 57 296	+ 10 519	+ 447	+ 11 541	4.Vj. p)
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856	2009 1.Vj. ts)

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Einschl. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). — 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2002	1 277 667	4 440	536 900	137	238 390	497 800
2003	1 358 137	4 440	530 700	341	301 956	520 700
2004	1 430 582	4 440	544 200	430	306 912	574 600
2005	1 489 029	4 440	518 500	488	312 401	653 200
2006	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2007	1 540 381	4 440	457 000	476	313 065	765 400
2008 p)	1 564 122	4 440	441 200	516	317 966	800 000
2006 1.Vj.	1 508 932	4 440	522 400	486	308 906	672 700
2.Vj.	1 525 012	4 440	528 500	485	320 887	670 700
3.Vj.	1 540 523	4 440	519 300	485	331 598	684 700
4.Vj.	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2007 1.Vj.	1 538 621	4 440	513 900	480	321 201	698 600
2.Vj.	1 556 684	4 440	504 600	480	320 564	726 600
3.Vj.	1 535 253	4 440	489 000	480	308 433	732 900
4.Vj.	1 540 381	4 440	457 000	476	313 065	765 400
2008 1.Vj. p)	1 541 759	4 440	467 300	475	306 144	763 400
2.Vj. p)	1 554 151	4 440	462 200	506	292 606	794 400
3.Vj. p)	1 547 336	4 440	431 900	506	299 190	811 300
4.Vj. p)	1 564 122	4 440	441 200	516	317 966	800 000
2009 1.Vj. ts)	1 593 973	4 440	425 900	519	348 814	814 300

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2003	1 358 137	36 022	246 414	153 611	12 810	471 115	.	396 832	341	34 163	6 711	119
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	.	379 984	430	53 672	5 572	84
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	.	366 978	488	62 765	4 443	88
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007 4.Vj.	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008 1.Vj.	1 541 759	39 467	325 481	173 295	9 885	579 072	.	336 845	475	72 726	4 443	72
2.Vj.	1 554 151	39 655	328 980	168 938	9 816	586 050	.	343 931	506	71 761	4 443	72
3.Vj.	1 547 336	42 816	332 792	177 594	9 415	579 969	701	326 582	506	72 445	4 443	74
4.Vj. p)	1 564 122	44 870	337 662	172 037	9 649	584 155	3 174	331 219	516	76 326	4 443	73
2009 1.Vj. ts)	1 593 973	70 315	341 169	177 859	9 436	586 340	3 413	319 911	519	80 494	4 443	74
Bund 7) 8) 9) 10)												
2003	767 713	35 235	87 538	143 425	12 810	436 181	.	38 146	223	7 326	6 711	118
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	.	34 835	333	10 751	5 572	83
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	.	29 318	408	10 710	4 443	87
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007 4.Vj.	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008 1.Vj.	950 431	37 774	101 205	173 295	9 885	578 816	.	33 649	408	10 886	4 443	71
2.Vj.	957 909	37 136	101 932	168 938	9 816	585 794	.	38 496	438	10 845	4 443	71
3.Vj.	955 678	40 316	105 361	177 594	9 415	579 713	701	26 980	438	10 644	4 443	74
4.Vj.	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009 1.Vj.	986 530	64 653	104 571	177 859	9 436	586 225	3 413	24 804	448	10 605	4 443	74
Länder												
2003	423 737	787	154 189	244 902	4	23 854	.	1
2004	448 672	1 282	179 620	228 644	3	39 122	.	1
2005	471 375	847	201 146	221 163	3	48 216	.	1
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007 4.Vj.	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008 1.Vj.	477 396	1 693	224 276	193 385	2	58 039	.	1
2.Vj.	481 875	2 519	227 048	195 189	3	57 116	.	1
3.Vj.	478 495	2 500	227 430	190 560	3	58 001	.	1
4.Vj. p)	483 585	4 075	231 978	185 677	3	61 852	.	1
2009 1.Vj. p)	492 771	5 661	236 599	184 415	6	66 090	.	1
Gemeinden 11)												
2003	107 857	.	77	.	.	734	.	104 469	106	2 471	.	.
2004	112 538	812	.	108 231	86	3 410	.	.
2005	116 033	466	.	111 889	77	3 601	.	.
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007 4.Vj.	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008 1.Vj.	113 932	256	.	109 811	65	3 800	.	.
2.Vj.	114 367	256	.	110 246	65	3 800	.	.
3.Vj.	113 163	256	.	109 042	65	3 800	.	.
4.Vj. p)	114 341	225	.	110 251	65	3 800	.	.
2009 1.Vj. ts)	114 672	114	.	110 693	65	3 800	.	.
Sondervermögen 7) 8) 9) 12)												
2003	58 830	-	4 610	10 185	.	34 201	.	9 315	8	512	.	.
2004	57 250	-	4 538	9 685	.	34 355	.	8 274	8	389	.	.
2005	15 367	-	-	51	.	10 469	.	4 609	-	238	.	.
2006	14 556	-	-	51	.	10 368	.	3 950	-	188	.	.
2007 4.Vj.	100	-	-	-	.	100	.	-	-	-	.	.
2008 1.Vj.	-	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2.Vj.	-	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
3.Vj.	-	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
4.Vj.	-	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2009 1.Vj.	-	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Satzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenom-

menen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). — 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 12 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2007			2008			2009						
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	114,0	119,9	120,3	5,9	5,2	0,4	5,4	4,7	2,8	6,4	1,0	- 8,1	- 20,2
Baugewerbe	77,4	79,4	82,1	- 2,3	2,6	3,5	- 1,4	- 1,7	2,4	6,9	3,2	1,3	- 8,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	110,5	111,0	113,2	4,2	0,5	2,0	0,6	- 1,1	2,8	4,0	2,1	- 0,9	- 6,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	108,2	112,2	114,3	2,1	3,6	1,9	3,2	3,0	2,5	2,6	1,8	0,8	- 0,9
Öffentliche und private Dienstleister 3)	103,7	105,1	106,0	0,7	1,3	0,9	1,3	1,7	0,8	1,1	1,0	0,5	0,0
Bruttowertschöpfung	107,3	110,4	111,9	2,9	2,9	1,4	2,7	2,3	2,2	3,7	1,6	- 1,9	- 7,1
Bruttoinlandsprodukt 4)	106,1	108,7	110,1	3,0	2,5	1,3	2,4	1,6	2,1	3,4	1,4	- 1,7	- 6,7
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	102,5	102,1	102,2	1,0	- 0,4	0,1	0,0	- 1,0	0,2	0,5	0,2	- 0,5	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	102,7	105,0	106,8	0,6	2,2	1,8	2,3	1,8	1,5	2,2	1,9	1,4	0,8
Ausrüstungen	111,0	118,7	125,7	11,1	6,9	5,9	6,5	7,5	6,7	11,8	8,4	- 1,7	- 18,6
Bauten	86,5	88,0	90,7	5,0	1,8	3,0	- 1,0	- 2,8	1,8	6,1	3,1	0,7	- 7,8
Sonstige Anlagen 6)	126,6	136,7	145,6	8,0	8,0	6,5	9,6	8,8	8,4	5,9	6,2	5,9	10,8
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	0,0	0,1	0,5	0,0	0,9	- 0,1	- 0,2	0,3	2,0	0,6
Inländische Verwendung	100,0	101,1	103,0	2,1	1,1	1,8	1,0	1,2	1,1	2,2	2,0	1,9	- 1,3
Außenbeitrag 8)	.	.	.	1,0	1,4	- 0,4	1,5	0,5	1,0	1,3	- 0,5	- 3,4	- 5,5
Experte	152,2	163,5	167,9	12,7	7,5	2,7	8,3	2,8	5,9	7,4	3,9	- 5,9	- 17,2
Importe	134,4	141,1	147,1	11,9	5,0	4,2	5,5	2,2	4,3	5,4	5,7	1,5	- 7,0
Bruttoinlandsprodukt 4)	106,1	108,7	110,1	3,0	2,5	1,3	2,4	1,6	2,1	3,4	1,4	- 1,7	- 6,7
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 355,1	1 373,7	1 404,6	2,3	1,4	2,2	1,9	1,2	2,5	2,9	2,8	0,8	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	425,4	435,6	451,7	1,3	2,4	3,7	2,6	2,2	3,2	4,6	3,9	3,1	3,8
Ausrüstungen	178,1	189,4	199,0	9,8	6,3	5,1	5,9	6,7	5,7	10,6	7,6	- 2,2	- 19,6
Bauten	218,6	236,4	251,3	7,5	8,1	6,3	4,9	2,5	4,6	9,2	7,0	3,9	- 5,6
Sonstige Anlagen 6)	26,4	27,7	28,4	3,9	5,1	2,4	5,4	5,3	2,8	3,0	2,7	1,3	- 1,8
Vorratsveränderungen 7)	- 13,7	- 10,9	2,1
Inländische Verwendung	2 190,0	2 251,9	2 336,9	3,1	2,8	3,8	2,6	3,4	3,0	4,5	4,3	3,3	- 0,6
Außenbeitrag	131,5	171,0	154,5
Experte	1 052,7	1 137,2	1 177,0	14,3	8,0	3,5	8,5	2,9	6,4	8,2	5,4	- 5,5	- 19,2
Importe	921,2	966,2	1 022,6	14,9	4,9	5,8	4,8	2,6	6,1	8,0	9,4	0,0	- 11,9
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 321,5	2 422,9	2 491,4	3,5	4,4	2,8	4,4	3,5	3,4	4,8	2,8	0,5	- 5,1
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	108,9	110,8	113,2	1,3	1,7	2,1	1,8	2,3	2,3	2,4	2,6	1,4	- 0,0
Bruttoinlandsprodukt	106,1	108,1	109,8	0,5	1,9	1,5	2,0	1,9	1,3	1,4	1,4	2,2	1,7
Terms of Trade	99,9	100,5	99,8	- 1,3	0,7	- 0,8	1,0	- 0,2	- 1,1	- 1,6	- 2,0	1,9	3,1
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 149,5	1 183,6	1 224,6	1,7	3,0	3,5	2,6	2,9	3,4	3,4	3,9	3,2	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	616,1	643,5	660,0	8,7	4,5	2,6	6,8	2,8	5,7	9,7	1,4	- 6,4	- 20,9
Volkseinkommen	1 765,6	1 827,1	1 884,6	4,1	3,5	3,1	4,1	2,9	4,3	5,6	2,9	0,1	- 7,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 362,4	2 464,2	2 531,9	4,0	4,3	2,7	4,5	3,5	3,4	4,6	2,9	0,3	- 5,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2009. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- wesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit

Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbs- zweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheber- rechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wert- sachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊)

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie						darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
			Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten						
2005=100												
Gewicht in % 1)	100.00	5.56	8.76	85.69	33.96	35.37	2.78	13.58	12.15	10.82	12.48	12.34
Zeit												
2004	96,8	105,2	99,7	96,0	96,8	94,9	99,6	95,9	98,2	91,7	94,7	95,7
2005	99,7	99,5	100,1	99,6	99,7	99,6	99,7	99,6	99,6	99,8	99,5	99,7
2006	105,4	105,8	101,0	105,8	107,1	106,0	107,3	101,7	107,3	112,9	107,5	102,6
2007	111,6	108,9	98,2	113,1	114,6	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,2	95,6	113,4	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,9	124,5	104,4
2007 Sept.	119,4	127,2	93,7	121,5	121,3	125,2	122,8	112,1	120,5	136,4	129,7	121,9
Okt.	120,2	126,1	103,2	121,5	121,9	124,1	121,3	113,6	121,5	136,7	127,2	119,2
Nov.	120,8	118,3	107,8	122,4	120,1	128,5	120,8	112,7	121,6	140,7	129,8	122,0
Dez.	107,7	87,8	109,7	108,8	101,8	119,0	99,5	101,6	101,0	123,9	137,0	90,1
2008 Jan.	106,5	78,6	104,8	108,4	112,3	107,3	101,8	102,7	111,8	122,7	108,4	104,4
Febr.	109,4	85,2	97,9	112,1	114,1	115,1	107,3	100,2	114,6	125,9	115,5	116,0
März	120,9	99,5	105,3	123,9	125,9	128,2	117,5	109,1	127,3	140,5	133,8	124,7
April	114,2	110,2	99,7	115,9	119,0	119,1	107,1	101,5	119,9	127,7	123,9	116,6
Mai	111,1	114,5	92,9	112,7	117,2	114,2	97,0	100,7	117,7	126,2	119,4	106,5
Juni	116,2	120,4	87,1	118,9	120,3	124,8	106,3	102,6	122,7	133,9	134,2	114,8
Juli	113,1	122,4	89,0	115,0	119,2	116,7	95,0	104,3	118,5	131,3	126,5	104,9
Aug.	106,0	117,8	85,7	107,3	113,9	103,8	90,0	103,5	112,8	125,8	113,8	84,2
Sept.	117,6	125,0	89,6	120,0	119,2	125,8	115,7	107,7	119,9	136,0	129,4	114,0
Okt.	115,7	123,1	98,0	117,1	117,5	119,2	113,2	111,6	117,6	133,1	125,9	104,4
Nov.	112,1	116,6	97,5	113,3	108,7	119,6	111,8	108,7	109,4	133,5	126,5	100,9
Dez.	95,5	84,9	99,8	95,7	82,6	107,6	84,7	99,6	80,1	109,7	136,3	61,6
2009 Jan. +)	86,9	58,8	104,7	87,0	87,5	81,8	84,4	100,1	81,3	97,7	88,3	67,6
Febr. +)	86,1	67,4	92,0	86,7	83,3	83,3	84,2	95,3	80,3	98,5	91,2	66,2
März +)	96,5	103,2	91,4	96,6	93,8	97,5	91,7	102,4	85,4	105,9	104,8	84,6
April +)	88,7	116,3	81,9	87,6	88,2	83,3	82,7	98,4	80,1	93,1	87,4	70,6
Mai +) p)	91,2	115,9	76,6	91,0	91,7	88,4	82,5	97,7	83,2	95,2	88,2	84,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2004	+ 2,4	- 5,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,7	- 0,2	+ 0,3	+ 3,3	+ 7,1	+ 4,4	+ 3,6
2005	+ 3,0	- 5,4	+ 0,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 5,0	+ 0,1	+ 3,9	+ 1,4	+ 8,8	+ 5,1	+ 4,2
2006	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,9	+ 6,2	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 7,7	+ 13,1	+ 8,0	+ 2,9
2007	+ 5,9	+ 2,9	- 2,8	+ 6,9	+ 7,0	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	- 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,3	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,6	+ 4,3	- 4,8
2007 Sept.	+ 5,9	- 1,6	+ 3,3	+ 6,7	+ 5,8	+ 8,0	+ 1,0	+ 6,7	+ 5,0	+ 12,9	+ 11,4	+ 7,6
Okt.	+ 6,6	- 1,4	+ 5,0	+ 7,2	+ 5,8	+ 10,6	+ 0,2	+ 3,7	+ 4,0	+ 10,7	+ 13,4	+ 9,8
Nov.	+ 4,1	- 5,8	+ 3,8	+ 5,0	+ 4,8	+ 7,1	- 2,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 9,2	+ 8,3	+ 6,3
Dez.	+ 4,5	- 3,5	+ 1,7	+ 5,2	+ 4,8	+ 7,2	- 6,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 9,1	+ 9,6	+ 5,8
2008 Jan.	+ 5,9	+ 7,4	+ 1,7	+ 6,2	+ 4,7	+ 9,2	- 0,9	+ 3,9	+ 4,5	+ 11,2	+ 9,8	+ 4,3
Febr.	+ 5,3	+ 9,4	+ 0,5	+ 5,6	+ 5,0	+ 8,2	- 2,1	+ 1,5	+ 5,0	+ 9,3	+ 8,2	+ 6,6
März	+ 3,8	- 4,5	+ 2,2	+ 4,4	+ 4,7	+ 5,9	- 0,8	+ 0,5	+ 6,4	+ 9,9	+ 7,8	+ 2,1
April	+ 5,2	- 2,4	+ 6,5	+ 5,6	+ 5,3	+ 9,2	+ 3,5	- 3,1	+ 7,0	+ 10,1	+ 10,6	+ 6,6
Mai	+ 1,5	- 0,8	- 0,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,2	- 5,5	- 4,0	+ 4,3	+ 8,2	+ 3,7	- 2,7
Juni	+ 2,0	- 0,4	- 4,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 4,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 7,2	+ 9,3	- 2,1
Juli	- 0,2	- 3,2	- 2,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,3	- 6,1	- 1,0	+ 1,8	+ 4,2	+ 3,6	- 6,6
Aug.	+ 1,4	+ 1,0	- 5,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,7	- 2,8	- 2,5	+ 3,3	+ 6,3	+ 5,7	+ 0,7
Sept.	- 1,5	- 1,7	- 4,4	- 1,2	- 1,7	+ 0,5	- 5,8	- 3,9	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 6,5
Okt.	- 3,7	- 2,4	- 5,0	- 3,6	- 3,6	- 3,9	- 6,7	- 1,8	- 3,2	- 2,6	- 1,0	- 12,4
Nov.	- 7,2	- 1,4	- 9,6	- 7,4	- 9,5	- 6,9	- 7,5	- 3,5	- 10,0	- 5,1	- 2,5	- 17,3
Dez.	- 11,3	- 3,3	- 9,0	- 12,0	- 18,9	- 9,6	- 14,9	- 2,0	- 20,7	- 11,5	- 0,5	- 31,6
2009 Jan. +)	- 18,4	- 25,2	- 0,1	- 19,7	- 22,1	- 23,8	- 17,1	- 2,5	- 27,3	- 20,4	- 18,5	- 35,2
Febr. +)	- 21,3	- 20,9	- 6,0	- 22,7	- 23,8	- 27,6	- 21,5	- 4,9	- 29,9	- 21,8	- 21,0	- 42,9
März +)	- 20,2	+ 3,7	- 13,2	- 22,0	- 25,5	- 23,9	- 22,0	- 6,1	- 32,9	- 24,6	- 21,7	- 32,2
April +)	- 22,3	+ 5,5	- 17,9	- 24,4	- 25,9	- 30,1	- 22,8	- 3,1	- 33,2	- 27,1	- 29,5	- 39,5
Mai +) p)	- 17,9	+ 1,2	- 17,5	- 19,3	- 21,8	- 22,6	- 14,9	- 3,0	- 29,3	- 24,6	- 26,1	- 20,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.9 bis II.11. — ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden

Gewerbes im Basisjahr 2005. — + Vorläufig; vom Statistisches Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	Industrie		davon:						davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2004	93,6	+ 6,7	94,4	+ 8,5	92,9	+ 6,8	94,5	- 0,7	101,2	- 3,3	92,3	+ 0,2
2005	99,7	+ 6,5	99,7	+ 5,6	99,7	+ 7,3	99,7	+ 5,5	99,7	- 1,5	99,8	+ 8,1
2006	110,7	+ 11,0	113,9	+ 14,2	109,4	+ 9,7	105,3	+ 5,6	108,4	+ 8,7	104,3	+ 4,5
2007	123,0	+ 11,1	125,2	+ 9,9	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9
2008	115,5	- 6,1	121,2	- 3,2	112,9	- 8,4	108,1	- 3,4	103,6	- 6,1	109,7	- 2,5
2008 Mai	121,3	+ 0,2	129,4	+ 4,2	119,0	- 2,0	101,6	- 3,6	101,6	- 4,1	101,7	- 3,4
Juni	121,8	- 7,0	130,0	- 0,5	118,9	- 11,5	104,6	- 4,0	107,3	- 2,6	103,7	- 4,4
Juli	118,3	- 2,5	128,2	+ 3,1	112,9	- 6,0	111,0	- 4,2	98,0	- 9,0	115,5	- 2,7
Aug.	110,8	- 0,6	118,2	+ 2,5	106,0	- 2,4	111,0	- 3,0	95,5	- 2,3	116,2	- 3,2
Sept.	113,9	- 7,6	122,0	- 3,4	108,9	- 10,9	112,1	- 3,8	115,0	- 3,8	111,1	- 3,9
Okt.	105,3	- 17,4	114,8	- 9,7	98,5	- 23,4	109,2	- 9,3	110,7	- 22,7	108,7	- 3,5
Nov.	98,4	- 25,6	102,6	- 24,6	94,5	- 28,7	106,5	- 5,5	103,4	- 9,0	107,5	- 4,3
Dez.	85,4	- 30,9	83,3	- 29,4	86,0	- 34,4	90,6	- 7,5	82,2	- 12,1	93,4	- 6,1
2009 Jan.	81,1	- 35,2	86,0	- 34,5	75,7	- 38,6	95,9	- 13,5	82,9	- 20,7	100,4	- 11,2
Febr.	79,2	- 37,3	78,3	- 38,3	77,3	- 39,2	96,6	- 18,9	78,2	- 23,1	102,8	- 17,8
März	89,0	- 34,3	86,5	- 38,0	89,4	- 34,0	98,0	- 16,6	88,2	- 23,9	101,4	- 14,1
April	79,9	- 35,5	82,4	- 35,8	77,1	- 37,8	87,8	- 14,8	80,6	- 24,5	90,3	- 11,4
Mai 0)	83,0	- 31,6	83,9	- 35,2	81,6	- 31,4	89,1	- 12,3	82,4	- 18,9	91,3	- 10,2
aus dem Inland												
2004	96,4	+ 4,9	95,9	+ 7,0	96,9	+ 4,8	95,7	- 3,5	103,0	- 6,1	93,4	- 2,6
2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7
2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,4	+ 3,7	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0
2008 Mai	116,5	- 0,4	129,3	+ 4,0	109,3	- 4,0	96,9	- 4,0	102,6	- 3,8	95,1	- 4,0
Juni	119,7	- 2,6	131,3	+ 1,9	113,4	- 6,7	100,4	- 1,3	108,1	± 0,0	97,9	- 1,7
Juli	117,2	- 2,2	130,4	+ 3,7	108,2	- 7,0	105,1	- 4,6	102,4	- 7,9	106,0	- 3,5
Aug.	112,0	+ 1,2	122,5	+ 3,6	103,8	- 0,9	107,9	- 0,8	95,3	- 2,7	112,0	- 0,3
Sept.	114,8	- 3,0	123,3	+ 0,3	108,6	- 6,1	109,9	- 2,4	120,7	+ 1,0	106,4	- 3,6
Okt.	106,7	- 12,8	114,8	- 9,9	100,0	- 16,8	105,5	- 4,4	114,6	- 1,5	102,5	- 5,4
Nov.	97,0	- 24,3	101,3	- 27,7	92,3	- 23,8	102,7	- 6,9	110,9	- 6,1	100,0	- 7,1
Dez.	82,8	- 27,7	81,1	- 30,6	83,3	- 28,7	87,6	- 5,4	85,7	- 9,1	88,2	- 4,1
2009 Jan.	85,3	- 28,6	87,1	- 32,9	82,9	- 26,6	89,7	- 15,8	86,3	- 21,6	90,8	- 13,8
Febr.	80,6	- 32,8	77,8	- 39,3	81,5	- 28,8	89,2	- 20,6	80,6	- 23,6	92,0	- 19,7
März	89,8	- 31,2	85,9	- 38,6	92,9	- 26,2	91,1	- 19,6	88,8	- 25,4	91,9	- 17,5
April	81,6	- 32,5	82,4	- 36,4	81,1	- 30,9	80,9	- 18,3	79,6	- 27,8	81,3	- 14,7
Mai 0)	83,8	- 28,1	82,1	- 36,5	85,7	- 21,6	81,8	- 15,6	83,3	- 18,8	81,3	- 14,5
aus dem Ausland												
2004	91,0	+ 8,6	92,6	+ 10,4	89,9	+ 8,6	93,1	+ 2,8	99,3	+ 0,1	90,9	+ 3,8
2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,7	+ 0,4	99,8	+ 9,8
2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,0	108,1	+ 8,3
2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,4	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5
2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,7	- 9,1	112,6	- 4,0	100,0	- 9,9	117,1	- 2,0
2008 Mai	125,5	+ 0,6	129,5	+ 4,4	125,8	- 0,8	106,7	- 3,3	100,6	- 4,4	109,0	- 2,8
Juni	123,6	- 10,3	128,6	- 2,9	122,8	- 14,2	109,1	- 6,6	106,4	- 5,3	110,0	- 7,0
Juli	119,3	- 2,7	125,6	+ 2,4	116,2	- 5,3	117,4	- 3,8	93,6	- 10,2	125,9	- 2,0
Aug.	109,8	- 2,1	113,2	+ 1,1	107,5	- 3,4	114,3	- 5,1	95,8	- 1,7	120,9	- 6,0
Sept.	113,2	- 11,2	120,6	- 7,3	109,1	- 14,0	114,4	- 5,3	109,2	- 8,6	116,3	- 4,1
Okt.	104,1	- 21,1	114,9	- 9,5	97,4	- 27,6	113,2	- 13,9	106,7	- 37,4	115,5	- 1,7
Nov.	99,6	- 26,6	104,1	- 20,7	96,0	- 31,7	110,6	- 4,0	95,9	- 12,1	115,8	- 1,4
Dez.	87,6	- 33,4	85,7	- 28,2	87,9	- 37,7	93,8	- 9,5	78,7	- 15,0	99,2	- 7,9
2009 Jan.	77,5	- 40,4	84,7	- 36,2	70,7	- 45,8	102,6	- 11,2	79,5	- 19,5	110,9	- 8,8
Febr.	77,9	- 41,0	78,8	- 37,3	74,3	- 45,4	104,5	- 17,3	75,8	- 22,6	114,8	- 15,9
März	88,3	- 36,8	87,2	- 37,4	86,9	- 38,9	105,5	- 13,6	87,6	- 22,3	111,9	- 10,8
April	78,4	- 38,0	82,5	- 35,0	74,3	- 42,2	95,3	- 11,3	81,6	- 20,9	100,2	- 8,2
Mai 0)	82,3	- 34,4	85,9	- 33,7	78,7	- 37,4	96,9	- 9,2	81,4	- 19,1	102,3	- 6,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.13

bis II.15. — 0 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt	zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber		
		Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	
2005	99,9	- 0,8	99,9	- 2,3	99,9	- 7,2	99,9	+ 2,3	99,9	- 5,2	99,8	+ 0,8	99,8	+ 2,3	99,9	- 0,9
2006	105,1	+ 5,2	106,6	+ 6,7	104,3	+ 4,4	109,6	+ 9,7	101,7	+ 1,8	103,6	+ 3,8	109,0	+ 9,2	101,6	+ 1,7
2007	114,0	+ 8,5	112,6	+ 5,6	98,5	- 5,6	123,2	+ 12,4	108,5	+ 6,7	115,4	+ 11,4	120,7	+ 10,7	113,8	+ 12,0
2008	113,4	- 0,5	114,8	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,6	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,5	- 2,0
2008 April	120,4	+ 1,4	129,4	+ 9,8	92,7	- 14,6	157,5	+ 21,0	118,5	+ 22,3	111,1	- 7,3	136,9	+ 9,7	115,7	- 1,1
2008 Mai	118,9	- 1,8	113,1	- 7,3	97,1	- 9,0	123,8	- 6,3	113,8	- 7,2	125,0	+ 4,0	123,2	- 1,4	123,9	+ 0,5
2008 Juni	135,7	+ 4,2	137,7	+ 7,5	110,8	- 5,1	159,2	+ 13,2	126,5	+ 12,9	133,7	+ 1,0	145,3	+ 4,7	136,7	+ 7,4
2008 Juli	133,2	+ 5,2	120,2	- 7,8	104,0	- 1,4	128,7	- 14,3	128,4	+ 7,4	146,7	+ 19,5	130,4	- 5,9	148,4	+ 20,1
2008 Aug.	115,9	+ 1,8	113,0	+ 4,5	93,5	- 9,1	125,7	+ 16,1	114,4	- 3,9	119,0	- 0,7	125,1	+ 13,4	116,2	- 4,8
2008 Sept.	131,2	+ 3,6	136,2	+ 16,2	113,5	+ 3,5	150,4	+ 23,3	139,8	+ 18,6	126,1	- 7,7	140,1	+ 12,2	129,9	- 4,3
2008 Okt.	109,3	- 16,1	110,0	- 10,9	94,0	- 5,5	116,6	- 17,8	123,9	+ 7,2	108,6	- 21,0	121,0	- 6,6	104,1	- 27,8
2008 Nov.	92,3	- 11,8	95,5	+ 3,7	88,5	+ 10,5	104,7	+ 3,2	80,9	- 7,8	89,0	- 24,4	105,4	- 6,1	80,8	- 24,8
2008 Dez.	93,6	- 7,8	99,7	- 5,2	79,5	- 12,3	105,4	- 7,0	126,5	+ 14,1	87,2	- 10,7	108,0	- 2,5	85,1	- 12,0
2009 Jan.	75,0	- 19,2	72,7	- 26,7	57,6	- 20,8	84,9	- 31,5	66,1	- 13,0	77,5	- 10,0	83,4	- 28,3	74,1	- 4,5
2009 Febr.	76,9	- 13,4	74,8	- 20,6	70,0	- 13,4	74,4	- 28,5	87,3	- 4,4	79,0	- 4,9	78,0	- 22,0	78,7	- 2,7
2009 März	113,4	- 11,8	109,2	- 15,3	95,7	- 9,7	114,6	- 15,0	121,7	- 24,2	117,8	- 8,0	111,6	- 13,1	122,8	- 11,1
2009 April	113,5	- 5,7	101,7	- 21,4	105,3	+ 13,6	98,2	- 37,7	105,5	- 11,0	125,8	+ 13,2	101,8	- 25,6	128,8	+ 11,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte

Wirtschaftszahlen, Tabelle II.20. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel												Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2000 3)		in jeweiligen Preisen												
Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	
2005	99,9	+ 1,9	99,9	+ 1,0	99,9	+ 2,9	100,1	+ 2,2	100,0	+ 7,9	100,0	- 1,6	99,9	+ 4,5	99,5	+ 1,6
2006 4)	101,0	+ 1,1	100,1	+ 0,2	100,1	+ 0,2	102,5	+ 2,4	102,3	+ 2,3	103,5	+ 3,5	102,1	+ 2,2	106,8	+ 7,3
2007 4)	99,4	- 1,6	97,2	- 2,9	99,5	- 0,6	103,7	+ 1,2	110,2	+ 7,7	98,6	- 4,7	104,2	+ 2,1	100,6	- 5,8
2008 5)	101,3	+ 1,9	96,4	- 0,8	100,7	+ 1,2	104,6	+ 0,9	116,3	+ 5,5	99,2	+ 0,6	106,7	+ 2,4	96,4	- 4,2
2008 Mai 5)	101,5	+ 3,8	96,1	+ 0,4	101,9	+ 1,1	112,7	+ 14,3	97,5	+ 8,3	101,7	+ 3,8	102,4	- 0,9	103,1	- 4,7
2008 Juni	97,1	+ 1,5	91,9	- 1,9	98,3	+ 0,7	95,3	- 1,4	105,3	+ 6,7	95,4	+ 0,1	103,6	+ 2,9	101,7	- 6,4
2008 Juli	99,8	+ 1,8	94,5	- 1,8	99,7	± 0,0	100,7	+ 1,5	107,2	+ 1,5	97,6	+ 0,9	107,7	+ 0,1	98,5	- 7,3
2008 Aug.	99,3	+ 2,7	94,0	- 0,9	99,7	+ 3,2	98,8	- 0,1	105,0	+ 7,6	96,4	+ 0,6	102,4	+ 0,6	88,7	- 7,3
2008 Sept.	101,0	+ 3,2	95,3	- 0,2	97,5	+ 2,4	116,7	+ 1,8	108,8	+ 4,9	98,8	+ 0,5	105,2	+ 2,6	94,7	- 6,6
2008 Okt.	105,6	+ 2,0	99,9	- 0,6	102,8	+ 1,7	119,1	+ 1,4	121,2	+ 4,9	104,4	- 0,3	109,3	+ 0,9	98,6	- 8,1
2008 Nov.	105,7	+ 1,0	100,8	- 0,2	102,2	+ 2,0	109,1	+ 3,0	129,9	+ 5,5	106,4	+ 1,4	110,4	+ 1,4	93,8	- 11,8
2008 Dez.	119,9	+ 2,8	115,4	+ 2,1	116,5	+ 3,7	129,3	+ 1,9	174,8	- 2,1	107,0	+ 1,7	123,0	+ 6,3	83,6	- 12,9
2009 Jan.	91,8	- 1,9	88,2	- 2,1	91,3	- 2,0	87,9	- 1,0	119,5	- 1,4	85,2	- 2,6	105,4	+ 1,5	76,0	- 12,7
2009 Febr.	88,0	- 1,7	84,0	- 1,9	89,9	- 1,4	80,0	- 1,0	97,5	- 0,5	86,0	+ 0,2	100,1	+ 0,2	95,6	+ 3,7
2009 März	100,9	- 1,0	96,4	- 0,7	101,4	- 1,7	101,6	+ 4,3	106,6	- 9,3	106,5	- 0,8	109,6	+ 3,6	117,2	+ 6,6
2009 April	100,8	± 0,0	95,9	+ 0,1	100,5	- 1,2	113,8	+ 6,9	95,4	- 12,5	107,2	+ 4,8	109,1	+ 2,5	110,3	+ 4,6
2009 Mai 5)	100,4	- 1,1	95,3	- 0,8	103,4	+ 1,5	105,7	- 6,2	90,5	- 7,2	102,3	+ 0,6	107,9	+ 5,4	105,3	+ 2,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.23. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 In Verkaufsräumen. — 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. — 3 Angaben in jeweiligen Preisen ohne Mehrwertsteuer be-

reingt mit Indizes der Einzelhandelspreise einschl. Mehrwertsteuer. — 4 Im Januar 2006 und Januar 2007 Erweiterung des Berichtskreises um Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 5 Ergebnisse ab Januar 2008 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7)		Arbeits- losenquote 7) 8) %	Offene Stellen 7) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 3)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	Arbeits- losenquote 7) 8) %
		%	Tsd														
Deutschland																	
2006	39 095	+ 0,6	+ 245	34 703	+ 0,6	5 249	710	67	52	125	4 487	- 374	10,8	564			
2007	39 766	+ 1,7	+ 671	35 317	+ 1,8	5 301	714	68	43	132	3 776	- 711	9,0	621			
2008	40 330	+ 1,4	+ 564	35 866	+ 1,6	10)	706	102	40	11)	3 268	- 508	7,8	569			
2008 Juni	40 358	+ 1,5	+ 598			5 273	715	50	39	150	3 160	- 528	7,5	596			
Juli	40 360	+ 1,5	+ 614			5 302	716	43	41	143	3 210	- 506	7,7	588			
Aug.	40 418	+ 1,4	+ 563	36 018	+ 1,6	5 324	720	39	43	137	3 196	- 510	7,6	586			
Sept.	40 708	+ 1,3	+ 536			5 336	721	50	44	148	3 081	- 463	7,4	585			
Okt.	40 874	+ 1,2	+ 480			5 319	714	71	46	163	2 997	- 437	7,2	571			
Nov.	40 837	+ 1,1	+ 427	36 325	+ 1,2	5 303	710	130	46	169	2 988	- 390	7,1	539			
Dez.	40 583	+ 0,9	+ 353			5 271	697	270	44	168	3 102	- 304	7,4	503			
2009 Jan.	39 873	+ 0,3	+ 133			5 229	671	r)	574	36	11)	3 489	- 171	8,3	485		
Febr.	39 839	+ 0,2	+ 60	35 440	+ 0,2	5 219	666	r)	1 082	31	11)	3 552	- 66	8,5	506		
März	39 876	- 0,1	- 50			5 196	12)	676	r)	1 259	25	...	+ 78	8,6	507		
April	39 961	- 0,4	- 150			5 165	12)	688	...	11)	20	...	+ 171	8,6	495		
Mai	13) 40 098	13) - 0,4	13) - 163	5 137	11)	17	...	14)	+ 175	14)15)	8,2	490	
Juni	11)	15	...	14)	+ 250	8,1	484		
Westdeutschland o)																	
2006	4 650	525	54	10	86	3 007	- 240	9,1	436			
2007	4 684	529	52	9	90	2 486	- 521	7,5	489			
2008	10)	527	527	80	7	11)	2 145	- 341	6,4	455			
2008 Juni	4 648	534	40	7	103	2 073	- 354	6,2	481			
Juli	4 674	533	35	7	97	2 120	- 330	6,4	478			
Aug.	4 692	537	33	7	93	2 109	- 335	6,3	474			
Sept.	4 700	538	42	7	101	2 042	- 293	6,1	471			
Okt.	4 684	532	59	7	113	1 990	- 275	6,0	460			
Nov.	4 669	529	110	7	118	1 985	- 239	6,0	432			
Dez.	4 640	521	223	6	11)	2 059	- 172	6,2	400			
2009 Jan.	4 604	.	r)	462	6	11)	2 306	- 76	6,9	382		
Febr.	4 594	.	r)	910	6	11)	2 348	+ 1	7,0	394		
März	4 571	.	r)	1 064	5	...	2 379	+ 108	7,1	390		
April	4 543	11)	5	...	2 400	+ 184	7,2	378		
Mai	4 519	11)	4	...	14) 2 334	+ 194	14)15)	6,9	371	
Juni	11)	4	...	2 319	+ 245	6,9	370		
Ostdeutschland +)																	
2006	599	185	13	42	39	1 480	- 134	17,3	129			
2007	617	185	16	33	42	1 291	- 190	15,1	133			
2008	10)	179	179	21	33	11)	1 123	- 167	13,1	113			
2008 Juni	625	181	10	32	47	1 086	- 174	12,7	115			
Juli	628	183	8	34	46	1 090	- 175	12,8	110			
Aug.	633	184	7	36	44	1 087	- 175	12,8	112			
Sept.	636	184	8	38	47	1 039	- 170	12,2	114			
Okt.	636	182	12	40	50	1 007	- 162	11,8	111			
Nov.	634	181	20	40	51	1 003	- 151	11,8	107			
Dez.	631	176	48	37	11)	1 043	- 133	12,2	103			
2009 Jan.	625	.	105	30	11)	1 182	- 94	13,9	103			
Febr.	626	.	158	25	11)	1 204	- 66	14,1	112			
März	624	.	177	20	...	1 207	- 29	14,2	116			
April	622	11)	16	...	1 185	- 13	13,9	117		
Mai	618	11)	13	...	14) 1 124	- 19	14)15)	13,3	119	
Juni	11)	11	...	1 091	+ 5	12,9	113		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf Betriebe der WZ 2008-Positionen 41.2, 42, 43.1 und 43.9. — 5 Anzahl innerhalb eines Monats; Ergebnisse für Deutschland enthalten ab Januar 2009 Angaben aus Betriebsmeldungen, die regional nicht zugeordnet werden können. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM); bis Dezember 2008 einschl. Beschäftigte in Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 7 Stand zur

Monatsmitte. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 9 Ab Januar 2007 werden Stellenangebote für Saisonbeschäftigten nur noch dann erfasst, wenn sie auf nicht-namentlichen Anforderungen des Arbeitgebers basieren. — 10 Ab Januar 2008 in der Abgrenzung der WZ 2008, davor auf Basis der WZ 2003. — 11 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 12 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 13 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. — 14 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. — 15 Ab Mai 2009 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Baupreis- index 2)	Index der Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 4)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:					Ausfuhr				Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)	
	Nah- rungs- mittel	andere Ver- u. Ge- brauchs- güter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstlei- stungen ohne Wohnungs- mieten 3)	Wohnungs- mieten 3)									
	2005 = 100										2005 = 100		2000 = 100	
Indexstand														
2005	8) 100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	8) 100,0	98,8	100,0	100,0	139,5	105,4	
2006	9) 101,6	101,9	100,3	108,5	101,0	101,1	102,4	9) 105,4	107,1	101,8	104,4	163,9	131,5	
2007	10)11) 103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	109,3	106,8	118,2	103,0	105,1	166,6	143,7	
2008	106,6	112,7	102,5	123,6	105,8	103,5	113,0	112,7	121,2	104,8	109,9	217,1	150,3	
2007 Aug.	104,1	105,1	101,1	112,5	105,2	102,5	109,6	106,7	121,8	103,2	104,9	166,8	141,5	
Sept.	104,2	105,8	101,8	114,0	104,3	102,5		106,8	126,7	103,2	105,3	177,4	142,9	
Okt.	11) 104,5	108,2	102,2	113,8	104,0	102,6		107,4	129,2	103,2	106,1	186,5	143,9	
Nov.	105,0	109,7	102,4	118,2	103,8	102,7	110,3	108,2	130,2	103,2	106,7	202,1	137,5	
Dez.	105,6	110,4	102,2	115,8	106,4	102,8		108,1	130,9	103,1	106,6	199,6	138,2	
2008 Jan.	105,3	112,1	101,9	118,4	104,3	103,0		108,9	130,9	103,8	107,5	201,2	153,3	
Febr.	105,8	112,0	102,3	118,8	105,3	103,1	111,5	109,5	131,6	104,2	108,6	210,6	163,1	
März	106,3	112,6	102,5	121,5	105,7	103,2		110,2	131,5	104,3	108,9	216,5	160,5	
April	106,1	113,0	102,6	122,6	104,2	103,3		111,2	126,8	104,5	109,8	225,1	157,7	
Mai	106,7	113,0	102,4	126,9	105,0	103,4	112,5	112,2	125,5	105,1	112,1	258,8	159,6	
Juni	107,0	113,1	102,3	129,3	105,3	103,5		113,3	126,4	105,5	113,6	278,3	162,8	
Juli	107,6	113,4	101,8	131,0	107,1	103,6		115,5	127,0	106,0	114,3	279,8	160,6	
Aug.	107,3	112,9	102,2	127,1	107,0	103,7	114,0	114,9	124,1	105,9	113,6	254,8	156,4	
Sept.	107,2	112,6	102,9	127,9	105,9	103,8		115,2	119,9	105,8	112,7	232,7	150,8	
Okt.	107,0	112,8	103,2	124,9	105,6	103,9		115,2	115,3	105,1	109,1	180,2	133,3	
Nov.	106,5	112,0	103,1	119,9	105,6	104,0	114,0	113,3	110,8	104,3	106,0	142,7	126,9	
Dez.	106,8	112,7	103,0	114,8	108,3	104,0		112,4	107,8	103,1	102,2	107,3	114,6	
2009 Jan.	106,3	113,3	102,7	117,4	106,0	104,1		111,1	105,9	102,9	101,7	112,8	114,9	
Febr.	106,9	113,3	103,4	117,4	107,1	104,3	114,4	110,5	106,6	102,9	101,6	112,1	116,2	
März	106,8	112,8	103,7	116,0	106,7	104,4		109,7	104,5	102,5	101,2	118,8	113,8	
April	106,8	112,3	103,9	116,2	106,8	104,5		108,2	p) 103,5	102,4	100,4	125,8	120,1	
Mai	106,7	111,7	103,7	116,8	106,7	104,5	114,2	108,2	p) 103,2	102,3	100,4	139,6	123,2	
Juni	107,1	112,1	103,9	119,1	106,9	104,6		160,7	125,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
2005	8) + 1,5	- 0,2	+ 0,5	+ 9,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	8) + 4,4	- 0,9	+ 0,9	+ 3,4	+ 37,6	+ 9,4	
2006	9) + 1,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	9) + 5,4	+ 8,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 17,5	+ 24,8	
2007	10)11) + 2,3	+ 3,9	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 6,7	+ 1,3	+ 10,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,6	+ 9,3	
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,7	+ 4,6	+ 30,3	+ 4,6	
2007 Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,3	+ 6,4	+ 0,2	+ 10,9	+ 1,1	- 0,9	- 6,6	+ 5,4	
Sept.	+ 2,7	+ 3,3	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,3	+ 1,2		+ 0,7	+ 16,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 14,2	+ 6,9	
Okt.	11) + 2,8	+ 6,3	+ 1,4	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2		+ 1,2	+ 19,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 27,0	+ 3,5	
Nov.	+ 3,2	+ 7,3	+ 1,5	+ 10,7	+ 3,1	+ 1,2	+ 6,2	+ 2,1	+ 17,9	+ 0,9	+ 2,4	+ 39,5	- 0,1	
Dez.	+ 3,1	+ 7,5	+ 1,3	+ 8,5	+ 3,2	+ 1,2		+ 1,9	+ 18,1	+ 0,9	+ 2,7	+ 34,2	+ 1,4	
2008 Jan.	+ 2,8	+ 7,7	+ 0,7	+ 9,3	+ 2,5	+ 1,4		+ 2,6	+ 18,4	+ 1,4	+ 4,1	+ 51,1	+ 10,4	
Febr.	+ 2,8	+ 7,8	+ 0,9	+ 8,9	+ 2,3	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 16,9	+ 1,6	+ 4,8	+ 48,1	+ 15,0	
März	+ 3,1	+ 8,6	+ 0,8	+ 9,8	+ 2,8	+ 1,4		+ 3,9	+ 16,7	+ 1,6	+ 4,6	+ 46,6	+ 10,3	
April	+ 2,4	+ 7,3	+ 0,9	+ 9,6	+ 0,7	+ 1,4		+ 4,7	+ 13,3	+ 1,5	+ 4,8	+ 45,3	+ 5,8	
Mai	+ 3,0	+ 7,9	+ 0,8	+ 12,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 5,3	+ 11,5	+ 1,9	+ 6,9	+ 67,3	+ 6,0	
Juni	+ 3,3	+ 7,6	+ 0,9	+ 14,6	+ 1,7	+ 1,3		+ 6,2	+ 11,7	+ 2,2	+ 7,9	+ 69,4	+ 9,6	
Juli	+ 3,3	+ 8,0	+ 0,6	+ 15,1	+ 1,8	+ 1,3		+ 8,2	+ 7,8	+ 2,6	+ 8,3	+ 62,0	+ 9,8	
Aug.	+ 3,1	+ 7,4	+ 1,1	+ 13,0	+ 1,7	+ 1,2	+ 4,0	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,6	+ 8,3	+ 52,8	+ 10,5	
Sept.	+ 2,9	+ 6,4	+ 1,1	+ 12,2	+ 1,5	+ 1,3		+ 7,9	- 5,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 31,2	+ 5,5	
Okt.	+ 2,4	+ 4,3	+ 1,0	+ 9,8	+ 1,5	+ 1,3		+ 7,3	- 10,8	+ 1,8	+ 2,8	- 3,4	- 7,4	
Nov.	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 4,7	+ 14,9	+ 1,1	- 0,7	- 29,4	- 7,7	
Dez.	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,8	- 0,9	+ 1,8	+ 1,2		+ 4,0	- 17,6	± 0,0	- 4,1	- 46,2	- 17,1	
2009 Jan.	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,8	+ 1,6	+ 1,1		+ 2,0	- 19,1	- 0,9	- 5,4	- 43,9	- 25,0	
Febr.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	- 1,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,9	- 19,0	- 1,2	- 6,4	- 46,8	- 28,8	
März	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,2	- 4,5	+ 0,9	+ 1,2		- 0,5	- 20,5	- 1,7	- 7,1	- 45,1	- 29,1	
April	+ 0,7	- 0,6	+ 1,3	- 5,2	+ 2,5	+ 1,2		- 2,7	p) - 18,4	- 2,0	- 8,6	- 44,1	- 23,8	
Mai	± 0,0	- 1,2	+ 1,3	- 8,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	- 3,6	p) - 17,8	- 2,7	- 10,4	- 46,1	- 22,8	
Juni	+ 0,1	- 0,9	+ 1,6	- 7,9	+ 1,5	+ 1,1		- 42,3	- 22,7	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 3 Nettomieten. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und

Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 8 Ab September 2005 Anhebung der Tabaksteuer. — 9 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 10 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 11 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2001	902,0	2,1	590,0	3,6	353,8	4,1	943,9	3,8	1 389,5	3,9	130,9	6,2	9,4
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,3	0,0	589,0	- 0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,6	0,7	603,3	2,4	378,2	- 0,0	981,5	1,5	1 454,5	1,6	151,4	2,9	10,4
2005	912,3	- 0,2	602,7	- 0,1	378,6	0,1	981,3	- 0,0	1 481,4	1,8	156,7	3,5	10,6
2006	926,7	1,6	605,2	0,4	377,6	- 0,3	982,8	0,2	1 514,1	2,2	159,0	1,5	10,5
2007	958,2	3,4	623,4	3,0	372,6	- 1,3	996,1	1,4	1 540,9	1,8	167,1	5,1	10,8
2008	994,5	3,8	641,3	2,9	374,5	0,5	1 015,7	2,0	1 585,4	2,9	180,8	8,2	11,4
2007 4.Vj.	266,5	3,5	172,4	3,5	92,3	- 0,9	264,7	2,0	398,1	1,9	38,2	8,5	9,6
2008 1.Vj.	230,7	3,9	149,3	3,0	94,7	0,4	243,9	2,0	394,9	3,2	59,1	7,5	15,0
2.Vj.	240,6	3,8	151,8	2,9	93,3	0,3	245,1	1,9	391,4	3,4	41,9	7,7	10,7
3.Vj.	248,1	4,3	164,5	3,7	93,4	0,4	257,8	2,5	394,8	3,4	38,4	9,6	9,7
4.Vj.	275,1	3,2	175,7	1,9	93,2	0,9	268,9	1,6	404,3	1,5	41,4	8,3	10,2
2009 1.Vj.	231,7	0,4	147,4	- 1,3	98,8	4,3	246,1	0,9	396,0	0,3	60,7	2,7	15,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2009. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	
2001	102,0	2,0	101,9	1,9	102,2	2,2	102,2	2,2	101,8	1,8
2002	104,6	2,6	104,5	2,6	104,5	2,2	104,4	2,2	103,2	1,3
2003	106,7	2,0	106,6	2,0	106,8	2,2	106,9	2,4	104,5	1,3
2004	108,0	1,2	108,0	1,3	108,1	1,3	108,6	1,6	105,1	0,6
2005	108,9	0,9	109,2	1,1	109,1	0,9	109,8	1,0	105,4	0,3
2006	110,0	1,0	110,5	1,2	110,0	0,8	110,7	0,9	106,4	0,9
2007	111,2	1,2	111,9	1,3	111,6	1,5	112,3	1,5	108,0	1,6
2008	114,3	2,7	115,1	2,8	114,9	3,0	115,8	3,1	110,4	2,2
2007 4.Vj.	124,5	1,0	125,3	1,0	125,6	1,6	113,1	1,7	118,2	1,7
2008 1.Vj.	105,0	2,6	105,7	2,6	106,0	2,8	114,7	2,9	103,7	2,0
2.Vj.	106,1	1,7	106,8	1,8	107,0	3,3	115,6	3,3	107,2	2,1
3.Vj.	117,1	2,9	117,9	3,0	117,4	2,8	116,4	3,2	109,9	2,7
4.Vj.	129,0	3,6	129,9	3,7	129,2	2,9	116,7	3,1	120,6	2,0
2009 1.Vj.	108,2	3,0	109,0	3,1	108,8	2,7	117,8	2,7	103,9	0,3
2008 Nov.	167,8	2,6	169,0	2,7	169,5	2,8	116,7	3,2	.	.
Dez.	112,6	5,9	113,5	6,0	110,4	3,1	116,8	3,2	.	.
2009 Jan.	108,8	3,7	109,6	3,8	108,4	2,4	117,4	2,4	.	.
Febr.	107,6	2,5	108,4	2,5	108,7	2,7	117,7	2,7	.	.
März	108,2	2,9	109,0	3,0	109,3	3,0	118,4	3,1	.	.
April	108,3	2,6	109,1	2,7	109,4	2,7	118,5	2,8	.	.
Mai	109,4	2,8	110,2	2,9	110,4	2,8	118,9	2,8	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2009.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2006	2007	2008	2008		2009			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April
A. Leistungsbilanz	- 10 457	+ 11 085	- 93 590	- 23 142	- 22 049	- 25 943	- 2 056	- 3 985	- 9 175
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 396 798	1 513 718	1 579 321	403 074	378 197	312 336	102 853	111 024	103 998
Einfuhr (fob)	1 384 500	1 467 287	1 585 391	412 086	378 882	318 679	101 853	108 271	99 959
Saldo	+ 12 296	+ 46 432	- 6 072	- 9 013	- 686	- 6 344	+ 1 000	+ 2 753	+ 4 039
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	440 827	490 310	504 014	136 243	124 744	107 955	34 381	36 552	36 876
Ausgaben	397 530	441 143	462 275	122 836	119 520	103 465	32 887	35 171	34 610
Saldo	+ 43 297	+ 49 165	+ 41 741	+ 13 408	+ 5 223	+ 4 490	+ 1 494	+ 1 381	+ 2 265
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 13 607	+ 1 391	- 32 427	- 2 965	- 929	+ 1 886	+ 528	+ 3 043	- 6 912
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	89 812	89 760	88 167	13 534	26 570	26 470	15 984	4 737	5 357
eigene Leistungen	169 470	175 664	184 999	38 106	52 227	52 444	21 062	15 898	13 925
Saldo	- 79 654	- 85 904	- 96 830	-24 572	- 25 657	- 25 973	- 5 078	- 11 161	- 8 567
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 9 215	+ 13 724	+ 12 404	+ 1 911	+ 1 338	+ 3 022	+ 907	+ 1 426	+ 2 011
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 141 426	+ 41 207	+ 313 620	+ 61 660	+ 136 700	+ 105 645	- 3 375	+ 57 809	+ 2 752
1. Direktinvestitionen	- 157 629	- 92 453	- 251 294	- 35 903	- 86 742	- 46 597	- 11 824	- 18 854	- 1 240
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 417 417	- 474 165	- 350 979	- 88 671	- 50 527	- 75 000	- 20 408	- 27 421	- 56 636
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 259 790	+ 381 714	+ 99 686	+ 52 769	- 36 215	+ 28 402	+ 8 583	+ 8 567	+ 55 396
2. Wertpapieranlagen	+ 293 737	+ 159 731	+ 439 198	+ 121 522	+ 201 849	+ 134 661	+ 56 140	+ 85 878	- 6 028
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 527 619	- 439 525	+ 14 736	+ 60 858	+ 155 304	+ 55 016	+ 21 019	+ 54 834	- 359
Aktien	- 153 035	- 79 548	+ 112 965	+ 51 278	+ 49 661	+ 2 702	+ 8 373	+ 2 111	+ 1 466
Anleihen	- 307 320	- 282 472	- 91 100	- 19 856	+ 59 571	+ 34 360	+ 12 751	+ 32 494	- 6 778
Geldmarktpapiere	- 67 264	- 77 502	- 7 131	+ 29 436	+ 46 071	+ 17 953	- 105	+ 20 228	+ 4 953
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 821 355	+ 599 255	+ 424 462	+ 60 664	+ 46 545	+ 79 643	+ 35 120	+ 31 044	- 5 669
Aktien	+ 297 071	+ 127 637	- 77 073	- 73 631	- 45 949	- 53 982	- 5 918	- 3 559	- 20 219
Anleihen	+ 519 802	+ 433 029	+ 281 633	+ 63 851	- 13 035	+ 106 204	+ 35 069	+ 43 344	- 12 378
Geldmarktpapiere	+ 4 480	+ 38 591	+ 219 902	+ 70 444	+ 105 529	+ 27 423	+ 5 970	- 8 741	+ 26 928
3. Finanzderivate	+ 3 305	- 67 005	- 30 874	- 8 381	+ 9 191	+ 10 004	+ 3 636	+ 581	+ 6 657
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	+ 2 893	+ 46 025	+ 160 452	- 17 219	+ 12 825	+ 1 925	- 52 458	- 8 933	+ 3 239
Eurosysteem	+ 29 168	+ 69 366	+ 284 274	+ 109 733	+ 112 822	- 73 219	- 24 395	+ 7 942	- 30 563
Staat	+ 8 903	+ 6 756	+ 16 360	+ 10 185	+ 9 228	- 8 049	+ 2 858	+ 461	+ 9 314
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 27 255	+ 86 897	- 142 309	- 108 208	- 176 401	+ 110 725	- 15 517	- 25 524	- 1 846
langfristig	- 52 527	- 109 677	- 233 949	- 74 687	- 53 942	- 33 460	- 21 445	- 15 492	- 6 055
kurzfristig	+ 25 271	+ 196 575	+ 91 641	- 33 521	- 122 459	+ 144 185	+ 5 928	- 10 032	+ 4 210
Unternehmen und Privatpersonen	- 7 925	- 117 000	+ 2 131	- 28 929	+ 67 176	- 27 532	- 15 404	+ 8 188	+ 26 333
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 879	- 5 088	- 3 864	+ 1 642	- 424	+ 5 653	+ 1 131	- 862	+ 124
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 140 186	- 66 016	- 232 435	- 40 429	- 115 989	- 82 723	+ 4 525	- 55 250	+ 4 412

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz		Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)	
	Mio DM									
1995	- 42 363	+ 85 303	- 4 294	- 63 985	- 3 975	- 55 413	- 3 845	+ 50 117	- 10 355	+ 3 909
1996	- 21 086	+ 98 538	- 4 941	- 64 743	+ 1 052	- 50 991	- 3 283	+ 24 290	+ 1 882	+ 79
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	+ 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724
1999	- 49 241	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 22 325	- 48 475	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 69 874
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 294
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994
	Mio €									
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	+ 5 775
2001	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	+ 11 794	+ 6 032	+ 11 757
2002	+ 42 973	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 517	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 313
2003	+ 40 931	+ 129 921	- 11 142	- 34 497	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 515
2004	+ 102 889	+ 156 096	- 16 447	- 29 341	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 660
2005	+ 114 650	+ 158 179	- 14 036	- 25 677	+ 24 896	- 28 712	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 16 354
2006	+ 150 913	+ 159 048	- 13 106	- 13 985	+ 46 105	- 27 148	- 252	- 174 977	+ 2 934	+ 24 316
2007	+ 191 267	+ 195 348	- 9 818	- 13 312	+ 50 643	- 31 594	+ 134	- 237 280	- 953	+ 45 879
2008 r)	+ 165 381	+ 178 507	- 12 102	- 12 682	+ 44 746	- 33 088	- 90	- 202 898	- 2 008	+ 37 607
2006 2.Vj.	+ 32 148	+ 34 873	- 2 616	- 1 428	+ 6 298	- 4 979	- 25	- 67 740	+ 367	+ 35 617
3.Vj.	+ 31 690	+ 38 718	- 3 088	- 9 036	+ 13 315	- 8 219	- 250	- 26 030	+ 844	- 5 410
4.Vj.	+ 54 836	+ 45 892	- 3 569	+ 1 336	+ 14 900	- 3 722	- 115	- 37 493	+ 642	- 17 228
2007 1.Vj.	+ 47 739	+ 48 239	- 2 677	- 1 918	+ 15 171	- 11 076	+ 145	- 49 877	+ 100	+ 1 993
2.Vj.	+ 42 110	+ 48 183	- 2 276	- 1 739	+ 2 957	- 5 015	+ 364	- 82 845	- 1 359	+ 40 371
3.Vj.	+ 43 409	+ 50 181	- 2 668	- 9 499	+ 14 524	- 9 128	+ 306	- 26 896	- 347	- 16 819
4.Vj.	+ 58 009	+ 48 745	- 2 198	- 156	+ 17 992	- 6 374	- 681	- 77 662	+ 653	+ 20 335
2008 1.Vj. r)	+ 49 708	+ 51 167	- 3 274	- 877	+ 14 848	- 12 156	+ 518	- 60 618	- 1 165	+ 10 392
2.Vj. r)	+ 42 801	+ 53 580	- 2 739	- 3 656	+ 762	- 5 146	+ 324	- 79 466	- 889	+ 36 341
3.Vj. r)	+ 34 808	+ 39 959	- 2 670	- 7 778	+ 14 324	- 9 027	- 289	- 10 565	+ 1 630	- 23 954
4.Vj. r)	+ 38 063	+ 33 801	- 3 419	- 370	+ 14 812	- 6 759	- 643	- 52 248	- 1 584	+ 14 827
2009 1.Vj.	+ 20 071	+ 26 772	- 3 168	- 3 752	+ 13 412	- 13 193	+ 34	+ 2 954	+ 321	- 23 059
2006 Dez.	+ 20 043	+ 10 798	- 1 087	+ 2 788	+ 5 258	+ 2 287	- 36	- 17 024	+ 342	- 2 982
2007 Jan.	+ 15 216	+ 16 177	- 934	- 2 311	+ 4 248	- 1 964	+ 240	- 3 654	- 458	- 11 801
Febr.	+ 11 709	+ 13 952	- 743	- 131	+ 5 264	- 6 633	+ 14	- 23 411	+ 566	+ 11 687
März	+ 20 815	+ 18 110	- 1 000	+ 524	+ 5 659	- 2 479	- 109	- 22 812	+ 8	+ 2 107
April	+ 13 579	+ 14 818	- 586	- 302	+ 1 650	- 2 000	+ 144	- 23 343	- 1 215	+ 9 620
Mai	+ 10 156	+ 16 889	- 1 208	- 1 243	- 3 464	- 817	+ 293	- 30 764	- 657	+ 20 315
Juni	+ 18 375	+ 16 476	- 481	- 194	+ 4 771	- 2 197	- 73	- 28 738	+ 513	+ 10 436
Juli	+ 15 120	+ 17 780	- 951	- 3 119	+ 4 412	- 3 003	+ 373	- 2 283	+ 121	- 13 210
Aug.	+ 10 338	+ 14 183	- 813	- 4 681	+ 4 669	- 3 020	- 54	- 1 911	- 21	- 8 373
Sept.	+ 17 951	+ 18 218	- 905	- 1 699	+ 5 442	- 3 105	- 14	- 22 702	- 447	+ 4 764
Okt.	+ 17 766	+ 18 851	- 814	- 2 283	+ 5 511	- 3 499	- 13	- 31 405	+ 309	+ 13 652
Nov.	+ 21 035	+ 19 423	- 809	+ 184	+ 5 828	- 3 591	- 224	- 26 429	+ 339	+ 5 618
Dez.	+ 19 207	+ 10 472	- 574	+ 1 943	+ 6 652	+ 715	- 444	- 19 828	+ 5	+ 1 064
2008 Jan. r)	+ 15 637	+ 17 308	- 972	- 899	+ 4 048	- 3 848	+ 447	- 2 085	- 311	- 13 998
Febr. r)	+ 16 518	+ 17 086	- 1 395	+ 487	+ 5 412	- 5 072	+ 217	- 26 980	- 349	+ 10 245
März r)	+ 17 554	+ 16 773	- 906	+ 465	+ 5 388	- 3 235	- 146	- 31 553	- 504	+ 14 145
April r)	+ 15 220	+ 18 995	- 869	- 327	- 631	- 1 947	- 64	- 16 002	- 1 089	+ 846
Mai r)	+ 8 053	+ 14 481	- 1 072	- 2 259	- 2 777	- 321	+ 407	- 36 999	+ 913	+ 28 538
Juni r)	+ 19 528	+ 20 104	- 798	- 1 070	+ 4 170	- 2 878	- 19	- 26 466	- 713	+ 6 957
Juli r)	+ 11 286	+ 13 989	- 908	- 3 340	+ 4 500	- 2 955	- 123	+ 3 118	+ 1 225	- 14 281
Aug. r)	+ 8 133	+ 10 777	- 1 043	- 2 927	+ 4 584	- 3 258	- 47	- 3 021	- 82	+ 5 065
Sept. r)	+ 15 389	+ 15 193	- 719	- 1 512	+ 5 241	- 2 814	- 120	- 10 662	+ 487	- 4 607
Okt. r)	+ 14 924	+ 16 642	- 972	- 2 146	+ 5 208	- 3 808	- 199	- 16 613	- 3 373	+ 1 888
Nov. r)	+ 9 364	+ 9 903	- 1 706	- 53	+ 4 993	- 3 772	- 84	- 5 037	- 269	- 4 243
Dez. r)	+ 13 776	+ 7 256	- 741	+ 1 829	+ 4 611	+ 821	- 360	- 30 598	+ 2 058	+ 17 182
2009 Jan.	+ 2 165	+ 6 845	- 1 145	- 2 718	+ 3 470	- 4 287	- 48	+ 19 505	+ 2 245	- 21 622
Febr.	+ 6 871	+ 8 618	- 1 101	- 309	+ 4 934	- 5 269	- 83	+ 2 594	- 271	- 9 382
März	+ 11 034	+ 11 309	- 921	- 725	+ 5 008	- 3 637	+ 164	- 19 145	- 1 652	+ 7 946
April	+ 5 461	+ 9 418	- 691	- 695	- 290	- 2 281	+ 317	- 14 761	- 590	+ 8 983
Mai p)	+ 3 695	+ 9 622	- 1 172	- 864	- 2 987	- 904	+ 95	- 13 660	+ 342	+ 9 870

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: - . — 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2006	2007	2008	2008		2009				
					Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai �)	
Alle Länder 1)	Ausfuhr	893 042	965 236	992 539	67 222	64 476	64 456	70 048	63 706	60 720	
	Einfuhr	733 994	769 887	814 033	59 967	57 632	55 838	58 739	54 288	51 098	
	Saldo	+ 159 048	+ 195 348	+ 178 507	+ 7 256	+ 6 845	+ 8 618	+ 11 309	+ 9 418	+ 9 622	
I. Europäische Länder	Ausfuhr	657 325	726 518	743 452	48 149	48 359	47 718	52 119	46 793	...	
	Einfuhr	512 568	541 650	582 703	40 622	39 644	39 086	41 943	38 741	...	
	Saldo	+ 144 757	+ 184 867	+ 160 749	+ 7 526	+ 8 715	+ 8 632	+ 10 176	+ 8 052	...	
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	564 864	623 837	632 953	40 382	41 886	40 770	44 642	40 364	...	
	Einfuhr	423 731	449 691	478 050	33 294	32 386	32 229	34 309	32 079	...	
	Saldo	+ 141 133	+ 174 147	+ 154 903	+ 7 088	+ 9 500	+ 8 542	+ 10 333	+ 8 285	...	
EWU-Länder (16)	Ausfuhr	385 273	421 570	427 137	28 105	28 959	28 399	30 937	27 737	...	
	Einfuhr	293 126	307 188	327 207	22 783	22 618	22 463	23 567	22 041	...	
	Saldo	+ 92 147	+ 114 383	+ 99 930	+ 5 322	+ 6 341	+ 5 936	+ 7 370	+ 5 696	...	
darunter:											
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	51 141	55 397	56 629	3 739	3 879	3 884	4 227	3 643	...	
	Einfuhr	36 263	39 455	43 215	2 857	2 448	2 684	2 791	2 548	...	
	Saldo	+ 14 878	+ 15 942	+ 13 414	+ 882	+ 1 432	+ 1 200	+ 1 435	+ 1 095	...	
Frankreich	Ausfuhr	85 006	91 665	96 859	6 970	6 842	6 686	7 071	6 562	...	
	Einfuhr	62 102	62 873	66 710	4 835	4 780	4 814	4 833	4 805	...	
	Saldo	+ 22 904	+ 28 792	+ 30 149	+ 2 135	+ 2 063	+ 1 872	+ 2 238	+ 1 757	...	
Italien	Ausfuhr	59 348	64 499	64 003	3 945	4 288	4 048	4 825	4 073	...	
	Einfuhr	41 470	44 694	45 962	3 093	3 345	3 390	3 658	3 342	...	
	Saldo	+ 17 878	+ 19 805	+ 18 040	+ 852	+ 943	+ 658	+ 1 167	+ 731	...	
Niederlande	Ausfuhr	56 531	62 948	65 644	4 485	4 605	4 727	4 826	4 474	...	
	Einfuhr	60 750	61 951	72 083	5 280	5 048	4 939	4 883	4 462	...	
	Saldo	- 4 219	+ 997	- 6 439	- 795	- 443	- 212	- 57	+ 12	...	
Österreich	Ausfuhr	49 512	52 813	53 841	3 747	3 985	3 890	4 207	3 857	...	
	Einfuhr	30 301	32 091	33 148	2 159	2 425	2 300	2 396	2 277	...	
	Saldo	+ 19 211	+ 20 722	+ 20 693	+ 1 588	+ 1 560	+ 1 590	+ 1 811	+ 1 581	...	
Spanien	Ausfuhr	41 775	47 631	43 704	2 342	2 474	2 397	2 780	2 436	...	
	Einfuhr	19 832	20 687	21 631	1 462	1 551	1 542	1 976	1 675	...	
	Saldo	+ 21 943	+ 26 944	+ 22 073	+ 880	+ 923	+ 856	+ 804	+ 760	...	
Andere EU-Länder	Ausfuhr	179 591	202 267	205 816	12 277	12 927	12 371	13 705	12 626	...	
	Einfuhr	130 605	142 503	150 843	10 511	9 767	9 766	10 742	10 038	...	
	Saldo	+ 48 986	+ 59 764	+ 54 972	+ 1 766	+ 3 159	+ 2 605	+ 2 963	+ 2 588	...	
darunter:											
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	64 726	69 760	66 788	3 925	4 165	3 979	4 567	4 076	...	
	Einfuhr	40 832	41 966	44 261	3 265	2 669	2 630	2 772	2 661	...	
	Saldo	+ 23 895	+ 27 794	+ 22 527	+ 660	+ 1 497	+ 1 349	+ 1 794	+ 1 415	...	
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	92 461	102 680	110 499	7 767	6 473	6 948	7 477	6 429	...	
	Einfuhr	88 837	91 960	104 653	7 329	7 258	6 858	7 634	6 661	...	
	Saldo	+ 3 625	+ 10 721	+ 5 846	+ 438	- 785	+ 90	- 157	- 233	...	
darunter:											
Schweiz	Ausfuhr	34 782	36 373	38 990	2 913	2 837	2 945	3 190	2 722	...	
	Einfuhr	25 227	29 822	31 161	2 169	2 430	2 348	2 582	2 418	...	
	Saldo	+ 9 556	+ 6 551	+ 7 829	+ 745	+ 406	+ 597	+ 608	+ 304	...	
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	234 139	237 139	249 568	18 943	16 023	16 617	17 820	16 807	...	
	Einfuhr	220 745	227 569	235 187	19 287	17 927	16 700	16 743	15 497	...	
	Saldo	+ 13 393	+ 9 570	+ 14 381	- 345	- 1 904	- 83	+ 1 078	+ 1 310	...	
1. Afrika	Ausfuhr	16 617	17 575	19 700	1 530	1 415	1 442	1 493	1 298	...	
	Einfuhr	16 734	16 457	20 572	1 247	1 358	1 274	991	1 038	...	
	Saldo	- 117	+ 1 118	- 872	+ 283	+ 57	+ 167	+ 502	+ 260	...	
2. Amerika	Ausfuhr	104 154	100 769	101 952	6 966	6 301	6 487	6 845	6 495	...	
	Einfuhr	72 163	71 276	72 939	6 387	5 442	5 218	6 201	4 960	...	
	Saldo	+ 31 991	+ 29 493	+ 29 013	+ 580	+ 860	+ 1 269	+ 644	+ 1 534	...	
darunter:											
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	77 991	73 327	71 467	4 810	4 325	4 635	4 826	4 609	...	
	Einfuhr	49 197	45 993	46 060	4 154	3 480	3 594	4 390	3 264	...	
	Saldo	+ 28 795	+ 27 334	+ 25 407	+ 656	+ 845	+ 1 041	+ 436	+ 1 345	...	
3. Asien	Ausfuhr	106 991	111 691	120 300	9 789	7 819	8 147	8 957	8 501	...	
	Einfuhr	128 942	136 411	138 663	11 253	10 876	9 847	9 320	9 301	...	
	Saldo	- 21 951	- 24 721	- 18 363	- 1 465	- 3 057	- 1 700	- 363	- 800	...	
darunter:											
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	22 978	23 709	27 591	2 696	1 821	1 915	1 977	1 836	...	
	Einfuhr	6 295	6 444	7 957	479	445	374	320	419	...	
	Saldo	+ 16 682	+ 17 265	+ 19 634	+ 2 217	+ 1 376	+ 1 540	+ 1 658	+ 1 417	...	
Japan	Ausfuhr	13 886	13 022	12 806	973	817	899	897	780	...	
	Einfuhr	24 016	24 381	23 087	1 748	1 626	1 623	1 664	1 366	...	
	Saldo	- 10 130	- 11 359	- 10 281	- 775	- 809	- 724	- 767	- 586	...	
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	27 478	29 902	34 096	2 781	2 278	2 408	2 925	2 808	...	
	Einfuhr	49 958	56 417	59 378	5 056	5 194	4 492	3 966	4 123	...	
	Saldo	- 22 479	- 26 515	- 25 282	- 2 275	- 2 916	- 2 084	- 1 041	- 1 315	...	
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	31 619	32 284	32 609	2 170	2 083	1 998	2 128	2 037	...	
	Einfuhr	36 113	35 357	32 783	2 844	2 415	2 266	2 162	2 203	...	
	Saldo	- 4 494	- 3 073	- 175	- 674	- 332	- 268	- 34	- 166	...	
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	6 377	7 104	7 616	658	488	541	525	514	...	
	Einfuhr	2 906	3 425	3 013	401	251	360	231	198	...	
	Saldo	+ 3 471	+ 3 679	+ 4 603	+ 257	+ 236	+ 180	+ 295	+ 316	...	

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Ab Januar 2007 ohne

Reparatur- und Wartungsvorgänge. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
2004	- 29 341	- 35 302	+ 3 870	+ 1 328	- 260	+ 5 349	- 4 325	- 1 363	+ 986	- 989	+ 21 420	
2005	- 25 677	- 36 317	+ 6 356	+ 1 622	- 1 203	+ 3 688	+ 177	- 1 638	+ 3 086	- 1 285	+ 26 182	
2006	- 13 985	- 32 771	+ 5 690	+ 2 185	- 1 861	+ 3 736	+ 9 037	- 1 795	+ 3 885	- 685	+ 46 790	
2007	- 13 312	- 34 324	+ 6 730	+ 2 854	- 2 167	+ 3 310	+ 10 285	- 1 966	+ 2 875	+ 449	+ 50 194	
2008	- 12 682	- 34 646	+ 7 802	+ 3 916	- 2 129	+ 2 338	+ 10 036	- 1 585	+ 2 277	+ 654	+ 44 092	
2007 3.Vj.	- 9 499	- 14 633	+ 1 737	+ 642	- 519	+ 850	+ 2 424	- 444	+ 792	- 395	+ 14 919	
4.Vj.	- 156	- 5 990	+ 1 754	+ 769	- 400	+ 749	+ 2 961	- 718	+ 904	+ 109	+ 17 883	
2008 1.Vj.	- 877	- 6 010	+ 1 634	+ 884	- 704	+ 559	+ 2 759	- 426	+ 538	+ 654	+ 14 193	
2.Vj.	- 3 656	- 8 686	+ 1 849	+ 656	- 359	+ 595	+ 2 288	- 338	+ 576	+ 132	+ 630	
3.Vj.	- 7 778	- 14 722	+ 2 205	+ 804	- 795	+ 645	+ 4 084	- 319	+ 807	- 331	+ 14 655	
4.Vj.	- 370	- 5 228	+ 2 114	+ 1 572	- 271	+ 539	+ 904	- 503	+ 357	+ 199	+ 14 613	
2009 1.Vj.	- 3 752	- 5 926	+ 2 020	+ 837	- 1 167	+ 625	- 141	- 361	+ 255	+ 599	+ 12 813	
2008 Juli	- 3 340	- 4 748	+ 822	+ 258	- 694	+ 227	+ 796	- 140	+ 250	- 99	+ 4 599	
Aug.	- 2 927	- 5 308	+ 648	+ 267	- 23	+ 202	+ 1 286	- 78	+ 296	- 123	+ 4 706	
Sept.	- 1 512	- 4 666	+ 734	+ 279	- 78	+ 216	+ 2 003	- 101	+ 261	- 109	+ 5 350	
Okt.	- 2 146	- 3 621	+ 701	+ 566	- 211	+ 183	+ 236	- 141	+ 34	+ 50	+ 5 158	
Nov.	- 53	- 1 146	+ 548	+ 449	- 21	+ 159	- 42	- 145	- 1	+ 30	+ 4 963	
Dez.	+ 1 829	- 461	+ 865	+ 557	- 39	+ 198	+ 709	- 217	+ 323	+ 119	+ 4 492	
2009 Jan.	- 2 718	- 1 495	+ 574	+ 193	- 1 336	+ 146	- 800	- 136	+ 15	+ 168	+ 3 302	
Febr.	- 309	- 1 768	+ 778	+ 284	+ 143	+ 168	+ 85	- 109	+ 149	+ 203	+ 4 730	
März	- 725	- 2 662	+ 667	+ 359	+ 25	+ 311	+ 574	- 116	+ 91	+ 228	+ 4 781	
April	- 695	- 2 309	+ 713	+ 361	- 218	+ 215	+ 543	- 94	+ 167	+ 55	- 345	
Mai	- 864	- 2 848	+ 550	+ 214	+ 1	+ 200	+ 1 019	- 87	- 110	+ 45	- 3 032	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2004	- 27 849	- 16 694	- 14 249	- 12 672	- 2 444	- 11 156	- 3 180	- 7 976
2005	- 28 712	- 17 588	- 16 264	- 14 687	- 1 324	- 11 124	- 2 926	- 8 198
2006	- 27 148	- 14 512	- 14 900	- 13 356	+ 388	- 12 637	- 2 927	- 9 710
2007	- 31 594	- 16 264	- 18 662	- 16 890	+ 2 398	- 15 329	- 3 005	- 12 324
2008	- 33 088	- 16 805	- 19 545	- 17 556	+ 2 739	- 16 283	- 3 122	- 13 161
2007 3.Vj.	- 9 128	- 5 695	- 5 476	- 5 180	- 219	- 3 433	- 751	- 2 682
4.Vj.	- 6 374	- 2 763	- 2 260	- 1 824	- 503	- 3 611	- 751	- 2 860
2008 1.Vj.	- 12 156	- 8 480	- 8 306	- 7 650	- 174	- 3 676	- 781	- 2 896
2.Vj.	- 5 146	- 774	- 4 836	- 4 310	+ 4 061	- 4 371	- 781	- 3 591
3.Vj.	- 9 027	- 4 843	- 4 416	- 3 998	- 427	- 4 185	- 781	- 3 404
4.Vj.	- 6 759	- 2 709	- 1 987	- 1 598	- 721	- 4 051	- 781	- 3 270
2009 1.Vj.	- 13 193	- 9 041	- 8 553	- 7 844	- 488	- 4 151	- 762	- 3 390
2008 Juli	- 2 955	- 1 578	- 1 442	- 1 250	- 136	- 1 377	- 260	- 1 117
Aug.	- 3 258	- 1 612	- 1 393	- 1 265	- 219	- 1 646	- 260	- 1 386
Sept.	- 2 814	- 1 653	- 1 581	- 1 484	- 72	- 1 161	- 260	- 901
Okt.	- 3 808	- 2 721	- 2 414	- 2 301	- 306	- 1 087	- 260	- 827
Nov.	- 3 772	- 2 608	- 2 230	- 2 096	- 378	- 1 164	- 260	- 904
Dez.	+ 821	+ 2 620	+ 2 657	+ 2 799	- 37	- 1 800	- 260	- 1 539
2009 Jan.	- 4 287	- 2 682	- 2 650	- 2 330	- 32	- 1 604	- 255	- 1 349
Febr.	- 5 269	- 4 075	- 3 737	- 3 553	- 338	- 1 194	- 255	- 939
März	- 3 637	- 2 284	- 2 165	- 1 961	- 119	- 1 353	- 251	- 1 101
April	- 2 281	- 950	- 2 053	- 1 920	+ 1 103	- 1 331	- 251	- 1 080
Mai	- 904	+ 419	- 1 354	- 1 266	+ 1 774	- 1 323	- 251	- 1 072

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)				
				2004	+ 435	- 1 095	+ 1 529
				2005	- 1 369	- 3 419	+ 2 050
2006	- 252	- 1 947	+ 1 695				
2007	+ 134	- 2 036	+ 2 170				
2008	- 90	- 1 784	+ 1 694				
2007 3.Vj.	+ 306	- 322	+ 628				
4.Vj.	- 681	- 1 095	+ 413				
2008 1.Vj.	+ 518	- 270	+ 788				
2.Vj.	+ 324	- 361	+ 685				
3.Vj.	- 289	- 368	+ 79				
4.Vj.	- 643	- 785	+ 142				
2009 1.Vj.	+ 34	- 400	+ 434				
2008 Juli	- 123	- 148	+ 26				
Aug.	- 47	- 103	+ 57				
Sept.	- 120	- 116	- 4				
Okt.	- 199	- 138	- 61				
Nov.	- 84	- 123	+ 40				
Dez.	- 360	- 524	+ 164				
2009 Jan.	- 48	- 121	+ 73				
Febr.	- 83	- 121	+ 38				
März	+ 164	- 159	+ 323				
April	+ 317	- 102	+ 419				
Mai	+ 95	- 92	+ 188				

XI. Außenwirtschaft
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2006	2007	2008	2008			2009			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 472 902	- 695 904	- 241 260	- 67 226	- 72 006	+ 124 301	+ 46 047	+ 8 480	- 41 056	- 6 557
1. Direktinvestitionen 1)	- 101 409	- 131 177	- 106 813	- 32 181	- 8 995	- 22 532	- 9 387	- 10 262	- 7 420	- 9 496
Beteiligungskapital	- 73 971	- 49 448	- 60 334	- 21 382	- 7 749	- 13 185	- 18 737	- 3 853	- 9 241	- 2 683
reinvestierte Gewinne 2)	- 32 868	- 36 741	- 27 648	- 3 981	- 8 386	- 6 648	- 6 738	- 1 485	- 889	- 1 450
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 5 430	- 44 988	- 18 831	- 6 818	+ 7 140	- 2 699	+ 16 088	- 4 924	+ 2 710	- 5 362
2. Wertpapieranlagen	- 158 251	- 145 507	+ 27 871	- 24 150	+ 10 038	+ 74 375	- 7 073	- 1 316	- 2 790	- 16 703
Aktien 3)	+ 6 505	+ 23 056	+ 39 177	+ 12 371	+ 880	+ 13 973	+ 571	+ 762	+ 1 208	- 1 774
Investmentzertifikate 4)	- 23 638	- 41 586	- 8 606	- 6 807	- 2 707	+ 13 612	- 136	+ 1 716	+ 2 008	- 85
Anleihen 5)	- 133 723	- 105 260	- 20 195	- 27 481	+ 9 901	+ 20 659	- 13 433	- 4 838	- 4 899	- 17 312
Geldmarktpapiere	- 7 396	- 21 718	+ 17 496	- 2 234	+ 1 965	+ 26 131	+ 5 925	+ 1 044	- 1 108	+ 2 467
3. Finanzderivate 6)	- 6 179	- 85 939	- 25 559	- 16 375	+ 186	+ 10 204	+ 2 912	+ 3 987	- 297	- 4 540
4. übriger Kapitalverkehr	- 209 996	- 332 327	- 134 751	+ 6 369	- 74 865	+ 63 837	+ 59 274	+ 17 724	- 29 959	+ 23 839
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 207 666	- 224 876	- 73 931	+ 2 521	- 64 301	+ 67 403	+ 104 777	+ 40 558	- 35 365	+ 13 527
langfristig	- 71 625	- 96 840	- 144 313	- 48 413	- 51 310	- 19 313	- 70	- 360	+ 1 941	- 1 893
kurzfristig	- 136 041	- 128 036	+ 70 382	+ 50 934	- 12 992	+ 86 716	+ 104 847	+ 40 917	- 37 305	+ 15 420
Unternehmen und Privatpersonen	- 27 888	- 50 152	- 19 021	+ 18 606	- 17 638	+ 13 275	- 15 463	- 16 423	+ 3 137	+ 4 488
langfristig	- 23 810	- 46 973	- 18 697	- 4 275	- 8 550	- 266	- 1 029	- 209	- 3 212	- 707
kurzfristig 7)	- 4 078	- 3 179	- 324	+ 22 880	- 9 088	+ 13 541	- 14 433	- 16 214	+ 6 349	+ 5 195
Staat	+ 1 068	+ 8 425	+ 2 801	- 6 235	+ 11 496	- 1 148	+ 4 972	- 2 050	+ 2 364	- 6 286
langfristig	+ 7 497	+ 309	- 334	- 237	+ 77	+ 338	- 348	- 2	- 336	- 42
kurzfristig 7)	- 6 428	+ 8 117	+ 3 135	- 5 997	+ 11 573	- 1 486	+ 5 320	- 2 048	+ 2 701	- 6 244
Bundesbank	+ 24 488	- 65 724	- 44 600	- 8 523	- 4 422	- 15 692	- 35 012	- 4 361	- 95	+ 12 111
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	+ 2 934	- 953	- 2 008	- 889	+ 1 630	- 1 584	+ 321	- 1 652	- 590	+ 342
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 297 925	+ 458 624	+ 38 362	- 12 240	+ 61 441	- 176 549	- 43 092	- 27 625	+ 26 294	- 7 103
1. Direktinvestitionen 1)	+ 45 552	+ 41 211	+ 17 026	+ 3 854	+ 3 030	+ 4 309	+ 1 430	+ 673	+ 998	+ 7 294
Beteiligungskapital	+ 31 044	+ 32 101	+ 12 406	+ 2 064	+ 4 141	+ 992	+ 3 730	+ 233	- 153	+ 8
reinvestierte Gewinne 2)	+ 86	- 305	+ 4 336	- 752	- 109	+ 1 507	+ 2 578	- 76	+ 596	+ 175
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 14 422	+ 9 415	+ 283	+ 2 542	- 1 003	+ 1 810	- 4 878	+ 516	+ 555	+ 7 111
2. Wertpapieranlagen	+ 145 974	+ 297 880	+ 15 997	+ 3 241	+ 29 208	- 38 001	- 3 300	+ 5 123	- 14 840	+ 45 705
Aktien 3)	+ 19 824	+ 39 189	- 49 282	- 44 018	+ 3 315	+ 2 919	- 8 210	+ 1 791	- 16 101	+ 11 286
Investmentzertifikate	+ 8 079	+ 3 939	- 5 822	+ 509	- 2 118	- 2 699	+ 292	- 979	+ 1 853	- 408
Anleihen 5)	+ 120 901	+ 203 298	+ 23 258	+ 36 426	+ 14 913	- 45 276	- 17 650	- 9 857	- 13 802	+ 18 749
Geldmarktpapiere	- 2 830	+ 51 454	+ 47 843	+ 10 323	+ 13 099	+ 7 055	+ 22 268	+ 14 168	+ 13 210	+ 16 079
3. übriger Kapitalverkehr	+ 106 400	+ 119 533	+ 5 340	- 19 336	+ 29 204	- 142 857	- 41 223	- 33 421	+ 40 137	- 60 102
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 59 305	+ 73 218	- 58 481	- 30 290	+ 28 919	- 154 863	- 21 117	- 20 527	+ 35 949	- 46 777
langfristig	- 13 092	- 14 195	+ 11 592	+ 598	+ 8 965	+ 4 911	- 3 539	- 1 088	- 2 643	- 265
kurzfristig	+ 72 397	+ 87 413	- 70 073	- 30 888	+ 19 954	- 159 774	- 17 578	- 19 440	+ 38 592	- 46 513
Unternehmen und Privatpersonen	+ 48 588	+ 38 001	+ 43 262	+ 7 685	- 4 370	+ 16 060	- 8 406	- 1 790	- 2 674	- 6 388
langfristig	+ 29 705	+ 18 493	+ 23 339	+ 1 117	+ 4 912	+ 6 831	- 3 005	- 5 853	- 114	+ 847
kurzfristig 7)	+ 18 883	+ 19 508	+ 19 924	+ 6 569	- 9 282	+ 9 229	- 5 401	+ 4 064	- 2 560	- 7 235
Staat	- 206	- 3 034	+ 6 207	+ 4 675	+ 1 682	- 7 705	+ 11 738	- 2 554	+ 5 852	- 7 594
langfristig	+ 835	- 2 759	- 1 189	- 218	- 142	- 15	- 492	- 195	- 183	- 723
kurzfristig 7)	- 1 040	- 276	+ 7 396	+ 4 893	+ 1 824	- 7 690	+ 12 230	- 2 359	+ 6 035	- 6 870
Bundesbank	- 1 287	+ 11 349	+ 14 351	- 1 406	+ 2 973	+ 3 651	- 23 439	- 8 550	+ 1 009	+ 657
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 174 977	- 237 280	- 202 898	- 79 466	- 10 565	- 52 248	+ 2 954	- 19 145	- 14 761	- 13 660

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen							Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)	
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)			sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2008 Jan.	208 663	99 028	68 255	2 398	28 376	350	106 706	2 580	21 032	187 632
Febr.	226 761	100 879	70 196	2 378	28 306	350	122 924	2 608	22 382	204 379
März	198 070	95 103	65 126	2 335	27 642	350	100 029	2 588	24 919	173 151
April	198 225	92 633	61 352	2 345	28 935	350	102 683	2 559	25 586	172 639
Mai	200 042	92 387	62 311	2 518	27 558	350	104 777	2 528	24 450	175 592
Juni	206 618	95 220	64 930	2 495	27 796	350	108 553	2 495	23 498	183 120
Juli	203 949	93 722	64 108	2 468	27 146	350	107 259	2 617	25 121	178 827
Aug.	217 137	93 048	62 296	2 539	28 213	350	121 103	2 636	26 641	190 496
Sept.	215 889	99 936	68 808	2 623	28 504	350	112 975	2 628	26 756	189 133
Okt.	183 398	97 415	62 655	2 773	31 987	350	83 214	2 419	38 598	144 801
Nov.	213 908	104 612	70 131	3 476	31 005	350	106 395	2 551	33 778	180 130
Dez.	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009 Jan.	258 620	109 963	78 633	3 462	27 869	350	145 706	2 601	21 988	236 631
Febr.	275 770	113 507	81 893	3 455	28 159	350	159 318	2 594	16 983	258 786
März	274 458	107 809	75 726	3 463	28 620	350	163 681	2 618	7 527	266 931
April	272 318	105 577	73 476	3 482	28 619	350	163 774	2 618	8 538	263 781
Mai	261 878	107 375	75 646	4 599	27 130	350	151 664	2 490	9 175	252 703
Juni	290 738	104 691	72 955	4 493	27 243	350	183 052	2 645	10 121	280 617

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2005	409 493	97 333	312 160	179 738	132 422	125 497	6 925	548 107	65 557	482 550	375 114	107 436	73 270	34 166
2006	450 228	117 723	332 505	190 300	142 205	134 057	8 148	624 790	95 019	529 771	408 907	120 864	79 900	40 964
2007	509 178	162 654	346 524	196 178	150 346	139 842	10 504	650 966	111 543	539 423	404 904	134 519	82 979	51 540
2008 r)	552 454	173 255	379 199	226 043	153 156	140 521	12 635	708 806	147 242	561 564	425 311	136 253	79 982	56 271
2008 Dez. r)	552 454	173 255	379 199	226 043	153 156	140 521	12 635	708 806	147 242	561 564	425 311	136 253	79 982	56 271
2009 Jan. r)	549 832	179 713	370 119	224 499	145 620	132 724	12 896	705 543	157 419	548 124	417 469	130 655	72 662	57 993
Febr.	549 066	180 440	368 626	223 008	145 618	132 566	13 052	713 477	154 559	558 918	428 823	130 095	71 651	58 444
März r)	573 077	197 620	375 457	229 204	146 253	133 510	12 743	714 201	152 058	562 143	427 503	134 640	76 321	58 319
April r)	568 809	199 246	369 563	229 838	139 725	126 864	12 861	713 080	155 242	557 838	431 790	126 048	67 204	58 844
Mai	566 067	193 775	372 292	230 487	141 805	128 808	12 997	712 001	149 674	562 327	434 989	127 338	68 567	58 771
Industrielländer ¹⁾														
2005	362 704	95 847	266 857	167 314	99 543	94 278	5 265	508 106	63 924	444 182	364 680	79 502	60 907	18 595
2006	396 649	115 269	281 380	174 784	106 596	100 541	6 055	570 675	93 560	477 115	389 770	87 345	66 210	21 135
2007	452 354	160 666	291 688	180 564	111 124	103 104	8 020	590 245	110 291	479 954	384 024	95 930	69 347	26 583
2008 r)	488 419	171 387	317 032	206 795	110 237	101 003	9 234	644 754	145 045	499 709	403 120	96 589	68 150	28 439
2008 Dez. r)	488 419	171 387	317 032	206 795	110 237	101 003	9 234	644 754	145 045	499 709	403 120	96 589	68 150	28 439
2009 Jan. r)	488 558	178 250	310 308	205 376	104 932	95 562	9 370	641 433	155 182	486 251	395 788	90 463	61 487	28 976
Febr.	488 288	178 959	309 329	203 638	105 691	96 236	9 455	649 239	152 313	496 926	407 232	89 694	60 578	29 116
März r)	512 968	196 118	316 850	209 584	107 266	97 926	9 340	649 299	149 855	499 444	405 566	93 878	65 141	28 737
April r)	509 024	197 957	311 067	209 911	101 156	91 838	9 318	648 741	153 231	495 510	409 676	85 834	57 120	28 714
Mai	505 824	192 482	313 342	210 288	103 054	93 605	9 449	647 692	147 646	500 046	413 028	87 018	58 097	28 921
EU-Länder ¹⁾														
2005	270 808	91 882	178 926	108 523	70 403	66 156	4 247	414 377	60 186	354 191	300 022	54 169	41 305	12 864
2006	308 720	108 982	199 738	121 929	77 809	72 902	4 907	479 025	86 343	392 682	332 871	59 811	45 202	14 609
2007	364 105	154 644	209 461	127 080	82 381	75 942	6 439	489 234	105 022	384 212	318 769	65 443	46 262	19 181
2008 r)	397 821	164 762	233 059	150 379	82 680	75 192	7 488	537 453	137 208	400 245	332 598	67 647	46 190	21 457
2008 Dez. r)	397 821	164 762	233 059	150 379	82 680	75 192	7 488	537 453	137 208	400 245	332 598	67 647	46 190	21 457
2009 Jan. r)	398 641	170 325	228 316	149 555	78 761	71 183	7 578	544 210	146 969	397 241	333 605	63 636	41 660	21 976
Febr.	398 667	171 450	227 217	147 563	79 654	72 053	7 601	552 280	143 023	409 257	345 803	63 454	41 358	22 096
März r)	422 126	188 564	233 562	152 815	80 747	73 268	7 479	554 191	141 039	413 152	344 938	68 214	46 364	21 850
April r)	418 958	190 009	228 949	153 114	75 835	68 436	7 399	553 671	143 428	410 243	349 689	60 554	38 819	21 735
Mai	417 898	185 106	232 792	154 758	78 034	70 551	7 483	555 309	139 329	415 980	354 114	61 866	39 889	21 977
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2005	175 532	59 160	116 372	69 048	47 324	44 369	2 955	332 261	29 443	302 818	268 483	34 335	25 225	9 110
2006	207 868	77 056	130 812	79 901	50 911	47 614	3 297	369 648	38 878	330 770	292 178	38 592	28 340	10 252
2007	251 718	118 112	133 606	79 745	53 861	49 537	4 324	367 318	56 632	310 686	269 095	41 591	28 964	12 627
2008 r)	280 544	130 226	150 318	95 994	54 324	49 408	4 916	416 321	81 703	334 618	291 193	43 425	29 768	13 657
2008 Dez. r)	280 544	130 226	150 318	95 994	54 324	49 408	4 916	416 321	81 703	334 618	291 193	43 425	29 768	13 657
2009 Jan. r)	282 186	130 416	151 770	98 626	53 144	48 082	5 062	423 858	86 567	337 291	295 283	42 008	28 070	13 938
Febr.	279 792	131 753	148 039	97 287	50 752	45 648	5 104	435 586	85 847	349 739	308 423	41 316	27 190	14 126
März r)	295 159	142 967	152 192	101 476	50 716	45 673	5 043	436 243	84 311	351 932	308 862	43 070	29 161	13 909
April r)	292 678	143 294	149 384	100 503	48 881	43 941	4 940	437 912	86 876	351 036	310 963	40 073	26 526	13 547
Mai	292 584	142 959	149 625	100 711	48 914	43 961	4 953	440 343	86 121	354 222	314 365	39 857	26 328	13 529
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2005	46 789	1 486	45 303	12 424	32 879	31 219	1 660	40 001	1 633	38 368	10 434	27 934	12 363	15 571
2006	53 579	2 454	51 125	15 516	35 609	33 516	2 093	54 115	1 459	52 656	19 137	33 519	13 690	19 829
2007	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2008	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2008 Dez.	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2009 Jan.	61 274	1 463	59 811	19 123	40 688	37 162	3 526	64 110	2 237	61 873	21 681	40 192	11 175	29 017
Febr.	60 778	1 481	59 297	19 370	39 927	36 330	3 597	64 238	2 246	61 992	21 591	40 401	11 073	29 328
März	60 109	1 502	58 607	19 620	38 987	35 584	3 403	64 902	2 203	62 699	21 937	40 762	11 180	29 582
April	59 785	1 289	58 496	19 927	38 569	35 026	3 543	64 339	2 011	62 328	22 114	40 214	10 084	30 130
Mai	60 243	1 293	58 950	20 199	38 751	35 203	3 548	64 309	2 028	62 281	21 961	40 320	10 470	29 850

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der

Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien; ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern; ab Januar 2009 einschl. Slowakei. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2007 Aug.	1,6442	10,3162	7,4429	159,05	1,4420	7,9735	9,3231	1,6383	1,3622	0,67766
2007 Sept.	1,6445	10,4533	7,4506	159,82	1,4273	7,8306	9,2835	1,6475	1,3896	0,68887
2007 Okt.	1,5837	10,6741	7,4534	164,95	1,3891	7,6963	9,1735	1,6706	1,4227	0,69614
2007 Nov.	1,6373	10,8957	7,4543	162,89	1,4163	7,9519	9,2889	1,6485	1,4684	0,70896
2007 Dez.	1,6703	10,7404	7,4599	163,55	1,4620	8,0117	9,4319	1,6592	1,4570	0,72064
2008 Jan.	1,6694	10,6568	7,4505	158,68	1,4862	7,9566	9,4314	1,6203	1,4718	0,74725
2008 Febr.	1,6156	10,5682	7,4540	157,97	1,4740	7,9480	9,3642	1,6080	1,4748	0,75094
2008 März	1,6763	10,9833	7,4561	156,59	1,5519	7,9717	9,4020	1,5720	1,5527	0,77494
2008 April	1,6933	11,0237	7,4603	161,56	1,5965	7,9629	9,3699	1,5964	1,5751	0,79487
2008 Mai	1,6382	10,8462	7,4609	162,31	1,5530	7,8648	9,3106	1,6247	1,5557	0,79209
2008 Juni	1,6343	10,7287	7,4586	166,26	1,5803	7,9915	9,3739	1,6139	1,5553	0,79152
2008 Juli	1,6386	10,7809	7,4599	168,45	1,5974	8,0487	9,4566	1,6193	1,5770	0,79308
2008 Aug.	1,6961	10,2609	7,4595	163,63	1,5765	7,9723	9,3984	1,6212	1,4975	0,79279
2008 Sept.	1,7543	9,8252	7,4583	153,20	1,5201	8,1566	9,5637	1,5942	1,4370	0,79924
2008 Okt.	1,9345	9,1071	7,4545	133,52	1,5646	8,5928	9,8506	1,5194	1,3322	0,78668
2008 Nov.	1,9381	8,6950	7,4485	123,28	1,5509	8,8094	10,1275	1,5162	1,2732	0,83063
2008 Dez.	2,0105	9,2205	7,4503	122,51	1,6600	9,4228	10,7538	1,5393	1,3449	0,90448
2009 Jan.	1,9633	9,0496	7,4519	119,73	1,6233	9,2164	10,7264	1,4935	1,3239	0,91819
2009 Febr.	1,9723	8,7406	7,4514	118,30	1,5940	8,7838	10,9069	1,4904	1,2785	0,88691
2009 März	1,9594	8,9210	7,4509	127,65	1,6470	8,8388	11,1767	1,5083	1,3050	0,91966
2009 April	1,8504	9,0110	7,4491	130,25	1,6188	8,7867	10,8796	1,5147	1,3190	0,89756
2009 Mai	1,7831	9,3157	7,4468	131,85	1,5712	8,7943	10,5820	1,5118	1,3650	0,88445
2009 Juni	1,7463	9,5786	7,4457	135,39	1,5761	8,9388	10,8713	1,5148	1,4016	0,85670

* Durchschnitte eigene Berechnungen auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5

Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005. Indikatorkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 Euro = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs für den Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-21 1)		EWK-41 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	Real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	23 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	23 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,2	96,0	95,8	96,5	96,4	95,8	97,7	99,5	95,6	97,6	98,1	98,0	97,6
2000	86,8	86,4	85,8	85,5	87,8	85,8	91,5	97,0	85,1	90,9	92,8	91,8	90,8
2001	87,5	87,1	86,6	84,9	90,1	87,0	91,2	95,8	85,8	90,4	92,9	91,3	90,8
2002	89,9	90,4	89,6	88,0	94,7	91,0	92,0	95,0	88,4	90,9	93,6	92,0	91,9
2003	100,5	101,6	100,5	99,0	106,7	102,0	95,5	94,0	97,5	94,8	97,3	96,6	96,9
2004	104,3	105,5	103,6	102,9	111,2	106,0	96,0	93,0	100,0	95,2	98,8	98,2	98,6
2005	103,3	104,6	102,4	101,3	109,7	104,1	94,8	91,5	99,2	93,5	98,9	97,4	97,3
2006	103,7	105,0	102,3	100,9	110,1	103,9	93,9	90,0	99,1	92,3	99,1	97,2	96,8
2007	107,9	109,0	106,4	104,4	114,3	107,2	95,2	89,2	103,6	93,3	101,7	99,2	98,7
2008	113,0	113,6	111,5	109,9	120,0	111,1	95,9	87,9	107,3 p)	93,6	103,5	100,1	99,6
2005 Okt.	101,8	103,1			107,9	102,2					98,4	96,8	96,4
2005 Nov.	101,1	102,4		99,1	107,0	101,2	93,5	90,8	97,1	92,1	98,2	96,4	95,9
2005 Dez.	101,1	102,4	100,4		107,0	101,2					98,4	96,5	95,9
2006 Jan.	101,8	103,1			107,7	101,8					98,4	96,5	95,9
2006 Febr.	101,1	102,5	100,4	99,5	106,8	100,9	93,4	90,3	97,5	91,8	98,2	96,1	95,4
2006 März	101,9	103,4			107,6	101,7					98,4	96,5	95,7
2006 April	103,0	104,6			108,8	102,9					98,9	97,0	96,3
2006 Mai	104,0	105,5	102,6	101,5	110,5	104,5	94,0	90,1	99,3	92,5	99,2	97,4	97,1
2006 Juni	104,2	105,7			111,1	105,0					99,2	97,6	97,4
2006 Juli	104,5	106,0			111,3	105,2					99,3	97,6	97,5
2006 Aug.	104,6	106,0	103,0	101,9	111,3	105,1	94,0	89,8	99,6	92,5	99,2	97,4	97,2
2006 Sept.	104,4	105,7			111,1	104,7					99,0	97,2	96,9
2006 Okt.	103,9	105,3			110,5	104,1					99,2	97,3	96,9
2006 Nov.	104,6	105,9	103,2	100,8	111,2	104,7	94,1	89,7	100,1	92,4	99,8	97,6	97,3
2006 Dez.	105,7	106,7			112,5	105,6					100,3	98,1	97,8
2007 Jan.	105,0	106,2			111,6	104,9					100,3	98,1	97,7
2007 Febr.	105,5	106,7	104,2	102,0	112,0	105,1	94,7	89,8	101,4	92,9	100,5	98,3	97,8
2007 März	106,3	107,3			112,9	105,9					100,7	98,4	98,0
2007 April	107,3	108,6			113,9	107,0					101,4	99,0	98,5
2007 Mai	107,5	108,7	105,9	104,0	113,8	106,8	95,2	89,4	103,2	93,3	101,6	99,1	98,5
2007 Juni	107,1	108,3			113,3	106,3					101,4	98,8	98,2
2007 Juli	107,8	108,9			114,1	107,0					101,7	99,1	98,5
2007 Aug.	107,3	108,4	106,4	104,3	113,9	106,7	95,1	89,0	103,6	93,2	101,4	98,8	98,3
2007 Sept.	108,4	109,5			114,9	107,6					102,0	99,4	98,9
2007 Okt.	109,6	110,7			116,0	108,5					102,6	99,8	99,2
2007 Nov.	111,2	112,3	109,1	107,1	117,8	110,1	95,9	88,5	106,1	93,7	103,6	100,9	100,4
2007 Dez.	111,5	112,2			117,8	109,8					103,5	100,6	100,0
2008 Jan.	112,2	113,0			118,5	110,5					103,6	100,6	100,0
2008 Febr.	112,0	112,5	111,4	109,2	118,4	110,0	96,3	88,3	107,6	94,1	103,5	100,3	99,6
2008 März	114,8	115,7			121,8	113,4					104,7	101,6	101,3
2008 April	116,3	117,0			123,4	114,6					105,0	101,6	101,3
2008 Mai	115,8	116,6	114,4	112,7	122,7	113,9	97,4	88,0	110,8	94,9	105,0	101,5	101,0
2008 Juni	115,8	116,4			122,7	113,8					104,8	101,2	100,7
2008 Juli	116,2	116,6			123,2	113,9					105,1	101,2	100,7
2008 Aug.	113,9	114,1	112,5	110,5	120,3	111,1	96,4	87,5	109,0 p)	93,7	104,0	100,1	99,4
2008 Sept.	112,0	112,1			118,7	109,4					102,9	99,2	98,5
2008 Okt.	107,9	108,3			115,4	106,4					100,5	97,3	96,9
2008 Nov.	107,1	107,5	107,8	107,0	114,5	105,6	93,5	87,7	101,6 p)	91,7	100,4	97,2	96,7
2008 Dez.	112,4	112,8			120,3	110,9					102,5	99,6	99,4
2009 Jan.	111,9	112,3			119,9	110,5					102,2	99,4	99,2
2009 Febr.	110,4	110,6	108,5	109,3	118,6	109,1 p)	94,0 p)	87,8	102,5 p)	92,7	101,1	98,9	98,7
2009 März	113,3	113,4			121,6	111,7					102,4	99,9	99,8
2009 April	112,5	112,8			120,5	110,7					102,3	99,5	99,2
2009 Mai	113,0	113,3			120,9	111,0					102,6	99,7	99,3
2009 Juni	114,0	114,2			122,0	111,9					103,0	100,2	99,8

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Mai 2008, S. 41). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsindizes der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen für den ausgewiesenen Zeitraum auf dem Handel mit gewerblichen Erzeug-

nissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. der Slowakei) sowie die Länder außerhalb der EWU (Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). — 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-41-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2008 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2009 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

August 2008

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2008

September 2008

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2007
- Das Geldmengenwachstum der letzten Jahre und seine Bestimmungsfaktoren
- Zur Steuerung von Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten

Oktober 2008

- Das deutsche Auslandsvermögen seit Beginn der Währungsunion: Entwicklung und Struktur
- Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland und aktuelle steuerpolitische Fragen
- Finanzierungsbeschränkungen und Kapitalbildung: mikroökonomische Evidenz

November 2008

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2008

Dezember 2008

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2009 und 2010
- Zehn Jahre Euro – Die deutsche Wirtschaft in der Währungsunion

Januar 2009

- Bank Lending Survey: eine Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2007
- Das Baseler Regelwerk in der Praxis – Zur Umsetzung der fortgeschrittenen Baseler Ansätze in Deutschland

Februar 2009

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2008/2009

März 2009

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2008
- Konvergenz der Preise im Euro-Raum
- Der unbare Zahlungsverkehr in Deutschland und die Rolle der Deutschen Bundesbank

April 2009

- Lohnsetzungsverhalten in Deutschland – neuere empirische Befunde
- Verfahren der Kurzfristprognose als Instrumente der Konjunkturanalyse

Mai 2009

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2009

Juni 2009

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2009 und 2010
- Wachstumseffekte permanent hoher Energiepreise: jüngere Evidenz für Deutschland
- Die Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Euro-Bargeldumlaufs in Deutschland

Juli 2009

- Unternehmensgewinne und Aktienkurse
- Demographischer Wandel und langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in Deutschland
- Neuere Entwicklungen im deutschen und europäischen Massenzahlungsverkehr

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2009³⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, Juni 2009²⁾⁴⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2008²⁾⁴⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2008, Juni 2009⁴⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1994 bis 2003, März 2006

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2005 bis 2006, Februar 2009⁴⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009²⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2009¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2009

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2008²⁾

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellari-sche Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

4 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere^{*)}

Reihe 1:

Volkswirtschaftliche Studien

09/2009

Knowledge sourcing: legitimacy deficits for MNC subsidiaries?

10/2009

Factor forecasting using international targeted predictors: the case of German GDP

11/2009

Forecasting national activity using lots of international predictors: an application to New Zealand

12/2009

Opting out of the great inflation: German monetary policy after the breakdown of Bretton Woods

13/2009

Financial intermediation and the role of price discrimination in a two-tier market

14/2009

Changes in import pricing behaviour: the case of Germany

15/2009

Firm-specific productivity risk over the business cycle: facts and aggregate implications

16/2009

The effects of knowledge management on innovative success – an empirical analysis of German firms

17/2009

The cross-section of firms over the business cycle: new facts and a DSGE exploration

18/2009

Money and monetary policy transmission in the euro area: evidence from FAVAR- and VAR approaches

Reihe 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

03/2009

The effects of privatization and consolidation on bank productivity: comparative evidence from Italy and Germany

04/2009

Shocks at large banks and banking sector distress: the Banking Granular Residual

05/2009

Why do savings banks transform sight deposits into illiquid assets less intensively than the regulation allows?

06/2009

Does banks' size distort market prices? Evidence for too-big-to-fail in the CDS market

07/2009

Time dynamic and hierarchical dependence modelling of an aggregated portfolio of trading books – a multivariate nonparametric approach

08/2009

Financial markets' appetite for risk – and the challenge of assessing its evolution by risk appetite indicators

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

^{*)} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.